

Harald Wolf

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen

VSA:



Harald Wolf
(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Harald Wolf, von 1991 bis 2020 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, von 1995 bis 2002 Vorsitzender der PDS-Fraktion, folgte im Sommer 2002 Gregor Gysi im Amt des Wirtschaftssenators nach und wurde Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters. Nach dem Ende der rot-roten Koalition im November 2011 wurde er verkehrs- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion. Aktuell ist er Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE. 2016 veröffentlichte er im VSA: Verlag den Band »Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz«.

Harald Wolf

**(Nicht)Regieren
ist auch keine Lösung**

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen,
wenn Linke sich beteiligen

Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-095-6

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

Alles schon mal dagewesen? Die Debatten um Linke und Regierungsbeteiligung 1899-1989

Sozialistische Politik in einer bürgerlichen Regierung?	15
Der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale und Luxemburgs Kritik am »Millerandismus«	
Die Kritik der Regierungspraxis Millerands	16
Rosa Luxemburg zur Rolle von Partei, Staat, Regierung und Parlament	19
Rosa Luxemburg und der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale	23
1918: Rosa Luxemburgs Kritik der Orthodoxie der Vorkriegssozialdemokratie	26
Die Diskussion der KPD über Einheitsfront und Arbeiterregierung	35
Der »linke Radikalismus« der jungen KPD	36
Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und die Initiative der Gewerkschaften für eine Arbeiterregierung	39
»Loyale Opposition« zu einer Arbeiterregierung – die Debatte in KPD und Komintern beginnt	42
Die »Politik des Offenen Briefs« und die Einheitsfrontpolitik	45
Die Arbeiterregierung: politische Zuspitzung der Einheitsfrontpolitik	49
Die »Leitsätze über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten«	51
Kommunistische Beteiligung an einer Arbeiterregierung?	53
Die Beteiligung der KPD an den Koalitionsregierungen 1923 in Sachsen und Thüringen und das Scheitern des »deutschen Oktobers«	58

»Den Tiger reiten?«: Die Debatte der Grünen über Koalitionen und Tolerierungspolitik	65
»Mehrheiten diesseits der Union« und die »Hamburger Tolerierungslinie«	67
Hessen: Von der Fundamentalopposition zur »Realpolitik«	71
Ende der Tolerierung und der Marsch in die Koalition	75
Das Ende der Hamburger Tolerierungspolitik	81
Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und wechselnde Mehrheiten als Ausweg aus dem grünen Dilemma?	83
Von der »Jahrhundertchance« zum Regieren als Selbstzweck	86

»Sachzwang Weltmarkt« und Linksregierungen Frankreich, Griechenland, Portugal

Das Scheitern des französischen sozialistischen Experiments (1981-1983)	91
Der »Keynesianismus in einem Land« stößt an seine Grenzen	94
Das Europäische Währungssystem und das Ende der Reformpolitik	95

Zerbrochene Hoffnung: Syriza und der gescheiterte Kampf gegen die Austerität	103
Das »erste Hilfsprogramm«	105
Der Aufstieg der Syriza und die Orientierung auf die Regierungsübernahme	107
Syriza an der Regierung und die »Interimsvereinbarung«	109
Verhandlungen und wachsender Druck der »Troika«	112
Referendum unter erpresserischem Druck	114
#ThisIsACoup: Die Unterwerfung unter das Diktat der »Troika« ...	116
Austritt aus der Eurozone: eine Alternative?	117
Varoufakis' »Plan B«	120
Eine Niederlage, kein »Verrat«	122
Fehlstellen: Orientierung auf soziale Bewegungen und Transformation des Staates	127

Portugal: Linke Alternative oder »Austerität light«?	133
Minderheitsregierung als »Klapperkiste«	135
Erfolge und Konflikte	138
Gesundheitspolitik als Kern der Auseinandersetzungen	140

Tolerieren und Koalieren: Erfahrungen der PDS und der LINKEN

Das »Magdeburger Modell«: Tolerierung oder »Koalition ohne Minister«?	147
--	-----

Nordrhein-Westfalen: Rot-grüne Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten	155
---	-----

Berlin 2002-2011: Regieren in einer bankrotten Stadt	167
---	-----

Finanzielle und politische Überlastung der rot-roten Regierung nach 2001	168
Überfällige Sanierung der öffentlichen Unternehmen	174
Koalitionskonflikt um die Hartz-Gesetze	176
Linke Reform-Erfolge	178
Rot-rote Schlussfolgerungen nach 2006	178
Die Wahlen 2011 und die Folgen	180

»Regieren in Bewegung?« Rot-Rot-Grün in Berlin	183
---	-----

Arbeitsfelder: Rekommunalisierung der Stromversorgung, Verkehrswende	183
Der Kampf um den »Mietendeckel«	185
Resümee	189

Thüringen: »Bollwerk gegen rechts« oder »Regieren ohne Hegemonie«	191
--	-----

2009-2014: Auf dem Weg in eine linke Reformregierung	191
2014-2019: Rot-Rot-Grün unter dem ersten LINKEN Ministerpräsidenten	193
Erfolge und Hindernisse der Regierungskoalition	195
2019/20: Linke Minderheitsregierung und rechter Tabubruch	198
Bleibende Herausforderungen für Rot-Rot-Grün	201

Probleme linker Regierungsbeteiligung

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung	205
Historische Wendepunkte auf dem Weg zu einer radikalen Reformpolitik	207
Parteien und Koalitionen	209
DIE LINKE als Minderheit in Regierungen	212
Erfolgswege und Hindernisse für linkes Regieren	216
Bewusstsein über die Widersprüche linken Regierens schaffen	219

Vorwort

Sollen und dürfen sich Sozialistinnen und Sozialisten an einer Regierung im bürgerlich-parlamentarischen Staat beteiligen? Diese Frage löst immer wieder heftigste Diskussionen und Streit unter Linken aus. Und tatsächlich – linke Regierungsbeteiligungen waren selten Erfolgsgeschichten. Anfänglich mit Euphorie und Hoffnung begleitet, verkehrten sich die ursprünglichen Ziele im Verlaufe der Regierungszeit oftmals in ihr Gegenteil. Die rot-grüne Bundesregierung endete mit dem größten Angriff auf den deutschen Sozialstaat und schickte erstmals in der bundesdeutschen Geschichte Soldaten in Kriegseinsätze. Die sozialistische Regierung im Frankreich der 1980er Jahre startete mit einem links-keynesianischen Programm und vollzog mit der Politik der »rigueur« eine Wende zur Austerität. Und das in der europäischen Linken mit vielen Hoffnungen verbundene Experiment von Syriza endete in einer Niederlage. Syriza scheiterte am Widerstand der Troika und musste – wie die Vorgängerregierungen – entgegen ihrem eigenen Programm Kürzungen und Privatisierungen umsetzen. Also Finger weg von Regierungsbeteiligungen der Linken?

Andererseits aber kann auch eine allein auf außerstaatliche Bewegung und einen revolutionären Umsturz setzende Politik nicht beanspruchen, erfolgreicher gewesen zu sein. Zwar konnten Gewerkschaften und soziale Bewegungen Druck auf die staatlichen Institutionen ausüben und soziale, demokratische und kulturelle Reformen erringen. Diese blieben jedoch – ohne den damit verbundenen gesellschaftlichen Fortschritt gering schätzen zu wollen – Reformen innerhalb des Kapitalismus, ohne ihn je infrage zu stellen. Und dort, wo die Linke die politische Macht revolutionär eroberte, versandete der anfängliche emanzipatorische Impuls angesichts der realen Probleme der Umgestaltung bald in der Etablierung eines bürokratischen Apparats oder endete gar in der Etablierung autokratischer Herrschaftsformen.

Die Diskussionen in der Linken über Regierungsbeteiligungen bleiben häufig an der Oberfläche. Viel zu schnell gleiten sie in Polemiken ohne Erkenntnisgewinn ab, wenn die Kontrahenten sich wechselseitig des »Opportunismus« oder des »fundamentalistischen Sektierertums« bezichtigen. Beide Seiten reproduzieren damit das immerwährende Dilemma linker Politik: die Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen und die notwendige Autonomie gesellschaftsverändernder Bewegungen auf

der anderen Seite. Diesem real existierenden Widerspruch kann man jedoch nicht entgehen, indem man sich jeweils auf einer Seite des Widerspruchs festsetzt. Eine linke Partei ist – so Etienne Balibar – »unweigerlich im Spiel eines Widerspruchs befangen, den sie möglicherweise beherrschen kann, wenn sie ihn anerkennt, dem sie sich aber nicht spontan entziehen kann.«¹ Denn unter den Bedingungen des Parlamentarismus und der Parteienkonkurrenz muss auch die radikalste Opposition »innerhalb der Diskurse, Mechanismen und Apparate agieren, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals über den gegenwärtigen politischen Inhalt, den diese Apparate reproduzieren usw. hinaus kommen zu können.«² Diesem Widerspruch kann man nicht entkommen, er muss vielmehr in der politischen Bewegung und im politischen Kampf bearbeitet werden – Niederlagen und Irrtümer eingeschlossen.

Über Sinn oder Unsinn einer linken Regierungsbeteiligung zu diskutieren, bedeutet auch, sich grundlegenderen Fragestellungen zuzuwenden: Der Frage nach dem Charakter und der Funktionsweise des bürgerlichen Staates, nach der Rolle von Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen und ihrem Verhältnis zum Staat – kurz: nach einer linken Strategie der Transformation. In diesem Buch versuche ich die historischen Debatten der Linken und der Arbeiterbewegung zum Verhältnis von Reform und sozialer Revolution und zu Regierungsbeteiligungen nachzuvollziehen und kritisch zu reflektieren.

Erstmals hatte sich die Debatte über Linke in der Regierung am Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in eine Regierung mit den bürgerlichen Radikalen entzündet. Dies wurde insbesondere von Rosa Luxemburg einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die damalige Kontroverse war stark von den Vorstellungen des sogenannten orthodoxen Marxismus der II. Internationale und den Vorstellungen der damaligen Sozialdemokratie vom Übergang zur sozialistischen Gesellschaft geprägt. Vorstellungen, die Luxemburg in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der KPD überwand. Mit der Spaltung der

¹ Etienne Balibar, Über die Diktatur des Proletariats, Hamburg/Westberlin, 1977, S. 69.

² F.O. Wolf, Warum fällt uns es in den Grünen so schwer, über unsere Perspektiven zu diskutieren? In: Erwin Jurtschitsch/Alexander Rudnik/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Grüne Perspektiven. Grünes & alternatives Jahrbuch 1988, Köln 1988, S. 91; vgl. auch Balibar: »weil der Klassenkampf des Proletariats sich nicht außerhalb der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse abspielt [...] muss die Partei der Arbeiterklasse sich in das Spiel der bürgerlichen ›Staatsmaschine‹ einfügen«, a.a.O., S. 69.

Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg begann in der KPD und der Kommunistischen Internationale eine intensive Diskussion, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse angesichts der Existenz unterschiedlicher Arbeiterparteien hergestellt und wie dieser Kampf mit einer politischen Machtperspektive verbunden werden kann. Eine intensive Diskussion über das Verhältnis der Kommunisten zu sozialdemokratischen Landesregierungen, über die Bildung einer Arbeiterregierung und den möglichen Eintritt von Kommunisten in eine Regierung im bürgerlichen Staat folgte.

Die Auseinandersetzung in den einstmals als »Anti-Parteien-Partei« gegründeten Grünen zwischen »Realos« und »Fundis« wiederholte gewissermaßen im neuen Gewand die alte Kontroverse in der Arbeiterbewegung. Hier ist vor allem das Zusammenspiel der innerparteilichen Dynamik der Kontroverse mit den Integrationsmechanismen des parlamentarischen Parteiensystems von Interesse – ein Zusammenspiel, das schließlich zum Erfolg des rechten, sogenannten realpolitischen Flügels führte.

Regieren im bürgerlichen Staat bedeutet immer Auseinandersetzung mit »Sachzwängen«. Mit der zunehmenden Transnationalisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gewinnt der »Sachzwang Weltmarkt« eine immer größere Bedeutung. Schmerzlich erfuhren dies die Linksregierung im Frankreich der 1980er Jahre und die Regierung Syriza in Griechenland. In beiden Fällen spielten internationale Kapitalverflechtung, die Finanzmärkte und das europäische Währungssystem eine entscheidende Rolle beim Scheitern eines linken Aufbruchs. Und in beiden Fällen stellte sich die Frage, welche Rolle die Strategie der Regierungen zu ihrem Scheitern beigetragen hat.

Die PDS und DIE LINKE können mittlerweile auf eine Vielzahl von Erfahrungen auf der Länderebene mit Regierungsbeteiligungen oder der Duldung bzw. Stützung von Minderheitsregierungen zurückblicken. Sie alle hier in diesem Buch zu diskutieren, würde den Rahmen sprengen. Die hier behandelten Beispiele stehen exemplarisch für unterschiedliche »Typen« von Regierungserfahrungen: das Magdeburger Modell einer koalitionsähnlichen Tolerierung einer Minderheitsregierung, die Stützung einer Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten in NRW, die rot-rote Koalition in Berlin von 2002 bis 2011 in einer »bankrotten Stadt«, »Regieren in Bewegung« in Berlin seit 2016 und schließlich die Thüringer Regierung mit dem ersten linken Ministerpräsidenten.

Ich war in meiner politischen Arbeit immer wieder mit der Frage Linke und Regierung konfrontiert. Als Mitglied der Alternativen Liste

Westberlin hatte ich mich aktiv an der innergrünen Debatte um Opposition, Tolerierung und Koalitionen beteiligt. Ich war Teilnehmer an mehreren Koalitionsverhandlungen: zur Bildung der rot-grünen Regierung in Berlin (an deren Ende ich empfahl, nicht in die Regierung einzutreten) und bei den Verhandlungen zur Bildung der rot-roten und der rot-rot-grünen Koalitionen in Berlin. Ich habe Erfahrung mit Linken in der Regierung als Regierungsmitglied und als Abgeordneter einer Regierungsfraktion gesammelt. Dies alles war mit Fehlern und Irrtümern verbunden, aber auch mit Erfolgen, und vor allem mit vielen Einblicken in die Mechanismen, Risiken und Chancen einer Regierungsbeteiligung. In diesen Jahren habe ich auch meine eigene Position weiterentwickelt.

In diesem Buch versuche ich, einen Überblick über die vielfältige und reichhaltige historische Diskussion über linke Regierungsbeteiligungen zu geben – wobei auch die Debatte der Grünen in den 1980er Jahren mittlerweile zur Historie gehören dürfte. Denn für viele der heutigen Generation linker Aktivist*innen dürfte vieles aus dieser Debatte nicht mehr bekannt sein. Und es ist auch der Versuch, Schlussfolgerungen aus meinen persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Regieren zu ziehen und zur Diskussion zu stellen.

Alles schon mal dagewesen?
**Die Debatten um Linke und
Regierungsbeteiligung 1899-1989**

Sozialistische Politik in einer bürgerlichen Regierung?

Der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale und Luxemburgs Kritik am »Millerandismus«

*»In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.«
(Rosa Luxemburg, 1899)*

*»Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder-Oder.«
(Rosa Luxemburg, 1918)*

Die erste große Debatte um eine Regierungsbeteiligung von Sozialist*innen entspann sich, als der französische Sozialist Alexandre Millerand 1899 in das Kabinett des bürgerlich Radikalen Waldeck-Rousseau eintrat. Frankreich durchlebte damals eine tiefe politische Krise. Die Affäre um den zu Unrecht der Spionage verurteilten jüdischen Offizier Dreyfus polarisierte die Gesellschaft. Die klerikal-militaristische und antisemitische Reaktion machten gegen die Republik mobil, die linksrepublikanischen Kreise um den Schriftsteller Émile Zola (J'accuse!) und den Sozialisten Jaures stellten sich dem entgegen und verlangten die Rehabilitierung Dreyfus, die vollständige Aufklärung der Affäre, und dass ihre Hintermänner zur Rechenschaft gezogen werden. Vor diesem Hintergrund vollzog sich der Eintritt Millerands als Handelsminister in das Kabinett – begründet als ein zur Verteidigung der Republik notwendiger Schritt.

Das war ein Bruch mit der bisherigen politischen Praxis der sozialistischen Parteien. Rosa Luxemburg verfolgte daher diese Entwicklung intensiv und mit kritischem Blick. »Die aktive Teilnahme der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung ist jedenfalls eine Erscheinung, die außerhalb des Rahmens der gewöhnlichen Betätigungsformen des Sozialismus liegt«, und bietet deshalb »Anlass zu mancher taktisch-prinzipieller Betrachtung«, schrieb sie nach dem Eintritt Millerands in das Kabinett.³ Dabei diskutierte und analysierte sie die Regierungspolitik

³ Rosa Luxemburg, Eine taktische Frage, in: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1983, S. 483 (im Folgenden zitiert als GW).

unter einem doppelten Gesichtspunkt. Sie untersuchte das konkrete Regierungshandeln und konfrontierte es mit dem selbst proklamierten Anspruch der Verteidigung der Republik und der Durchführung sozialer Reformen. Zugleich formulierte sie grundsätzliche Aussagen über die Rolle des bürgerlichen Staates, das Verhältnis von Sozialist*innen zum Staat und zu linken Regierungsbeteiligungen.

Die Kritik der Regierungspraxis Millerands

In scharfen Worten kritisierte sie den »eklatanten Widerspruch zwischen Mittel und Zweck, zwischen Aufgabe und Ausführung [...] zwischen den Erwartungen, die man auf Waldeck-Rousseau gesetzt, und dem was er gehalten«. ⁴ Die Republik gegen die klerikal-militaristische Reaktion zu verteidigen hätte – so Luxemburg – entschiedene Maßnahmen verlangt: »Die zu ergreifenden Maßnahmen waren durch die Situation selbst diktiert. Wenn die Armee sich zu einem selbstständigen Körper ausgewachsen hatte und sich gegen den Organismus der Republik richtete, so galt es an ihre Selbständigkeit die Axt zu legen und durch Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit wie auch durch die Kürzung der Dienstzeit ihre Annäherung an die Zivilgesellschaft herbeizuführen.« Um die Macht des Klerus zu brechen hätten die Kongregationen aufgelöst, sein Vermögen konfisziert und die Kirche und Schule wie Staat getrennt werden müssen. Angesichts der Lügen und Fälschungen im Dreyfus-Prozess hätten die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und Dreyfus rehabilitiert werden müssen. Nichts davon – so Luxemburg – wurde realisiert.

Die Militärgerichtsbarkeit wurde nicht abgeschafft, die Dienstzeit nicht verkürzt. Die kirchlichen Orden mit »nahezu 400 Million Francs Vermögen, die staatlich subventionierte Weltgeistlichkeit [...], das staatliche Kultusbudget von ca. 40 Millionen werden der Republik nach wie vor erhalten«. ⁵ Die Trennung von Schule und Kirche wird nicht vollzogen: »zwei Millionen französische Kinder werden gegenwärtig in den geistlichen Schulen vergiftet und zu Feinden der Republik erzogen«. ⁶ Lediglich der Unterricht durch »nichtautorisierte Orden« wurde verboten – »durch die radikale Reform werden von den nahezu zwei Millio-

⁴ Rosa Luxemburg, Die sozialistische Krise in Frankreich, GW 1/2, S. 22.

⁵ GW 1/2, S. 23.

⁶ GW 1/2, S. 23.

nen ganze fünfzehntausend Kinder dem Weihwedel entzogen«, kommentierte Luxemburg sarkastisch.⁷

Jahrelang hatten Jaures und die Sozialisten die vollständige Aufklärung der Dreyfus-Affäre, die konsequente Bestrafung der Verantwortlichen und der Hintermänner und die Rehabilitierung des unschuldig Verurteilten gefordert. »Ich schwöre, dass Dreyfus unschuldig ist, dass der Unschuldige rehabilitiert wird, dass die Verbrecher bestraft werden« – so Jaures im August 1899. Wenige Monate später beschließt das Parlament auf Vorlage der Regierung ein Amnestiegesetz, »wonach sie allen Verbrechern die Straflosigkeit garantiert, allen Opfern die rechtliche Genugtuung verweigert, alle angefangenen Prozesse erstickt. [...] Um die Republik zu verteidigen, wird sämtlichen Angreifern der Republik ein Generalpardon gegeben, um die republikanische Justiz zu rehabilitieren, wird den Opfern des Justizmordes die Rehabilitierung abgeschnitten.«⁸ Das Amnestiegesetz sei das »Waterloo« der sozialistischen Dreyfus-Kampagne: »In einem Augenblick machte Jaures alles zunichte, was er im Laufe von zwei Jahren geleistet hatte.«⁹

Nicht minder deutlich fiel Luxemburgs Kritik an Millerands Sozialreformen aus. Zwar wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden beschlossen – die Regelung sollte aber erst vier Jahre später in Kraft treten. Ihre Realisierung – so Rosa Luxemburg – sei damit ungewiss, vom Willen künftiger Regierungen abhängig. Dafür aber wurde die gesetzliche Arbeitszeit für Kinder unmittelbar um eine Stunde erhöht und an die Arbeitszeit der Erwachsenen angeglichen: »Indem das Gesetz Millerand die Arbeitszeit der Kinder vorläufig um eine Stunde erhöht, opfert es nicht die materielle eine Stunde Ruhe [...], sondern etwas unendlich Wichtigeres: *das Prinzip selbst des besonderen Kinderschutzes*.«¹⁰ Denn »der bevorstehende zehnstündige Arbeitstag für Erwachsene ist in seiner Ausführung das Ungewisse, mit der Richtung der jeweiligen Regierung und ihrer Organe wechselnde, die Ausgleicheung der Arbeit der Kinder mit der der Erwachsenen – das ist das Prinzipielle, das Bleibende der neuen Reform.«¹¹

Auch an den Regelungen zur Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter – also des Rechts zur gewerkschaftlichen Organisation und Be-

⁷ GW 1/2, S. 23.

⁸ GW 1/2, S. 24.

⁹ GW 1/2, S. 29.

¹⁰ GW 1/2, S. 45.

¹¹ GW 1/2, S. 46.

tätigung – lässt sie kaum ein gutes Haar. Statt Angriffe auf das Koalitionsrecht – wie seit Langem gefordert – strafrechtlich zu ahnden, sah das Gesetz lediglich eine privatrechtliche Klagemöglichkeit der gemäßregelten Arbeiter*innen gegen den Unternehmer vor. Dieses Recht gab es jedoch auch schon vor der Reform, hatte sich aber »sowohl angesichts des Unvermögens der Arbeiter, kostspielige Prozesse zu führen [...], wie endlich der Belanglosigkeit der Geldstrafen für die Kapitalisten als völlig unwirksam erwiesen«. ¹² Die Streikgesetzgebung sah vor, dass über Forderungen und Kampfmaßnahmen »nur die in einem Betrieb oder in einer Werkstatt beschäftigten Arbeiter« beschließen durften. »Als Kontrahent bei der Arbeitsvertragsschließung tritt also dem Unternehmer nicht die *Gewerkschaft*, sondern die Arbeiterschaft der Werkstatt entgegen. Auf diese Weise werden aber sowohl die Hebung der einzelnen Arbeitsgruppen durch gewerkschaftliche Verallgemeinerung der weitestgehenden Errungenschaften und Forderungen wie eine allgemeine Streikaktion im Berufe und über dessen Grenzen hinaus, namentlich die in Frankreich so häufigen politischen und Solidaritätsstreiks, unmöglich.« ¹³ Obendrein sah das Gesetz eine obligatorische (staatliche) Schlichtungsstelle vor, deren Entscheidung – unabhängig von der Zustimmung der Streikenden – bindend war. »Der Urteilsspruch des Schiedsgerichts ist also in diesem Falle nicht wie bei seiner freiwilligen Anerkennung in der bisherigen Praxis ein Ausdruck des tatsächlichen, im Kampfe an den Tag gelegten Machtverhältnisses der beiden Seiten.« Streiks hätten damit nur die Funktion »eines *Signals* für den Beginn eines Schiedsgerichts – ein Ergebnis, das ebenso erfolgreich z.B. durch das Heraushängen einer Fahne aus einem Fenster der Werkstatt erreicht werden könnte«. ¹⁴

Luxemburgs Bilanz des Regierungsexperiments fiel somit vernichtend aus. Die missglückten Reformen Millerands aber seien nicht dessen »bösem Willen« geschuldet, resümiert Luxemburg. Es liege in der Natur einer Regierungspolitik, die »notgedrungen auf die republikanische Mehrheit zugeschnitten« ist, dass »die Konzessionen an die Arbeiter mit solchen an die Unternehmer« verkoppelt sind und – so Luxemburg – »dass es diesen Zweck hier auf Kosten der Arbeiterinteressen [...] erreicht«. ¹⁵ So führe die Gesetzgebung zu den Gewerkschaften und

¹² GW 1/2, S. 47.

¹³ GW 1/2, S. 49f.

¹⁴ GW 1/2, S. 51.

¹⁵ GW 1/2, S. 53.

dem Streikrecht dazu, die Gewerkschaften »aus Kampforganisationen zu einem Teil des künstlich erdachten Apparats für den sozialen Frieden zu verwandeln«. Und sie kommt zu dem Schluss: »Die Verhältnisse haben sich stärker als die Einzelperson erwiesen, und der Sozialist, der in eine bürgerliche Regierung eingetreten ist, hat nicht die Sozialpolitik der Regierung zum Werkzeug der sozialistischen Bestrebungen gemacht, sondern ist umgekehrt in seiner Sozialpolitik zum Werkzeug der bürgerlichen Regierung geworden.«¹⁶ Denn auch ein sozialistischer Minister sei, »solange er im *bürgerlichen* Ministerium figuriert [...] an die Zustimmung der bürgerlichen Majorität der Regierung und der Volksvertretung gebunden«.¹⁷

Rosa Luxemburg zur Rolle von Partei, Staat, Regierung und Parlament

Aber Luxemburg kritisierte nicht nur die Regierungspraxis Millerands und ihre Resultate hart. Sie formuliert in der Auseinandersetzung um den Millerandismus auch grundsätzliche Aussagen zum Wesen des bürgerlichen Staats und zu einer Beteiligung von Sozialist*innen an bürgerlichen Regierungen.

Scharf greift sie revisionistische Auffassungen »einer stückweisen Einführung des Sozialismus in die bürgerliche Gesellschaft« an. Sie stellt fest: »Kann man einmal den Sozialismus überhaupt allmählich, in kleinen Dosen in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln und verwandelt sich andererseits der kapitalistische Staat von selbst allmählich in einen sozialistischen, dann ist eine Aufnahme der Sozialisten in die bürgerliche Regierung sogar ein natürliches Ergebnis der demokratischen Entwicklung der bürgerlichen Staaten.«¹⁸ Im Gegensatz dazu formuliert sie in deutlicher Abgrenzung ihre revolutionäre Alternative, wonach »die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in Angriff genommen werden kann«. Die Tätigkeit der Sozialist*innen könne sich deshalb »gegenwärtig bloß auf die – objektive und subjektive Vorbereitung dieses Moments« reduzieren.¹⁹ Anders als Jaures, der in einer Beteiligung von Sozialist*innen an

¹⁶ GW 1/2, S. 54.

¹⁷ GW 1/2, S. 54.

¹⁸ GW 1/1, S. 484.

¹⁹ Ebd.

der Regierung »nur eine logische Erweiterung des anerkannten Prinzips der Beteiligung an den gesetzgebenden Körperschaften und den Munizipalitäten« sah, machte Luxemburg einen grundlegenden Unterschied zwischen einer Beteiligung am Parlament und Gemeinderäten einerseits und dem Eintritt in eine Regierung andererseits. Zwischen dem Parlament und einer Regierung im bürgerlichen Staat bestehe ein grundlegender Unterschied: »In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, dass sie in oppositioneller Stellung verharren«,²⁰ denn das Parlament bilde als »Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie«. ²¹ Die Regierung hingegen, die »die Ausführung der Gesetze, die Aktion, zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition«, sie müsse »stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort, den Boden des bürgerlichen Staats«. ²²

Sozialist*innen als »prinzipielle Gegner des Bestehenden« stünden damit vor der Alternative »entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich kein aktives Mitglied der Regierung zu sein – ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitglieds aus der Regierung führen müsste – oder aber die Sache schließlich mitzumachen, [...] d.h., tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamts zu sein«. ²³

Rosa Luxemburgs prinzipielle Aussagen zum Verhältnis von sozialdemokratischer Partei, Regierung und Staat stehen im Zusammenhang mit den Vorstellungen des »orthodoxen Marxismus« der II. Internationale und seines wichtigsten Vertreters Karl Kautsky. Die Vorkriegssozialdemokratie ging davon aus, dass die kapitalistische Entwicklung mit der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals »die gesellschaftliche Organisation der Produktion immer mehr vorbereitet«. Damit einhergehend wachse die Arbeiterklasse und ihre gesellschaftliche Macht und es komme zu einer Verschärfung der Klassengegensätze.

²⁰ Ebd.

²¹ GW 1/2, S. 58.

²² GW 1/1, S. 484.

²³ GW 1/1, S. 484f.

»Die Proletarier werden aus lästigen Bettlern, die man aus Mitleid beschäftigt, zu der Arbeiterklasse, von der die Gesellschaft lebt, die Persönlichkeit des Kapitalisten wird immer überflüssiger für den Fortgang der Produktion, was die Aktiengesellschaften und Trusts sinnfällig darstellen. Aus einer ökonomischen Notwendigkeit *wandelt sich das Lohnverhältnis immer mehr in ein bloßes Machtverhältnis, durch die Macht des Staates aufrechterhalten.*«²⁴

Diese Argumentationsfigur findet sich auch bei Luxemburg: »Der Produktionsprozess wird immer mehr vergesellschaftet, und die Einmischung und Kontrolle des Staates über diesen Produktionsprozess wird immer breiter. Aber gleichzeitig wird das Privateigentum immer mehr zur Form der nackten kapitalistischen Ausbeutung fremder Arbeit, und die staatliche Kontrolle wird immer mehr von ausschließlichen Klasseninteressen durchdrungen. Indem somit der Staat, d.h. die politische Organisation und die Eigentumsverhältnisse, d.h. die rechtliche Organisation des Kapitalismus, mit der Entwicklung immer *kapitalistischer* und nicht immer sozialistischer werden«, stellt Luxemburg fest, dass »die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft [...] sich der sozialistischen immer mehr (annähern), ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand.«²⁵ Während die gesamte gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus dränge, stehe dieser allein der Staat im Weg.²⁶

Am zugespitztesten formuliert dies Kautsky in seiner revolutionärsten Schrift »Der Weg zur Macht«: Mit der Entwicklung der Aktiengesellschaften, werde »die Person des Kapitalisten selbst [...] überflüssig für den Gang des kapitalistischen Unternehmens. Die Ausschaltung seiner Person aus dem wirtschaftlichen Leben hört auf, eine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeit oder Zweckmäßigkeit zu sein. Sie wird eine bloße Frage der Macht.«²⁷ Die Staatsmacht wird hier zu einem neben den Produktionsverhältnissen stehenden Subjekt, das als politischer Zwangsapparat die quasi naturwüchsige Entwicklung der Produktionsverhältnisse hin zum Sozialismus im Interesse der herrschen-

²⁴ Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Frankfurt a.M. 1972, S. 46.

²⁵ GW 1/1, S. 399f.

²⁶ Siehe auch Michael Brie, *Der Fall Millerand – Regierungsbeteiligung der Sozialisten als Testfall marxistischer Staatstheorie*, in: Michael Brie/Frigga Haug (Hrsg.), *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg*, Baden-Baden 2011, S. 48.

²⁷ Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, a.a.O., S. 33.

den Klasse blockiert. Erst wenn die Blockade durch die Staatsmacht überwunden ist, steht der »gesellschaftlichen Organisierung der Produktion« nichts mehr entgegen.

Die Konsequenz ist für Luxemburg klar: »Die Vertreter der Arbeiterklasse können, ohne ihre Rolle zu verleugnen, nur in einem Fall in die bürgerliche Regierung treten: um sich ihrer gleichzeitig zu bemächtigen und sie in die Regierung der herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln.«²⁸ Im Parlament könnten »die sozialdemokratischen Vertreter [...] soziale Reformen durchzuführen suchen«, dort hätten sie jedoch im Gegensatz zu einer Mitgliedschaft in der Regierung die »volle Möglichkeit, durch ihre gleichzeitige Opposition gegen die bürgerliche Gesetzgebung und die bürgerliche Regierung im ganzen [...] auch ihrem Kampfe um die bürgerlichen Reformen einen prinzipiell sozialistischen Charakter, den Charakter des proletarischen Klassenkampfes zu verleihen. Ein Sozialdemokrat hingegen, der *dieselben* Sozialreformen als Mitglied der Regierung, das heißt bei gleichzeitiger aktiver Unterstützung des bürgerlichen Staates im ganzen anstrebt, reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Falle auf bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik.«²⁹ So kommt sie sogar zu dem Schluss: Würde ein Sozialist in der Regierung »sogar alle Forderungen des sozialistischen Programms ausführen, die auf den gegenwärtigen Staat berechnet sind, auch dann hörte er nicht im mindesten auf, bürgerlicher Minister zu sein«.³⁰

Für Luxemburg kommt es daher »in erster Linie nicht auf das *Was*, sondern auf das *Wie*« an. Entscheidend für sie ist es, die Unabhängigkeit und Gegnerschaft der Arbeiterpartei gegenüber dem Staat zu wahren, der das eigentliche Hindernis für die »gesellschaftliche Organisierung« der Produktion ist. »Rosa Luxemburg ganzes Denken zielte, wie das anderer revolutionärer Sozialisten darauf, die Arbeiterbewegung und ihre Parteien als Kräfte autonom und unabhängig vom Staat zu konstituieren und zu entwickeln, um sie zu befähigen, den Staat zu erobern, ... und die neu zu schaffende Staatsmacht der Arbeiter zu nutzen, die Eigentumsordnung zu revolutionieren. Der vorhandene Staat kann deshalb nur insoweit als Instrument sozialistischer Politik genutzt werden, wie diese Autonomie der Arbeiterbewegung gestärkt wird.«³¹ Deshalb

²⁸ GW 1/1, 485.

²⁹ GW 1/1, 485.

³⁰ GW 1/2, 61.

³¹ Michael Brie, a.a.O., S. 54.

– so Luxemburg – sei »in der bürgerlichen Gesellschaft [...] der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen* Partei vor-gezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.«³²

Rosa Luxemburg und der »orthodoxe Marxismus« der II. Internationale

Die Vorkriegssozialdemokratie verfügte jedoch über keine ausgearbeitete Vorstellung der politischen Machteroberung und des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. So formulierte Kautsky in seiner Polemik gegen die revisionistischen Auffassungen Eduard Bernsteins: »Die Entscheidung über das Problem der proletarischen Diktatur können wir wohl ganz ruhig der Zukunft überlassen.«³³

Im Zentrum des politischen Kampfes der Vorkriegssozialdemokratie stand die Überwindung der Monarchie, die Errichtung der Republik und einer parlamentarischen Demokratie. Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 war eine Periode revolutionärer Aufstände zu Ende gegangen. Friedrich Engels kam 1895 in seiner »Einleitung zu Marx' ›Klassenkämpfe in Frankreich«« zu dem Schluss, dass sich die Bedingungen für den Klassenkampf geändert hatten: »Die Zeit der Überumpelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze einer bewussten Masse durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein [...]. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, bedarf es langer, ausdauernder Arbeit.« Für diese vorbereitende Arbeit gelte es, die Instrumente des Parlamentarismus und der Wahlen zu nutzen. Die deutschen Sozialdemokraten hätten das Wahlrecht »aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung (verwandelt)«. Ihre Wahlerfolge gingen »so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozess [...] Dies Wachstum unun-

³² GW 1/1, 486. Als Ausnahme sah sie nur dann als gegeben an, wenn die Teilnahme »an der bürgerlichen Regierung [...] als notwendig erschiene, namentlich, wo es sich um Freiheit des Landes oder um die demokratischen Er-rungenschaften, wie die Republik handelt« (485f.).

³³ Zitiert nach W.I. Lenin, Staat und Revolution, in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 25, Berlin 1960, S. 493.

terbrochen in Gang zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe.«³⁴

Angesichts des wachsenden Einflusses und organischen Wachstums der Sozialdemokraten bei den Wahlen bestand die dominante Vorstellung des »Wegs zur Macht« in der Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit. So schreibt Karl Kautsky in seiner Schrift zur Erläuterung des Erfurter Programms der SPD: »Die letzte Konsequenz des Parlamentarismus ist die parlamentarische Republik [...] in einem wirklich parlamentarisch regierten Lande (gerät) die Staatsverwaltung in völlige Abhängigkeit vom Parlament, das den Geldsack, das heißt die Seele des modernen Staates wie jeder modernen Unternehmung, in der Hand hat. Und ein König ohne Geld ist heute noch schlimmer dran als ein König ohne Land.« Deshalb müsse »ein wirklich parlamentarisches Regime durchgesetzt, die Reichsregierung [...] zum Ausschuss des Reichstags werden«. Nur konsequent ist dann auch die Schlussfolgerung, »wo das Proletariat als selbstbewusste Klasse an den Kämpfen ums Parlament (namentlich den Wahlkämpfen) und im Parlament Anteil nimmt, beginnt denn auch der Parlamentarismus sein früheres Wesen zu ändern. Er hört auf, bloßes Herrschaftsmittel der Bourgeoisie zu sein.«

Was nütze der wachsende Wahlerfolg der Sozialdemokratie und das Steigen »unserer Macht im Reichstag, wenn der Reichstag selbst ohne Einfluss und Macht dasteht. Die Macht muss ihm erst erobert, ein wirklich parlamentarisches Regime durchgesetzt, die Reichsregierung zum Ausschuss des Reichstags gemacht werden.« Das Proletariat müsse »neue Grundlagen des staatlichen Lebens [...] erobern, die ihm erlauben den staatlichen Apparat ständig seinen Klasseninteressen dienstbar zu machen.«³⁵ Zwar betont Kautsky gegen die revisionistischen Positionen die Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung, der Verbindung des ökonomischen Kampfes und des Kampfes um die Sozialreformen mit dem Kampf um die politische Macht, bleibt aber schließlich bei der Forderung nach der Demokratisierung des Reichs stehen.³⁶

Anders als Kautsky wies Luxemburg aber deutlich auf die Widersprüchlichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus hin. Dieser diene zwar »der Form nach dazu, in der staatlichen Organisation die Interes-

³⁴ Friedrich Engels, Einleitung zu Marx »Klassenkämpfe in Frankreich«, in: MEW 22, S. 518 und 524f.

³⁵ Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, a.a.O., S. 89 und 88.

³⁶ Vgl. auch Georg Fülberth, Karl Kautskys Schrift »Der Weg zur Macht« und seine Kontroverse mit dem Parteivorstand der SPD 1909, in: Karl Kautsky, a.a.O., S. XIX.

sen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen«. Andererseits sei es »aber doch nur die kapitalistische Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft, in der die kapitalistischen Interessen maßgebend sind. [...] Die der Form nach demokratischen Einrichtungen werden somit dem Inhalte nach zum Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen.« Sobald die Gefahr drohe, dass in der Demokratie sich die »tatsächlichen Volksinteressen« durchsetzen, würden die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihren staatlichen Vertretern geopfert werden. Daher erscheine »die Idee von einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit [...] angesichts dessen als eine Kalkulation, die bloß mit der einen, formellen Seite der Demokratie rechnet, die andere Seite aber, ihren reellen Inhalt, völlig außer acht lässt«. ³⁷ Für Luxemburg gab es kein organisches Hineinwachsen in den Sozialismus, einen revolutionären Bruch hielt sie für unvermeidlich.

Einig war sich Luxemburg jedoch mit der orthodoxen Strömung der Sozialdemokratie um Bebel und Kautsky, dass sich die Tätigkeit der Sozialist*innen auf die Vorbereitung für den Moment des »großen Kladderadatsch« (August Bebel) reduziere. Damit verbunden war eine vorwiegend defensive Strategie, die auf das weitere Wachstum der Sozialdemokratie setzt, ihre Unabhängigkeit und oppositionelle Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem von ihr dominierten Staat wahrt und damit die Voraussetzungen einer künftigen Machtübernahme schafft. »Je unerschütterlicher, konsequenter, unversöhnlicher die Sozialdemokratie, umso eher wird sie ihre Gegner meistern«, forderte Kautsky, und stellt fest: »Es heißt, von der Sozialdemokratie moralischen Selbstmord verlangen, wenn man will, sie solle sich durch eine Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien verbinden [...]. Wem die Sozialdemokratie das Mittel ist, das Proletariat zu befreien, der muss sich derartiger Teilnahme seiner Partei an der herrschenden Korruption auf das entschiedenste widersetzen.« ³⁸ So kam auch Rosa Luxemburg zu dem Schluss, »wenn man vom Standpunkt ausgeht, dass die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in Angriff genommen werden kann«, reduziere »die sozialistische Tätigkeit sich gegenwärtig bloß auf die – objektive und subjektive – Vorbereitung dieses Moments durch den Klassenkampf«. ³⁹

³⁷ GW 1/1, S. 399.

³⁸ Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, a.a.O., S. 111.

³⁹ GW 1/1, S. 484.

1918: Rosa Luxemburgs Kritik der Orthodoxie der Vorkriegssozialdemokratie

In ihrer Rede zum Programm der KPD auf dem Gründungsparteitag 1918 reflektierte sie diese – auch von ihr vertretene – Politik der Vorkriegssozialdemokratie kritisch. Man habe »den täglichen Kleinkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet« zur »unmittelbaren Aufgabe« erklärt, »um nach und nach erst die Armeen des Proletariats heranzubilden, die berufen sein werden, wenn die kapitalistische Entwicklung heranreift, den Sozialismus zu verwirklichen«. Auch das Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891 habe mit seiner Trennung von Minimal- und Maximalprogramm den »Sozialismus nur als Leuchtstern in der Ferne, als das Endziel hingestellt«. ⁴⁰ In der Folge habe sich eine Haltung entwickelt, wo »der parlamentarische Kampf als Gegensatz zur direkten revolutionären Aktion des Proletariats und geradezu als das einzige Mittel des Klassenkampfes betrachtet wurde«. ⁴¹ Es sei falsch, wenn man dachte, es sei nur »nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. Das war wiederum nichts als eine Illusion. Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann auch nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muss durch die Massen gemacht werden, durch jeden Proletarier.« ⁴² Die Machteroberung müsse »von unten« durch die Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen argumentierte sie 1918. »Die Machteroberung (soll) nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpresse in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen. [...] Denn hier gilt es Schritt um Schritt, Brust an Brust zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen.« ⁴³

In seinem am Vorabend der Oktoberrevolution verfassten Werk »Staat und Revolution« hatte Lenin den sogenannten »orthodoxen

⁴⁰ Rosa Luxemburg, Rede zum Programm. Gehalten auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 29.-31. Dezember zu Berlin, in: Rosa Luxemburg, Schriften zur Theorie der Spontaneität, Reinbek b. Hamburg, 1970, S. 197.

⁴¹ Ebd., S. 199.

⁴² Ebd., S. 210.

⁴³ Ebd., S. 218.

Marxismus« der II. Internationale und sein mangelndes Staatsverständnis kritisiert: »Die Frage nach dem Verhältnis des Staates zur sozialen Revolution und der sozialen Revolution zum Staat hat die prominentesten Theoretiker und Publizisten der II. Internationale (1889-1914) sehr wenig beschäftigt, ebenso wenig wie die Frage der Revolution überhaupt.«⁴⁴ Auch Georg Lukács kommt im Anschluss an Lenin zu dem Ergebnis: »Der Opportunismus aller in der II. Internationale herrschenden Tendenzen offenbart sich am deutlichsten darin, dass keine sich ernsthaft mit dem Problem des Staates befasst hat; hier – am entscheidenden Punkt ist zwischen Kautsky und Bernstein kein Unterschied. Sie haben alle, ausnahmslos, den Staat der bürgerlichen Gesellschaft einfach hingenommen. [...] Der Staat wurde ausschließlich vom Standpunkt partikularer Tagesinteressen betrachtet.« Diese Unklarheit in der Frage des Staates und der politischen Machteroberung habe aber auch auf dem linken, revolutionären Flügel der II. Internationale bestanden. Auch er war »außerstande [...], das Problem des Staates klarzustellen. Er kam zuweilen bis zum Problem der Revolution, bis zum Problem des Kampfes gegen den Staat, ohne aber imstande zu sein, die Frage – selbst rein rhetorisch – konkret zu stellen.«⁴⁵

Luxemburgs Schriften zur Kritik des Millerandismus sind Ausdruck des damaligen Entwicklungsstands der politischen Praxis und des Erfahrungsschatzes der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Denn die sozialistische Theorie nimmt nur »mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültig Gestalt«⁴⁶ an. Ihre staatsrechtlichen Ausführungen und die Vorstellung des Übergangs zum Sozialismus waren noch stark vom »orthodoxen Marxismus« der II. Internationale eines Kautsky und Bebel geprägt – einer Konzeption, die sie in ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD einer radikalen Kritik unterzog.

Die Vorstellung, dass »die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft [...] sich der sozialistischen immer mehr (annähern), ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen [...] zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand (errichten)«, macht den Staat zu einem von den Produktionsverhältnis-

⁴⁴ W.I. Lenin, Staat und Revolution, a.a.O., S. 489.

⁴⁵ Georg Lukács, Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Neuwied und Berlin 1967, S. 57f.

⁴⁶ W.I. Lenin, Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW 31, S. 9.

sen unabhängigen Subjekt, zu einem bloßen Anhängsel der herrschenden Klasse – von da war es nicht weit zur sozialdemokratisch-etatistischen Auffassung, dass der Staat von unterschiedlichen Klassen einfach in Besitz genommen und für unterschiedliche Zwecke verwandt werden kann.

Gänzlich anders formulierte sie die Aufgabe 1918: Die Revolution müsse »in der Hauptsache eine ökonomische werden«. Es genüge nicht, wie in den bürgerlichen Revolutionen »im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen«. Es komme vielmehr darauf an »von unten auf zu arbeiten«. Es gelte jetzt »mit vollem Bewusstsein die gesamte Kraft des Proletariats auf die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten. Unten, wo der einzelne Unternehmer seinem Lohnsklaven gegenübersteht, unten, wo sämtliche ausführende Organe der politischen Klassenherrschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen, stehen, dort müssen wir Schritt für Schritt den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen.«⁴⁷ Jetzt erscheint nicht mehr der Staat als das einzige Hindernis, als »immer höhere Mauer« gegen eine sich immer mehr sozialistischen Produktionsverhältnissen annähernden gesellschaftlichen Produktionsweise. Es geht jetzt darum, die gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse anzugreifen und zu überwinden, aus denen der bürgerliche Staat hervorgeht. Damit sprengte sie – den einstmals selbst von ihr vertretenen – Rahmen des orthodoxen Marxismus der II. Internationale und etatistischer Sozialismusvorstellungen.

Luxemburgs Auffassung, wonach »es auf dem Boden der heutigen Gesellschaft [...] überhaupt keine andere als bürgerliche Politik geben« könne und man auch bei Umsetzung aller Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms nur »bürgerliche Arbeiterpolitik« umsetzen könne, ist im historischen Kontext zu betrachten. Luxemburg diskutierte am Beispiel des Millerandismus eine Koalitionsregierung mit einer Partei der »republikanischen Bourgeoisie«, während die spätere Diskussion der KPD und der Kommunistischen Internationale unter den Bedingungen der Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei (zeitweise drei Parteien) auf eine Regierung der Arbeiterparteien orientierte und damit versuchte, eine Alternative zur sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu formulieren. Durch die Politik der Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten sollte die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erkämpft werden (siehe das folgende Kapitel). Die Koalitionspartner Millerands, die bür-

⁴⁷ Rosa Luxemburg, Rede zum Programm, a.a.O., S. 216f.

gerlichen Radikalen, hatten hingegen ihre Klassenbasis im Bürgertum und nicht in der Arbeiterschaft. Deshalb kommt Luxemburg zu dem Ergebnis, dass die französischen Sozialisten, eigentlich »berufen das Proletariat zu einer besonderen Klassenpartei zu organisieren und gegen alle bürgerlichen Klassen in den Kampf zu führen«, die Arbeiterklasse mit einer Koalition mit den bürgerlichen Radikalen »in ein Anhängsel der republikanischen Bourgeoisie« verwandelten.⁴⁸

Zugleich gestand aber Luxemburg zu, dass es Situationen gibt, in denen Sozialisti*innen nicht gleichgültig sein können gegenüber der Frage wer regiert: »Allerdings sind die Sozialisten in einem parlamentarisch regierten Land nicht so frei wie z.B. im deutschen Reichstag, wo sie ihre oppositionelle Haltung rücksichtslos durch das Misstrauensvotum für die Regierung jederzeit unzweideutigen Ausdruck geben können. Aus Rücksichten auf das »geringere Übel« sehen sich die französischen Sozialisten im Gegenteil häufig gezwungen, eine bürgerliche Regierung mit ihren Stimmen vor dem Sturze zu bewahren.«⁴⁹ Indem sie so aber eine Minderheitsregierung gegen reaktionäre Bestrebungen stützen, den Bestand der Regierung von sich abhängig machen, ohne in sie einzutreten, »gewinnen die Sozialisten [...] in ihrem Votum eine scharfe Waffe, die sie der Regierung wie ein Damoklesschwert über dem Haupte halten und womit sie ihrer Kritik und ihren Forderungen Nachdruck verleihen können.«⁵⁰ Unter bestimmten Bedingungen hielt sie auch einen Regierungseintritt einer sozialistischen Partei für möglich. Es könne »Augenblicke geben, wo die endgültige Machtergreifung durch die Vertreter des Proletariats noch unmöglich wäre, ihr Anteil an der bürgerlichen Regierung aber als notwendig erschiene, namentlich, wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften wie die Republik handelt«. In einem solchen Fall dürfe man sich nicht mit »abstrakter Prinzipienreiterei« vor der Sache drücken. Die Teilnahme an der Regierung müsse dann aber in einer Form erfolgen, die ihren »vorübergehenden Charakter und den ausschließlichen Zweck« deutlich mache. Auch dürfe der Regierungseintritt nicht auf die »Solidarität mit ihrer Tätigkeit und ihrem Bestand im ganzen hinauslaufen.«⁵¹

Von bleibendem Wert ist Luxemburgs Analyse der Integrationsmechanismen einer linken Regierungsbeteiligung, der Einigungszwänge

⁴⁸ GW 1/2, S. 58.

⁴⁹ GW 1/2, S. 33f.

⁵⁰ GW 1/2, S. 34.

⁵¹ GW,1/1, S. 485f.

mit dem Koalitionspartner und ihrer beißenden Kritik an der legitimatorischen Überhöhung sowohl eigener kleiner Erfolge als auch mehr oder weniger schlechter Kompromisse. Zutreffend verweist Luxemburg auf die Erfordernisse der Kabinetts- und Koalitionsdisziplin. Die jeweiligen Ressorts des Kabinetts müssen zusammenwirken und aus diesem »inneren Zusammenhang der einzelnen Funktionen erwächst naturgemäß die solidarische Verantwortung der einzelnen Mitglieder. Der Paragraph der französischen wie jeder auf dem parlamentarischen Regime beruhenden Verfassung, der alle Minister in ihrer Gesamtheit für die Regierungspolitik verantwortlich macht, ist weder ein Zufall noch eine staatsrechtliche Spitzfindigkeit, sondern der adäquate juristische Ausdruck der Einheitlichkeit in der Funktion, die das Lebensprinzip selbst der bürgerlichen Regierung bildet.«⁵² Es wäre eine Illusion – so Luxemburg – zu glauben, dass man jedes Ministerium »als eine in sich geschlossene unabhängige Machtsphäre« betrachten könne, und dass sozialistische Minister*innen nicht in der Gesamtverantwortung für die Regierungspolitik stünden.

Richtig ist, dass eine Regierung und ihr Programm »ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes Handeln«⁵³ sicherstellen muss. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung bedeutet immer die Übernahme von Gesamtverantwortung für die Regierungspolitik. Diese ist nicht auf die Regierungsmitglieder begrenzt, die Parlamentsfraktionen müssen sie stützen und absichern. So kritisiert Luxemburg »die Aufopferung der oppositionellen Haltung« durch den Regierungseintritt Millerands, was die Sozialist*innen »zum willenslosen Werkzeug der Regierung und zum passiven Anhängsel des radikalen Kleinbürgertums gemacht (hat). Statt der fortschrittlichen Politik in der Kammer einen neuen Antrieb zu geben, hat sie mit der Opposition der Sozialisten das einzige treibende Moment beseitigt, das Parlament und Regierung noch zu einer entschiedenen und mutigen Politik hätte bringen können.«⁵⁴ Mit der Einbindung in eine Regierung sei für die sozialistische Partei »eine rückhaltlose Kritik der Regierungspolitik unmöglich geworden. Wollten sie ihre Schwächen, ihre Halbheiten, ihre Feigheiten geißeln, so würden die Hiebe auf ihren eigenen Rücken zurückfallen. Denn ist [...] das Wirken einer Regierung ein Fiasko, dann entsteht sofort die Frage, welche Rolle ein Sozialist in dieser Regierung spielt.«

⁵² GW, 1/2, S. 59.

⁵³ Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg 1990, S. 62.

⁵⁴ GW 1/2, S. 36.

Angesichts dieses Dilemmas entsteht der Zwang zur Selbstrechtfertigung und legitimatorischen Überhöhung der eigenen Regierungstätigkeit. So kritisiert Luxemburg, dass die französischen Sozialist*innen vor der Alternative standen, dass sie »entweder ihre eigene Enttäuschung eingestehen, die Zwecklosigkeit der Teilnahme [...] an der Regierung einsehen [...] oder aber sich mit der Politik des Kabinetts zufriedengeben, sie als die Verwirklichung ihrer Erwartungen [...] verklären und demgemäß diese Erwartungen resp. Forderungen entsprechend der stufenweise in nichts zusammenfallenden Aktion der Regierung immer mehr herabstimmen.«⁵⁵

Luxemburgs strikte Trennung der Funktionen von Parlament und Regierung, wonach allein das Parlament im Gegensatz zur Regierung in der bürgerlichen Gesellschaft ein geeigneter Ort für das Agieren von Sozialisten ist, beruht auf der Auffassung, wonach »die gesetzgebende Körperschaft und die Zentralregierung des heutigen Staates [...] ihrem Wesen und ihren Funktionen nach zwei grundverschiedene Institutionen dar(stellen)«. Das Parlament sei »ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie«. Die Regierung jedoch sei »berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Land ausgefochtenen Partiekämpfe in die Tat umzusetzen«, sie sei »vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht ... Die Zentralregierung eines modernen Staates (stellt) ein Räderwerk dar, dessen Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegung bestimmen und kontrollieren. Der ganze Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Bewegung bringt, ist das bürgerliche Parlament.«⁵⁶

Diese strikte Trennung der Funktion zwischen Parlament und Regierung, wonach die Regierung ein bloßer »Ausschuss« (Kautsky) zur Exekution des Parlamentswillens ist, ist eine Simplifizierung der tatsächlichen Wirkmechanismen innerhalb und zwischen den Staatsapparaten. Die Stellung des Parlaments und sein Verhältnis zur Regierung unterliegt einem kontinuierlichen historischen Wandel. Die Vorstellung vom Parlament als entscheidendem »Transmissionsmechanismus« entstammt eher der Periode des Aufstiegs des Bürgertums, als »die Bourgeoisie in der repräsentativen Demokratie ein Mittel sah, den absolutistisch-

⁵⁵ GW 1/2, S. 26.

⁵⁶ GW 1/2, S. 58f.

feudalen zentralen Staatsapparat eigenen Zwecken zu unterwerfen«. In den Anfängen des bürgerlichen Parlamentarismus waren die besitzlosen Klassen vom Wahlrecht und der Repräsentation im Parlament ausgeschlossen. Das Parlament war damit im Wortsinn »nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet«, wie es im Kommunistischen Manifest hieß. Es bestand daher eine Identität von Regierten und Regierenden. Die Abgeordneten »kannten als Volkssache keine anderen als die großbürgerlichen. [...] Das machte auch die Stärke des Parlaments aus. Dem errungenen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gemäß wurde die Politik im Wesentlichen legislativ betrieben, so dass die gesetzgeberische Körperschaft eine zwar instrumentale, aber zentrale Machtposition erhielt: Sie übte die Herrschaft der vertretenen Klasse anfangs gegen die feudalen Schichten aus, sodann gegen die jakobinischen Kleinbürger, später gegen das sich bildende Industrieproletariat. Das heißt: Dem Parlament erwuchs die Macht (die ›Souveränität‹) unmittelbar aus seinem Repräsentationscharakter, weil Repräsentation Herrschaft über andere bedeutete.«⁵⁷

Mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und dem Eintritt der unteren Klassen in das Wahlgesehen ändert sich das jedoch. Die Exekutive wird zunehmend gegenüber dem Parlament gestärkt, Gesetze werden überwiegend von der Regierung und der Bürokratie entworfen und ins Parlament eingebracht, die Initiative liegt jetzt wesentlich bei der Exekutive. Die Veränderungen im parlamentarischen Verfahren an den Gesetzesinitiativen der Regierung betreffen in der Regel nicht das Wesentliche, sondern beschränken sich in der Regel auf Korrekturen im Detail. Die Stärkung der Exekutive zeigt sich auch in einer zunehmenden Symbiose der Spitzen der Parlamentsfraktionen mit der Regierung. »Überall in der westlichen Welt kann – hinter der Fassade verfassungsmäßiger ausgewogener Gewalten- und Kompetenztrennung – eine weitgehende Symbiose der Parlamentsführung mit den Spitzen des Exekutivapparats beobachtet werden, die tendenziell den öffentlich-rechtlichen Bereich überschreitet und sich bis in die Führungsstäbe der Produktionssphäre verlängert.« Zwar liegt die letzte Beschlussfassung beim Parlament – sonst würde es ja seine Legitimation verlieren –, die eigentlichen Weichen wurden aber vorher außerhalb des Parlaments getroffen. Die – wie Agnoli es nennt – »Parlamentsoligarchie« – als der »harte Kern« des Parlaments wird jedoch nicht entmachtet. Nicht alle Entscheidun-

⁵⁷ Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1990, S. 67.

gen werden ›anderswo‹ getroffen, da ein Teil der entscheidenden Gruppen, wenn nicht als Parlament, so doch im Parlament wirkt.«

Die Regierung ist damit mehr als ausführendes Organ, Parlament und Regierung sind integraler Bestandteil des bürgerlichen Staates. Der Staat ist keine monolithische Einheit, sondern die verschiedenen staatlichen Apparate, die in unterschiedlichen Beziehungen zu gesellschaftlichen Klassen, Fraktion und Interessengruppen stehen, konkurrieren miteinander und bekämpfen sich teilweise gegenseitig: »Erst innerhalb und durch seine Apparatur kann sich so etwas wie die gemeinsame Politik der ökonomisch herrschenden, aber zugleich konkurrierenden und sich bekämpfenden Klassen und Klassenfraktionen herausbilden.«⁵⁸ Staatliche Politik ist demnach Resultat eines konflikthaften Prozesses: »Wir haben es hier weniger mit einem einheitlichen Willen und durch einen eindeutigen politischen Willen verbundenen Beamtentum und staatlichem Personal zu tun, sondern eher mit Cliques, Hochburgen und Gruppierungen, also mit einer Vielzahl zerstreuter Mikropolitiken. Wie kohärent diese, jede für sich genommen, auch scheinen mögen, so widersprüchlich sind sie untereinander, so dass die Politik des Staates hauptsächlich Resultat ihres Aufeinanderprallens ist und nicht die mehr oder weniger gelungene Anwendung eines Globalplans der Spitzen des Staates«, schreibt Poulantzas. Die Regierungspolitik erscheine mehr als das Resultat einer »konfliktuellen Koordinierung von expliziten und divergierenden Mikropolitiken, denn als rationale Formulierung eines globalen und kohärenten Projekts«. ⁵⁹ Ein derartiges Staatsverständnis, wonach der »kapitalistische Staat nicht als ein in sich abgeschlossenes Wesen begriffen werden darf, sondern (...) als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt«, ⁶⁰ war dem orthodoxen Marxismus der II. Internationale fremd. Damit hatte er auch keine Antwort auf die Frage des Übergangs von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft und der Rolle des Staates in der Transformation. In den 1920er Jahren eröffneten die KPD und die Kommunistische Internationale hierzu eine neue Debatte mit der Politik der Einheitsfront und der Forderung nach einer Arbeiterregierung.

⁵⁸ Joachim Hirsch, Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg 2002, S. 27.

⁵⁹ Nicos Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg, 2002, S. 167f.

⁶⁰ Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 159.

Die Diskussion der KPD über Einheitsfront und Arbeiterregierung

*»Je klarer, je ausdrücklicher wir den Massen zum Bewusstsein bringen, dass wir bereit sind, trotz aller Schandtaten der Noskes uns mit den Sozialdemokraten an einen Tisch zu setzen, desto leichter wird es sein, die Hindernisse, die sie der einheitlichen Front des Proletariats bereiten, wegzuräumen.«
(Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuss der KPD)*

*»Die Kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen.«
(Karl Radek)*

Nach der Novemberrevolution 1918 und der Gründung der KPD stellten sich mit der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung in mehrere Parteien neue Fragen. Die Vorkriegssozialdemokratie kannte keine Bündnispolitik. Sie repräsentierte als einzige Partei die Arbeiterklasse. Ihr stand der herrschende Block aus Großindustrie und Großgrundbesitz gegenüber.⁶¹ Mit der Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg stellte sich erstmals die Frage nach dem Verhältnis der drei Arbeiterparteien – SPD, USPD und KPD – untereinander und wie es trotz dieser Spaltung zu einem gemeinsamen Kampf für Arbeiter*inneninteressen kommen konnte.

Zunächst jedoch war die Beziehung zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den revolutionären Strömungen in der USPD und der KPD durch offene Gegnerschaft – bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen – geprägt. Während die Mehrheitssozialdemokratie um Ebert und Scheidemann wie auch das Gros des Parteiapparats in einem Bündnis mit der Obersten Heeresleitung sich für die Herstellung von »Ruhe und Ordnung«, die Aufrechterhaltung des alten Staatsapparats und die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie einsetzten, forderten die revolutionären Kräfte die Ersetzung der alten Staatsmacht durch ein Rätssystem. Die blutige Niederschlagung des

⁶¹ Vgl. auch Peter Brandt, Einheitsfront und Volksfront in Deutschland, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Nr. 26 (1977), S. 36.

fälschlicherweise »Spartakusaufstand« genannten Aufstands im Januar 1919 durch den sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine, Noske, und reaktionäre Freikorps und die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg vertieften die Spaltung der Arbeiterbewegung. Während bei den revolutionären Kräften Misstrauen, Ablehnung und Empörung über den Verrat der Mehrheitssozialdemokratie wuchsen, festigte die Mehrheitssozialdemokratie angesichts der Rebellion von links das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung. Freikorps und reguläre Armeeeinheiten schalteten im Auftrag Noskes lokale Arbeiter- und Soldatenräte wie die Bremer und Münchner Räterepubliken aus.

Der »linke Radikalismus« der jungen KPD

Die junge KPD war stark von einem »linken Radikalismus« – von Lenin als »Kinderkrankheit des Kommunismus« bezeichnet – gekennzeichnet. Viele Mitglieder waren »Enthusiasten der Revolution, von der viele noch eine allzu romantische Auffassung hatten«, charakterisierte Paul Frölich die Partei.⁶² Rosa Luxemburg und Paul Levi hatten auf dem Gründungsparteitag der KPD vergeblich gegen diesen Radikalismus in der Partei gekämpft und für eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung geworben. Die Mehrheit stimmte für einen Boykott der Nationalversammlung: »Die Reichskonferenz des Spartakusbundes lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit ab, verpflichtet ihre Anhänger im Reiche zur Wahlenthaltung und ruft sie auf, das Zustandekommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments mit allen Mitteln zu verhindern.«⁶³ Statt einer Beteiligung an den Parlamentswahlen sollte die Partei die Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte propagieren.

Otto Rühle als Antragsteller forderte den Parteitag auf: »Verfolgen Sie den gradlinigen Weg einer ganz konsequenten Politik, die die einzige Forderung erhebt: Rätssystem!« In der Debatte erkühnte er sich sogar zu dem Ausruf: »Nun, Genossen, lasst die Nationalversammlung nach

⁶² Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Berlin 1990, S. 349. Frölich gehörte während des Ersten Weltkriegs den Bremer Linksradikalen an, wurde 2018 als Delegierter des Gründungsparteitags in die Zentrale der KPD gewählt.

⁶³ Protokoll des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/index.htm.

Schilda verlegen, dann werden wir hier in Berlin eine andere Regierung haben, dann wird es unsere Aufgabe sein, zunächst zu versuchen, sie zu sprengen. Und wenn das nicht gelingt, dann lasst sie nach Schilda gehen. Dann etablieren wir uns hier in Berlin als neue Regierung.«⁶⁴

Diese Haltung ging völlig an den realen Kräfteverhältnissen vorbei. Der vom 16. bis 20. Dezember tagende Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte hatte sich mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen. Die Forderung nach Einberufung eines neuen Rätekongresses wurde mit 344 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Statt die Macht im Staate zu übernehmen, hatten die Räte dies mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Spartakusbund war mit lediglich 10 Delegierten auf dem Reichsrätekongress vertreten, die SPD mit 392 und die USP mit 84. Die junge KPD repräsentierte zum damaligen Zeitpunkt eine kleine Minderheit innerhalb der Arbeiterbewegung.

Für Rosa Luxemburg und die führenden Köpfe des Spartakusbundes war die Gewinnung der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft aber die Voraussetzung einer Machtübernahme. So hieß es im vom Gründungsparteitag verabschiedeten Programm der KPD: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«⁶⁵ Davon war die junge KPD noch weit entfernt. Sie hatte nur einige zehntausend Mitglieder und war organisatorisch noch ungefestigt. Die Masse der Arbeiter*innen und Soldaten unterstützte noch die Mehrheitssozialdemokratie. So erhielt die SPD bei den von den Kommunisten boykottierten Wahlen zur Nationalversammlung 38% Prozent der abgegebenen Stimmen, die USP 7,6%.

Eindringlich hatte Luxemburg auf dem Parteitag vor einer falschen Einschätzung der Kräfteverhältnisse und revolutionärer Ungeduld gewarnt. Sie kritisierte Rühle, der »auf eine solche Reife der Verhältnisse (spekuliere), auf eine solche revolutionäre Macht und Bewusstsein der Massen, dass Sie in 14 Tagen versprechen, an Stelle der Nationalversammlung eine sozialistische Regierung zu setzen«. Dagegen verwies sie auf die wirklichen Zustände in Deutschland, auf »die Unreife der Mas-

⁶⁴ Protokoll des Gründungsparteitags, a.a.O. Die Nationalversammlung tagte in Weimar, deshalb die Anspielung auf »Schilda« in Rühles Rede.

⁶⁵ Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (1918), www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/programm.htm.

sen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätssystem zum Siege zu bringen.«⁶⁶ Der Reichsrätekongress habe gezeigt, dass auch »diejenigen Arbeitermassen, die schon in den Arbeiter- und Soldatenräten organisiert sind« vom Bewusstsein der Notwendigkeit, alle Macht den Räten zu übertragen, »meilenweit entfernt sind«. Davon ausgenommen seien lediglich »einzelne kleinere Minderheiten von Proletariern, die sich ihrer Aufgabe klar bewusst sind«.⁶⁷ Deshalb dürfe man die Nationalversammlung nicht boykottieren, sondern die Wahlkampagne und das Parlament im revolutionären Sinne nutzen.

Entgegen ihren Warnungen beschloss der Parteitag jedoch mit 62 gegen 23 Stimmen die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren. Ebenso lehnte eine starke Strömung auf dem Parteitag eine Arbeit in den Gewerkschaften ab. Die Entscheidung wurde zwar vertagt – die Debatte machte aber deutlich, wie stark die Stimmung unter den Delegierten vom »linken Radikalismus« geprägt war. In der Debatte um die Teilnahme an der Nationalversammlung hatte Rosa Luxemburg an die Kritiker gewandt ausgerufen: »Sie verstehen: entweder Maschinengewehre oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder-Oder. Es ist bequemer, einfacher, aber das ist eine Vereinfachung, die nicht der Schulung und Erziehung der Massen dient.«⁶⁸ Der Gründungsparteitag aber entschied sich für das »grobkörnige Entweder-Oder« und gegen Luxemburgs im Programm dargelegte Perspektive eines beharrlichen Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Nach dem Januaraufstand und der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs und anderer führender Genossen wie Leo Jogiches und Eugen Leviné war die Partei vieler ihrer wichtigsten politischen Köpfe beraubt. Die KPD war faktisch in der Illegalität. Zwischen SPD und KPD herrschte offene Feindschaft, zwischen den Anhängern der KPD und der Sozialdemokratie »zog sich von nun an die Blutspur der Januartage: ihr Hass steigerte ihre Ungeduld, und jede Gelegenheit schien ihnen recht, um

⁶⁶ Rosa Luxemburg, Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung (1918), <https://www.rosalux.de/stiftung/historisches-zentrum/rosa-luxemburg/rede-fuer-die-beteiligung-der-kpd-an-den-wahlen-zur-nationalversammlung>.

⁶⁷ Rosa Luxemburg, Rede zum Programm. Gehalten auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 29.-31. Dezember 1918 in Berlin, in: Rosa Luxemburg, Schriften zur Theorie der Spontaneität, Reinbek b. Hamburg, S. 218.

⁶⁸ Rosa Luxemburg, Rede zum Programm, a.a.O.

gegen die Macht der Bourgeoisie anzurennen, mit ihren Gelegenheitswaffen in der Hand.«⁶⁹ Aber die KPD blieb isoliert: »Der überwiegenden Mehrheit der unzufriedenen Elemente unter den Arbeitern sagte die USPD mehr zu als die Kommunisten, die praktisch Geächtete waren und durch ihre Strohfeuertaktik, ihren Wahlboykott und ihrer Feindseligkeit den Gewerkschaften gegenüber selbst andere radikale Gruppen vor den Kopf gestoßen hatten.«⁷⁰

Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und die Initiative der Gewerkschaften für eine Arbeiterregierung

Zwar kam es in den zahlreichen Streiks im Jahr 1919 immer wieder zu gemeinsamen Kämpfen der Arbeiter über die Parteigrenzen hinweg – die Aktionseinheit in den damaligen Streikbewegungen war jedoch immer regional und zeitlich begrenzt. Es blieb bei Einzelkämpfen ohne Bündelung zu einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung.

Das sollte sich jedoch anlässlich des sogenannten Kapp-Putsches im Jahr 1920 ändern. General von Lüttwitz, unterstützt von General Ludendorff von der Obersten Heeresleitung, setzte im März 1920 die Freikorpsbrigade Erhardt gegen die Regierung in Marsch. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder flohen daraufhin zunächst nach Dresden, und dann nach Stuttgart. Der reaktionäre Nationalist und Republikgegner Wolfgang Kapp wurde zum Reichskanzler ausgerufen. In Reaktion auf den Putsch riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Dem Aufruf wurde massenhaft gefolgt, nach vier Tagen brach der konterrevolutionäre Putschversuch zusammen.

Carl Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), forderte zur Bildung eines Streikkomitees auf, zu dem er alle Arbeiterorganisationen, einschließlich der Kommunisten aufrief. Dies war bemerkenswert, denn Legien war ein rechter Sozialdemokrat, ein »Sozialpatriot« und entschiedener Vertreter der Burgfriedenspolitik während des Weltkriegs und hatte Bebel, Liebknecht und Luxemburg bekämpft.⁷¹ In der Massenstreikdebatte der Vorkriegssozialdemokratie hatte er einen Generalstreik zum »Generalunsinn« er-

⁶⁹ Pierre Broué, Die deutsche Revolution (1918-1923), Berlin 1973, S. 60.

⁷⁰ Werner T. Angress, Stillborn Revolution. Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923, Princeton 1963, S. 62.

⁷¹ Vgl. u.a. Pierre Broué, Die deutsche Revolution (1918-1923), a.a.O., S. 75.

klärt. Jetzt aber hatte er verstanden, dass bei einem Erfolg der Putschisten die Existenz der ganzen unabhängigen Arbeiterbewegung auf dem Spiel stand, und rief deshalb zur gemeinsamen Aktion aller Arbeiterorganisationen auf. Mit Erfolg: Das ganze Land wurde lahmgelegt, schon nach vier Tagen brach der Putschversuch angesichts des Generalstreiks zusammen.

Die erste Reaktion der KPD auf den Streikaufruf war von scheinradikalem Sektierertum geprägt. Sie machte keinen Unterschied zwischen der Regierung Ebert und dem reaktionären Putschisten-Regime. So hieß es im Aufruf der Zentrale vom 13. März: Das Proletariat »wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik ... Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war von den Ebert-Noske ... ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist da, wenn sich das Gesicht der Militärdiktatur enthüllt haben wird.«⁷²

Am nächsten Tag erklärte die KPD unter dem Druck der Bewegung – am Streik beteiligten sich ca. 12 Mio. Arbeiter – dann doch ihre Unterstützung für den Streik: »Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten!« forderte sie am 15. März.⁷³ Der Parteivorsitzende Paul Levi saß zu diesem Zeitpunkt im Moabiter Gefängnis. In einem empörten Brief an die Zentrale der KPD kritisierte er diese Erklärungen. Ihm war unbegreiflich, wie man in einem Moment, wo sich die Arbeiterschaft geschlossen gegen den rechten Putsch mobilisierte, erklären konnte, dass diese »in diesem Augenblick nicht aktionsfähig« sei. Und nachdem die Partei am ersten Tag die Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse geleugnet habe, fordere sie am nächsten Tag dazu auf, den Kampf für die Räterepublik und die proletarische Diktatur aufzunehmen. Wenn eine Aktion ausbreche, und sei sie auch für ein noch so beschränktes Ziel, müsse die Partei diese Aktion unterstützen und »nicht am Anfang schreien ›wir werden keinen Finger rühren‹, wenn uns das Ziel nicht gefällt«, so Levi. Die Aufgabe bestünde darin, durch die Inten-

⁷² Rote Fahne v. 14.3., zitiert nach Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, S. 148.

⁷³ Ossip K. Flechtheim, a.a.O., S. 148.

sivierung der Aktion die Beschränktheit der Bewegung zu überwinden und dem wirklichen Ziel näherzubringen: »Die Parolen müssen natürlich verstärkt werden, aber schrittweise verstärkt werden. Die Räterepublik kommt zuletzt, nicht zuerst.«⁷⁴

Im Generalstreik kämpften die Mitglieder und Anhänger*innen von SPD, USPD und KPD erstmals seit der Novemberrevolution wieder gemeinsam gegen einen Gegner. In vielen Teilen Deutschlands hatten sich gemeinsame Aktionskomitees und Vollzugsräte gebildet. Dass die Reaktion durch die gemeinsame Mobilisierung der Arbeiterbewegung geschlagen wurde, während die sozialdemokratische Regierung aus Berlin geflohen war, hatte die Kräfteverhältnisse nach links verschoben. Das Ansehen der Gewerkschaften und ihrer Führung war angesichts ihrer entschiedenen und raschen Reaktion gestiegen, der Noske-Flügel in der Sozialdemokratie diskreditiert.⁷⁵

Die Streikbewegung konnte sich jetzt nicht mit der einfachen Wiederherstellung des alten Zustands zufriedengeben, durch radikale Maßnahmen gegenüber Militär, der Verwaltung und Eingriffe in die Eigentumsordnung sollte der Reaktion der Boden entzogen werden. In dem bereits zitierten Brief an die Zentrale der KPD hatte Paul Levi prognostiziert: »Wenn wir erfolgreich sind, wird jede zukünftige ›demokratische Republik‹ nach links rutschen, weil sie ihre rechte Basis verlieren wird. Erst dann kommt die Zeit, in der wir uns selbst entfalten können! Jetzt müssen wir die Aktion auch gemeinsam mit der SPD unternehmen ... Der Putsch muss auf jeden Fall niedergeschlagen werden, weil alles andere fast zwangsläufig [aus seiner Niederlage] folgen wird.«⁷⁶ Sogar der sozialdemokratische »Vorwärts« schrieb: »Die Regierung muss erneuert werden. Nicht nach rechts, sondern nach links. Wir brauchen eine Regierung, die sich vorbehaltlos zum Kampf gegen die militaristische, nationalistische Reaktion entschließt und die es versteht, das Vertrauen der Arbeiter so weit wie möglich von links zu gewinnen.«⁷⁷

Wieder ergriff die Gewerkschaftsspitze mit Legien die Initiative. Der Streik wurde auch nach der Niederlage der Putschisten fortgesetzt und

⁷⁴ Siehe Daniel Gaido, Paul Levi and the Origins of the United-Front Policy in the Communist International, in: Historical Materialism. Research in critical Marxist theory, 25.1.2017, S. 140.

⁷⁵ Siehe Pierre Broué, The German Revolution (1917-1923), Leiden 2005, S. 361.

⁷⁶ Zitiert nach Daniel Gaido, a.a.O., S. 141 (eigene Übersetzung).

⁷⁷ Pierre Broué, The German Revolution (1917-1923), S. 361 (eigene Übersetzung).

Legien forderte die Bildung einer Arbeiterregierung von den Christlichen Gewerkschaften bis zur USPD. Aber die USPD verhielt sich ablehnend. Der Vorsitzende und Führer des rechten Flügels der USPD, Crispian, lehnte es ab, sich mit Leuten an einen Tisch zu setzen, »die Arbeiter ermordet« hatten. Mit »Verrätern an der Arbeiterklasse« in der Generalkommission der Gewerkschaften sei eine Diskussion nicht möglich. Der Führer des linken USPD-Flügels, Däumig, sekundierte Crispian und drohte aus der Partei auszutreten, wenn sie sich in Verhandlungen über eine »Arbeiterregierung« begeben würde.

Mit der Weigerung der USPD scheiterte der Vorschlag der Gewerkschaften zu einer Neuausrichtung der Regierungspolitik. Der Reichskanzler Bauer, Noske und der preußische Innenminister mussten zwar zurücktreten, die SPD erneuerte aber ihre Koalition mit den bürgerlichen Parteien, nachdem die Initiative für eine Arbeiterregierung gescheitert war. Damit war eine historische Chance verpasst, Armee und Verwaltung von den reaktionären Kräften zu säubern und die Freikorps zu entwaffnen. Am Ende des Kapp-Putsches stand so nicht eine Niederlage des Militärs, sondern eine Niederlage der Arbeiterschaft. Der Generalstreik wurde beendet, nachdem sich die Regierungsparteien und die Gewerkschaften auf ein Neun-Punkte-Programm geeinigt hatten, das jedoch niemals umgesetzt wurde. Stattdessen nutzte die Armee das Ende des Streiks, um »Ruhe und Ordnung« wiederherzustellen und die verbliebenen Aufständischen, wie die Rote-Ruhr-Armee blutig niederzuschlagen.⁷⁸

»Loyale Opposition« zu einer Arbeiterregierung – die Debatte in KPD und Komintern beginnt

Der Vorschlag der Gewerkschaften zur Bildung einer Arbeiterregierung war nicht nur auf den Widerstand der USPD gestoßen. Auch die KPD schwankte in ihrer Haltung. So titelte die »Rote Fahne« in ihrer Ausgabe vom 17. März ablehnend: »Keine rein sozialistische Regierung mit dem Parlament als Grundlage«.⁷⁹ Vier Tage später änderte die KPD in einer Erklärung der Zentrale ihre Haltung zur Arbeiterregierung: »Die KPD

⁷⁸ Die Rote Ruhrarmee kämpfte im Ruhrgebiet im März 1920 zur Abwehr des Kapp-Putsches einen bewaffneten Kampf gegen die Freikorps und republikfeindliche Reichswehrtruppen.

⁷⁹ Ossip K. Flechtheim, a.a.O., S. 149.

sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss der bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition betreiben, solange die Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zur Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird. Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.«⁸⁰

Wiederum einige Tage später – am 30. März – beschloss der Zentralausschuss der KPD mit zwölf gegen acht Stimmen wiederum eine Kritik dieser Erklärung. Diese hätte »ablenkend« gewirkt. Vielmehr sei es »Aufgabe der Vertreter der KPD, alle Energien lediglich darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionären Mitteln zu ändern. Die Frage einer eventuellen Regierungskombination ist von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und den Ausbau der Arbeiterräte. Die weitere Politik der KPD kann nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden. Es ist Aufgabe der Partei, unter schärfster Kritik der SPD und der USPD führend in die kommenden Kämpfe einzugreifen zur Eroberung und Befestigung weiterer Machtpositionen auf dem Weg revolutionärer Massenaktionen des Proletariats.«⁸¹

Angesichts ihrer widersprüchlichen, schwankenden Haltung während der Tage des Kapp-Putsches und des Generalstreiks konnte die KPD in der breiten Massenmobilisierung ihre Position nicht nutzen. Zwar wandten sich viele Arbeiter von der SPD ab, diese führte aber vor allem zu einer Stärkung der USPD.

In seiner Schrift gegen den »linken Radikalismus« ging Lenin auf die Kontroverse in der KPD über die Erklärung über eine »loyale Opposition« gegenüber einer »sozialistischen Regierung« ein und verteidigte die Linie dieser Erklärung im Grundsatz: »Diese Erklärung ist sowohl ihrer Hauptvoraussetzung nach als auch ihrer praktischen Schlussfol-

⁸⁰ Rote Fahne, 26.3.20. Die Erklärung selbst wurde am 21.3. beschlossen, aber erst am 26.3. in der Roten Fahne veröffentlicht.

⁸¹ Dirk Hemje-Oltmanns, Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21, Westberlin 1971, S. 53.

gerung nach vollkommen richtig.« Solange die Mehrheit der Arbeiterklasse der USPD folge, sei es richtig, einer »Arbeiterregierung« die »loyale Opposition« zu versprechen.⁸² Damit war in der revolutionären Arbeiterbewegung ein neues Kapitel in der Diskussion über die Regierungsfrage eröffnet.

Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Luxemburg die Beteiligung an einer Regierung im bürgerlichen Staat prinzipiell abgelehnt und gefordert hatte, als Ausdruck der Gegnerschaft zum Staat, immer und grundsätzlich den Haushalt abzulehnen, hatten sich grundlegend verändert: Die Sozialdemokratie war nicht mehr die einzige Arbeiterpartei, die die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft repräsentierte. Jetzt war die Arbeiterbewegung in drei Parteien gespalten, die KPD repräsentierte nur eine Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse. Die Mehrheit setzte nach wie vor ihre Hoffnung auf die parlamentarische Demokratie und nicht auf die revolutionäre Machtübernahme durch ein Rätssystem.

Die Vorkriegssozialdemokratie baute auf das organische Wachstum der Arbeiterklasse und damit der Anhängerschaft der Sozialdemokratie bis man in der Lage war, die Mehrheit zu erobern und Macht zu übernehmen. Bis dahin galt es, jegliche Regierungsbeteiligung abzulehnen, die ja damals nur als Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien denkbar war. Ein solches gesellschaftliches Bündnis mit dem Bürgertum lehnten Luxemburg und die »orthodoxe Sozialdemokratie« ab und in der Konsequenz auch die Beteiligung an einer Koalitionsregierung.

Jetzt aber stellte sich die Aufgabe anders: Die Arbeiterbewegung war politisch gespalten, die KPD weit entfernt davon, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu repräsentieren. Sich in offene und direkte Gegnerschaft zu einer Regierung aus SPD und USPD zu stellen und ihr jegliche Unterstützung zu verweigern, bedeutete, die Sozialdemokratie in eine Allianz mit den bürgerlichen Parteien zu treiben, und die KPD von der Anhängerschaft von USPD und KPD zu isolieren.

Wie kann die politische Spaltung der Arbeiterbewegung in der gemeinsamen Aktion durch eine Politik der Einheitsfront überwunden werden? Und welche Stellung soll man zur Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Arbeiterparteien SPD und USPD einnehmen? Können Kommunisten in eine solche Regierung eintreten und wenn ja – unter welchen Bedingungen? Diese Fragen sollten in den folgenden

⁸² W.I. Lenin, Der »linke Radikalismus«, in: LW 31, S. 97.

Jahren intensiv in der KPD und der Kommunistischen Internationale diskutiert werden.

Im Oktober 1920 beschloss die Mehrheit der Delegierten auf dem USPD-Parteitag in Halle, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. In der Folge vereinigten sich der linke Flügel der USPD und der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei. Der rechte Flügel der USPD vereinigte sich 1922 mit der SPD, nur eine kleine Minderheit existierte als USPD weiter. Die KPD war nach der Vereinigung mit 350.000 Mitgliedern – von denen ca. 300.000 aus der USPD stammten – zu einer wirklichen Massenpartei geworden.⁸³ Die SPD blieb jedoch noch immer die unbestrittene Mehrheitspartei der deutschen Arbeiterbewegung mit ca. 1,2 Mio. Mitgliedern. Die KPD stand damit nach wie vor vor einer doppelten Aufgabe: die Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im gemeinsamen Kampf um Arbeiterinteressen und die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Die »Politik des Offenen Briefs« und die Einheitsfrontpolitik

So versuchte die Partei systematisch eine Politik der Einheitsfront zu entwickeln. Im Januar 1921 wandte die KPD sich in einem »Offenen Brief« an SPD, USPD, KAPD⁸⁴ und die Gewerkschaftsorganisationen ADGB, AfA, AAU und FAU. Sie schlug »sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen« vor, sich angesichts der Bedrohung durch die Reaktion und die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage der Arbeitenden »zu unmittelbar zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen zusammenzufinden«.⁸⁵ Forderungen sollten sein die »Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten«, die Erhöhung aller Renten, Pensionen und der Arbeitslosenbezüge, die Abgabe verbilligter Lebensmittel, die Beschlagnahme von Wohnraum zur Bekämpfung der Wohnungsnot, »Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen« unter Kontrolle der Betriebsräte, »die Entwaffnung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen«, eine

⁸³ Pierre Broué, Die deutsche Revolution (1918-1923), a.a.O., S. 82.

⁸⁴ Die KAPD war eine linke Abspaltung der KPD, die antiparlamentarische Positionen vertrat.

⁸⁵ Rote Fahne, 8.1.1921 (Morgenausgabe).

Amnestie für politische Gefangene und die Aufnahme diplomatischer und Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland.⁸⁶

In der gleichen Ausgabe der »Roten Fahne« wurde die Initiative der KPD erläutert: »In keinem Augenblick darf der Kampf der Kommunisten gegen andere proletarische Parteien zu einem Kampf gegen einen Teil der proletarischen Klasse werden. Wo immer die Lebensnotwendigkeit des Proletariats verlangt, kennt die Kommunistische Partei ›keine Parteien‹ mehr ... So kam die Vereinigte Kommunistische Partei dazu, die Forderungen zu formulieren, die ihr als Mindestmaß dessen erscheinen, was das Proletariat jetzt haben muss, um nicht zu sterben. [...] Die Forderungen sind Forderungen der gesamten proletarischen Klasse, auch derer, die unsere kommunistischen Ziele noch nicht teilen. [...] Hier ist der Boden, wo die ganze proletarische Klasse sich zum ersten Male finden kann, einig, geschlossen, gegen einen Feind gewendet.«⁸⁷

Hatte die KPD in der Vergangenheit eine maximalistische Position vertreten, und die Errichtung eines Rätessystems als Form der proletarischen Diktatur in den Mittelpunkt ihrer Aufrufe gestellt, versuchte die KPD nun mit der Politik des »Offenen Briefs« an den unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse anzuknüpfen und zur Grundlage einer gemeinsamen Mobilisierung unabhängig von der parteipolitischen Orientierung zu machen. Es kam der KPD jetzt darauf an, »das in den Vordergrund stellen, was die gesamte Arbeiterklasse versteht, um was sie kämpfen will«.⁸⁸ Das konnte auch bedeuten, bei den Forderungen für die gemeinsame Aktion Zugeständnisse zu machen: »Wir müssen ... eine Politik treiben, die die sich praktisch anbahnende Einigung der Arbeiterklasse unter den immer mehr wachsenden Lasten weitertreibt, sogar wenn wir im ersten Augenblick in den Losungen um einen halben Schritt zurückgehen müssen.«⁸⁹ Und die Exekutive der KI erläuterte: »Wir müssen hier den Mut haben, den Anschein reformistischer Forderungen zu erwecken; der Anschein wird zerstreut durch den Kampf, den wir führen.«⁹⁰ Diese politische Neuorientierung war nicht unum-

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Karl Radek, *Der nahende Bankrott der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands*, Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 128, 3. August 1923, S. 1115-1116.

⁸⁹ Karl Radek, zitiert nach: Arnold Reisberg, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922*, Westberlin 1971, S. 243.

⁹⁰ Zitiert nach: Arnold Reisberg, a.a.O., S. 243.

stritten, von den »linken Radikalen« kam der Vorwurf des Opportunismus und der Anpassung an die reformistische Sozialdemokratie, den Verzicht auf den konsequenten Kampf für eine proletarische Machteroberung und die Errichtung eines Rätessystems.

Diese Kontroverse führte naturgemäß auch zu heftigen Debatten in der KPD und der Komintern. Der III. Weltkongress der Komintern befasste sich intensiv mit diesen Fragen und reflektierte die Orientierung der kommunistischen Parteien seit 1919 kritisch. So konstatierte Trotzki in seinem Referat über die »wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale«: »Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, ob unsere Einstellung im Großen und Ganzen, die Einstellung auf die Weltrevolution, jetzt unter den gegebenen Verhältnissen immer richtig bleibt. Es ist eine Veränderung in den Kräfteverhältnissen eingetreten, die nicht zu leugnen ist.« Und weiter: »Erst jetzt sehen und fühlen wir, dass wir nicht so unmittelbar nahe dem Endziel der Eroberung der Macht, der Weltrevolution stehen. Wir haben damals im Jahre 1919 uns gesagt: es ist die Frage von Monaten, und jetzt sagen wir, es ist die Frage vielleicht von Jahren. Wir wissen es nicht genau...«⁹¹

Die Konsequenz war, dass sich die Politik der kommunistischen Parteien nicht wie bislang auf eine rasche und direkte Orientierung auf den revolutionären Aufstand ausrichten konnte. Stattdessen ging es angesichts des Rückgangs der revolutionären Nachkriegswelle vor allem um die Organisierung der Defensive und der Aktionseinheit der Arbeiterschaft, um die Gewinnung immer größerer Teile der Arbeiterschaft und die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses. Der III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale bekräftigte daher die Politik der Einheitsfront und der gemeinsamen Mobilisierung für Teilforderungen und verteidigte sie gegen die Kritik von »links«: »Jeder Einwand gegen die Aufstellung solcher Teilforderungen, jede Anklage des Reformismus wegen dieser Teilkämpfe ist ein Ausfluss derselben Unfähigkeit, die lebendigen Bedingungen der revolutionären Aktion zu erfassen, wie sie zum Ausdruck kam in der Gegnerschaft einzelner kommunistischer Gruppen gegen die Teilnahme an den Gewerkschaften, gegen die Ausnützung des Parlamentarismus. Nicht darauf kommt es an, dem Proletariat nur die Endziele zuzurufen, sondern den prak-

⁹¹ Leo Trotzki, Die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 40 und 90.

tischen Kampf zu steigern, der allein imstande ist, das Proletariat zum Kampfe um die Endziele zu führen.«⁹²

Für wie entscheidend die Führung der Kommunistischen Internationale diese Frage hielt, zeigt sich in einem dramatischen Brief Lenins im Vorfeld des III. Weltkongresses an Sinowjew, den damaligen Vorsitzenden der Komintern: »Die Kommunistische Internationale muss die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muss unentwegt und systematisch um die Mehrheit der Arbeiterklasse, in erster Linie innerhalb der alten Gewerkschaften ringen. [...] Daraus ergibt sich: Die Taktik des ›Offenen Briefes‹ hat überall als verbindlich zu gelten. Das muss man direkt, klar und deutlich sagen, denn Schwankungen bezüglich des ›Offenen Briefes‹ sind äußerst schädlich und äußerst stark verbreitet. Dessen muss man sich bewusst sein. Alle, die nicht verstanden haben, dass diese Taktik des ›Offenen Briefes‹ obligatorisch ist, sind spätestens einen Monat nach dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen.«⁹³

Dem Einwand von »links«, man dürfe keine gemeinsame Sache mit der sozialdemokratischen Führung machen, entgegnete die Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Zentralausschuss der KPD mit den Worten: »Je klarer, je ausdrücklicher wir den Massen zum Bewusstsein bringen, dass wir bereit sind, trotz aller Schandtaten des Noske uns mit den Sozialdemokraten an einen Tisch zu setzen, desto leichter wird es sein, die Hindernisse, die sie der einheitlichen Front des Proletariats bereiten, wegzuräumen.«⁹⁴

⁹² Thesen über die Taktik (angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921), Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 31-63.

⁹³ W.I. Lenin, Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongress der Kommunistischen Internationale. Brief an G.J. Sinowjew, in: LW Ergänzungsband 1917-1923, S. 326ff., hier S. 328f. Zu dem im Brief geforderten Ausschluss kam es nie – die Forderung ist wohl auch eher als Unterstreichung der Bedeutung der Politik des »Offenen Briefes« zu verstehen, denn als konkrete organisatorische Drohung.

⁹⁴ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 298.

Die Arbeiterregierung: politische Zuspitzung der Einheitsfrontpolitik

Die Politik der Einheitsfront und des »Offenen Briefes« konnte sich jedoch nicht nur in gemeinsamen außerparlamentarischen Kämpfen und Aktionseinheiten erschöpfen. Sie bedurfte einer politischen Zuspitzung und Durchsetzungsperspektive. So wies die Führung der KPD in einem politischen Rundschreiben vom Dezember 1921 darauf hin, dass »man die wirtschaftlichen Kämpfe mit den politischen Kämpfen verbinden« und »der Arbeiterschaft eine positive politische Antwort geben« müsse: »Der Drang nach der Einheitsfront muss seinen politischen Ausdruck in einer sozialistischen Arbeiterregierung finden, die den Koalitionsregierungen (mit bürgerlichen Parteien, H.W.) gegenüberzustellen ist ... Die KPD muss den Arbeitern sagen, dass sie bereit ist, das Zustandekommen einer sozialistischen Arbeiterregierung mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu fördern, und dass sie bereit ist, auch in solch eine Regierung einzutreten, wenn sie die Gewähr haben wird, dass diese Regierung im Kampfe gegen die Bourgeoisie die Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft vertreten (wird).«⁹⁵

Diese grundsätzliche Orientierung stellte die KPD vor nicht einfach zu lösende Fragen. Eine dieser Fragen war die Haltung zu den »sozialistischen Arbeiterregierungen«⁹⁶ auf Landesebene. So hatte Ende 1920 die SPD 28, die USPD 13 und die VKPD 9 Abgeordnete im sächsischen Landtag. Damit hatten die Arbeiterparteien eine Mehrheit von 49 Sitzen gegenüber 47 der bürgerlichen Parteien. Die KPD erklärte ihre Bereitschaft, die sozialdemokratische Regierung zu unterstützen, wenn sie »eine proletarische Klassenpolitik« mit Maßnahmen betreibe, »die selbst im Rahmen der bürgerlichen Demokratie unter Einsetzung des vorhandenen Machtapparats durchführbar« sind.⁹⁷ Als Kriterien formulierte die KPD u.a. die Entwaffnung des Bürgertums, die Bildung einer proletarischen Schutztruppe, die Beschlagnahme großer Wohnungen und die Einführung einer Schulspeisung.⁹⁸ Die Regierung er-

⁹⁵ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 296.

⁹⁶ Diese Regierungen aus SPD und USPD wurden anfänglich im allgemeinen Sprachgebrauch als »sozialistisch« bezeichnet. Später verzichtete die KPD auf dieses Adjektiv, weil diese Regierungen nicht wirklich »sozialistisch« seien.

⁹⁷ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 207.

⁹⁸ Ebd.

füllte keine dieser Forderungen, trotzdem betrieb die KPD nicht den Sturz der Regierung.

Im Sommer 1921 allerdings stand die kommunistische Fraktion im Landtag vor der Entscheidung, ob sie einer durch Reichsmantelgesetz vorgeschriebenen Erhöhung der Grundsteuer zustimmt, einer Maßnahme, die mit einer Erhöhung der Mietpreise verbunden gewesen wäre. Die bürgerlichen Parteien stellten sich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer – nicht aus sozialen Gründen, sondern, um die ungeliebte sozialdemokratische Regierung zu stürzen. Die Zentrale der KPD beschloss in einer ersten Stellungnahme »auch auf die Möglichkeit hin, dass die sozialistische Regierung zu Fall kommt, diese Steuer abzulehnen«. ⁹⁹ Wenige Wochen später jedoch korrigierte die Führung der KPD ihre Haltung und erklärte, dass die sächsische Landtagsfraktion zwar weiterhin die Erhöhung der Steuer angreifen sollte, »die Entscheidung, ob Ablehnung oder Annahme, abhängig zu machen von der politischen Situation mit der Begründung, dass es zweckmäßig sein kann, der Steuer zuzustimmen, um die Regierung zu halten«. Am Ende stimmte die Fraktion mit Billigung der KPD-Zentrale für die Erhöhung der Steuer, um »keinen billigen Agitationsstoff zu liefern«. ¹⁰⁰ Bei dieser Entscheidung ging es der KPD also um die Abwägung, ob man gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Regierung stürzt, und damit vor den Anhängern der Sozialdemokratie die Verantwortung für den Sturz »ihrer« Regierung und eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts zulässt, oder einer von der KPD politisch abgelehnten Maßnahme angesichts der konkreten politischen Situation doch zur Mehrheit verhilft. Indem die KPD ihre Kritik an der Steuererhöhung aber weiter öffentlich formulierte, statt sie zu rechtfertigen, machte sie ihre politische Entscheidung als Entscheidung gegen den Sturz der Regierung zusammen mit den bürgerlichen Parteien öffentlich und nachvollziehbar.

Im September 1921 kam es in Thüringen zu Landtagswahlen, bei denen die SPD 13, die USPD neun und die KPD sechs Sitze gewannen. Damit gab es auch in Thüringen eine Mehrheit der Arbeiterparteien mit 28 Mandaten gegen 26 Mandate der bürgerlichen Parteien. Der rechte Flügel der Sozialdemokraten warb für eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien, während die Parteilinke für eine »rein sozialistische Regierung« eintrat und sich am Ende durchsetzte. Damit fiel der KPD die entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung zu. Sie entschied

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 238.

sich, die Wahl eines Ministerpräsidenten einer SPD/USPD-Regierung und die Regierung »bei konsequent proletarischer Politik« zu unterstützen, einen Eintritt in die Regierung lehnte sie jedoch ab. Gleichzeitig erklärte die KPD ihre Bereitschaft, der Regierung »die finanziellen Mittel im Rahmen der Reichsgesetzgebung zu bewilligen«, während sie sich aber vorbehält, bei Gesetzentwürfen der Regierung im Einzelfall zu entscheiden, also mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten.¹⁰¹ Auf dieser Grundlage kam es zur Bildung einer Minderheitsregierung von SPD und USPD.

Die »Leitsätze über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten«

Am 19. Mai 1922 beschloss die Zentrale der KPD »Leitsätze über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten«. Der Gegensatz zwischen den rein sozialistischen Regierungen in den Ländern und den Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien oder rein bürgerlichen Regierungen im Bund und anderen Ländern eröffne politische Möglichkeiten, »die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat vorzubereiten«. Der Stinnes-Koalition im Reich und in Preußen,¹⁰² und der konterrevolutionären Regierung in Bayern müsse die KPD deshalb bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen in den Ländern für eine rein sozialistische Regierung unter Ausschluss der bürgerlichen Parteien eintreten, »um die Arbeiter unter ständigem Hinweis auf die sozialistischen Regierungen Mitteldeutschlands und die Möglichkeit einer sozialistischen oder einer Arbeiterregierung im eigenen Land von der bürgerlichen Koalition lösen, in die sie, ohne dass von einer Zwangslage geredet werden kann, von der Sozialdemokratie geführt werden«.

Besonderes Gewicht legen die »Leitsätze« auf die Verbindung der Parlamentsarbeit mit der außerparlamentarischen Bewegung. Notwendig sei »die engste Verbindung des parlamentarischen Auftretens mit der Arbeit der Partei außerhalb des Parlaments«. Es dürfe nicht

¹⁰¹ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 241.

¹⁰² Als »Stinnes-Koalition« wurde die 1921 gebildete Koalition aus SPD, Zentrumspartei, Deutsche Demokratische Partei und der Deutschen Volkspartei bezeichnet. Der Großindustrielle Hugo Stinnes war der einflussreichste Mann in der Volkspartei. Stinnes kontrollierte 1921 über tausend Unternehmen mit mehr als 600.000 Beschäftigten und verfügte über ein Vermögen von mehr als einigen Milliarden Goldmark.

der »Eindruck erweckt werden, als sei durch die parlamentarische Behandlung alles Erforderliche geschehen«. Vielmehr müsse »intensiv organisatorische Arbeit geleistet werden, um die Arbeiterschaft selbst zu veranlassen, durch aktives Auftreten den Protesten eine breitere Grundlage zu geben«. ¹⁰³

Wie schon bei der Abstimmung über die Erhöhung der Grundsteuer im sächsischen Landtag erklären die Leitsätze »die formelle Endabstimmung über den Etat einer sozialistischen Regierung zu einer politisch-taktischen Frage«. Einer Koalitionsregierung mit einer bürgerlichen Partei sei durch eine Ablehnung des Haushalts immer das Misstrauen auszusprechen. Die Haltung zum Etat einer von Kommunisten gestützten Arbeiterregierung hänge jedoch »von der jeweiligen politischen Konstellation im Reich und den Hauptländern sowie von der Einschätzung der außerparlamentarischen Situation« ab: »Halten die Kommunisten unter Abwägung all dieser Umstände es für zweckmäßig, einer sozialistischen Regierung das Weiterarbeiten zu ermöglichen, so werden sie ihr den Etat nach Bekämpfung aller dem Proletariat schädlichen Einzelpositionen schließlich bewilligen. [...] Erkennen die Arbeitermassen die Politik einer sozialistischen Regierung jedoch deutlich als unproletarisch und lässt es auch die Prüfung der übrigen politischen Umstände als zweckmäßig erscheinen, die Regierung zu beseitigen, so werden die Kommunisten wie jede andere Gelegenheit, so auch die Budgetverweigerung zum Regierungssturz ausnutzen.« Einer Regierung der reformistischen Arbeiterparteien die Unterstützung zu entziehen – so die »Leitsätze« weiter – sei dann politisch sinnvoll, »wenn begründete Aussicht besteht, dass unter dem unmittelbaren Druck einer Massenbewegung oder durch Neuwahlen an ihre Stelle eine radikalere Arbeiterregierung treten wird, die stärker unter kommunistischem Einfluss steht«. ¹⁰⁴

¹⁰³ Leitsätze der Zentrale der KPD vom 19. Mai 1922 über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII, Berlin 1966, S. 72f.

¹⁰⁴ Leitsätze der Zentrale der KPD..., a.a.O., S. 73f.

Kommunistische Beteiligung an einer Arbeiterregierung?

Damit hatte die KPD ihre Position zur Stützung bzw. Tolerierung einer von den reformistischen Arbeiterparteien gebildeten Minderheitsregierung beschlossen. Ungeklärt war aber, ob sich Kommunisten auch an einer gemeinsamen Regierung mit den Sozialdemokraten beteiligen können – und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Diese Frage blieb noch offen. Noch im November 1921 hatte die Partei die »sogenannten sozialistischen Regierungen« als »Schutzwall der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen« charakterisiert, gleichwohl sollte die Partei aber »in einem Stadium, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht vom Willen der Diktatur beseelt hinter den Kommunisten steht«, eine derartige Regierung gegen die bürgerliche Rechte verteidigen. Die Kommunisten müssten aber »außerhalb der sozialistischen Regierung bleiben als die Führer der Massen zum revolutionären Kampfe für die Eroberung der Staatsmacht und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur durch die Räteordnung«.¹⁰⁵

Diese ambivalente Haltung kritisierte Karl Radek in einem Brief an den Zentralausschuss scharf. Es sei nicht sinnvoll, die Forderung nach einer Arbeiterregierung gleich mit der Kritik zu begleiten, »dass die Arbeiterregierung ein Dreck ist«. Es gelte die Arbeiterschaft für eine Arbeiterregierung zu mobilisieren und gegen die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien in Stellung zu bringen, »und sie nicht von vorneherein zu überzeugen suchen, dass die Sache ein Blödsinn ist, den wir nur aus Rücksicht auf ihre Dummheit mitmachen«. Scharf kritisierte er, dass die Kommunisten nur in eine Regierung der proletarischen Diktatur auf der Grundlage der Rätemacht eintreten könne: »Die kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen.« Die KPD solle deutlich sagen, dass sie »kein prinzipieller Gegner der Teilnahme an einer Arbeiterregierung« ist, sondern dass sie ihre Beteiligung von der konkreten Situation abhängig mache. Es gehe jetzt nicht um »einen Sack doktrinärer Bedenken und theoretischer Exkursionen«, sondern darum, »den SPD- und USPD-Massen die Überzeugung beizubringen, dass es einen Verlass auf uns gibt, dass wir nicht nur Manöver ausführen, sondern ernst und ehrlich zusammen kämpfen wollen«. Statt des »Widerkäuens alter Prinzipien und Bedenken« ginge es jetzt darum, deutlich zu machen, »dass wir die Dinge ändern wollen auf dem Wege, der jetzt möglich ist, [...]

¹⁰⁵ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 259f.

durch das Erfüllen und Ausführen dessen, was die Massen als einen möglichen Weg aus dieser Situation halten«. ¹⁰⁶

Es verwundert nicht, dass diese Position in der KPD umstritten war. Die Vertreter der sogenannten Linken wie Ruth Fischer vertraten die Position, die Forderung nach einer Arbeiterregierung sei nur als Synonym für die Diktatur des Proletariats zu verstehen, sie stelle »in der heutigen Situation nur eine Verkleidung des Wortes ›Diktatur‹ dar«. Demgegenüber stellte August Thalheimer in der Sitzung des Zentralausschusses vom 16./17. November fest, »dass ein bürgerlicher Staat sehr verschiedene Machtverhältnisse der einzelnen Klassen aufweisen kann, sehr verschiedene günstige oder ungünstige Bedingungen bestehen können, um vom bürgerlichen Staat in die Räterepublik überzugehen«. Clara Zetkin verwies darauf, »dass die sozialistische Arbeiterregierung ihren Inhalt durch die jeweiligen Machtverhältnisse zwischen Proletariat und Bourgeoisie bekommt«, es also eine Frage der Kräfteverhältnisse sei.

Die Diskussion über die Frage der Arbeiterregierung spielte auch auf dem Vierten Weltkongress der Komintern Ende 1922 eine zentrale Rolle. Karl Radek wies in seinem Referat über die »Offensive des Kapitals« nochmals auf die veränderte politische Situation gegenüber der Periode des revolutionären Aufschwungs in den Jahren 1918/19 hin: »Das charakteristische an der Epoche, in der wir jetzt leben ist, dass die breitesten Massen des Proletariats den Glauben verloren haben, dass die Arbeiterklasse in absehbarer Zeit die Macht erobern kann.« Angesichts der Bestrebungen der Reaktion, die Sozialdemokratie und selbst die liberalen Parteien aus allen bürgerlichen Regierungen zu entfernen, seien »sogar die Arbeiter, die gegen die Koalition (mit den bürgerlichen Parteien, H.W.) waren, bereit, sich mit den Sozialdemokraten zu vereinigen, um das letzte Atom von Macht zu behalten«. ¹⁰⁷ Deshalb müsse man den Kampf vor allem um die unmittelbaren Tagesfragen führen wie um die Löhne, die Arbeitszeit und die Wohnungsfrage. Gegenüber den »linken« Kritikern polemisierte er: »Der Kommunismus besteht nicht darin, dass man den Kopf in den Sand steckt und sagt: Einem so guten Kommunisten, wie ich es bin, passt es nicht, sich mit solchen Dingen zu plagen. Die Politik der Partei muss den Arbeitern die Antwort auf die Frage geben, was sie mit der Tatsache der gemeinsamen Forderungen

¹⁰⁶ Zitiert nach Arnold Reisberg, a.a.O., S. 261f.

¹⁰⁷ Protokoll des Vierten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 80.

der Arbeiter und ihrer politischen Trennung anfangen sollen.«¹⁰⁸ Die Idee der Arbeiterregierung sei unmittelbar mit der Einheitsfrontpolitik verbunden: »Die Losung der Arbeiterregierung ist eine notwendige Losung, die unseren Angriffen eine politische Spitze gibt.«¹⁰⁹ Die Kommunisten müssten, »wenn der Kampf um die Einheitsfront geht, klipp und klar sagen, dass, wenn die sozialdemokratischen Arbeitermassen ihre Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen, um die Macht in den industriellen Ländern zu erlangen, wir bereit sind, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen«.

Radek grenzte sich auch von Positionen ab, nach denen die Arbeiterregierung nur ein Synonym für die Diktatur des Proletariats sei, weil der Begriff der Arbeiterregierung eingängiger sei: »Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats [...] Sie ist eine der möglichen Übergangspunkte zur Diktatur des Proletariats.« Und auf die Frage: »Inwieweit steht die Arbeiterregierung im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats?« antwortete er: »Sie steht in einem solchen Widerspruch wie das Vorzimmer zum Zimmer steht.«¹¹⁰

Ein wichtiger Diskussionsbeitrag zur Klärung der Frage der Arbeiterregierung kam von Ernst Meyer. Er wies die von Sinowjew geäußerte Auffassung zurück, die Losung der Arbeiterregierung sei bloß ein »für die einfachen Arbeiter bequemes« Pseudonym für die Diktatur des Proletariats und argumentierte weiter: »Wir müssen sozialdemokratische und Arbeiterregierung unterscheiden. Sozialdemokratische Regierungen haben wir in Sachsen und Thüringen – früher auch in Gotha –, Regierungen, die nichts zu tun haben mit dem, was wir unter Arbeiterregierung verstehen. [...] Die Arbeiterregierung unterscheidet sich wesentlich von einer sozialdemokratischen Regierung, und zwar dadurch, dass sie nicht nur die Etikette einer sozialistisch-kommunistischen Politik trägt. Insofern wird die Basis einer Arbeiterregierung nicht eine parlamentarische oder nur in nebensächlicher Beziehung eine parlamentarische sein, sondern sie wird getragen werden von den breiten Massen, und ihre Politik wird sich grundsätzlich von der Politik der sozialdemokratischen Landesregierungen unterscheiden, wie wir sie augenblicklich ein einigen Ländern Deutschlands haben.«¹¹¹

¹⁰⁸ Ebd., S. 80f.

¹⁰⁹ Ebd., S. 83.

¹¹⁰ Ebd., S. 82.

¹¹¹ Ebd., S. 75f.

Der Vierte Weltkongress beschloss schließlich »Thesen: Über die Taktik der Komintern«, mit denen er die Einheitsfrontpolitik bekräftigte und die Haltung zur Frage der Arbeiterregierung festlegte. In den Ländern, »wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt«, ergebe sich »die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlussfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront«. Weiter halten die Thesen fest: »Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, kann den Anlass zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, dass die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muss. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen. Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden. Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien dafür vorhanden sind, dass die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird.«¹¹²

Das Programm einer Arbeiterregierung sollte an den unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse anknüpfen und damit eine gemeinsame Mobilisierung auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ermöglichen. Diese »Übergangsforderungen« waren als einzelne Forderungen reformistisch, der Versuch sie in ihrer Gesamtheit umzusetzen aber hätte die bürgerliche Herrschaft infrage gestellt. Das System der Übergangsforderungen beruhte nicht auf einer abstrakten Konstruk-

¹¹² Thesen: Über die Taktik der Komintern, IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 5. Dezember 1922; 321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1922_12_05_KI_IV_Thesen_Taktik.htm.

tion unerfüllbarer Parolen, sondern setzte an gewerkschaftlichen Forderungen und unmittelbaren Interessenlagen an.¹¹³

Karl Radek veröffentlichte 1921 unter dem Pseudonym Karl Bremer die Broschüre »Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die KPD«, in der er die Logik der Übergangsforderungen und den damit verbundenen Kampf um die Arbeiterregierung darlegte. Der Versailler Vertrag hatte Deutschland hohe Reparationslasten aufgebürdet. Es war nicht realistisch, dass man sich dieser Zahlungsverpflichtung in absehbarer Zeit entziehen konnte. Wie aber – fragte Radek – »kann die Zahlung erfolgen, ohne die Arbeiterklasse zu erdrosseln?« Notwendig sei eine Steigerung der Produktion, »die Überwindung des wirtschaftlichen Chaos, die Ausschaltung der Produktion des Unnotwendigen, des Verschiebens wichtiger Produktionselemente«. Dies erfordere eine Kontrolle der Produktion und entsprechende Eingriffsmöglichkeiten der Regierung. Sozialdemokraten, USPD und Gewerkschaften forderten die Erfassung der Goldwerte, also die Übernahme von Gesellschaftsanteilen in Höhe von 25% durch den Staat. Entscheidend sei – so Radek –, was der Staat mit diesen Aktien und Anteilen mache. Verkaufe er sie an das Ausland, »um dafür fremde Valuta zur Begleichung der Reparationsschulden zu bekommen, so würde daraus nur eine Verschlimmerung der Lage eintreten. Die Arbeiterklasse muss verstehen, dass die Erfassung der Goldwerte nur dann einen Ausweg bedeute, wenn sie dem Staat die Möglichkeit geben würde, die Richtung der Produktion, ihre Art, ihren Umfang und die Höhe der Preise mitzubestimmen.« Dies sei noch nicht der Sozialismus, denn die »Vertreter der bisherigen Privat-Industrie, die Vertreter der Arbeiterorganisationen und die Vertreter der Staatsgewalt hätten gemeinsam die Produktion zu leiten«. Aber »die Erfassung der Sachwerte als Anfang einer Politik der Neuorganisation der Produktion, einer Politik, die über den Rahmen des Kapitalismus hinausführen würde, würde natürlich die größten Widerstände bei der Bourgeoisie hervorrufen«.

Eine Regierung, die solche Maßnahmen ergreift, müsste deshalb an der Spitze der Armee reaktionäre durch loyale Offiziere ersetzen, ebenso müsste »die Verwaltung aus den Händen der Reaktionäre genommen werden«. Daraus zieht Radek den Schluss: »Das Aufgeben der Koalition mit der Bourgeoisie bildet eine unumgängliche Vorbedingung der oben geschilderten Politik«, notwendig sei eine »Koalition der Ar-

¹¹³ Vgl. auch Peter Brandt, Einheitsfront und Volksfront in Deutschland, a.a.O., S. 41.

beiter in Stadt und Land« als Grundlage einer Arbeiterregierung. Und: »Wenn die Arbeiterregierung sich verpflichtet, das zu tun, was in der gegebenen Situation für den Kampf gegen das Kapital notwendig ist, so hat die Kommunistische Partei sich an einer solchen Regierung zu beteiligen.«¹¹⁴

Die Beteiligung der KPD an den Koalitionsregierungen 1923 in Sachsen und Thüringen und das Scheitern des »deutschen Oktobers«

Im Januar 1923 hatten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, da Deutschland die vereinbarten Reparationsleistungen in Form von Holz-, Kohle- und Stahllieferungen nicht erfüllt hatte. Die Inflation galoppierte, die Reichsmark verlor jeden Wert. Die Reallöhne sanken im Tagesrhythmus: »Der Lohn für neun bis zehn Arbeitsstunden war nötig, um ein Pfund Margarine zu bezahlen. Für ein Pfund Butter hätte der Arbeiter zwei volle Tage schaffen müssen.«¹¹⁵ Tarifverträge waren wertlos, da die Inflation am nächsten Tag die ausgehandelten Löhne obsolet machte. Die Lohnabhängigen und die Mittelschichten verarmten, dagegen profitierten Spekulanten, Industrielle und Großgrundbesitzer. In Deutschland entstand eine vorrevolutionäre Situation.

Der Historiker Arthur Rosenberg schreibt: »Je mehr der passive und auch der aktive Widerstand an Rhein und Ruhr sich als zwecklos erwiesen und je mehr die Inflation die Lebenskräfte der deutschen Volksmassen verzehrte, um so heftiger wurden im Lande die Verzweiflung und Verbitterung und schließlich der Wunsch zur Revolution. Es hat nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923.« Die Lage war von Streiks, Revolten von Arbeitslosen und Demonstrationen gekennzeichnet. In Berlin kam es im Sommer zu einem von kommunistischen Betriebsräten geführten Generalstreik, der die rein bürgerliche Regierung Cuno am 12. August zum Rücktritt zwang.

Angesichts der verheerenden Lage hatte der Wunsch nach radikaler Veränderung zugenommen, der Einfluss der KPD war ständig ge-

¹¹⁴ Alles aus Karl Bremer (Karl Radek), Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie, Hamburg 1921, S. 18 und 31.

¹¹⁵ Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1961, S. 129.

stiegen: »Noch gegen Ende 1922 hatte die neu vereinigte Sozialdemokratische Partei die große Mehrheit der deutschen Arbeiter umfasst. Im nächsten Halbjahr verschob sich das Verhältnis vollkommen. Ohne Zweifel hatte im Sommer 1923 die KPD die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich.«¹¹⁶

Weder die KPD noch die Leitung der Kommunistischen Internationale hatten bis zum Sommer den tiefgreifenden Umschwung in der politischen Lage erkannt. Die Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern vom Juni befasste sich nicht einmal mit der Lage in Deutschland. August Thalheimer berichtete, dass die Exekutive »absolut nicht im Januar, nicht einmal im Juni den revolutionären Machtkampf ins Auge gefasst« hatte.¹¹⁷

Erst nach dem Streik gegen die Regierung Cuno kam die Spitze der Internationale zu der Auffassung, dass in Deutschland die Möglichkeiten eines revolutionären Umsturzes bestehe. KPD und die Komintern begannen die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands. Am 28. August beschloss die KPD die Schaffung eines zentralen Revolutionskomitees (Revkom). Die Führung der KPD ging ursprünglich davon aus, für die Vorbereitung sechs Monate zu benötigen. Auf einer gemeinsamen Beratung der KPD und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) beschloss man, den Aufstand auf Anfang November zu terminieren. Die Vorbereitung dafür war jedoch wesentlich-technisch organisatorischer Natur, während die Partei dagegen in ihrem öffentlichen Auftritt vorsichtig zurückhaltend agierte, um nicht ihre Kräfte in verfrühten Kämpfen oder »putschistischen Abenteuern« zu verschwenden.¹¹⁸

Stattdessen ergriffen die Kräfte der Gegenrevolution die Initiative: Nach dem Sturz der Regierung Cuno kam es zur Bildung einer Großen Koalition aus Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten unter Gustav Stresemann. Die Regierung ergriff Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung, beendete den passiven Widerstand an der Ruhr und lei-

¹¹⁶ Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 136. Ossip K. Flechtheim ist bei der Einschätzung des Einflusses der KPD in dieser Zeit ist etwas vorsichtiger. Dass die KPD die Mehrheit der Arbeiterschaft hatte, lasse sich »zwar nicht beweisen« sei aber »wohl möglich«. Zumindest hatte die KPD »eine starke Minderheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und vielleicht sogar die Mehrheit der unorganisierten Arbeiter hinter sich«. (Ossip K. Flechtheim, a.a.O., S. 179 u. S. 181)

¹¹⁷ August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931, S. 21.

¹¹⁸ Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 137.

tete eine friedliche Einigung mit Frankreich ein. Als Reaktion auf das Ende des Ruhrkampfes verhängte die bayerische Staatsregierung den Ausnahmezustand und bestellte den ehemaligen Ministerpräsidenten und Monarchisten von Kahr zum Staatskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Bayern stellte sich damit offen gegen die Reichsregierung. Unter dem Druck der Reichswehrgeneräle unterstellte Stresemann daraufhin die gesamte zivile Gewalt dem Reichwehrminister. Mit dieser Erklärung des militärischen Ausnahmezustands hatten sich die Kräfteverhältnisse deutlich zuungunsten der Arbeiterbewegung verschoben.

Das Großkapital ging in die Offensive und die Deutsche Volkspartei verlangte den Rücktritt des sozialdemokratischen Finanzministers Rudolf Hilferding und die Aufgabe des Achtstundentags. Es kam zur Regierungskrise und zur Umbildung des Kabinetts. Die SPD gab das Finanzministerium auf und die Reichsregierung erhielt die Ermächtigung, Verordnungen mit Gesetzeskraft für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu erlassen. Auch der Achtstundentag stand weiter unter Beschuss. Das Ergebnis der Regierungskrise war »ein voller Sieg für das Großkapital« – so Rosenberg.¹¹⁹

Trotz dieser Entwicklung änderte die KPD nicht ihr vorsichtiges öffentliches Agieren. August Thalheimer schrieb 1931 im Rückblick: »Man muss sich vergegenwärtigen: Der Gegner versetzt der Arbeiterbewegung nach dem Cuno-Streik eine ganze Reihe von Schlägen, auf die die Partei nicht reagiert, weil sie ihre Kräfte nicht in Teilkämpfen verzetteln will. Aber gerade dadurch versäumt die Partei, die Kräfte der übrigen Arbeiterschaft mit sich zu verbünden und festzustellen, über welche Kräfte in den Massen sie verfügt.«¹²⁰ Die Partei – so Thalheimer – beschränkte sich darauf, die technisch-organisatorischen Vorbereitungen für den Aufstand fortzusetzen. Dass die Partei auf einen revolutionären Umsturz orientierte, war jedoch für die Masse der Arbeiterschaft nicht erkennbar: »Nur im geheimen begann man, kleine Stoßtrupps von erprobten Arbeitern aufzustellen, die sich für den Aufstand vorbereiteten.«¹²¹

Der Vorbereitung des Aufstands sollte auch der Eintritt der KPD in die Arbeiterregierungen mit den Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen dienen. In beiden Ländern gab es von der KPD gestützte sozialdemokratische Minderheitsregierungen. In einem Telegramm, das Si-

¹¹⁹ Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 145.

¹²⁰ August Thalheimer, a.a.O., S. 24.

¹²¹ Arthur Rosenberg, a.a.O., S. 146.

nowjew im Namen des EKKI am 1. September an die Führung der KPD sandte, hieß es: »Da wir die Lage so einschätzen, dass der entscheidende Moment nicht später als in vier – fünf – sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage muss man die Frage unseres Eintritts in die sächsische Regierung praktisch stellen. Unter der Bedingung, dass die Zeigner-Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und die Faschisten zu verteidigen, müssen wir (in die Regierung) eintreten. Sofort Bewaffnung von 50.000-60.000 Arbeitern wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.«¹²² Das Ziel des Regierungseintritts war – so Radek – »die Staatsgewalt auszunutzen, um sich zu bewaffnen und in diesem engmaschigen proletarischen Bezirk Mitteldeutschlands einen Wall zu bilden zwischen der Südkonterrevolution in Bayern und dem Nordfaschismus. Gleichzeitig wird die Partei im ganzen Reich eingreifen, die Massen mobilisieren.«¹²³

Am 10. Oktober trat die KPD mit Brandler, Heckert und Böttcher in die sächsische Landesregierung des linksozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zeigner ein, am 16. Oktober wurden die Kommunisten Korsch, Neubauer und Tenner Mitglieder der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung in Thüringen. Aber schon am 13. Oktober ließ der Generalleutnant Müller die proletarischen Hundertschaften verbieten. Als die Regierung Zeigner die Auflösung verweigerte, ließ die Regierung Stresemann am 20. und 21. Oktober die Reichswehr in Sachsen einmarschieren. Am 29. Oktober wurde die sächsische Arbeiterregierung, am 6. November die Thüringer Arbeiterregierung durch die »Reichsexekution« abgesetzt.

Die KPD hatte beschlossen, am 20. Oktober zum Generalstreik aufzurufen und zum bewaffneten Kampf überzugehen. Eine für den 21. Oktober einberufene Betriebsrätekonferenz in Chemnitz sollte den Generalstreik proklamieren. Als Brandler dort den Antrag auf Generalstreik stellte, drohten die Sozialdemokraten damit, die Konferenz zu verlassen, wenn die Kommunisten nicht auf die Abstimmung über den Generalstreik verzichten. Im Ergebnis wurde der Antrag schließlich in eine Kommission verwiesen, eine Beerdigung dritter Klasse. Die KPD beschloss daraufhin, die geplanten Aktionen zum Aufstand abzu-

¹²² Zitiert nach Werner T. Angress, a.a.O., S. 440f.

¹²³ Zitiert nach Werner T. Angress, a.a.O., S. 436, vgl. auch August Thalheimer, a.a.O., S. 5.

blasen, lediglich in Hamburg kam es zu einem isolierten bewaffneten Aufstand der Kommunisten.

In der KPD und der Kommunistischen Internationale kam es in der Folge zu einer intensiven und heftigen Diskussion über die Gründe der Oktoberniederlage. So vertrat der damalige KPD-Vorsitzende Brandler die Auffassung, dass der Eintritt in die sächsische Regierung verfrüht kam und nicht politisch vorbereitet war. Er hatte der Forderung von Sinowjew zum Eintritt in die sächsische Regierung ursprünglich widersprochen: »Brandler wandte sich dagegen und erklärte, dass in der Arbeiterschaft dafür noch gar nicht die Voraussetzungen vorhanden seien. Es galt erst die Voraussetzungen für einen Eintritt in die Regierung zu schaffen. Er forderte eine gewisse Frist, um diese Voraussetzungen in den Betrieben zu schaffen.«¹²⁴ berichtete Thalheimer. Und in der Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom Januar 1924 erläuterte Brandler seine Haltung: »Der Eintritt in die sächsische Regierung erfolgte auf Grund des Beschlusses der Exekutive. Die Exekutive hat telegrafisch von den Genossen gefordert, ohne genügende Vorbereitung in die Regierung einzutreten. Ich war gegen den Telegramm-Entwurf Sinowjews [...] Der Beschluss auf Eintritt in die Regierung ist überstürzt zustande gekommen. [...] Weil aber der Eintritt in die Regierung fast gar nicht vorbereitet war, konnten die Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, nicht getroffen werden [...] Man muss den bürgerlichen Apparat beherrschen und kennen, wenn man ihn ausnützen soll. Das sind anscheinend kleine, nebensächliche Geschichten, die aber für uns von großer Bedeutung waren. Die ganze Regierungsherrlichkeit der Kommunisten hat neun Tage gedauert. In diesen neun Tagen ist nichts anderes geschehen, als dass Versuche unternommen worden sind, Waffen herauszuholen. An den mangelnden Vorbereitungen scheiterte der Versuch.«¹²⁵

Die Kritik an der mangelnden Vorbereitung bezog sich nicht nur auf die kurzfristige Entscheidung zum Regierungseintritt, sondern auf das gesamte Agieren in der Krise des Jahres 1923. Radek resümierte in der Präsidiumssitzung des EKKI: »Die Hauptrolle in der ganzen Geschichte« war die die Tatsache, dass die KPD erklärte, der Kampf bestehe darin,

¹²⁴ August Thalheimer, a.a.O., S. 21.

¹²⁵ Heinrich Brandler, in: Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage. Januar 1924, Hamburg 1924, S. 25.

»dass wir uns zum Losschlagen vorbereiten« und dass die Partei »inzwischen nichts tat«. ¹²⁶

Ernst Meyer fasste 1925 die Kritik zusammen: »Als die Partei endlich das Nahen der revolutionären Situation bemerkte, machte sie eine Reihe verhängnisvoller Fehler, sie bereitete sich auf den Aufstand vor, sie unterließ es aber, die Massen vorzubereiten. [...] So stoppte sie z.B. alle Teilkämpfe ab, um »die Kräfte für später zu sparen«. Die Anlage des Kampfes – alles auf die sächsische Karte zu setzen – war ebenfalls ein verhängnisvoller Fehler. Die Partei trat in die Regierung ein, ohne vorher die Massen, die Betriebsräte mobilisiert zu haben. Die Kommunisten in der Regierung hatten keine außerparlamentarische Basis, auf die gestützt sie die Massen von den linken sozialdemokratischen Führern trennen konnten. [...] Statt die linken Sozialdemokratischen Führer durch die Mobilisierung der Massen vorwärtszutreiben oder zu entlarven (taktische Möglichkeiten, die durchaus zulässig sind), vernachlässigte die Partei die Mobilisierung der Massen und ließ sich dadurch an die linke SPD binden. [...] Als die Lage sich infolge des Einmarsches der Reichswehr verschärfte, zog die Partei sich kampflös zurück. Dieser schwere Fehler entstand daraus, dass die Partei die Kräfteverhältnisse nicht kannte. Aber statt die Massen zum Generalstreik aufzurufen, von der Tiefe und Breite des Streiks die weiteren Schritte abhängig zu machen, kapitulierte sie kampflös«. ¹²⁷ Gleichzeitig kamen sie jedoch zu der Einschätzung, dass es ziemlich sicher sei, »dass der Generalstreik gezeigt hätte, dass der Einfluss der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeitermassen noch zu stark war, als dass es der Partei gelungen wäre, den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand auszudehnen«. ¹²⁸ Auch Trotzki kritisierte die mangelnde politische Vorbereitung durch die KPD. Die Partei habe »es nie verstanden [...], im Beginn der neuen Phase (Mai bis Juli 1923) sich von dem Automatismus der vorherigen Politik, die auf Jahre berechnet war, loszulösen und in der Agitation, in der Aktion, in der Organisation und in der Technik direkt die Frage der Machtergreifung zu stellen«. ¹²⁹

¹²⁶ Karl Radek, in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, a.a.O., S. 16.

¹²⁷ Zitiert nach: Florian Wilde, Ernst Meyer (1887-1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Hamburg 2013, S. 362; ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/4763/1/Dissertation.pdf.

¹²⁸ Ebd., S. 362f.

¹²⁹ Leo Trotzki, Der Neue Kurs, Berlin 1972, S. 59.

Mit dem Scheitern des »deutschen Oktober« kam es zu einer Krise in der KPD. Die bisherige Führung wurde abgelöst und die »Linke« um Maslow, Fischer und Thälmann, die sich eher ablehnend gegenüber der bisherigen Einheitsfrontpolitik verhielt, übernahm die Führung. Mit diesem Führungswechsel und dem Ende der revolutionären Übergangsperiode von 1918 bis 1923 nahm die Stalinisierung der KPD ihren Lauf und führte schließlich nach 1929 zur fatalen »Sozialfaschismustheorie«, die einen wesentlichen Anteil am Nichtzustandekommen einer Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den aufkommenden Faschismus hatte.

Mit der Politik der Einheitsfront und der Forderung nach einer Arbeiterregierung hatten die KPD und die Komintern einen Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die gemeinsame Aktion und Mobilisierung von Sozialdemokraten und Kommunisten entwickelt. Auch wenn diese Politik der KPD weitgehend in der Perspektive des revolutionären Aufstands nach dem Modell der russischen Oktoberrevolution stand, ging sie darüber hinaus. Die Politik der Einheitsfront und Arbeiterregierung war eine wichtige Weiterentwicklung der Konzeption des Übergangs von der bürgerlichen in eine sozialistische Gesellschaft.

»Den Tiger reiten?«: Die Debatte der Grünen über Koalitionen und Tolerierungspolitik

*»Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung,
Bündnis und Kompromiss.«
(Joschka Fischer)*

*»So aber führt die Regierungsbeteiligung dazu, selbst
die Verringerung anstehender Verschlechterungen als
großartige politische Verbesserungen hochzulügen.«
(Jürgen Trittin)*

Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre kristallisierte sich gesellschaftlicher Protest und Widerstand in der Bildung einer neuen Partei – den GRÜNEN. Das sozialliberale »Modell Deutschland« hatte sich erschöpft. Die SPD hatte die von ihr Anfang der 1970er Jahre geweckten Reformhoffnungen enttäuscht. Mit Willy Brandts Reformpolitik und seinem Slogan »Mehr Demokratie wagen« war es der SPD gelungen, große Teile der APO nach 1968 zu integrieren. Mit dem Wechsel zu Helmut Schmidt verlor die Sozialdemokratie aber zunehmend an Integrationskraft gegenüber oppositionellen Bewegungen. Die neuen sozialen Bewegungen erlebten einen Aufschwung.

Der Anti-AKW-Bewegung gelang es, unterschiedlichste Milieus gegen das Atomprogramm der SPD/FDP-Bundesregierung zu mobilisieren – von linksradikalen Autonomen bis zu Weinbauern in Wyhl. Hunderttausende demonstrierten gegen die Nachrüstungspläne der NATO, die Frauenbewegung erlebte einen Aufschwung. Die Krise des sozialdemokratischen Fortschrittsmodells fiel mit einem wachsenden gesellschaftlichen Bewusstsein über die ökologische Krise und der Zuspitzung der Blockkonfrontation zusammen. Vor diesem Hintergrund kam es zum Zusammengehen unterschiedlicher politischer Strömungen und der Formierung der Partei die GRÜNEN. Ehemalige Mitglieder sogenannter K-Gruppen, undogmatische Linke, Aktivist*innen von Bürgerinitiativen, Friedensbewegte, Feministinnen bis hin zu wertkonservativen Naturschützern fanden sich in der neuen Partei zusammen.

Die sozialen Bewegungen wie die GRÜNEN waren in der Auseinandersetzung mit und dem Kampf gegen die sozialdemokratische Regierungspolitik entstanden. Die neue Partei sah sich in der Gegnerschaft zu einem »Allparteienkartell der Etablierten«. Nach einem Wort Petra

Kellys waren die GRÜNEN eine »Anti-Parteien-Partei«, sie wollten eine »Partei neuen Typs« sein. In ihrem damaligen Selbstverständnis waren sie der verlängerte Arm der außerparlamentarischen Bewegung und deren Sprachrohr. Die außerparlamentarischen Bewegungen sollten das »Standbein« sein, die Parlamentsarbeit das »Spielbein«.

Mit dem Anspruch, die verkrusteten Strukturen des bundesrepublikanischen Drei-Parteienstaates aufzubrechen, trafen die GRÜNEN eine gesellschaftliche Stimmung. Die sozialdemokratische Logik des »kleineren Übels« hatte sich zunehmend erschöpft. Die SPD in der Regierung verteidigte das Atomprogramm sowie die NATO-Nachrüstung und stellte sich damit in direkten Gegensatz zu den sozialen Bewegungen. Deren politische Anliegen konnten nur über eine neue politische Partei im politischen System artikuliert werden. In dieser Situation genügte es, die wesentlichen politischen Forderungen der oppositionellen Bewegungen aufzugreifen und den politischen Bruch mit der Sozialdemokratie zu vollziehen. Schroffe Gegnerschaft zur SPD stand damit in der Gründungsphase der GRÜNEN Pate.

1982/83 sollte sich die politische Lage ändern. Die FDP verließ die sozialliberale Koalition und wechselte in eine Koalition mit der CDU. Helmut Kohl wurde Bundeskanzler. Von der Last als Regierungspartei befreit, begann sich die SPD – zunächst rhetorisch – den Forderungen der sozialen Bewegungen zu öffnen –, am deutlichsten in einer wachsenden Kritik an der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses. Ursprünglich gegen die unsozialen Sparpläne der sozialliberalen Regierung geplante Demonstrationen des DGB wurden jetzt zu Mobilisierungen gegen die von Helmut Kohl »propagierte geistig moralische Wende« und den von Union und FDP forcierten restriktiven Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Nicht mehr der Widerstand gegen sozialdemokratische Regierungspolitik, sondern der Widerstand gegen die Wenderegierung bestimmten nun die politische Agenda. Die GRÜNEN standen damit vor der Notwendigkeit, ihre Politik und ihre Rolle neu zu definieren. Die Partei stand – ähnlich wie die KPD in den Jahren ab 1920 – vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und ihre eigene politische Funktion neu zu bestimmen.

»Mehrheiten diesseits der Union« und die »Hamburger Tolerierungslinie«

1982 kam es bei den Landtagwahlen in Hessen und Hamburg zu rechnerischen Mehrheiten aus SPD und GRÜNEN. Am Abend der hessischen Landtagswahl prägte Willy Brandt den bekannten Satz von »Mehrheiten diesseits der Union« und forderte »auszuloten«, ob gemeinsam mit den GRÜNEN sozialdemokratische Reformpolitik umgesetzt werden könne. Damit stellte sich die Frage, ob und wie eine solche Mehrheit zur Regierungsbildung genutzt werden kann.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1982 erhielt die Grün-Alternative Liste (GAL) 7,7%, die CDU 43,2% und die SPD 42,7%. Die FDP scheiterte mit 4,9%. Damit war erstmals in einem Bundesland eine Regierungsbildung mit den Stimmen von SPD und Grünen möglich. Vor der Wahl noch hatte der sozialdemokratische Bürgermeister von Dohnanyi jeden Gedanken an eine Zusammenarbeit mit der GAL abgelehnt: »Die gibt es als Partei gar nicht für mich.«¹³⁰ Anders die GAL – sie hatte bereits vor den Wahlen erklärt, »falls sich in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einem Minderheitssenat regieren könnte, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat zur Mehrheit zu verhelfen.« Und auf keinen Fall werde sie die »Hand für einen CDU-Bürgermeister erheben oder dessen Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren.«¹³¹ Als Bedingung für die Tolerierung eines sozialdemokratischen Minderheitssenats formulierte die GAL unter anderem, dass Hamburg aus der Atomenergie aussteigt, dass das AKW Brokdorf nicht gebaut wird und das AKW Krümmel nicht in Betrieb geht. Weiter forderte die GAL ein Sofortprogramm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Investitionen in den kommunalen Wohnungsbau, die sozialen Dienste und die Bereiche Umwelt und Energie. Die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sollten zurückgenommen und auf eine geplante Hafenerweiterung angesichts stagnierenden Frachtaufkommens verzichtet werden.¹³²

Die damalige Politik der Hamburger GAL war wesentlich von der ökosozialistischen Strömung um die Zeitschrift »Moderne Zeiten« ge-

¹³⁰ Zitiert nach Der Spiegel, Hamburg: »Es grünt ganz schön«, 14.6.1982; www.spiegel.de/spiegel/print/d-14341449.html.

¹³¹ Ebd.

¹³² Siehe auch Klaus Dräger/Werner Hülsberg, Aus für Grün? Die grüne Orientierungskrise zwischen Anpassung und Systemopposition, Frankfurt a.M. 1986, S. 149.

prägt.¹³³ Ihre Protagonisten – wie Thomas Ebermann – standen in der Tradition der sozialistisch/kommunistischen Arbeiterbewegung, kannten die Diskussionen der KPD und Komintern über die Politik der Einheitsfront und die Haltung der Kommunisten zur Sozialdemokratie. Die grundlegenden Überlegungen über das Verhältnis zur Sozialdemokratie, die auch der Hamburger Tolerierungslinie zugrunde lag, formulierten Raimund Helms und Rolf Ascheberg aus der Alternativen Liste Berlin in einem Beitrag in den »Modernen Zeiten«: »Die CDU stützt sich [...] auf einen relativ geschlossenen rechten Meinungsblock innerhalb der Bevölkerung. Die Wählerbasis der SPD ist dagegen an zentralen Fragen gespalten. Jeweils deutliche Mehrheiten der SPD-Wähler stehen den Positionen der AL in wesentlichen Fragen näher als der Regierungspraxis und den Positionen der Partei ihrer Wahl. Will die AL ihren politischen Einfluss und ihre gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit erhöhen, so muss sie wählbar bzw. bündnisfähig für *diese* SPD-Anhänger und Wähler werden. Dies wird dann unmöglich, wenn sich die AL *prinzipiell* ablehnend gegenüber der Partei verhält, von der sich diese Reagan-, Rüstungs-, AKW-etc. Kritiker (immer noch) vertreten lassen.«

Deshalb müsse man sich »differenziert gegenüber der SPD *insgesamt* verhalten: sie muss auf der Basis *genereller* Gesprächsbereitschaft jeweils *konkret* abwägen, welche Kompromisse nützlich und welche faul sind.« Dies verlange der Partei »mehr an konkreter politischer Analyse ab, als die »Fundamentalopposition«. Da müssen Kräfteverhältnisse reflektiert, Möglichkeiten analysiert, aktuell Durchsetzbares von langfristig zu Forderndem unterschieden werden.« In einer solchen Politik – die KPD nannte es Einheitsfrontpolitik – läge die einzige Möglichkeit, »als aktiv handelnder politischer Faktor auf die politische und organisatorische Orientierung des fortschrittlichen Teils des inhaltlich gespaltenen Reformblocks in der Bevölkerung Einfluss zu nehmen und ihn für sich zu gewinnen.«¹³⁴

¹³³ Die Monatszeitschrift »Moderne Zeiten« (MOZ) war ein Diskussionsorgan der linken, sozialistischen Strömung in den Grünen. Sie wurde 1981 gegründet. Sie wurde wesentlich getragen von der Gruppe Z, einer Abspaltung des Kommunistischen Bundes um Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Jürgen Reents, den »Komitees für Demokratie und Sozialismus«, einer Abspaltung des KBW um Ralf Fücks und Wilfried Maier und Akteuren aus dem Umfeld des Sozialistischen Büros.

¹³⁴ Raimund Helms/Rolf Ascheberg, Das Kreuzberger Modell. Für eine offene Bündnispolitik gegenüber der SPD, in: MOZ 2/82, S. 45.

Ausgehend von diesen Überlegungen formulierte Thomas Ebermann die Grundüberlegungen der Tolerierungspolitik. Diese setzte »als strategisches Konzept (umgesetzt im Angebot, eine SPD-Regierung zu tolerieren, unter bestimmten Bedingungen [...] auf eine spezifische Widersprüchlichkeit in einem gesellschaftlichen Lager, das seine Wahlstimme zwar nicht den Grünen gibt, aber doch mit einzelnen wichtigen Forderungen der Grünen übereinstimmt bzw. sympathisiert. Deswegen ist ein Moment einer klugen Tolerierungspolitik immer auch der Blick auf Wünsche, Vorstellungen und Überzeugungen (nicht nur) im sozialdemokratischen Lager. [...] Ein zweites Moment von Tolerierungspolitik [...] ist Zusammenarbeit und Bruch rational an Inhalten nachvollziehbar zu machen gegenüber dem immerwährenden Ritual bürgerlicher Politik, das alle Spannung auf die Frage konzentriert, wer denn schließlich regiert. Schließlich ist Tolerierungspolitik immer auch eine gewisse Festlegung, für welche Ziele man in der Gesellschaft in nächster Zeit mit besonderer Vehemenz werben und kämpfen will.«¹³⁵ Notwendig sei »Härte in der Sache gegenüber den Sozialdemokraten als Bedingung flexibler Taktik und die weitere Entfaltung außerparlamentarischen Widerstands an jenen Fragen, die im Zentrum unserer Forderungskatalogs stehen. [...] Wenn die Gespräche zwischen SPD und uns scheitern, wird entscheidend sein, wem das tendenziell von uns *und* der SPD erreichbare Potential die Schuld am Scheitern zuweist.«¹³⁶

Mit ihren Bedingungen für eine Tolerierung knüpfte die GAL an Positionen an, die auch in der SPD – zumindest in der Linken – geteilt wurden oder auf Sympathie stießen. So hieß es in der linkssozialdemokratischen Zeitschrift »spw«: »Es ist offensichtlich, dass die meisten dieser Forderungen in der Zielsetzung voll mit sozialdemokratischen Positionen übereinstimmen oder zumindest mit ihnen weitgehend vereinbar sind. Von daher hatte die anschließende Diskussion in den Gesprächsrunden SPD-GAL und auch in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit verdient und erhalten.«¹³⁷ Nach acht Verhandlungsrunden und 50 Sit-

¹³⁵ Thomas Ebermann, Tolerierungspolitik als strategisches Konzept. Antworten auf vier Fragen, in: Erwin Jurtschitsch/Alexander Rudnick/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Grünes und alternatives Jahrbuch 1986/87. Strategien der Grünen und ökologische Krise, Berlin 1986, S. 89f.

¹³⁶ Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S. 148.

¹³⁷ Günter Bieling/Kurt Wand, Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg, spw 17, 1982, S. 437.

zungsstunden jedoch erklärte Dohnanyi die Gespräche für gescheitert, die GAL habe sich »der Reformpolitik verweigert«.¹³⁸

Die SPD hatte jedoch unverändert an der Hafenerweiterung festgehalten, in Sachen Atomenergie hielt sie weiter den Strom aus den AKWs Stade und Brunsbüttel für »unentbehrlich«. Auch Krümmel sollte im folgenden Jahr an das Hamburger Netz gehen, auch ein sofortiger Ausstieg aus dem im Bau befindlichen AKW Brokdorf wurde abgelehnt.¹³⁹ Auch Hausbesetzungen würden nicht geduldet und das staatliche Gewaltmonopol dürfe nicht angetastet werden, machten die Sozialdemokraten deutlich. Eine grundsätzliche Wende in der Haushaltspolitik mit ihren Sozialkürzungen war ebenfalls nicht in Sicht.¹⁴⁰

Neben den inhaltlichen Differenzen hatte das Scheitern der Tolerierungsverhandlungen seine Ursache in weiteren politischen Entwicklungen. Innerhalb der Hamburger SPD waren die Verhandlungen mit der GAL nicht unumstritten. Für die Parteirechte hatte sich bereits der spätere Bürgermeister Voscherau mit einer Großen Koalition liebäugelnd in Stellung gebracht. Während der Verhandlungen wurde im Bund am 1. Oktober 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt mit den Stimmen von CDU und FDP in einem konstruktiven Misstrauensvotum abgewählt. Die SPD sah jetzt die Chance, mit einer Kampagne gegen den »Verrat in Bonn« und der Ausnutzung des »Schmidtleideffekts« für den aus Hamburg stammenden und in der Stadt populären abgewählten Kanzler die verloren gegangene absolute Mehrheit zurückzuerobern.

Das Kalkül ging auf: Bei den Neuwahlen im Dezember 1982 schaffte die SPD mit 51,3% die absolute Mehrheit, CDU und FDP verloren deutlich an Stimmen und auch das Ergebnis der GAL sank von 7,7 auf 6,8% der Stimmen. Mit etwas mehr als 2.900 Stimmen hielt sich der absolute Stimmenverlust jedoch in engen Grenzen. Angesichts der herrschenden Empörung und pro-sozialdemokratischen Stimmungen konnte das »Experiment« Tolerierungsverhandlungen erstmal als gelungen bilanziert werden.

Mitte November 1982 fand die Bundesversammlung der GRÜNEN in Hagen statt. Diese bezog sich positiv auf die Hamburger Taktik und verabschiedete eine Reihe von Bedingungen als Voraussetzung einer Tolerierung auf Bundesebene, so u.a. den Verzicht auf die NATO-Nach-

¹³⁸ Spiegel, SPD/GAL: Geht nicht; www.spiegel.de/spiegel/print/d-14350188.html.

¹³⁹ Günter Bieling/Kurt Wand, a.a.O., S. 438.

¹⁴⁰ Spiegel, SPD/GAL: Geht nicht, a.a.O.

rüstung, die Stilllegung aller Atomkraftwerke, den Verzicht auf umweltzerstörende Großprojekte und eine Reihe weiterer Forderungen.

Hessen: Von der Fundamentalopposition zur »Realpolitik«

Zuvor hatten am 26. September 1982 die Landtagswahlen in Hessen stattgefunden. Entgegen den Prognosen, die von einem Wahlsieg der CDU und der FDP ausgingen, erzielte die SPD 42,8% und die GRÜNEN zogen mit 8% erstmals in den Landtag ein. Die GRÜNEN hatten Rückenwind. Die Friedensbewegung mobilisierte massenhaft gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, und gegen den Bau der Startbahn-West am Frankfurter Flughafen hatte sich eine breite Protestbewegung entwickelt. In der Folge sollten sich die hessischen GRÜNEN rapide von einem fundamentaloppositionell ausgerichteten Landesverband zur Speerspitze der »Realos« um Joschka Fischer in der grünen Bundespartei wandeln.

Die erste Landesversammlung der GRÜNEN nach den Wahlen lehnte mit einer Mehrheit von 60% eine Tolerierungspolitik nach dem Hamburger Modell ab. Die Frankfurter Römer-Grünen¹⁴¹ um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran setzten sich mit einem Beschluss durch, wonach in Gespräche mit der SPD das gesamte grüne Grundsatzprogramm eingeführt werden sollte. Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Abgeordneten in Sachfragen setzte demnach die Akzeptanz von grünen Forderungen oder Programmpunkten voraus.¹⁴² Die Politik der Hamburger GAL, eine Tolerierung von der Erfüllung einer Reihe konkreter Forderung abhängig zu machen, lehnten sie ab, da dies zur Aufgabe der anderen Teile des grünen Programms führe.¹⁴³

Faktisch bedeutete diese Haltung, von der SPD die Übernahme des Programms der GRÜNEN als Voraussetzung für eine eventuelle Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zu fordern. Die Minderheit dagegen vertrat eine Tolerierungspolitik in Anlehnung an

¹⁴¹ 1981 zogen die Grünen u.a. mit Jutta Ditfurth erstmals in das Frankfurter Stadtparlament ein. Die Fraktion wurde als »Römer-Grüne« bezeichnet – nach dem Frankfurter Rathaus »Römer«.

¹⁴² Siehe Uwe Josuttis/Hubert Kleinert, Hessen. SPD am Ende, MOZ 9/82, S. 27 und Joachim Grupp, Abschied von den Grundsätzen. Die Grünen zwischen Koalition und Opposition, Berlin 1986.

¹⁴³ Vgl. Hubert Kleinert, Die Grünen und die SPD. Aussichten nach der Hessenwahl, in: MOZ, 11/82, S. 20.

das »Hamburger Modell«. Neben den Ortsverbänden Marburg und Kassel gehörte zu den Unterstützern dieses Antrags auch die Frankfurter »Sponti-Wählerinitiative« um Daniel Cohn-Bendit, Tom Königs und Joschka Fischer. Cohn-Bendit argumentierte, »in Angeboten an die SPD muss ja nicht der Glaube stecken, dass die SPD darauf eingeht, sondern in den Angeboten muss eine Substanz stecken, die ein bestimmtes Wählerpotential bewegt, sich von der SPD loszulösen.«¹⁴⁴

Der fundamentalistische Mehrheitsbeschluss musste die GRÜNEN in die Defensive bringen. Während sie mehrheitlich glaubten, der SPD in der Öffentlichkeit eine Diskussion über grüne Grundsätze aufzwingen zu können und sie als »Altpartei« zu entlarven, wollte die SPD konkret über einzelne Projekte und Maßnahmen sprechen. Die Sozialdemokraten konnten darauf setzen, den GRÜNEN mit ihrer Diskussion über »Grundsätze« Politikunfähigkeit und die Schuld am Scheitern der Gespräche zuzuweisen. So konnten die Sozialdemokraten mit konkreten Projekten und Maßnahmen die Initiative übernehmen, als sie ein Sofortprogramm für Beschäftigung vorschlugen. Die GRÜNEN kamen gegenüber der Öffentlichkeit und der eigenen Anhänger*innenschaft in Erklärungsnot, die fundamentalistische Ablehnungsfront bröckelte.

Im Januar stimmten sie letztlich im Rahmen eines Vorschaltgesetzes einem Teilhaushalt zu. Dieser enthielt Maßnahmen gegen das Waldsterben, für sozialen Wohnungsbau, zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und Mittel zur Förderung von Alternativbetrieben.¹⁴⁵ Die SPD konnte dies als Erfolg verbuchen, denn schließlich war das Ergebnis ihrer Initiative zu verdanken, und die SPD versuchte in den nächsten Wochen und Monaten die strategielosen GRÜNEN mit weiteren Initiativen vorzuführen. Nachdem weitere Gespräche ergebnislos verliefen und die GRÜNEN dem eigentlichen Haushaltsentwurf nicht zustimmten, setzte die SPD auf Neuwahlen, »damit dieses Land eine Regierung auf parlamentarischer Mehrheit erhält« – so der SPD-Ministerpräsident Holger Börner.

Bei den Neuwahlen im September 1983 erhielt die SPD 46,2% der Stimmen, die GRÜNEN verloren deutlich und erhielten nur noch 5,9%. Die Warnung von Hubert Kleinert hatte sich bewahrheitet, dass die Politik eines »grünen Fundamentalismus« in der Konsequenz darauf hinauslaufe, »den Versuch der SPD, durch partielle Übernahme von Inhal-

¹⁴⁴ Zitiert nach Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S. 193.

¹⁴⁵ Ebd.

ten der Protestbewegung die GRÜNEN empfindlich zu schwächen oder gar zu spalten, zu erleichtern.«¹⁴⁶

Noch unmittelbar vor den Wahlen hatten die GRÜNEN einen Wahlauftrag mit dem Titel »Eine Politik für das Leben!« beschlossen, in dem es hieß: »Die Übernahme grüner Begriffe durch die etablierten Parteien [...] bedeutet nur, dass lebensfeindliche Inhalte noch besser verschleiert werden. Die Grünen sehen also ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung darin, in Fragen des Lebens keine Kompromisse zuzulassen. Wir wollen Kompromisse auch nicht selbst eingehen [...] Die Grünen Hessen werden für lange Zeit die einzige Oppositionspartei sein, die durch ihre fundamentale Haltung Bewusstseinsprozesse innerhalb und außerhalb von Parteien fördert.«¹⁴⁷ Dieser verbale Radikalismus hatte nun bei den Wahlen Schiffbruch erlitten. Nicht das Bewusstsein der Wähler*innen hatte sich durch die Proklamation grüner Kompromisslosigkeit gewandelt, sondern der Wandel vollzog sich jetzt angesichts der Wahlniederlage bei den hessischen GRÜNEN.¹⁴⁸

Die erste Landesmitgliederversammlung nach den Wahlen in Petersberg/Marbach zeigte einen erdrutschartigen Stimmungsumschwung und eine Kehrtwende um 180 Grad. Der Verlust von 25% der Wähler*innenstimmen, die bedrohliche Nähe zur Fünfprozenthürde und wachsender öffentlicher Druck, die Verweigerungshaltung aufzugeben, führte zu einer drastischen Verschiebung der innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse. Mit einer Mehrheit von fast 90% beschloss die Versammlung, mit der SPD Verhandlungen mit dem zuvor abgelehnten Ziel einer kontinuierlichen Zusammenarbeit aufzunehmen. Dieser Verhandlungswille war jedoch nicht mit einem konkreten Katalog von Forderungen verbunden.

Fand in Hamburg noch eine öffentliche Diskussion über die inhaltlichen Anliegen der GAL bei den Tolerierungsverhandlungen statt, und bestand mit dem Forderungskatalog auch ein nachvollziehbarer Maßstab, mit dem Erfolg oder Misserfolg bei den Verhandlungen öffentlich nachvollzogen werden konnte, wurde jetzt in Hessen »allerorts ein inhaltsleerer Wille zur Einigung diagnostiziert, der durch die bestehen-

¹⁴⁶ Hubert Kleinert, a.a.O., S. 22.

¹⁴⁷ Zitiert nach: *Moderne Zeiten*, 9/1983 S. 16f.

¹⁴⁸ Vgl. Björn Johnsen, *Rot-Grün in Hessen*, in: Joachim Raschke, *DIE GRÜNEN. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 768.

den politischen Differenzen zwischen Grünen und SPD gar nicht mehr in Frage gestellt werden durfte.«¹⁴⁹

Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen und Gewerkschaftsgruppen richteten nach der fundamentalistischen Erfahrung ihre Forderungen nach Kompromissbereitschaft vor allem an die GRÜNEN. Hatte sich die fundamentalistische Phase durch Strategielosigkeit gegenüber der SPD ausgezeichnet, so war der plötzliche »realpolitische« Umschwung vor allem von der Angst einer erneuten Wahlniederlage und dem Verlust der parlamentarischen Existenz getrieben. Er war nicht das Ergebnis einer strategischen Diskussion in der Partei – so wurde die Strategielosigkeit von vor den Wahlen fortgesetzt, jetzt nur mit umgekehrten Vorzeichen.

Thomas Ebermann warnte weitsichtig zu Beginn der Tolerierungsgespräche: »Machen wir uns nichts vor, die SPD ist in einer taktisch hervorragenden Lage. Sie kann – und ich vermute sie wird – in den Verhandlungen extrem wenig bieten, und sie kann darauf hoffen, ein denkbare Scheitern trotzdem als Beweis der ›Politikunfähigkeit‹ der Grünen zu verkaufen. In der Vergangenheit der törichten Fundamentalopposition liegt viel scheinbare Beweiskraft, und in Petersberg-Marbach gab sich diese Strömung ja auch alle Mühe, ihre feststehende Ablehnung jeder Tolerierung der SPD im Prinzipiellen und nicht in der Beurteilung konkreter Verhandlungsergebnisse anzusiedeln. Die SPD kann aber auch darauf hoffen, fast nichts anzubieten, und trotzdem auf grüne Stimmen für die Annahme des Ergebnisses hoffen. Blieben diese Grünen in der Minderheit, wären sie nur Kronzeugen Börners; stellten sie die Mehrheit, hätten wir den ersten Fall einer grünen FDP.«¹⁵⁰ Und so sollte es kommen ...

Im Januar 1984 wurde auf einer Landesversammlung eine Zwischenbilanz der rot-grünen Verhandlungen gezogen. Die Ergebnisse bestanden vor allem in der Umsetzung bereits existierender sozialdemokratischer Beschlusslagen – die zentralen grünen Anliegen wurden vor allem mit Prüfaufträgen erledigt. So konnten die GRÜNEN nicht die Stilllegung der ohne gültige Genehmigung betriebenen Plutoniumfabriken NUKEM/ALKEM erreichen, dafür aber sollte zu diesem Thema

¹⁴⁹ AG Hessischer Grüner, Zwischen opportunistischer Anpassung und »sektiererischer Kraftmeierei« – Die Probleme Grüner Politik (nicht nur) in Hessen, in: MOZ 1/2 84, S. 26.

¹⁵⁰ Thomas Ebermann, taz 19.11.83, zitiert nach: Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S.197.

eine Anhörung im hessischen Landtag stattfinden. Das Gefängnisneubauprogramm sah mit 53 Mio. DM ein höheres Finanzvolumen vor als alle von den GRÜNEN durchgesetzten Umweltschutzmaßnahmen. Mit 60:40 stimmte die Landesversammlung für eine Fortsetzung der Verhandlungen, die Kritiker*innen, die ein Nachverhandeln u.a. zum Thema Startbahn West, Verfassungsschutz, einem konkreten Konzept zum Ausstieg aus der Atomenergie und zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer forderten, unterlagen.¹⁵¹

Im Mai – nach einigen wenigen Nachbesserungen – beschlossen die hessischen GRÜNEN ein mehr als hundert Seiten starkes Tolerierungsabkommen und stimmten dem Haushalt der Landesregierung zu. Bald kam es aber zu den ersten ernsthaften Krisen um die Hanauer Atomfabriken NUKEM/ALKEM. Diese waren jahrelang ohne richtige Genehmigung nur auf der Grundlage einer »Übergangsregelung« in Betrieb. Die zwischen SPD und GRÜNEN vereinbarte atomrechtliche Anhörung wurde nach wenigen Stunden beendet und der SPD-Wirtschaftsminister Steger erklärte sie gegen den Widerstand der GRÜNEN für abgeschlossen. Wenig später kündigte er an, dass die erste Teilgenehmigung für NUKEM II noch 1984 erteilt werde.

Ende der Tolerierung und der Marsch in die Koalition

Die GRÜNEN erklärten daraufhin die Tolerierung wegen der Verarbeitung von atomwaffenfähigem Material für beendet. Die SPD-Regierung blieb jedoch weiter im Amt. Im März 1985 fanden Kommunalwahlen in Hessen statt, SPD und GRÜNE legten beide zu. Gleichzeitig fanden im Saarland Landtagswahlen statt. Dort scheiterten die GRÜNEN mit 2,5% der Stimmen. Sie hatten ein Angebot des saarländischen SPD-Kandidaten Lafontaine zu einer möglichen Koalitionsbildung nach den Wahlen abgelehnt, die SPD errang daraufhin aus der Opposition heraus die absolute Mehrheit. »Besiegen durch Koalitionsangebote« war von da an eine sozialdemokratische Variante des Umgangs mit den GRÜNEN.¹⁵² Im gleichen Zeitraum scheiterten auch die GRÜNEN bei den Landtagswahlen in NRW – die SPD lehnte dort jede Zusammenarbeit mit den GRÜNEN ab und errang auch die absolute Mehrheit.

¹⁵¹ Siehe AG Hessischer Grüner, a.a.O., S. 29.

¹⁵² Björn Johnsen, a.a.O., S. 791.

In dieser Situation machte Holger Börner den GRÜNEN ein Koalitionsangebot: Die GRÜNEN sollten das Umweltministerium erhalten, der Konflikt um die Atomfabriken sollte aus dem politischen in den juristischen Raum verlagert werden u.a. mit einer Verfassungsklage gegen das Atomgesetz und einer rechtlichen Überprüfung von Weisungen des Bundesinnenministeriums. Außerdem sollte das umstrittene Gefängnisneubauprogramm reduziert werden.¹⁵³ Dieses Angebot war jedoch zugleich mit einer Drohung versehen: »Bei Ablehnung eines Regierungseintritts wäre ein ›Vernichtungswahlkampf‹ à la Saarland und Nordrhein-Westfalen nicht auszuschließen gewesen.«¹⁵⁴ Vor diesem Hintergrund machte sich im hessischen Landesverband eine Stimmung breit, wonach es bei Strafe des Untergangs zum Eintritt in eine Regierungskoalition keine wirkliche Alternative gäbe. Im Oktober 1985 stimmte die Landesversammlung einer Koalitionsvereinbarung zu, mit der die GRÜNEN das Umweltministerium ohne die Zuständigkeit für die atomrechtliche Genehmigungen und eine Frauenstaatssekretärin erhielten.

Die Bilanz des ersten grünen Umweltminister Joschka Fischer fiel dürrtig aus. Statt des von den GRÜNEN geforderten Nationalparks Rothaargebirge wurden einige kleine Biotope unter Schutz gestellt. Ein geplantes »Chemie-Symposium« scheiterte am Widerstand der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, die ein Tribunal gegen die chemische Industrie befürchteten. Stattdessen verlängerte Fischer die bestehende Genehmigung für die Abwassereinleitung durch die Hoechst AG. Nach einem Gespräch mit Hoechst musste Fischer wie die Frankfurter Rundschau berichtete, da ohne Konzept für wirksamere Kontrollen »zähneknirschend die Verlängerung verfügen«.¹⁵⁵ Auch in der Abfallpolitik war keinerlei politischer Fortschritt zu verzeichnen. Bürgerinitiativen und GRÜNE leisteten Widerstand gegen Standorte für Sondermülldeponien, sodass der insbesondere von der Hoechst AG produzierte Giftmüll in die DDR-Deponie Schönberg nahe der deutsch-deutschen Grenze exportiert wurde und von dort das Lübecker Trinkwasser bedrohte: »Vom grünen Umweltministerium wollte man angesichts des politischen und gesellschaftlichen Widerstands bei nahezu allen Umweltprojekten (selbst dem Nationalpark!), an dem sich auch grüne Parteigliederungen beteiligten, einfach nur bis zum Ende der

¹⁵³ Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S. 209.

¹⁵⁴ Björn Johnsen, a.a.O., S. 792.

¹⁵⁵ Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S. 213.

Wahlperiode ›durchhalten‹.¹⁵⁶ Kurz: Das Problem der Müllentsorgung wurde mangels Lösungsvorschlags einfach ausgesessen.

Das Schicksal der Koalition sollte sich jedoch an der Atompolitik entscheiden. Zwischen SPD und GRÜNEN bestand eine Art »Stillhalteabkommen«. Grundlage war das Ergebnis einer paritätisch besetzten Expertenkommission, wonach der Bau der Atomfabrik ALKEM »zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genehmigungsfähig sei«. Weitere Kernkraftwerke wurden nicht gebaut, aber auch keines – wie von den GRÜNEN gefordert – abgeschaltet.

Mit der Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl 1986 spitzte sich aber die Auseinandersetzung um die Atomenergie zu. Die GRÜNEN beschlossen auf einer Landesversammlung die Forderung nach Stilllegung des Kraftwerks Biblis A und von NUKEM innerhalb von sechs Monaten, alle anderen Atomanlagen sollten in 18 Monaten abgeschaltet werden – sollte dies nicht geschehen, sei die Koalition beendet. Keine dieser ultimativen Forderungen wurde umgesetzt. Als im Februar 1987 die »Fundamentalisten« deshalb auf einer Landesversammlung das Koalitionsende forderten, erhielten sie nur ein Drittel der Mitgliederstimmen.

Zum Bruch der Koalition sollte es nach einer Provokation der SPD kommen: Der SPD-Wirtschaftsminister hatte Bundesumweltminister Wallmann den Vorschlag gemacht, eine modifizierte Genehmigung für ALKEM zu erteilen: Statt der geforderten Jahresmenge von sechs Tonnen Plutonium sollten nur 460 Kilogramm genehmigt werden. Damit war das »Stillhalteabkommen«, wonach ALKEM »zum gegenwärtigen Zeitpunkt« nicht genehmigungsfähig sei, aufgekündigt. Die GRÜNEN erklärten daraufhin, wenn die Genehmigung nicht zurückgezogen werde, habe die Regierung keine parlamentarische Mehrheit mehr. Daraufhin entließ Holger Börner Joschka Fischer, kurz danach erklärte er auch seinen Rücktritt als SPD-Landesvorsitzender. Die erste rot-grüne Koalition war damit beendet.

Bei den folgenden Wahlen stürzte die SPD von 46,2 auf 40,2% ab und verlor Stimmen an die CDU, die GRÜNEN und die Nicht-Wähler*innen. Die GRÜNEN verzeichneten deutliche Zugewinne mit 9,4%, CDU und FDP konnten jetzt mit einer Mehrheit von zwei Mandaten die Regierung stellen. Im Ergebnis führte das hessische rot-grüne Koalitionsexperiment zu einer Verschiebung der politischen Verhältnisse nach rechts. 1984 noch hatte Joschka Fischer befürchtet: »Meine größte Angst bei

¹⁵⁶ Björn Johnsen, a.a.O., S. 800.

diesem (hessischen) Weg besteht nicht im Identitätsverlust, sondern in der Tatsache, dass die Grünen objektiv mit der Sozialdemokratie unter Einigungsdruck geraten, obwohl die sozialen, ökonomischen und historischen Grundlagen nicht gegeben sind. Einem solchen Bündnis wäre das Schicksal der Labourparty unter Callaghan beschieden, d.h. sie wäre ein hilfloses Zwischenspiel vor einem deutschen Thatcherismus.«¹⁵⁷

Materiell hatte die Koalition im Wesentlichen sozialdemokratische Politik umgesetzt. Die GRÜNEN waren unter dem von Fischer einstmals befürchteten Einigungsdruck mit der Sozialdemokratie kontinuierlich von ihren ursprünglichen Forderungen abgerückt. Gleichzeitig war die Sozialdemokratie über das Agieren in der Koalition innerlich zerstritten, während die politische Rechte gegen das »rot-grüne Chaos« mobil machte. Das hessische Wahlergebnis mit den massiven Verlusten nach rechts (und zu den Grünen) zeige, dass es für eine rot-grüne Koalition keine gesellschaftliche Mehrheit gebe, resümierte damals das »Linke Forum« in den Grünen. »Die SPD will gar nicht für eine offensive Reformpolitik eintreten, weil das Für und Wider eines solchen Wegs mitten durch ihre Reihen geht, weshalb sie befürchten muss, im Falle eines Falles nach rechts zu verlieren, während es links nichts zu gewinnen gab, weil da die Grünen schon sind. So hatte sich die propagandistische Profilierung (>Gegengewicht gegen Bonn<) schnell im Dickicht der taktischen Winkelzüge und Bremsversuche gegenüber dem kleineren Regierungspartner verloren, während Rechts bei jedem noch so kleinen Reförmchen aufschrie, dass dies auf den Einfluss der Grünen zurückgehe. Indem stinknormale sozialdemokratische Regierungspolitik als gemeinsame rot-grüne Politik verkauft und gefeiert wurde, wurden so zusätzliche Blockaden gegen auch noch so bescheidene Reformen mobilisiert.«¹⁵⁸

Die hessische Erfahrung demonstrierte auch das Dilemma grüner Politik (und heute auch der LINKEN): Eine Mehrheit von über 70 bis 90% der Wähler*innen der GRÜNEN votierte in Meinungsumfragen für eine Kooperation und Regierungsbildung mit der SPD. Gleichzeitig verbanden sie damit den Wunsch, dass die inhaltlichen Anliegen der GRÜNEN umgesetzt werden: »Und so fordert die überwiegende Mehrheit der Grün-Wähler von ihrer Partei das Unmögliche: ihre sachlichen

¹⁵⁷ Zitiert nach: Werner Hülsberg, Die »Machtbeteiligung« baut die Partei statt die Industriegesellschaft um. Die Bilanz der hessischen Koalitionäre, in: Horizonte Nr. 2, Frühjahr 1987, S. 3.

¹⁵⁸ Langweilige Bekenntnisse... , S. 407.

Anliegen konsequent zu vertreten und dies zusammen mit der SPD zu tun. Entscheiden sich die Grünen für die konsequente Vertretung der inhaltlichen Anliegen, deretwegen sie gewählt wurden, so können sie dies nicht zusammen mit der bestehenden SPD tun. Entscheiden die Grünen sich für die Zusammenarbeit mit der SPD, so können die wesentlichen politischen Anliegen nicht inhaltliche Grundlage dieser Zusammenarbeit sein, weil die SPD diese Inhalte nicht akzeptiert«, resümierte die »AG hessischer Grüner«.¹⁵⁹

Die Politik der »Fundamentaloppositionellen« und der »Realos« setzt sich jeweils auf einer Seite dieses Widerspruchs fest. Während die fundamentalistische Strömung die inhaltliche Differenz zur Sozialdemokratie betont und auf der Verteidigung der grünen Positionen besteht, greifen die Realos den Wunsch nach der Durchsetzung grüner Inhalte gemeinsam mit der Sozialdemokratie auf, und suggerieren zugleich, dass dies mit einer Politik der Koalition möglich ist. Die ursprüngliche fundamentalistische Haltung der GRÜNEN bereitete den Boden für den Erfolg der Realos vor – mit ihrer ultimativen Haltung, die faktisch die Übernahme des Programms der GRÜNEN voraussetzte, stellte sie sich gegen den Wunsch der überwältigenden Mehrheit der grünen Wähler*innen, die eine rechte Regierung verhindern und eine gemeinsame Reformperspektive mit der SPD wollten: »Der Fundamentalismus vernichtet bei seinem Versuch, radikale Ziele nicht zu verwässern, mögliche Verbesserungen in der Wirklichkeit, negiert damit berechnigte Anliegen der grünen Basis und anderer fortschrittlicher Menschen.«¹⁶⁰ Die Folge war der massive Stimmenverlust bei den Wahlen.

Nach dem wahlpolitischen Scheitern der Fundamentaloppositionellen konnten sich die Realos mit ihrer auf Regierungsbeteiligung zielenden Politik als rettende Alternative anbieten. Joschka Fischer gab die Parole aus: »Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiss. Wer dies aufhalten will, der kann die Partei nur noch kaputtmachen, anders wird sich diese Grundströmung nicht mehr aufhalten lassen.«¹⁶¹ Noch 1982 hatte der Realo Hubert Kleinert angesichts der damaligen fundamentaloppositionellen Mehrheit im Landesverband argumentiert, dass »ein Verharren in abstrakter Verweigerungshaltung, die zwar gute Gründe für sich in Anspruch nehmen

¹⁵⁹ AG Hessischer Grüner, a.a.O., S. 27.

¹⁶⁰ Michael Stamm, Überlegungen zum Zustand und den Aufgaben der Grünen Partei, in: Textreader Ökosozialistische Positionen, Februar/März 1986.

¹⁶¹ Zitiert nach MOZ, 3/84, S. 14.

kann [...] ebenso wenig weiterweisend (ist) wie die überstürzte Bereitschaft mancher GRÜNER, sich schon jetzt als Koalitionspartner der Sozialdemokratie ›zu Billigpreisen‹ empfehlen zu wollen«. Als Alternative schlug er vor – vergleichbar mit der Tolerierungspolitik der Hamburger GAL –, »dass die GRÜNEN in den Gesprächen mit der SPD eine realistische Forderungsbasis vorgeben, durch die auch im Falle eines [...] Scheiterns solcher Gespräche der Nachweis geführt werden kann, dass es nicht die GRÜNEN sind, sondern der ›Betonkurs‹ der SPD, der dem Zustandekommen von Bündnissen im Wege steht«. ¹⁶²

Nach der Wahlniederlage von 1983 erklärte Fischer in einem Interview aber die neue »realpolitische« Ära: »Es ist ein neuer Schritt, den wir bei der hessischen Landesversammlung gemacht haben: ohne jede Vorbedingung zu versuchen, inhaltlich abzuklären, ob was geht und wenn ja, was geht.« ¹⁶³ Was es bedeutete, zuerst das »ob« einer Zusammenarbeit zu klären und dann das »was« – also die politischen Inhalte – lässt sich am Beispiel des Beschlusses der Marbacher Landesversammlung ablesen. Wurde dort »ein Energiekonzept, das eine dezentrale umweltverträgliche Energieversorgung verwirklicht und den Ausstieg aus der Atomenergie sofort einleitet«, für eine Zusammenarbeit für »unverzichtbar« erklärt, blieb davon am Ende der Verhandlungen nichts übrig. Statt eines Beginns des Atomausstiegs hieß es dann kleinlaut: »Dabei gehen SPD und GRÜNE übereinstimmend von folgendem Grundsatz aus: Die vorhandenen hessischen Atomkraftwerke müssen nach den atomrechtlichen Bestimmungen so betrieben werden, dass die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden sowie eine schadlose und sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle gewährleistet ist. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht der Fall ist, wird die Landesregierung alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zur Stilllegung der Anlagen ausschöpfen.« ¹⁶⁴

Aus dem »unverzichtbaren Beginn des Ausstiegs« wurde am Ende der Verhandlungen so ein Betrieb der Atomkraftwerke, so lange die atomrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden – exakt die damalige Position der Sozialdemokratie zur Atomkraft, die als rot-grüner Kompromiss und Erfolg verkauft wurde. So hieß es in der taz anlässlich dieses Verhandlungsergebnisses faktenwidrig: »Ministerpräsident Börner beharrte letztendlich nicht, wie erwartet, auf der Atomenergie.

¹⁶² Hubert Kleinert, a.a.O., S. 22.

¹⁶³ Spiegel, Nr. 42, 17.10.83, zitiert nach MOZ, 3/84, S. 15.

¹⁶⁴ Zitiert nach MOZ, 1/2 84, S. 32.

Aber auch die Grünen setzten sich nicht durch damit, dass das Atomkraftwerk Biblis auf der Stelle abgeschaltet wird. Die Verhandlungskommission beschloss, dass die dezentrale Energieversorgung in Hessen angestrebt wird. Der Ausstieg aus der Atomenergie läuft dazu parallel.«¹⁶⁵

Die Politik der Einigung mit der Sozialdemokratie um jeden Preis führte dazu, dass schlechte Verhandlungsergebnisse nicht als solche benannt, sondern legitimatorisch zu grünen Erfolgen umgedeutet wurden. So beschrieb Thomas Ebermann das Dilemma der Realos zutreffend: »Sie sind klassisch unfrei und an den guten Willen der SPD gekettet, also an eine Strömung in der SPD, die die Grünen vielleicht gerne als gezähmten Juniorpartner sähe – und sie sind verloren, wenn die Phase der Zähmung der Grünen durch einen Bruch von sozialdemokratischer Seite ersetzt wird. Denn bis dahin hat man den Menschen soviel über Gesetzeshemmnisse erklärt, die Veränderungen im Weg stehen, über Sozialdemokraten, die auch nicht können, wie sie wollen, und vor allem über das Thema, dass es nur lohnt, eine Kraft zu wählen, wenn sie Regierungsverantwortung trägt, dass man für einen oppositionellen Kurs sich selbst verschlissen hat.«¹⁶⁶

Das Ende der Hamburger Tolerierungspolitik

Die Hamburger Tolerierungslinie schien zunächst eine Alternative zum fatalen Gegensatz von fundamentaloppositioneller Verweigerung jeglicher Kooperation mit der Sozialdemokratie und der »realpolitischen« Linie der Unterordnung unter das mit der SPD »Machbare« zu bieten. Angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der realen sozialdemokratischen Politik lehnten sie eine Einbindung der GRÜNEN in eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten ab. Durch die Formulierungen von Tolerierungsbedingungen, die eine andere Entwicklungsrichtung der Politik einleiten würden, sollte einerseits die Bereitschaft zur Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung signalisiert werden, und gleichzeitig die politische Auseinandersetzung auf das Terrain der politischen Inhalte verlagert werden. »Der Kern einer so verstandenen Tolerierungspolitik besteht im Angebot an die SPD, eine sozialdemokratische Regierung zu wählen, wenn bestimmte einschneidende Veränderungen in sozialer, ökologischer und friedenspo-

¹⁶⁵ taz, 18.2.84, zitiert nach MOZ 3/84, S. 14.

¹⁶⁶ Zitiert nach Dräger/Hülsberg, a.a.O., S. 217.

litischer Hinsicht von ihr vollzogen werden. Das ist ein großer Unterschied zu einer Koalition, in der ein Gesamtkonzept von Staatspolitik gemeinsam getragen werden müsste,« schrieben Thomas Ebermann und Rainer Trampert 1984.¹⁶⁷

Bald sollte jedoch auch dieses Konzept an seine Grenzen stoßen. Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1986 verlor die bis dahin alleinregierende SPD 9,6% der Stimmen, die GAL konnte mit 10,4% und einem Zuwachs von 3,6% einen großen Erfolg feiern. Die GAL-Mitgliederversammlung beschloss in Auswertung des Wahlergebnisses, dieses hätte »den Beweis erbracht, dass auch mit einer radikalen unangepassten Oppositionspolitik Wahlen gewonnen werden können.«¹⁶⁸

Ein halbes Jahr später sollten sich die Dinge gänzlich anders darstellen. Gestärkt durch das Wahlergebnis beschloss die GAL wieder einen zwölf Punkte umfassenden Tolerierungskatalog, vergleichbar mit den Bedingungen aus dem Jahr 1982. Gefordert wurde u.a. der sofortige Ausstieg aus der Atompolitik, eine Ablehnung von Hafenerweiterungen und die Elbsanierung, aktives und passives Wahlrecht für Migrant*innen, Nulltarif für Erwerbslose in allen öffentlichen Einrichtungen, 100 Mio. DM für Alternativbetriebe und 20 Mio. DM für Frauenprojekte. Im Beschluss über die Tolerierungsforderungen hieß es zudem: »Wir werden dabei von der Substanz nicht abrücken und stehen für Tauschgeschäfte nicht zur Verfügung.«¹⁶⁹

Ernsthafte Tolerierungsverhandlungen fanden von beiden Seiten nicht statt: »Man versicherte sich gegenseitig, dass man nicht gewillt sei, auch nur einen Millimeter von seiner Position zu weichen.«¹⁷⁰ Wie schon 1982 kam es zu Neuwahlen und im Ergebnis verlor die GAL mit -3,4% massiv an Stimmen und sackte auf 7% ab. Hatte die GAL bei den vorangegangenen Wahlen vor allem bei enttäuschten und frustrierten ehemaligen SPD-Wähler*innen ihren Zugewinn verbuchen können, hatte sie diese bei den Neuwahlen wieder verloren.

1982/83 wurde das Scheitern der Tolerierungsverhandlungen vor allem der unbeweglichen Haltung der SPD angelastet, jetzt aber galt die GAL als Verweigerer mit ihrer ultimativen Haltung. Die GAL machte jetzt die gleiche Erfahrung wie die hessischen GRÜNEN nach ihrer »fun-

¹⁶⁷ Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1984, S. 277.

¹⁶⁸ Joachim Raschke, a.a.O., S. 306.

¹⁶⁹ Die Substanz der GAL, taz 30.4.1987.

¹⁷⁰ Joachim Raschke, a.a.O., S. 306.

damentaloppositionellen Phase« – die Wähler*innen, die auf ein eher unkompliziertes Arrangement mit der Sozialdemokratie hofften, wandten sich wieder von den GRÜNEN ab. Das »Linke Forum« in den GRÜNEN resümierte: »Es brauchte nicht viel politischen Sachverstand, um zu erkennen, dass die als Ultimatum präsentierten harten Tolerierungsbedingungen von der SPD niemals akzeptiert werden würden, weil sie die Umwandlung der SPD in eine große grüne Partei erfordert hätten. [...] Die harte Tolerierungslinie stellte so das von SPD und Grünen umkämpfte WählerInnenpotential vor die Alternative: eine CDU-Regierung mit einer starken GAL als Opposition oder eine Regierung des ›kleineren Übels‹ SPD mit dem von ihr gewünschten Koalitionspartner plus einer GAL-Opposition. Durch die Negation des kleinen Unterschieds zwischen Rot und Schwarz hat die GAL-Mehrheit ihren Teil dazu beigetragen, dass er von der SPD zu einem ganz großen aufgeblasen werden konnte und hat der SPD damit die Flucht in die ohnehin anvisierte sozialliberale Koalition erleichtert.«¹⁷¹

Stützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und wechselnde Mehrheiten als Ausweg aus dem grünen Dilemma?

Angesichts dieser Probleme der bisherigen Tolerierungspolitik schlugen Vertreter*innen des linken Flügels eine Neuformulierung der bisherigen Taktik gegenüber der Sozialdemokratie vor. Wenn eine numerische Mehrheit von SPD und GRÜNEN besteht, so argumentierte Michael Stamm, »erweist sich jede Strömung als fundamentalistisch, die das Erfüllen der grünen Forderungen als Voraussetzung eines Regierungswechsels behandelt. Sie würde nicht nur die objektiv geringere Gefährlichkeit der SPD-Position im Vergleich zur Wendekoalition abstrakt negieren, sondern sogar die gefährlichere Position an der Regierung belassen, damit aber ihre ›gesinnungsethische‹ Reinheit nur durch Erhaltung der schlechteren Wirklichkeit bewahren.«¹⁷² Am Beispiel der NATO-Nachrüstung legte er dar, da die SPD ihre praktische Haltung zu einem Raketenabzug vom Einverständnis der NATO-Partner abhängig

¹⁷¹ Linkes Forum in den Grünen, Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme, in: spw 43, 1988, S. 407.

¹⁷² Michael Stamm, Grüne Opposition sollte SPD-Regierung wählen, taz 22.6.1985, dokumentiert in: Klaus Dräger/Werner Hülsberg, a.a.O., S. 308.

machen wird, würden Tolerierungsverhandlungen die Haltung der SPD nicht verändern. Die Grünen könnten aber eine Abwahl der Kohlregierung auf keinen Fall verweigern, »weshalb sie es sein werden, die in den Tolerierungsverhandlungen ihre Position ändern werden«. Genau dieser Mechanismus hatte sich beim »Kompromiss« der hessischen GRÜNEN zum Ausstieg aus der Atomenergie gezeigt, als statt des sofortigen Ausstiegs der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke an die Einhaltung der atomrechtlichen Anforderungen gebunden wurde, der dann als Schritt in die richtige Richtung verkauft wurde.

»Wenn es wirklich um die offene Schlacht um die Führung des Reformlagers gehen soll, wenn die SPD wirklich ständig parlamentarisch berannt werden soll, dann muss aus der beschriebenen Zwickmühle ausgebrochen werden«, forderte Stamm und schlug vor, für eine »bedingungslose Beendigung der Wende-Regierung durch die Wahl eines SPD-Kanzlers einzutreten und für zwei Jahre ohne jede Verhandlung die Bedingung ihres Regierens durch Zustimmung zu ihrem Haushalt zu ermöglichen«. ¹⁷³ Damit habe die SPD keine Möglichkeit, »bei den interessierten Teilen der Bevölkerung durch die Zurückweisung ›erpresserischer‹ Forderungen der Grünen, durch die Angst vor mangelnder Stabilität, durch Unsicherheit über das Gelingen der Ablösung der Wende-Regierung etc. zu überlagern und damit zu unterdrücken. Die von ihr mit allen Mitteln an der Frage des Regierungswechsels inszenierte Polarisierung ›Rot‹ gegen ›Schwarz‹ verfehlt die beabsichtigte integrierende und disziplinierende Wirkung.« ¹⁷⁴

Auch Jürgen Trittin argumentierte 1988 in diese Richtung. Eine Regierungsbeteiligung wäre nur möglich, »wenn es für die Gesamtheit der grünen Programmatik ein sehr viel höheres Maß an Zustimmung gäbe und in einer Situation gesellschaftlicher Mobilisierung, die über die Artikulation punktueller Anliegen hinausgeht«. Fehlen diese Voraussetzungen, »führt die Regierungsbeteiligung dazu, selbst die Verringerung bestehender Verschlechterungen als großartige politische Verbesserungen hochzulügen«. Aber auch eine Politik der »Knackpunkt-tolerierung« biete keine wirkliche Alternative, da sie den kleinen Unterschied zwischen SPD und CDU unterschlage, »anhand derer sich eine Polarisierung im Bewusstsein der Gesellschaft aufbauen lässt. Eine solche Politik verhält sich ignorant zu der viele WählerInnen real bewegenden Frage, *wer regiert*, was wahlpolitisch auf die Dauer tödlich ist und so

¹⁷³ Ebd., S. 309.

¹⁷⁴ Ebd., S. 310.

ideologisch den Vorschub für die Anpassung an das Bestehende liefert.« Stattdessen müssten – so Trittin – die Grünen »ein originäres Interesse daran haben, dass *die SPD ohne eigene parlamentarische Mehrheit regiert*«. ¹⁷⁵ Er schlug deshalb vor: »Die Grünen werden, wo immer sich die Gelegenheit bietet, sozialdemokratische Regierungen ohne Vorbedingungen wählen.« Damit werde man »der Motivlage jener großen Zahl rot-grüner Wechselwähler gerecht, die die SPD als SPD regieren sehen wollen und aus Erfahrung wissen, dass dafür die Drohung mit dem grünen Knüppel nur nützlich sein kann«. ¹⁷⁶

Mit einer solchen Politik hätten die Grünen ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gegenüber der Sozialdemokratie wahren, und weiter für ihre eigenen weiter gehenden Ziele eintreten und mobilisieren können. Mit einer Politik der wechselnden Mehrheiten hätten einerseits Schritte realer Verbesserungen unterstützt, und andererseits die Sozialdemokraten gezwungen werden können, sich bei anderen Fragen Mehrheiten bei Union und FDP zu suchen. In einer Koalition dagegen waren die Grünen »unter den jetzigen Verhältnissen gezwungen, die *gleiche* sozialdemokratische Politik grün umzudefinieren«. ¹⁷⁷

¹⁷⁵ Jürgen Trittin, Fundamentales, reales Abseits. Garanten schwarzer Mehrheiten oder der Sanierung der SPD?, in: Erwin Jurtschitsch/Alexander Rudnik/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Grüne Perspektiven. Grünes & alternatives Jahrbuch 1988, Köln 1988, S. 219f.

¹⁷⁶ Ebd., S. 220f. Methodisch entsprach dieser Vorschlag Lenins Empfehlung an die britischen Kommunisten, einen Sieg der Labour Party zu ermöglichen: Es stimme, dass die Führer der Labour Party »einmal zur Macht gelangt, sich unweigerlich ebenso verhalten werden, wie die Scheidemänner und Noske. Das alles stimmt, aber daraus folgt keineswegs, dass eine Unterstützung dieser Leute Verrat an der Revolution ist, vielmehr folgt daraus, dass die Revolutionäre der Arbeiterklasse im Interesse der Revolution diesen Herrschaften eine gewisse parlamentarische Unterstützung gewähren müssen ... Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, dass ich dazu auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen, so wird man mich gewiss anhören.« Und man werde »nicht nur der Arbeiterpartei helfen, schneller ihre Regierung zu bilden, sondern auch den Massen schneller unsere ganze propagandistische Propaganda zu begreifen, die wir gegen die Henderson ohne jede Einschränkung und ohne etwas zu verschweigen treiben werden«. (W.I. Lenin, LW 31, S. 67 und S. 75)

¹⁷⁷ Ebd., S. 221.

Von der »Jahrhundertchance« zum Regieren als Selbstzweck

Die GRÜNEN setzten diesen Vorschlag nie in praktische Politik um. Der verbalradikale Glaube, über die Formulierung harter Bedingungen könne man mehr herausholen, endete regelmäßig angesichts des Einigungsdrucks mit der Sozialdemokratie in der Einbindung der Grünen mit Kompromissen, die mit der Grundlinie sozialdemokratischer Politik vereinbar war. Die Politik der »Realos«, das Eingehen von Koalitionen für alternativlos zu erklären, setzte sich endgültig mit dem Eintritt der als links geltenden Alternativen Liste Berlin in die rot-grüne Koalition 1989 durch. Es ist ausgerechnet der Parteilinke Christian Ströbele, der den Erfolg der Koalitionspolitiker besiegelte. Man habe die Option – formulierte er in einer rhetorisch brillanten (um nicht zu sagen: demagogischen) Rede auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Duisburg –, nach harter Kritik an der sozialdemokratischen Haltung in den Koalitionsverhandlungen der SPD zu sagen: »Irgendwo ist Schluss, dann gehen wir in die Opposition.« Dann folge jedoch das »Aber« auf den Fuß: »Wie erkläre ich das dem Flüchtling, der wartet, in einer Gewaltaktion in den Libanon oder nach Bangladesch abgeschoben zu werden, und der hofft, dass dies mit einem rot-grünen Senat nicht passiert? Oder wie erklären wir den 60.000 Wohnungssuchenden, dass nicht wie vereinbart 6.000 neue Wohnungen gebaut werden? Wie sollen wir den Leuten, die uns gewählt haben, erklären, dass es in Berlin keinen Autobahnbaustopp gibt, dass es keine Umweltkarte für den öffentlichen Nahverkehr gibt? Wie den Frauen, dass es keine Antidiskriminierungsstelle gibt?«¹⁷⁸

Die Koalition – so Ströbele – sei eine »Jahrhundertchance«. Der Parteitag jubelte ihm begeistert zu, Kritiker*innen der Koalitionsvereinbarung hatten keine Chance mehr. Der Jubel sollte jedoch bald dem Katzenjammer weichen. Zerrissen zwischen dem Wunsch der Basis nach mehr Radikalität und den Koalitionswängen schlitterte die rot-grüne Koalition von einer Krise in die nächste. Die Stimmen, die parteiintern ein Ende der Koalition forderten, nahmen zu. Auf einer Mitgliederversammlung jedoch entschied sich eine Mehrheit für eine bedingungslose Fortsetzung der Koalition: »Die rot-grüne Koalition wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufgekündigt. Die MVV sieht trotz der großen politischen Probleme und Fehler [...], sowie der arroganten Haltung

¹⁷⁸ Zitiert nach: Stefan Reinecke, Ströbele. Die Biografie, Berlin 2015, Kap. »1989/1990: Der Aufstieg vor dem Fall«.

der SPD gegenüber der AL, keine politische Alternative zum vorhandenen Bündnis.«¹⁷⁹

Hatte Christian Ströbele in seiner Parteitage Rede noch den Koalitionseintritt mit inhaltlichen Anliegen verbunden, war der Erhalt der Koalition jetzt zum inhaltlosen Selbstzweck geworden. Einige Monate später zerbrach die Koalition nach einer Provokation der SPD, als sie in der Mainzer Straße in Ost-Berlin in einem bürgerkriegsähnlichen Einsatz einen ganzen Straßenzug besetzter Häuser räumen ließ. Hatte es bis 1989 in den GRÜNEN eine intensive und kontroverse, auch intellektuell oft anspruchsvolle Debatte über Strategie und Taktik gegenüber der Sozialdemokratie und das Für und Wider von Regierungsbeteiligungen und Tolerierungsmodellen gegeben, war diese Debatte nun beendet. Die »Realos« waren jetzt der Mainstream der Partei.

¹⁷⁹ Zitiert nach Gudrun Heinrich, Rot-grün in Berlin 1989-1990, in: Joachim Raschke, a.a.O., S. 814.

**»Sachzwang Weltmarkt«
und Linksregierungen
Frankreich, Griechenland, Portugal**

Das Scheitern des französischen sozialistischen Experiments (1981-1983)

*»Der kapitalistische Staat wird durch eine allgemeine negative Begrenzung seiner Interventionen konstituiert, d.h. durch eine spezifische Nicht-Intervention in den ›harten Kern‹ der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.«
(Nicos Poulantzas)*

*»Der kapitalistische Staat ist im Wesentlichen Steuerstaat. Die finanziellen Mittel, über die er verfügt, stammen aus dem kapitalistischen Produktionsprozess. Gerät dieser in die Krise, folgt die ›Finanzkrise‹ des Staates auf dem Fuß und beschneidet seine Handlungsmöglichkeiten.«
(Joachim Hirsch)*

Als 1981 die französische Sozialistische Partei die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und mit François Mitterrand ein Sozialist die Staatspräsidentschaft errang, löste dies eine Welle der Hoffnung und Begeisterung aus. 100.000 Menschen versammelten sich spontan auf dem Place de la Bastille in Paris und feierten den Wahlsieg.

Die Sozialistische Partei war mit einem Programm radikaler Veränderung angetreten. 1973 hatte Mitterrand in der Einleitung zum damaligen Regierungsprogramm der Sozialisten »Changer la vie« geschrieben: »Die PS [...] greift das wirtschaftliche und politische System an, auf dem eine ungerechte und verfallende Gesellschaft aufgebaut ist. Und sie schlägt vor, dieses System zu wechseln [...] Die Revolution von 1789 hat die politische Demokratie in Frankreich gegründet. Der Sozialismus [...] wird die Grundlagen der wirtschaftlichen Demokratie schaffen. Die wirtschaftliche Demokratie wird errichtet sein, wenn die Reichtümer denjenigen, die sie schaffen, gehören werden, [...] wenn die Bedarfsdeckung aller, vor dem Profit einiger den Vorrang hat.« Und weiter: »Die Wirtschaft beherrschen heißt zugleich den heute dem Produktionsapparat unterworfenen Arbeiter zu befreien und die Gesetze der Wirtschaft meistern.«¹⁸⁰

¹⁸⁰ Parti Socialiste, Changer la vie. Programmes du gouvernement du Parti Socialiste, Paris 1971, zitiert nach Alphonse Losser, Frankreichs Wirtschaftspo-

Im Januar 1981 hatte die Sozialistische Partei »110 Propositions pour la France« (110 Vorschläge für Frankreich) als Wahlprogramm angenommen. Diese sahen unter anderem ein großes öffentliches Investitionsprogramm für den Bau von Sozialwohnungen und gemeinschaftlichen Einrichtungen vor. Der öffentliche Sektor sollte durch Verstaatlichungen im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, von Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen und von Banken und Versicherungen massiv ausgeweitet werden. Im öffentlichen Dienst sollten über 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Programm sah eine Erweiterung der Arbeitnehmerrechte vor und die wöchentliche Arbeitszeit sollte schrittweise auf 35 Stunden reduziert werden. Der Mindestlohn sollte erhöht und das Renteneinstiegalter für Männer auf 60 Jahre und für Frauen auf 55 Jahre abgesenkt werden. Damit ging die Sozialistische Partei mit ihren Regierungszielen deutlich über die damals übliche Politik europäischer sozialdemokratischer Parteien hinaus.

Die neue Regierung – in der erstmals seit 1947 auch Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) vertreten waren – begann zügig mit der Umsetzung ihres Programms. Ihr wichtigstes Ziel war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine nachfrageorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Ausweitung des öffentlichen Sektors. In einem ersten Schritt schuf die Regierung 100.000 neue Stellen. Der Mindestlohn (SMIC) für 1,7 Mio. Beschäftigte wurde bis zum Jahr 1983 in mehrere Schritten um 15% erhöht, die Renten um 20%, das Kindergeld um 25% und das Wohngeld um 50% angehoben. Die Arbeitszeit wurde spürbar reduziert: Als erster Schritt zu einer 35-Stunden-Woche wurde 1982 eine Kürzung auf 39 Wochenstunden beschlossen. Zudem wurde eine fünfte Urlaubswoche eingeführt und im gleichen Jahr das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre abgesenkt.

Die Regierung beschloss ein Beschäftigungsprogramm, das besondere Anreize insbesondere zur Einstellung von arbeitslosen Jugendlichen und anderer »Problemgruppen« des Arbeitsmarktes beinhaltete. So wurde z.B. der Sozialbeitrag bei der Einstellung von Jugendlichen unter 20 Jahre vollständig vom Staat übernommen. Für den Fall, dass ein Unternehmen die reguläre Arbeitszeit von 39 Stunden um zwei bis drei Stunden senkte, zahlte der Staat für jede damit verbundene Neueinstellung im ersten Jahr 75% und für das zweite Jahr 25% der Sozialbeiträge. Zur Gegenfinanzierung diente die Einführung einer Ver-

litik seit dem 10. Mai 1981, in: *Wirtschaft und Gesellschaft. Wirtschaftspolitische Zeitschrift der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien*, 3/83, S. 345.

mögenssteuer und eine höhere Besteuerung von Unternehmen und hohen Einkommen.

Neben der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage setzte die Regierung als zweite Säule auf die Verstaatlichung von Unternehmen. Im Februar 1982 wurden Nationalisierungsgesetze erlassen, mit denen insgesamt zwölf große Industriekonzerne, 39 Banken mit Gesellschaftssitz in Frankreich und zwei Finanzgesellschaften verstaatlicht wurden. Damit war die wirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen Sektors massiv gestiegen. Die öffentliche Hand kontrollierte jetzt 90,1% der Kundeneinlagen bei den Banken und 84,7% aller an die Wirtschaft ausgezahlten Kredite. Der Anteil der Bruttonanlageinvestitionen der öffentlichen Unternehmen betrug jetzt über 33% aller Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft).¹⁸¹ Der Anteil des Staatssektors an den Exporten stieg von 11 auf 23%. In der Flugzeug-, Stahl- und Rüstungsindustrie betrug der Anteil staatlicher Unternehmen an der Produktion über 75%, in der Grundstoffchemie, in der Elektronik- und der Automobilindustrie lag der Anteil zwischen 40 und 54%.¹⁸² Damit hatte der französische Staat eine Kontrolle über Banken und produzierende Unternehmen erreicht, die deutlich über das im kapitalistischen Europa übliche Maß hinausging.

Mit den Verstaatlichungen sollte eine industriepolitische Strategie verfolgt werden. Über den öffentlichen Einfluss sollten die Investitionen erhöht werden. Bereits in der Vergangenheit war der öffentliche Sektor eine wichtige Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung und technologischer Innovationen. So hatten die staatlichen Unternehmen in den Jahren 1974-80 ihr Investitionsvolumen um 91% gesteigert, während die privaten Investitionen stagnierten.¹⁸³ Anders als in der Vergangenheit sollte sich Industriepolitik nicht mehr auf einige wenige weltmarktorientierte Großkonzerne fokussieren, sondern Wertschöpfungsketten in der Breite fördern und entwickeln. Ein »integrierter, breit differenzierter und kohärenter Produktionsapparat nach dem Vorbild der BRD und Japans zur Rückeroberung des Binnenmarktes« sollte aufgebaut werden. Diesem Ziel diene auch die Verstaatlichung des Bankensek-

¹⁸¹ Alphonse Lossier, a.a.O., S. 355.

¹⁸² Henrik Uterwede, Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich 1981-1985: Modernisierung der Volkswirtschaft und des Sozialismus? in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge, Vol. 34, No. 1, März 1987, S. 57.

¹⁸³ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '83. Qualitatives Wachstum Arbeitszeitverkürzung Vergesellschaftung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983, S. 233.

tors und die damit verbundenen Möglichkeiten einer staatlich kontrollierten Kreditpolitik.¹⁸⁴

Der »Keynesianismus in einem Land« stößt an seine Grenzen

Die Hoffnung, mit einer expansiven Wirtschaftspolitik die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken, sollte sich nicht realisieren. Die Reformpolitik der Regierung fand in einem schwierigen rezessiven weltwirtschaftlichen Umfeld statt und die Strukturschwäche der französischen Wirtschaft verhinderte eine rasche wirtschaftliche Erholung. Zwar stieg das Wachstum des Bruttosozialprodukts von 0,2% in 1981 auf 2% im Jahr 1982. Auch war es gelungen – anders als in den meisten anderen Industrieländern – das Wachstum der Arbeitslosigkeit zu stoppen, der private Sektor stagnierte jedoch. Neue Arbeitsplätze waren vor allem im öffentlichen Sektor entstanden.

Angesichts der Schwächen der französischen Produktionsstruktur und der Investitionsschwäche des privaten Sektors konnte der Binnenmarkt die gestiegene Nachfrage nicht befriedigen. In der Folge stiegen die Importe stark an. Der Anteil der Importe an langlebigen Konsumgütern stieg von 44% im Jahr 1980 auf 50% (1981) und 52% (1982). Auch der Importanteil für Maschinen und Ausrüstungen stieg – wenn auch nicht so rasch wie bei den langlebigen Konsumgütern. Von der gewachsenen Binnennachfrage profitierte damit vor allem die ausländische Konkurrenz. Die Folge war ein steigendes Defizit in der Außenhandelsbilanz. Diese war schon durch die Verteuerung der Erdöleinfuhren im Gefolge des Ölpreisschocks von 1973 defizitär, jetzt kam aber noch der Anstieg des Defizits insbesondere im Handel mit der Bundesrepublik und Japan dazu.

Frankreichs Wirtschaftspolitik war mit einem wirtschaftspolitischen Umfeld konfrontiert, »in dem die wichtigsten Konkurrenzländer Frankreichs auf eine Stärkung der internationalen Wettbewerbspolitik mittels eines Lohn- und Sozial- und Spardumpings setzen [...]. Der expandierende französische Markt bildet unter diesen Umständen eine Oase in der Wüste stagnierender Märkte, auf den sich die Exportanstrengun-

¹⁸⁴ Vgl. Etienne Schneider, Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro, Hamburg 2017, S. 161.

gen der Konkurrenz konzentrieren.«¹⁸⁵ Betrug das Leistungsbilanzdefizit 1980 noch 4,2 Mrd. US-Dollar, stieg es 1982 auf 12,1 Mrd. US-Dollar.¹⁸⁶ Negativ auf die Handelsbilanz wirkte sich auch die Beschleunigung der Inflation in Frankreich gegenüber den anderen Ländern aus. Die Folge war eine steigende Verschuldung gegenüber dem Ausland.

Verschärfend wirkte auch die zunehmende Kapitalflucht ins Ausland. Schon in den Monaten vor dem Regierungswechsel hatte ein hoher Abfluss von Kapital ins Ausland begonnen. Betrogen die Nettokapitalexporte 1980 4,536 Mrd. Franc, stiegen diese im Jahr 1981 auf 11,388 Mrd. Franc. Trotz der Einführung von Devisenkontrollen fand das Kapital Wege, diese zu umgehen. So wurden überhöhte interne Verrechnungspreise zwischen Konzernunternehmen genutzt, z.B. um Kapital an Tochterunternehmen im Ausland fließen zu lassen. So wurde bekannt, dass Chemieunternehmen Penicillin zum Preis von 661 Franc je Kilo importierten, während sie Penicillin für 103 Franc exportierten.¹⁸⁷

Die französische Lohnentwicklung und Inflationsrate klafften infolge der expansiven Wirtschafts- und Finanzpolitik gegenüber westlichen Industriestaaten, die eine restriktive Haushalts- und stabilitätsorientierte Währungspolitik verfolgten, immer weiter auseinander. Während in Staaten wie der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA eine Hochzinspolitik betrieben wurde, stieg die Inflation in Frankreich. Mit 13,2% war die Preissteigerungsrate in Frankreich im Jahr 1981 mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland mit 6,0%.¹⁸⁸

Das Europäische Währungssystem und das Ende der Reformpolitik

Die wirtschaftspolitische Strategie der sozialistischen Regierung sah sich mit wachsenden Problemen konfrontiert: Das wachsende Handels- und Leistungsbilanzdefizit führte zu steigender Auslandsverschuldung, die hohe Inflationsrate führte zum Abfluss von Kapital in Währungen mit höheren Leitzinsen und der Franc geriet zunehmend unter Abwertungsdruck. Die französische Zentralbank versuchte den Kurs

¹⁸⁵ Arbeitskreis Alternative Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 236f.

¹⁸⁶ Gerhard Leithäuser, Möglichkeiten und Grenzen linksorientierter Wirtschaftspolitik in Frankreich, in: Leviathan 14(2), 1986, S. 233-254, hier S. 238.

¹⁸⁷ Arbeitskreis Alternative Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 239.

¹⁸⁸ Uterwedde, a.a.O., S. 63.

des Franc zu stützen, während die Spekulation auf eine Abwertung des Franc zunahm. Durch die Versuche der Stützung des Francs wurden Frankreichs Devisenreserven immer mehr aufgebraucht – so verlor die Banque de France Ende September 1981 eine Mrd. US-Dollar Devisenreserven pro Tag.¹⁸⁹

Die Regierung sah sich daher zu einer Abwertung des Franc gezwungen. In Verhandlungen im Rahmen des Europäischen Währungssystems erreichte sie eine Abwertung des Franc um 3% und eine Aufwertung der D-Mark um 5,5%. Diese Anpassung um insgesamt 8,5% blieb jedoch deutlich hinter den 12 bis 15% zurück, die die französische Regierung für notwendig hielt, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes sicherzustellen. Die anderen Mitglieder des EWS verlangten gleichzeitig eine wirtschaftspolitische Korrektur und eine Anpassung an ihren restriktiven Kurs. So verlangte die deutsche Seite eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 15 Mrd. Franc – eine Forderung, die jedoch noch abgewehrt werden konnte.¹⁹⁰

Mit der Kurskorrektur konnte jedoch angesichts des rezessiven weltwirtschaftlichen Umfelds und der amerikanischen Hochzinspolitik keine nachhaltige Entspannung erreicht werden. Die hoch bewertete US-amerikanische Währung verteuerte die Importe, die in Dollar bezahlt werden mussten. Das Handelsbilanzdefizit blieb deshalb hoch. Kapitalflucht und wieder zunehmender Spekulationsdruck auf den Franc zwangen zu einer erneuten Währungsanpassung. Der Franc wurde im Juni 1982 um 5,75% ab-, die D-Mark und der Gulden um 4,25% aufgewertet. Im Vorfeld gab es geheime Verhandlungen zwischen einer deutschen Delegation und dem französischen Finanzministerium über ein Stabilisierungsprogramm, um den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zu begegnen.

Es kam zu einem Aussetzen der Reformpolitik. Preise und Gehälter wurden bis Oktober 1982 eingefroren, die Unternehmenssteuer wurde um 10% gesenkt und das jährliche Haushaltsdefizit auf 3% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Auch die Kreditvergabe der Banken wurde gedeckelt.

Auch diesen Maßnahmen war kein durchschlagender Erfolg beschieden, die Handelsbilanz verschlechterte sich weiter und die spekulativen Angriffe auf den Franc liefen weiter. Zwischen Februar 1981 und März 1983 verlor die französische Zentralbank die Hälfte ihrer Devisenre-

¹⁸⁹ Etienne Schneider, a.a.O., S. 169.

¹⁹⁰ Ebd., S. 170f.

serven, die Verschuldung Frankreichs beim Ausland stieg 1983 von 4% im Jahr 1981 auf 12% des Bruttoinlandsprodukts.¹⁹¹ Vor diesem Hintergrund kam es zu einer erneuten Anpassung der Wechselkurse – die D-Mark wurde mit 5,5% deutlich aufgewertet, während der Franc verhältnismäßig geringfügig um 2,5% abgewertet wurde.

Diese moderate Abwertung des Franc hatte jedoch einen hohen Preis: Diesmal verlangten die anderen Länder im Europäischen Währungssystem – an der Spitze Deutschland – eine wirtschaftspolitische Umorientierung, um eine höhere Wechselkursstabilität zu gewährleisten. Es kam sogar zu einem »klandestinen Besuch« des deutschen Finanzministers in Paris, um die Bedingungen zu verhandeln.¹⁹² Verlangt wurden Kürzungen im Haushalt um 20 Mrd. Franc und eine Erhöhung der Sozialbeiträge der Lohnabhängigen. Die französische Regierung vollzog eine scharfe Kehrtwende: Die Lohnentwicklung sollte nicht mehr an den bis dahin üblichen Lohnleitklauseln, mit denen die Löhne an die Entwicklung der Preise angeglichen wurden, ausgerichtet werden. Stattdessen wurden die nominalen Lohnzuwächse auf 8% begrenzt. Angesichts der hohen Inflationsrate bedeutete dies einen Reallohnabbau. Untere und mittlere Einkommen wurden stärker besteuert. Die Finanzmärkte wurden liberalisiert, der Benzinmarkt dereguliert und Preiskontrollen schrittweise abgebaut.¹⁹³

Auch die zweite Säule des sozialistischen Reformprojekts kam unter Druck. Die verstaatlichten Industrieunternehmen sollten ja eine Schlüsselrolle in der industriepolitischen Neuorientierung und der Entwicklung einer nationalen, breit gefächerte Wertschöpfungsketten umfassenden Produktionsstruktur einnehmen, Investitionen und technologische Innovationen forcieren. Die Verstaatlichungen waren jedoch mit erheblichen Kosten für Entschädigungszahlungen verbunden: »Die Nationalisierungen erhöhten die Staatsschuld um insgesamt 39 Mrd. Francs; die auf 15 Jahre verteilten Entschädigungsleistungen an die früheren Anteilseigner betragen allein zwischen 1982 und 1985 die Summe von 25 Mrd. Francs an Zinsen und Tilgungen. Darüber hinaus musste der Staat seine Rolle als Aktionär wahrnehmen und seinen Unternehmen neues Eigenkapital zuführen. Insgesamt 42 Mrd. Francs (1981-84), davon zwei Drittel im Industriesektor, gab die Regierung dafür aus. Drittens erhöhten sich die notwendigen laufenden Subventionen des De-

¹⁹¹ Ebd., S. 173f.

¹⁹² Ebd., S. 175.

¹⁹³ Uterwedde, a.a.O., S. 66.

fizits einiger Unternehmen. Dies betraf nicht nur die traditionell mit Verlust arbeitenden öffentlichen Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen (Bahn, Post usw.), sondern auch die neu nationalisierten Industrieunternehmen im Konkurrenzsektor.«¹⁹⁴ Das ursprüngliche Ziel der Regierung bestand auch in der Erhaltung traditioneller Industriezweige, sie sollten nicht den Wettbewerbszwängen des Weltmarktes geopfert werden. Die Folge war jedoch ein erheblicher Subventionsbedarf insbesondere für die Werften-, Kohle- und Stahl- und Automobilindustrie.

Angesichts der angespannten, defizitären Haushaltslage erfolgte auch hier eine Kehrtwendung. Die Bindung der verstaatlichten Unternehmen an Entwicklungs- und Investitionsvorgaben wurde schon 1983 aufgegeben und die weitgehende Autonomie der Unternehmensleitungen hergestellt. Anfang 1984 wurde mit einem »Aktionsprogramm für Beschäftigung und industriellen Wandel« ein harter Sanierungskurs beschlossen, der auf »eine Gesundschumpfungstherapie mit zahlreichen Arbeitsplatzverlusten« hinauslief.¹⁹⁵ Mit dieser industriepolitischen Wende zu einer offensiven Politik der Modernisierung und »Strukturanpassungen« war die traditionelle Industriearbeiterschaft und damit die soziale Basis der Kommunistischen Partei Frankreichs betroffen. Es kam zu Kämpfen und Auseinandersetzungen in den betroffenen Regionen und Branchen. In der Folge verließ die KPF die Regierung.

Nach etwas mehr als zwei Jahren nach Regierungsantritt vollzog die Linksregierung eine schroffe Kehrtwendung. Die linkskeynesianische, auf Stärkung der Binnennachfrage und Staatsinterventionismus setzende Strategie wurde durch eine Politik der »Strenge« (»rigueur«), der währungs- und finanzpolitischen Stabilisierung durch Austerität ersetzt und begab sich in den von Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA angeführten neoliberalen Geleitzug. Der »Sachzwang Weltmarkt« hatte sich durchgesetzt und die Regierung, die ihre außenwirtschaftliche und währungspolitische Flanke nicht hatte schützen können, zur Kapitulation veranlasst.

Die Frage stellt sich, ob und wenn ja, welche Alternativen es zur gescheiterten Politik des »Keynesianismus in einem Land« gegeben hätte. Das grundlegende Problem lag in der Stellung Frankreichs in der internationalen Arbeitsteilung und in der Schwäche der französischen Produktionsstruktur. Die Wirtschaftspolitik der konservativen

¹⁹⁴ Ebd., S. 67f.

¹⁹⁵ Ebd., S. 69.

Vorgängerregierungen hatte vor allem auf eine selektive Förderung einiger weltmarktfähiger Großprojekte, Hochtechnologieprojekte und Rüstungsexporte gesetzt. Die Folge war die Vernachlässigung anderer Industriebranchen und klein- und mittelständischer Betriebe und eine wachsende Kluft zwischen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der industriepolitisch bevorzugten Unternehmen und den anderen Branchen. Insbesondere der Maschinenbau, die elektrotechnische und die elektronische Industrie waren ins Hintertreffen geraten.¹⁹⁶ Diese »durchlöchernte« Produktionsstruktur bedingte eine hohe Abhängigkeit von Importen bei langlebigen Konsumgütern und Produktionsmitteln insbesondere aus Japan, Deutschland und den USA. Die Regierung unterschätzte diese Schwachstelle ihrer Strategie und damit die »entscheidende restriktive Ausgangs- und Rahmenbedingung für die Politik der Linksregierung«.¹⁹⁷

Der linke Flügel der PS um den Industrieminister Chevènement und dem CERES¹⁹⁸ sah das Problem und schlug eine Strategie vor, um in mittlerer Frist eine kohärente Produktionsstruktur zu entwickeln und die Importabhängigkeit der Ökonomie zu reduzieren. Da eine derartige Strukturveränderung aber Zeit braucht und nicht unmittelbar wirkt, wären umfangreiche flankierende Maßnahmen wie Importbeschränkungen, Zölle und andere protektionistische Maßnahmen wie auch eine vorübergehende Subventionierung auf den internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen notwendig gewesen.

Protektionistische Maßnahmen sind jedoch immer mit dem Risiko verbunden, dass Handelspartner Gegenmaßnahmen ergreifen und mit Sanktionen reagieren. Um der Kapitalflucht zu begegnen, wären nicht nur umfassende Kapitalverkehrskontrollen notwendig, denn »solange die Unternehmensleitungen, insbesondere das Finanzmanagement, unkontrolliert Transaktionen und Manipulationen vornehmen können, solange wird eine Kapitalflucht via sogenannter Verrechnungspreise etc. nicht verhindert werden können«.¹⁹⁹ Durch die Etablierung umfassender Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in Unter-

¹⁹⁶ Etienne Schneider, a.a.O., S. 152.

¹⁹⁷ Uterwedde, zitiert nach: Etienne Schneider, a.a.O., S. 179.

¹⁹⁸ Im CERES (Centre d'Études, de Recherches et d'Éducation Socialistes) organisierte sich der linke Flügel der sozialistischen Partei (siehe hierzu auch Michel Charzat/Ghislaine Toutain/Jean-Pierre Chevènement, CERES – Strategie für den Sozialismus, Reihe Positionen der Sozialisten 1, Hamburg/Westberlin 1977).

¹⁹⁹ Arbeitskreis alternative Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 242.

nehmen hätte eine wirksame Barriere gegen den Abfluss von Kapital errichtet werden können. Das ursprüngliche, im Programm der PS angestrebte Konzept der »autogestion«, der Arbeiterselbstverwaltung, wurde nie auch nur in Ansätzen umgesetzt.

Die Einbindung Frankreichs in das Europäische Währungssystem war zwar nicht die Ursache für die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, verschärfte aber die Probleme. Die Überbewertung des Franc schwächte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs und vergrößerte damit das Handelsdefizit. Die Notwendigkeit, den Kurs des Francs zu stützen, erforderte eminent hohe Devisenreserven und die eigentlichen Ziele der Wirtschaftspolitik konterkarierende hohe Leitzinsen. Vor diesem Hintergrund sprach sich vor allem der linke Flügel um das CERES, aber auch andere Vertreter der Regierung für einen Austritt aus dem EWS aus, auch Mitterrand erwog einen solchen Schritt. Ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten des Schatzamtes kam zu dem Ergebnis, dass infolge eines Austritts aus dem EWS der Franc um mehr als 20% abgewertet würde, damit wären die in Fremdwährung valutierenden Auslandsschulden massiv verteuert worden. Auch sei eine weitere Erhöhung des Leitzinses auf bis zu über 20% nötig, was eine expansive Wirtschaftspolitik konterkariert hätte. Angesichts dieses Gutachtens entschied sich Mitterrand und die Regierung gegen einen Austritt aus dem EWS.²⁰⁰

Es kann dahin gestellt bleiben, ob die drastischen Zahlen dieses Gutachtens interessengeleitet sind oder nicht, denn auf jeden Fall wäre ein Ausstieg aus dem EWS mit erheblichen Risiken verbunden gewesen. So hätten sich bei einer weiteren Abwertung des Franc die Importe massiv verteuert und der Wert der Auslandsverschuldung sich massiv erhöht. Da das grundlegende Problem die Schwäche des französischen Produktionssystems war, die durch das Währungssystem nur verschärft wurde, kommt Schneider zu dem Schluss, dass die Fortsetzung der Reformpolitik »in Verbindung mit einem Austritt aus dem EWS und selektiv-protektionistischen Maßnahmen [...] insofern eine langfristig angelegte Rekonstruktion des französischen Produktionssystems notwendig gemacht (hätte) [...] Um die Entstehung von Engpässen zu vermeiden, wäre auf kurze und mittlere Sicht gleichzeitig [...] die Drosselung der expansiven Wirtschaftspolitik notwendig gewesen. Einzelne expansive, nachfrageorientierte Impulse hätten allerdings weiterhin gezielt

²⁰⁰ Etienne Schneider, a.a.O., S. 183f.

auf jene Bereiche gelenkt werden können, die geringe Importabhängigkeiten aufwiesen.«²⁰¹

Eine solche Strategie hätte m.E. aber auch ohne Austritt aus dem EWS erfolgen können. Fraglich ist allerdings, ob eine solche langfristig angelegte Politik politisch gestützt worden wäre. Leithäuser weist jedoch darauf hin, dass die Linke mehr politische Akzeptanz und Unterstützung hätte gewinnen können, wenn sie das Projekt der »autogestion« nicht mit dem »Mantel des Vergessens« zugedeckt und Themen wie mehr soziale Gerechtigkeit, gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung, Demokratisierung der französischen Gesellschaft zum Thema einer Massenmobilisierung gemacht hätte.²⁰²

²⁰¹ Ebd., S. 190f.

²⁰² Gerhard Leithäuser, a.a.O. S. 252.

Zerbrochene Hoffnung: Syriza und der gescheiterte Kampf gegen die Austerität

*»In Zukunft werden wir die Trommel schlagen –
und die (Märkte) werden danach tanzen.«
(Alexis Tsipras)*

*»Isch over!«
(Wolfgang Schäuble)*

Als im Januar 2015 die griechische Linkspartei Syriza die Regierung übernahm, war dies mit vergleichbar großen Hoffnungen und einer Euphorie verbunden, wie 1981 der sozialistische Wahlsieg in Frankreich. Die französische Linkregierung war mit ihrer linkskeynesianischen Politik an der Internationalisierung der Kapitalverhältnisse und dem Druck des europäischen Währungssystems gescheitert. Syriza jedoch trat in die Regierung unter noch vielfach schwereren Bedingungen ein. Seit 2010 stand das Land unter dem Diktat der »Troika« aus Europäischer Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission, die Griechenland eine brutale Austeritätspolitik verordnet hatte. Syrizas erklärtes Ziel war es, diese Politik mit ihren verheerenden wirtschaftlichen und humanitären Folgen zu beenden. Kurz vor den Wahlen hatte der künftige Ministerpräsident Alexis Tsipras angekündigt: »Da glauben einige, die Märkte schlagen die Trommel und wir müssen nach ihrem Willen tanzen. In Zukunft werden wir die Trommel schlagen und (die Märkte) werden danach tanzen.«²⁰³ Doch etwas mehr als ein halbes Jahr später werden Tsipras und seine Regierung vor »den Märkten« kapitulieren müssen und der deutsche Finanzminister Schäuble schlug die Trommel.

In den Jahren 1995 bis 2008 wies Griechenland ein jährlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union liegendes Wachstum auf, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stieg in diesem Zeitraum kontinuierlich und die Schere zum EU-Durchschnitt schloss sich immer mehr.

²⁰³ Zitiert nach Niels Kadritzke, Bruchlandung in der Realität – Hat die Regierung Tsipras noch eine Zukunft, Le Monde diplomatique, Griechenland-Blog, 14.6.2016.

Auch war ein deutlicher Anstieg der Profitabilität zu verzeichnen.²⁰⁴ Die griechische Wirtschaft profitierte dabei von der Mitgliedschaft in der Eurozone und dem damit verbundenen niedrigen Zinsniveau. Betrug der Zins für Staatsanleihen unmittelbar vor dem Beitritt zum Euro noch 11,9%, sank er danach auf 4,2%.²⁰⁵ Die griechische Elite war jedoch vor allem an kurzfristigen Profiten interessiert – die Investitionen konzentrierten sich deshalb vor allem auf den Bau- und Immobiliensektor und den Transport, in Großprojekte wie die Olympischen Spiele 2004, weniger in Maschinenbau und kaum in Forschung und Entwicklung.²⁰⁶

Dieser Zeitraum hohen wirtschaftlichen Wachstums war jedoch mit einem Wachstum des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts verbunden. Griechenland verzeichnete – wie auch andere südeuropäische Staaten wie Spanien und Portugal – wachsende Leistungsbilanzdefizite, während Länder wie Deutschland und die Niederlande wachsende Leistungsbilanzüberschüsse verzeichneten. Die restriktive Lohnpolitik Deutschlands hatte zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition und einer »internen Abwertung« innerhalb der Währungsunion sowie damit zu einem deutlich günstigeren Wechselkurs für die deutsche Exportindustrie als zu D-Mark-Zeiten geführt.

Deutschlands Exportindustrie generierte so einen hohen Handelsbilanzüberschuss mit den despektierlich PIGS genannten »Defizitländern« Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Der Anteil dieser Staaten an Deutschlands gesamtem Handelsbilanzüberschuss betrug im Jahr 2007 27,5%.²⁰⁷ Die Handelsbilanzdefizite Griechenlands und der anderen Defizitländer mussten finanziert werden und dies geschah im großen Umfang und durch die Banken aus dem Norden wie u.a. Deutschland.

Griechenlands Staatsschulden wuchsen bereits vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Betrug der Anteil der Staatsverschuldung 2005 noch 100% des Bruttoinlandsprodukts, stieg dieser Anteil 2008 bereits auf 113%, um bis zum Jahr 2010 auf 145% zu klettern. Griechenland war damit das schwächste Glied in der Kette der Euroländer. Als der neugewählte griechische Staatspräsident Papandreou (PASOK) 2009 neue Zahlen über

²⁰⁴ Christos Laskos/Euklid Tsakalotos, *Crucible of Resistance. Greece, the Eurozone and the World Economic Crisis*, London 2013, S. 33 und 36.

²⁰⁵ Falk Illing, *Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise*, Wiesbaden 2017, S. 54.

²⁰⁶ Vgl. Christos Laskos/Euklid Tsakalotos, a.a.O., S. 39.

²⁰⁷ Ebd., S. 83.

das Haushaltsdefizit veröffentlichte und dieses von 3,7 auf 12,7% des Bruttoinlandsprodukts gestiegen war, geriet Griechenland in das Visier der Ratingagenturen.

Standard and Poor's, Moodys und Fitch stuften die Kreditwürdigkeit Griechenlands immer weiter herab, im Gegenzug stiegen die Zinsen für griechische Staatsanleihen sprunghaft an. 2007 lag die Rendite auf griechische Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit noch bei ca. 4% und damit nur leicht über dem Zinssatz für entsprechende deutsche Anleihen. 2010 musste Griechenland schon astronomische 12% für Staatsanleihen bezahlen, 2011 sogar mehr als 16%.

Da auch im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Wirtschaftsleistung einbrach, war eine Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht mehr gegeben. Das Land konnte sich an den Kapitalmärkten nicht mehr refinanzieren, der Staatsbankrott drohte. Die Regierung Papandreou musste ein Hilfesuch an die EU richten.

Das »erste Hilfsprogramm«

Im Mai 2010 kam es zum ersten »Hilfsprogramm«. Es umfasste einen Kredit in Höhe von insgesamt 110 Mrd. Euro, 80 Mrd. Euro von den Ländern der Eurozone und 30 Mrd. Euro stellte der IWF zur Verfügung. Dieser Kredit wurde an Bedingungen geknüpft, die als »Memorandum of understanding« festgehalten wurden.

2011 sollte ein zweites Memorandum mit einem neuen Hilfskredit über 172 Mrd. Euro folgen. Um die Erfüllung dieser Bedingungen zu überwachen, wurde die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegende »Troika« aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geschaffen.

Die griechische Regierung musste sich zu einer Vielzahl von Maßnahmen und einer rigiden Austeritätspolitik verpflichten. Dazu gehörten u.a. einschneidende Kürzungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und massiver Personalabbau, Privatisierungen, Erhöhung von Verbrauchssteuern, eine Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Aushöhlung der Tarifautonomie mit Abschaffung der Flächentarifverträge zugunsten von Haustarifverträgen. Die Renten wurden gekürzt, die Gesundheitsausgaben reduziert, die Fahrpreise bei Eisenbahnen und städtischem öffentlichen Verkehr um ein Viertel erhöht, die Strompreise wurden mehrfach erhöht, der verminderte Mehrwertsteuersatz

auf den Inseln abgeschafft und besonders absurd: die Schließung von 200 Steuerämtern.²⁰⁸

Die wirtschaftlichen Folgen dieses Austeritätskurses waren – nicht verwunderlich – verheerend. Die Kürzungspolitik führte zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zu einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Über 200.000 mittelständische Unternehmen mussten schließen. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2010 um 5,4%, 2011 brach es um weitere 8,9% ein. Die Zahl der Arbeitslosen explodierte von 12,7% im Jahr 2011 auf 27,5% im Jahr 2013. Über 3,9 Mio. Menschen waren nach Angaben des griechischen Statistikamtes unmittelbar von Armut bedroht.²⁰⁹

Im Memorandum war noch als Ziel eine Reduzierung der Staatsschuld auf 120% des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen. Stattdessen aber führte der Einbruch der Wirtschaftsleistung als Folge der Kürzungspolitik und die zusätzlichen Hilfskredite zu einem Anwachsen der Schuldenquote auf 180,2% im Jahr 2014. Gerettet wurden durch die Troika nicht die griechische Wirtschaft und die Bevölkerung – profitiert hatten von den Rettungspaketen vor allem die Banken. So kommt eine Studie von Attac Wien zu dem Ergebnis, dass 77% der Hilfgelder zurück an den Finanzsektor flossen – insbesondere an deutsche und französische Banken, die ca. 100 Mrd. Euro an griechischen Krediten hielten. Die britische Zeitung »Guardian« geht sogar davon aus, dass 90% der Mittel aus den Rettungspaketen nicht in den griechischen Haushalt, sondern direkt oder indirekt zurück an Finanzinstitute flossen.²¹⁰ »Dieser sogenannte ›Hilfsplan‹ für Griechenland war in Wirklichkeit ein Hilfsplan für deutsche, französische und einige andere Banken in der Eurozone, und um die griechischen Privatbanken zu retten. Letztere sollten rekaptalisiert werden, um die Kredite und Zinsen gegenüber den oben genannten Banken zurückzahlen zu können«, resümierte Eric Toussaint, wissenschaftlicher Koordinator der Wahrheitskommission zur Untersuchung der griechischen Schulden.²¹¹

²⁰⁸ Siehe hierzu u.a. Giorgos Chondros, *Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas*, Frankfurt a.M. 2015, S. 55f. und Nikos Chila/Winfried Wolf, *Die griechische Tragödie. Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf*, Wien 2018, S. 82ff.

²⁰⁹ Giorgos Chondros, a.a.O., S. 70f.

²¹⁰ Giorgos Chondros, a.a.O., S. 102ff. und Nikos Chila/Winfried Wolf, a.a.O., S. 91.

²¹¹ Zitiert nach: Nikos Chila/Winfried Wolf, a.a.O., S. 91.

Der Aufstieg der Syriza und die Orientierung auf die Regierungsübernahme

Vor dem Hintergrund dieser tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise und der damit verbundenen humanitären Katastrophe vollzog sich der Aufstieg von Syriza. Syriza konstituierte sich 2004 zunächst als Wahlbündnis verschiedener linker Gruppen eurokommunistischer, ökosozialistischer, trotzkistischer und maoistischer Provenienz. In den Wahlen 2009 erhielt Syriza 316.000 Stimmen (4,6%), aber schon im Jahr 2012 hatte sich ihre Wähler*innenschaft mit 1,7 Mio. Stimmen (26,8%) vervielfacht. Syriza war damit zur stärksten Oppositionspartei aufgestiegen.

Die politische Landschaft war in zwei Lager gespalten – die Parteien, die die Politik der Memoranden unterstützten und die Anti-Memorandums-Parteien. Syriza führte das Anti-Memorandumslager an und konnte vor allem von der Enttäuschung ehemaliger Wähler*innen der sozialdemokratischen PASOK profitieren. Syriza gelang es, sich mit den außerparlamentarischen Protestbewegungen und vielfältigen Verbindungen zu Initiativen und Aktivist*innen aufzubauen. Sie war die einzige Partei, die die Protestbewegung zur Besetzung der öffentlichen Plätze im Mai und Juni 2011 aktiv unterstützte, ohne den Versuch, sie parteipolitisch zu vereinnahmen. Anders als bei der sektiererischen Kommunistischen Partei (KKE) ermöglichte es der innere Pluralismus und eine undogmatische Parteikultur Syriza neue Gruppen und Aktivist*innen zu integrieren.

Der gigantische Stimmenzuwachs für die Partei resultierte jedoch nicht nur aus der Enttäuschung über die PASOK und die Opposition gegen die Memorandumspolitik. Entscheidend war, dass Syriza einen alternativen Weg aus der Krise und den Anspruch auf die Übernahme der Regierung formulierte: »Der zentrale Slogan der Partei, »Wir wollen nicht, dass du uns aus Protest wählst, sondern damit wir regieren«, erwies sich als außerordentlich erfolgreich. Tsipras [...] stellte die Spielregeln auf den Kopf, überraschte nicht nur die Eliten der alten Parteien, sondern auch seine eigene Wählerschaft und seine eigenen Kader. Mit seinem »verrückten« Ansatz gelang es dem Syriza-Chef, einen höchst gewagten Schlag gegen die graue, selbstgefällige Mittelmäßigkeit seiner Genossen zu führen und vor allem eine Massenbewegung von Menschen zu entfachen, die der Partei beitraten. Was im Untergrund auf informelle Art und Weise geköchelt hatte, verwandelte sich nun in eine mächtige politische und elektorale Dynamik. Das war der Moment, in

dem die neue Syriza – die Syriza, die die Mehrheit anstrebte – geboren wurde.«²¹² Bei den Wahlen am 25. Januar erreichte die Partei 36,34% der Stimmen, wurde stärkste Partei und übernahm die Regierung.

Ein Wahlergebnis von etwas über 36% bei einer Wahlbeteiligung von 63% bedeutete jedoch noch keine gesellschaftliche Mehrheit. Ein relevanter Teil der Syriza-Wählerschaft kam aus der politischen Mitte. 12% waren frühere Wähler*innen der konservativen Nea Dimokratia (ND), zwei Drittel der früheren PASOK-Wählerschaft waren zu Syriza übergegangen. Tsipras und seine Genossen – so Niels Kadritzke – hatten keine »Illusion darüber [...] wofür die Mehrheit ihrer Wähler gestimmt hat und wofür nicht: nicht für die linkssozialistische Bewegung, die Syriza noch vor fünf Jahren war, sondern für eine Partei, die versprochen hat, mit den Gläubigern und Partnern Griechenlands eine neue, bessere Schuldenregelung auszuhandeln.«²¹³

Die Orientierung auf die Regierungsübernahme hatte einerseits eine neue Dynamik ausgelöst, gleichzeitig orientierte Syriza darauf, eine Allianz der von der Memorandumspolitik Betroffenen hinter sich zu scharren. Seit Anfang 2013 formulierte sie deshalb moderatere politische Ziele: Die Forderung nach der einseitigen Aufkündigung der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und Einstellungen aller Zahlungen wurde zugunsten des Ziels einer Neuverhandlung, eines »ehrentvollen Kompromisses« aufgegeben. Wichtig für den Wahlerfolg war auch die klar formulierte Absicht Syrizas, Griechenland in der Eurozone zu halten, denn die überwältigende Mehrheit der Griech*innen wollte den Euro behalten.²¹⁴ Syrizas klare, linke pro-europäische Haltung »war der Schlüssel zum Wahlerfolg der Partei. Das lag daran, dass sie die Mehrheit der Wähler nicht verprellte, die auf die EU wütend waren wegen

²¹² Gerassimos Moschonas: Syrizas tremendous path to power, veröffentlicht in *Le Monde*, 30.1.2015, englische Fassung in versobooks.com/blogs/1834-gerassimos-moschonas-syrizas-s-tremendous-path-to-power, eigene Übersetzung.

²¹³ Niels Kadritzke, Griechenland auf dem Boden der Tatsache, *Le Monde diplomatique*, 12.2.2015.

²¹⁴ So zitiert Kadritzke eine Meinungsumfrage des TV-Senders Mega vom Januar 2015, wonach 80% der Befragten in der Eurozone verbleiben wollten, »was immer es erfordert«. (Niels Kadritzke, Griechenland auf dem Boden der Tatsachen, a.a.O.). Innerhalb Syrizas gab es eine ca. 30% starke Minderheit, die einen Austritt aus der Eurozone favorisierte, es gelang jedoch im Vorfeld der Wahlen, in dieser Frage ein »Stillhalteabkommen« zu vereinbaren.

ihrer Behandlung Griechenlands, die aber die Teilnahme Griechenlands in den EU-Institutionen nicht gefährden wollten«. ²¹⁵

Die Orientierung auf die Übernahme der Regierung »war nicht mit den früheren Positionen der Annullierung der Memoranden vereinbar, die zu der enormen humanitären Krise in Griechenland geführt hatten. Daher wurde ein neues Narrativ propagiert, das eine ›Verhandlung‹ für einen neuen Deal betonte [...]. Diese Änderung wurde tatsächlich seit 2012 unterstützt. Daher, und ohne frühere Analysen der Krise zu leugnen, änderte SYRIZA ihre Strategie. Die Partei beschloss, eine Reihe von politischen Vorschlägen zu erarbeiten, die einen technokratischeren und verantwortungsvolleren Hintergrund widerspiegeln; und sie beschloss auch, die ›Verhandlung‹ für einen neuen Deal zu priorisieren, anstatt sich mit der neoliberalen europäischen und nationalen politischen Elite anzulegen. So resultierte die Entradikalisierung der Parteispitze aus der Erkenntnis, dass die traditionellen Taktiken der Opposition die europäischen Strukturen und die Bürokratie nicht erfolgreich bekämpfen konnten«. ²¹⁶ Diese Haltung der Partei entsprach durchaus einer Stimmung der Wähler*innen. Vorwahl-Umfragen zeigten eine realistische Erwartungshaltung in der Bevölkerung. Ca. 70% der Befragten rechneten nicht mit einem vollständigen Verhandlungserfolg, auch die Mehrheit der Syriza-Wähler*innen hatte eine ähnlich realistische Einschätzung. ²¹⁷

Syriza an der Regierung und die »Interimsvereinbarung«

Als die Regierung Syriza ihr Amt antrat, konnte der Staatshaushalt die laufenden Ausgaben mit den Einnahmen bestreiten, erzielte sogar einen Überschuss – allerdings ohne Berücksichtigung der Kreditkosten. Syriza setzte daher ursprünglich auf eine Umstrukturierung der Schulden, um nicht neue Kredite beantragen zu müssen, um die alten Kredite bedienen zu können und die Spirale der Verschuldung nicht immer weiter zu drehen. Das hätte jedoch verlangt, dass die Gläubiger mitspielen. Allein an die EZB musste Griechenland im Juli und August 2015 6,7 Mrd. Euro zurückzahlen, an den IWF standen Zahlungen in Höhe von 9,1

²¹⁵ Yiannos Katsourides, *Radical Left Parties in Government. The Cases of Syriza and AKEL*, Basingstoke 2016, S. 133.

²¹⁶ Ebd., S. 130.

²¹⁷ Niels Kadritzke, *Griechenland auf dem Boden...*, a.a.O.

Mrd. Euro und 800 Mio. Euro an die Europäische Investitionsbank aus. Berücksichtigt man alle Verpflichtungen einschließlich der Zinszahlungen gegenüber öffentlichen und privaten Gläubigern zusammen, belief sich der Finanzbedarf im Jahr 2015 allein hierfür auf 21,3 Mrd. Euro.

Aber statt der erhofften Verhandlungen über eine Umstrukturierung der Schulden zogen die Institutionen die Zügel an. Das – wie Finanzminister Yannis Varoufakis es später nannte – »finanzielle Waterboarding« begann. Seit August 2014 war keine Auszahlung der »Hilfsgelder« mehr erfolgt, weil die Vorgängerregierung mit der Umsetzung der von der Troika geforderten Maßnahmen im Rückstand war. Im Februar zog die EZB die Schrauben weiter an, indem sie keine griechischen Staatsanleihen mehr als Kreditsicherheit akzeptierte, solange die griechische Regierung keine Vereinbarung mit den Gläubigern abgeschlossen habe. Als Notanker erlaubte sie der griechischen Zentralbank auf eigenes Risiko griechische Staatsanleihen für sogenannte ELA-Kredite (Emergency Liquidity Assistance) zu akzeptieren. Es galt also rasch zu handeln.

Die Syriza-Regierung hatte deshalb beim Treffen der Eurogruppe am 12. Februar ein »Brückenprogramm« gefordert, das den Zeitraum bis zu einer neuen grundlegenden Vereinbarung mit den Kreditgebern überbrücken sollte. Dieses sollte keine Bedingungen oder Überprüfungen beinhalten, »sondern nur öffentlicher Ausdruck des Willens aller Seiten sein, die Verhandlungen ohne Druck, Drohungen und ohne jegliches einseitige Handeln fortzusetzen«.²¹⁸ EU, EZB und IWF bestanden darauf, dass es sich nur um eine sechsmonatige »technische Fortsetzung« des bestehenden Programms handeln konnte, während gleichzeitig der Druck auf Griechenland erhöht wurde. Bundesfinanzminister Schäuble nahm eine harte Haltung ein. Es gehe darum, dass Griechenland »auf dem Weg, der in den letzten Jahren beschritten wurde«, bleibt.²¹⁹ Am Ende stand eine viermonatige Verlängerung der bisherigen Hauptvereinbarung mit den drei »Institutionen«. Dies bedeutete eine Fortsetzung der im alten Memorandum vereinbarten Finanzierung und eine Kontrolle von Maßnahmen durch die »Troika« (die jetzt mit dem weniger verfänglichen Begriff »Institutionen« bezeichnet wurde). Einbehaltene Zinsgewinne der EZB auf griechische Staatsanleihen sollten – allerdings abhängig von einer positiven Bewertung der griechischen Finanzpolitik durch die »Institutionen« – an Griechenland ausgezahlt werden.

²¹⁸ Spiros Laptasioras/Jannis Milios/Dimitris P. Sotiropoulos, Erster Schritt auf rutschigem Boden, in: nd Dossier, Griechischer Frühling, März 2015, S. 45.

²¹⁹ nd Dossier, Griechischer Frühling, a.a.O., S. 10.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer bestand darin, dass die Vereinbarung die Möglichkeit einer Verhandlung über eine Reduzierung des geforderten Primärüberschusses offenließ: »Die Institutionen werden in Bezug auf das Ziel des Primärüberschusses von 2015 die finanzielle Lage im Jahr 2015 berücksichtigen«, hieß es in der Erklärung der Eurogruppe vom 20. Februar 2015.²²⁰ Gleichzeitig wurde die griechische Regierung aufgefordert, den »Institutionen« eine umfassende Liste der von ihr angestrebten Reformmaßnahmen für eine Überarbeitung der bisherigen Vereinbarung vorzulegen. Aber auch diese neuen, über die bisherige Memorandumspolitik hinausgehenden Vorschläge standen unter dem Zustimmungsvorbehalt der »Institutionen«: »Die Institutionen werden dann eine erste Einschätzung abgeben, ob diese Liste umfassend genug ist, um als tragfähiger Ausgangspunkt für einen erfolgreichen Abschluss dienen zu können.«²²¹ In der Zukunft sollte sich jedoch als zentral erweisen, dass die griechische Regierung die Zusage geben musste, dass »sie ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber all ihren Gläubigern vollständig und fristgerecht erfüllen wird.«²²²

Yanis Varoufakis, der frisch ins Amt gekommene griechische Finanzminister, erklärte angesichts dieser Vereinbarung, Griechenland lasse damit »das Memorandum hinter sich«, auch Alexis Tsipras meinte, es sei gelungen »die Sparpolitik hinter sich zu lassen«. Aber er fügte dieser euphemistischen Wertung noch hinzu: »Wir haben eine Schlacht gewonnen, aber nicht den Krieg.«²²³ Realistischer war allerdings die Bewertung dieses Ergebnisses von Spiros Laptasioras u.a.: »Es liegt also auf der Hand. Dieses Abkommen mag einen Waffenstillstand darstellen, es bedeutet allerdings kein ›Unentschieden‹. Das Abkommen ist ein erster Schritt auf einem rutschigen Boden. Zwar wird mehr Zeit für die nächsten Schritte eingeräumt. Das in dem Abkommen skizzierte Umfeld für die Verhandlungen jedoch engt den Entscheidungsspielraum für die Regierung stark ein und ist weit entfernt von den Minimal-Anforderungen, die die Regierung bis zum 12. Februar formuliert hatte.«²²⁴

²²⁰ Erklärung der Eurogruppe zu Griechenland, in: nd Dossier, Griechischer Frühling, a.a.O., S. 32.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd.

²²³ nd-Dossier, Griechischer Frühling, a.a.O., S. 11.

²²⁴ Spiros Laptasioras/Jannis Milios/Dimitris P. Sotiropoulos, a.a.O., S. 46.

Verhandlungen und wachsender Druck der »Troika«

Jetzt begann ein langer Verhandlungsmarathon unter dem permanenten Druck der »Institutionen«, da die Finanzierung bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung noch immer von der Zulassung der ELA-Kredite abhängig war. Nahezu wöchentlich bestimmte die EZB das zulässige Volumen der ELA-Kredite. Die EZB hatte damit ein starkes Druckmittel in der Hand, denn sie konnte Griechenland jederzeit von dieser Finanzierungsquelle abschneiden und den Staatsbankrott provozieren. Angesichts dieser Unsicherheit hatte sich die Kapitalflucht beschleunigt. Allein von Dezember 2014 bis April 2015 belief sie sich auf 29,4 Mrd. Euro. Betrugen die Einlagen in den griechischen Banken 2009 noch 232,8 Mrd. Euro, hatten sie sich im April 2015 auf 128 Mrd. Euro nahezu halbiert. Die Banken konnten der Realwirtschaft kaum noch Kredite zur Verfügung stellen.

Ende März stand Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit, da weitere Kreditraten fällig waren. Das Finanzministerium musste Notmaßnahmen ergreifen und wies an, dass außer für die Gehälter der öffentlichen Bediensteten keinerlei Zahlungen mehr erfolgen durften, auch die Beiträge an die Sozialkassen durften nicht abgeführt werden. Die in den Sozialkassen vorhandenen Finanzbestände würden vorübergehend eingezogen, öffentliche Unternehmen wurden aufgefordert, ihre liquiden Mittel in kurzfristigen Anleihen (sog. T-Bills) anzulegen, um dem Staatshaushalt Liquidität zuzuführen.²²⁵ Die Bedienung der Verpflichtungen gegenüber den Kreditgebern bei gleichzeitigem Ausbleiben der »Hilfsgelder« aus dem alten Memorandum wie auch die steigende Unsicherheit schwächte die Wirtschaft weiter, die Steuereinnahmen blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Vor diesem Hintergrund musste die Regierung Syriza erste Abstriche von ihren ursprünglich angekündigten Vorhaben machen. Die ursprüngliche Planung für die niedrigsten Renten eine 13. Rente auszu zahlen, musste aufgegeben werden, eine Erhöhung des Mindestlohns wurde aufgeschoben. Verschoben wurde auch die Anhebung des Steuerfreibetrags von bislang 5.000 Euro auf 12.000 Euro. Die »Einheitliche Immobiliensteuer« musste angesichts der Finanzlage beibehalten und nicht – wie eigentlich beabsichtigt – durch eine sozial gerechtere

²²⁵ Niels Kadritzke, Alexis Tsipras Kampf gegen den »Grexit« und das Dilemma der Syriza als Regierungspartei, in: NachDenkSeiten 20.3.2015; www.nachdenkseiten.de/?p=25504.

Steuer ersetzt werden. Auch die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen im öffentlichen Sektor musste aufgeschoben werden. Die von der Vorgängerregierung begonnenen Privatisierungsverfahren wurden entgegen dem Wahlprogramm von Syriza nicht gestoppt und die bereits vollzogenen Privatisierungen keiner Überprüfung unterzogen. Dieses Abrücken von ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen war zwar vor allem den finanziellen Zwängen geschuldet, aber auch eine Konzession an die Gläubiger und deren Forderungen.²²⁶

So fanden die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den »Institutionen« unter der permanenten Drohung einer Zahlungsunfähigkeit des Landes statt. Am 3. Juni legte Griechenland den Gläubigern eine umfassende Liste von Maßnahmen vor, ein »Produkt von Zugeständnissen und Kompromissen aus monatelangen Verhandlungen«.²²⁷ Dieser Maßnahmenkatalog bedeutete in einer Reihe von Punkten ein Abrücken der Regierung von bisherigen Positionen, um angesichts der dramatischen Lage zu einer Einigung zu kommen. Trotz der darin enthaltenen Konzessionen lehnten die Gläubiger diese Vorschläge ab und forderten eine Verschärfung des Austeritätskurses. So forderten sie einen Mehrwertsteuersatz von 23% für die Gastronomie und für Hotelübernachtungen – eine Maßnahme, die den für Griechenland so wichtigen Tourismussektor hart treffen würde. Die geringe Zusatzzahlung von 200 Euro (namens EKAS) an Rentner*innen mit niedrigstem Einkommen sollte sofort abgeschafft werden. Ein weiterer Konfliktpunkt war das Arbeitsrecht. Statt der Wiederherstellung der Tarifautonomie sollten die Arbeitsbeziehungen weiter dereguliert und jegliche Änderung des Arbeitsrechts von der Zustimmung der Institutionen abhängig gemacht werden. Zugleich lehnte die Eurogruppe jede Diskussion über eine Schuldenerleichterung z.B. durch eine Restrukturierung ab.

²²⁶ Niels Kadritzke, Die Lage spitzt sich zu – Zum Stand der Verhandlungen zwischen Athen und den »Institutionen«, in: NachDenkSeiten 13.5.2015; www.nachdenkseiten.de/?p=26092.

²²⁷ Giorgos Chondros, a.a.O., S. 165.

Referendum unter erpresserischem Druck

Angesichts dieser Verhärtung der Position brach Griechenland die Verhandlungen ab und Alexis Tsipras kündigte am 27. Juni ein Referendum an und forderte die Bevölkerung auf, »über dieses erpresserische Ultimatum, über demütigende Austerität, die jegliche Perspektive auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität versperrt, zu entscheiden«. ²²⁸ Anders als eine Minderheit in der Partei, die angesichts der harten Haltung der Eurogruppe einen Austritt aus der Eurozone forderte, erklärte Tsipras, ein »Nein« zum Ultimatum aus Brüssel sei ein starkes demokratisches Mandat und verbessere die Verhandlungsposition mit den Gläubigern.

Die Situation spitzte sich in den nächsten Tagen dramatisch zu: Die EZB weigerte sich, die Notfallkredite für die griechischen Banken zu erweitern, stattdessen sollte die griechische Regierung Kapitalverkehrskontrollen einführen und die Banken vorübergehend schließen. Griechenland fehlten die Mittel, um die fälligen 1,6 Mrd. Euro an den IWF zu zahlen. Die Bitte Griechenlands, das Kreditprogramm einige Wochen zu verlängern, damit das Referendum ohne finanzielle Turbulenzen stattfinden konnte, stieß auf eisige Ablehnung. Bundeskanzlerin Merkel schloss jegliche Verhandlungen vor der Volksabstimmung aus. Der Regierung in Athen blieb kein anderer Ausweg: Die Banken wurden geschlossen und Kapitalverkehrsrollen eingeführt, um ein Ausbluten der Finanzinstitute angesichts eines bereits begonnen Bank-runs zu verhindern.

So fand das Referendum unter massivem, erpresserischem Druck und der Drohung des vollständigen ökonomischen Zusammenbruchs statt. Umso erstaunlicher und auch für die Führung von Syriza überraschend das Ergebnis der Volksabstimmung: 61,31% stimmten gegen das von den Institutionen diktierte »Reformpaket«, 38,69% stimmten für die Annahme.

Die Diskussion im Vorfeld des Referendums innerhalb Syrizas war durchaus kontrovers. Wirtschaftsminister Stathakis plädierte wie einige andere für die Absage des Referendums, der griechische Gewerkschaftsbund sprach sich dagegen aus und auch der stellvertretende Ministerpräsident Dragasakis formulierte Bedenken. Kritik am und Vorbehalte gegen das Referendum bezogen sich vor allem auf die nicht absehbaren Reaktionen der Gläubiger, und dass das Referendum keinen

²²⁸ Giorgos Chondros, a.a.O., S. 168.

klaren Handlungsauftrag für die Regierung beinhalte. Ausschlaggebend für die Entscheidung Tsipras für das Referendum war wohl die Tatsache, dass das von Brüssel geforderte Maßnahmenpaket in der Fraktion von Syriza auf Widerstand gestoßen und eine eigene Mehrheit der Regierung im Parlament nicht zustande gekommen wäre.²²⁹

In der Kampagne für das »Oxi« (Nein) erklärte Tsipras immer wieder, dass es ihm um ein starkes neues Verhandlungsmandat für einen »ehrvollen Kompromiss« gehe, der Griechenlands Verbleib in der Eurozone sichern sollte. Doch trotz des eindrucksvollen Votums für das »Nein« hatte sich die griechische Verhandlungsposition nicht verbessert. Die Wortführer in der Eurogruppe – allen voran Bundesfinanzminister Schäuble – hatten unmittelbar nach dem Referendum erklärt, dass es keinen Grund gebe, die Forderungen an Griechenland abzumildern – im Gegenteil: Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage müssten sie eher noch härter ausfallen.²³⁰

Eine mögliche Drohung Griechenlands mit einem »Grexit« – dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone – hatte für die Hardliner in der Eurogruppe seinen Schrecken verloren, angesichts des geringen wirtschaftlichen Gewichts Griechenlands und nachdem 2012 EZB-Präsident Mario Draghi erklärt hatte, dass »whatever it takes« die EZB alles zu einer Stabilisierung der Eurozone unternehmen werde. So hatte Wolfgang Schäuble gegenüber dem amerikanischen Finanzminister Timothy Geithner schon 2012 erklärt: »Wenn man Griechenland abbrennen lässt, wird es leichter, ein stärkeres Europa mit einer glaubwürdigeren Firewall aufzubauen.«²³¹ In der gleichen Logik drohte er am 10. Juli, wenn Griechenland die Bedingungen der Gläubiger nicht akzeptiere, »sollten Griechenland rasche Verhandlungen über ein Time-out von der Eurozone [...] für eine Zeit von mindestens fünf Jahren angeboten werden«. Auch Yanis Varoufakis sah eine klare Strategie in Schäub-

²²⁹ So schreibt Niels Kadritzke: »Niemand anders als Tsakalotos hat dies in einem Fernsehinterview schon vor dem 5. Juli offen eingestanden: Die Regierung sei in das Referendum »hineingezogen« worden, weil die Vereinbarung von Brüssel in der Syriza-Fraktion auf Widerstand gestoßen wäre, also nicht mit der »eigenen Mehrheit« der Regierung durchzusetzen war.« (Niels Kadritzke, Tsipras als Repräsentant aller griechischen Euro-Befürworter – Ein Kompromiss wäre möglich, in: NachDenkSeiten 7.7.2015; www.nachdenkseiten.de/?p=26692).

²³⁰ Siehe Niels Kadritzke, ebd.

²³¹ Timothy Geithner, Stress Test – Reflections on Financial Crisis, New York 2015, zitiert nach Niels Kadritzke, Grexit und linke Geisterfahrer, Le Monde diplomatique; monde-diplomatique.de/shop_content.php?coID=100093.

les Haltung: »Auf der Erfahrungsbasis monatelanger Verhandlungen ist meine feste Überzeugung, dass der deutsche Finanzminister Griechenland aus der gemeinsamen Währung verdrängen will, um den Franzosen einen heiligen Schrecken einzujagen und dazu zu bringen, sein Modell einer disziplinierenden Eurozone zu akzeptieren.«²³²

Die Regierung stand damit mit dem Rücken an der Wand – konfrontiert mit einer unversöhnlichen Haltung der dominanten Kräfte in der Eurozone und der Drohung einer völligen ökonomischen Strangulierung durch die EZB. Das Referendum hatte keinen Ausweg gebracht. Varoufakis berichtet, wie er unmittelbar nach dem Referendum in Tsipras Büro kam, während draußen der Sieg des »Nein« bejubelt wurde: »Er starrte mich an und sagte, wir hätten es vermässelt.«²³³

#ThisIsACoup: Die Unterwerfung unter das Diktat der »Troika«

In einer dramatischen Sitzung am 12. Juli mit einer über 17 Stunden währenden Verhandlung unter Schäubles Drohung mit dem Grexit und der andauernden Strangulierung durch die EZB musste Tsipras sich dem Diktat der Kreditgeber unterwerfen und ihre Vorbedingungen akzeptieren, um überhaupt Verhandlungen über ein weiteres »Hilfsprogramm« aufnehmen zu können. Griechenland musste sich verpflichten, im Eiltempo erste Maßnahmen zu beschließen – noch im Juli u.a. eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Umfang von einem Prozent und Rentenkürzungen und die Abschaffung der Steuererstattungen für Dieselkraftstoff für Landwirte sowie die Rücknahme einseitig, ohne Zustimmung der »Institutionen« beschlossener Reformen. Erst damit waren die Voraussetzungen für ein 86 Mrd. Euro umfassendes »Hilfspaket« und ein neues, drittes Memorandum geschaffen.

Zwar wurden angesichts der schlechteren wirtschaftlichen Lage die Haushaltsziele in den ersten Jahren reduziert – ab 2018 aber sollte ein Primärüberschuss von 3,5% erreicht werden. Die Haushaltsziele sollten erreicht werden durch weitere Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhungen und eine Reform der Einkommenssteuer, die Abschaffung von Subventionen für Landwirte, die teilweise Abschaffung des Schutzes von

²³² Alles nach Niels Kadritzke, a.a.O.

²³³ Yanis Varoufakis, *Adults in the Room. My Battle with Europes deep Establishment*, London 2017, S. 467.

Wohnungen, für die die Kredite nicht mehr bedient werden konnten, und die Errichtung eines Privatisierungsfonds – ähnlich wie die deutsche Treuhand –, über den insgesamt 50 Mrd. Euro erzielt werden sollten. Zudem musste sich die Regierung verpflichten, »alle zur Verwirklichung der Ziele des Memorandum of Understanding erheblichen Maßnahmen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu beraten und zu vereinbaren, bevor sie ausgearbeitet und rechtsgültig verabschiedet werden«. ²³⁴ Dies war gleichbedeutend mit der Entmachtung des Parlaments durch die Kreditgeber und die (teilweise) Aufhebung der griechischen Souveränität.

Es war klar, dass dies zu politischen Turbulenzen in Syriza führen musste – stand dies doch in völligem Gegensatz zu den Zielen, mit denen Syriza im Wahlkampf im Januar 2015 angetreten war. Die Linke Plattform in Syriza lehnte die Zustimmung zu den geforderten Maßnahmen ab, am Ende verweigerte ein Drittel der Parlamentsfraktion die Zustimmung. Am 21. August traten 25 Abgeordnete aus der Parlamentsfraktion aus und gründeten eine neue Partei namens »Volkseinheit« (LAE). Ohne eigene parlamentarische Mehrheit trat Alexis Tsipras zurück und rief Neuwahlen aus. Im Januar hatte Syriza die Wahlen mit einer Kampagne gewonnen, die das Ende der Austerität und des Diktats der »Troika« versprach. Für ein neues, drittes Memorandum hatte das Votum vom Januar kein Mandat gegeben – es war deshalb nur folgerichtig, angesichts des Scheiterns dieser Strategie sich an den Wahlurnen um ein neues Mandat zu bemühen. Am 20. September erzielte Syriza mit 35,46% ein nahezu gleiches Ergebnis wie im Januar und wurde wieder stärkste Partei – allerdings bei einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung. Gegenüber den Januarwahlen hatte Syriza 320.000 Stimmen und damit jede/n siebte/n Wähler*in verloren. Besonders schwerwiegend war der Verlust der Parteijugend, die sich aufgelöst hatte. Der LAE wiederum gelang es nicht im relevanten Umfang, die Enttäuschten aufzufangen und verpasste mit nur 2,9% den Einzug in das Parlament.

Austritt aus der Eurozone: eine Alternative?

Hätte es eine Alternative zur Kapitulation angesichts der Erpressung durch die Kreditgeber gegeben? Die Linke Plattform in Syriza, aus der später die LAE hervorging, hatte immer die Position eines Bruchs mit

²³⁴ Zitiert nach: Nikos Chila/Winfried Wolf, a.a.O., S. 100.

der Eurozone vertreten. Ihr Vorschlag bestand darin, alle Kreditrückzahlungen an das Ausland einzustellen und eine eigene Währung einzuführen. Da der Haushalt des Landes einen Primärüberschuss verzeichnet hätte, hätte sich Griechenland allein finanzieren können. In der Folge wäre es zu einer deutlichen Abwertung der neuen Währung gekommen, die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands wäre dadurch erhöht worden. Zwar hätten sich auch die Importe durch die Abwertung verteuert, was aber einen Anreiz zur Steigerung der inländischen Produktion geschaffen hätte. Man hätte auf diese Weise dem Diktat der Troika zur Privatisierung öffentlichen Eigentums entgegen und die politische Souveränität wiedererlangen können.

Der spätere Finanzminister Euklid Tsakalotos hatte bereits in einem 2013 veröffentlichten Buch einen grundlegenden Einwand gegen die Exit-Strategie der Linken Plattform formuliert: »Insbesondere die Euro-Ausstiegsstrategie hat es versäumt, sich mit einer der stärksten ideologischen Karten des Neoliberalismus auseinanderzusetzen, indem sie die Alternative der Linken mit einer wettbewerbsorientierten Abwertung in Verbindung brachte.«²³⁵ Die mit einem Ausstieg aus der Eurozone verbundene drastische Abwertung der neuen Währung hätte zu einer massiven Erhöhung des Werts der in Fremdwährungen notierenden Auslandsschulden geführt.

Der ökonomische Kopf der Linken Plattform forderte zur Lösung dieses Problems einen »kompletten Schuldenschnitt« als »Preis, den Europa zahlen muss, damit sich Griechenland aus der Eurozone verabschiedet.«²³⁶ Ein solcher Schuldenschnitt wäre wiederum nur über Verhandlungen mit den Gläubigern zu erreichen und – wie alle Erfahrungen mit dem Erlass von Staatsschulden zeigten – wiederum mit Auflagen und »Reformen« vergleichbar mit der Memorandumspolitik verbunden gewesen. Griechenland war und ist importabhängig – so bezieht das Land 48% seiner Lebensmittel und 82% seiner Energie aus dem Ausland. Die Verteuerung dieser Einfuhren hätte eine erhebliche Verteuerung lebensnotwendiger Produkte mit sich gebracht. Auch die Hoffnung der Grexit-Befürworter, dass die verteuerten Importe dann durch einen Anstieg der einheimischen Produktion ersetzt werden, ist

²³⁵ Christos Laskos/Euklid Tsakalotos, *Crucible of Resistance: Greece, the Eurozone and the World Economic Crisis*, London 2013, S. 143.

²³⁶ Zitiert nach Niels Kadritzke, *Grexit und was dann? Die Drachme eröffnet keine Zukunftsperspektiven – außer für Spekulanten*, in: *Le Monde diplomatique*, 11.6.2015; monde-diplomatique.de/artikel/!5202308.

wenig realistisch: »Aufgrund der mangelnden Produktionsstrukturen und des mit einem Grexit verbundenen wirtschaftlichen Einbruchs ist aber nicht mit einer raschen Imports substitution (Ersetzung importierter durch einheimische Produkte) zu rechnen. Statt die Zahlungsbilanz durch Importe zu sanieren, würden steigende Importpreise daher das Defizit nur noch vertiefen. Bei der hohen Importquote Griechenlands droht zudem eine (importierte Hyperinflation) und damit eine Minderung der Realeinkommen, eine Schwächung der Binnenwirtschaft und steigende Arbeitslosenzahlen.«²³⁷ Mit der Einführung einer neuen abgewerteten Währung hätte sich auch der Wert der Löhne und Renten und der Sparguthaben drastisch reduziert – und das nach den massiven Kürzungen durch die Memoranden in den beiden vorhergehenden Jahren.

Die sozialen Folgen einer solchen Politik der Währungsabwertung hätten einer Politik der »inneren Abwertung« durch die Austeritätspolitik in nichts nachstanden. Und auch um die versprochene Wiedergewinnung der griechischen Souveränität hätte es im Falle eines Ausstiegs aus der Eurozone nicht gut gestanden: Griechenland wäre mit einer neuen, schwachen Währung spekulativen Angriffen weitgehend hilflos ausgeliefert gewesen, das Land verfügte über keine Devisenreserven, um derartige Spekulationen abzuwehren. Griechenland wäre den Finanzmärkten weitgehend hilflos ausgeliefert gewesen.²³⁸ Dies brachte selbst einen der entschiedensten Befürworter eines Ausstiegs aus der Eurozone, den Ökonomen Heiner Flassbeck dazu, Verständnis für Tsipras Haltung zu zeigen, den »Sprung ins Unbekannte« zu verweigern. Denn Griechenland könne angesichts seiner Schwäche den Ausstieg aus dem Euro nicht als Erster, vor Italien oder Frankreich wagen: »Der Sprung aus einer Währungsunion ist ein großer und gefährlicher Schritt, nach dem man nicht weiß, was auf dem weiteren Marsch geschehen wird.«²³⁹

²³⁷ Joachim Bischoff/Thomas Händel/Björn Radke/Axel Troost/Harald Wolf, Rückkehr zur Drachme ist keine Lösung; www.neues-deutschland.de/artikel/980960.rueckkehr-zur-drachme-ist-keine-loesung.html?sstr=r%C3%BCckkehr|zur|drachme.

²³⁸ Zu einer ausführlichen Kritik einer Politik des »linken Exit« aus dem Euro siehe Klaus Busch/Axel Troost/Gesine Schwan/Frank Bsirske/Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/Harald Wolf, Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union, Hamburg 2016, S. 41ff.

²³⁹ Zitiert nach Niels Kadritzke, Der Grexit und die linken Geisterfahrer, *Le Monde diplomatique*, 9.3.2017; monde-diplomatique.de/artikel/!5388776.

Varoufakis' »Plan B«

Eine andere Lösung schlug Yanis Varoufakis vor. Angesichts des »Neins« im Referendum plädierte er für die Herausgabe von elektronischen, über künftige Steuern besicherten Schuldscheinen. Er wollte so eine digitale Parallelwährung einführen. Gleichzeitig sollte Griechenland einen einseitigen Schuldenschnitt der bei der EZB liegenden griechischen Bonds vornehmen. In seinem Buch berichtet er, dass er dies in der Nacht nach dem Referendum Tsipras vorgeschlagen habe: »Wenn du das ankündigst, hast du die Unterstützung von 61,3% der Wähler und ich kann dir versichern, dass Draghi und Merkel sehr schnell an den Verhandlungstisch mit einer annehmbaren Vereinbarung kommen.«²⁴⁰ Auf die Nachfrage von Tsipras, für wie groß Varoufakis die Chance halte, dass es mit dieser Vorgehensweise am Ende zu einem akzeptablen Deal mit den »Institutionen« käme, antwortete dieser: »fifty-fifty«.²⁴¹

Für den Fall, dass es nicht zu einer Einigung käme, hätte der »Plan X« für den Grexit in Kraft treten müssen, den Varoufakis zusammen mit dem amerikanischen Ökonomen James K. Galbraith ausgearbeitet und den er Tsipras mit den Worten: »Lies ihn und weine« übergeben hatte.²⁴² Galbraith hatte die wesentlichen Maßnahmen des »Plans X« in einem Anhang zu seinem Buch »Welcome to the Poisoned Chalice: The Destruction of Greece and the Future of Europe« (»Willkommen zum vergifteten Kelch – Die Zerstörung Griechenlands und die Zukunft Europas«) veröffentlicht.²⁴³ Er schreibt dort selbst, »wir haben stets betont, dass ein Ausstieg aus dem Euro (»Exit«) kompliziert, disruptiv und riskant sein würde, und dass dieser Schritt nur dann vollzogen werden darf, wenn alle Bemühungen gescheitert sind, zu akzeptablen Bedingungen in der Eurozone zu bleiben«.²⁴⁴

Der Plan sah vor, den Staatspräsidenten zu veranlassen, den Notstand nach Artikel 44 der griechischen Verfassung ohne Beteiligung des Parlaments auszurufen. Es »müssten umgehend Sicherheitsmaß-

²⁴⁰ Yanis Varoufakis, a.a.O., S. 468 (eigene Übersetzung).

²⁴¹ Ebd., S. 457.

²⁴² Ebd.

²⁴³ James K. Galbraith, »Welcome to the Poisoned Chalice: The Destruction of Greece and the Future of Europe«, New Haven and London 2016, S. 190-199. Eine deutsche Fassung des Anhangs, in dem der Plan X dargestellt wird, findet sich in www.axel-troost.de/kontext/controllers/document.php/3301.5/9/6b2a78.pdf, aus der im Folgenden zitiert wird.

²⁴⁴ Ebd., S. 1.

nahmen unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte ergriffen werden, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, staatliche Gebäude und Staatseigentum zu schützen, Notfallhilfe zu leisten und Plünderungen von Geschäften vorzubeugen. Das Potential von Hortung, Versorgungsengpässen und Preistreiberei in dieser Situation wäre beängstigend.« Arbeitnehmer*innen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, müssten »wie bei einer Mobilmachung« dienstverpflichtet werden. Das Innen- und Verteidigungsministerium hätten das Notfallmanagement und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten. »Darüber hinaus wäre es nötig, die Kraftstoffversorgung zu kontrollieren und rationieren, insbesondere für den öffentlichen und den Seeverkehr, sowie möglichst eine unterbrechungsfreie Versorgung mit grundlegenden Medikamenten und mit Lebensmitteln zu gewährleisten.«

Die Banken müssten sofort verstaatlicht und die griechische Zentralbank müsste unter die direkte Kontrolle der Regierung gestellt werden. Galbraith stellt selbst fest, dass dies wahrscheinlich gegen Artikel 123 und 130 des »Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union« verstoße – was den Verbleib Griechenlands in der Europäischen Union infrage stellen würde. Deshalb müsse Griechenland erklären, dass dieser Verstoß nur vorübergehend sei und Griechenland weiter Mitglied der EU bleiben wolle. Als Maßnahmen gegen Kapitalflucht müssten strenge Devisen und Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden, allerdings sei eine Kontrolle der Außengrenzen »ohnehin nicht durchführbar«, ein wichtiges Schlupfloch für illegale Transaktionen bliebe damit weiterhin offen. Tarifverträge, »welche die Nominallöhne an das Preisniveau koppeln«, müssten »auf unbestimmte Zeit ausgesetzt und in neuen Verträgen kraft Gesetzes verboten werden«. Dies sei »entscheidend um eine Lohn-/Wechselkurs-Spirale zu verhindern, die zu Hyperinflationierung der neuen Währung führen könnte«.²⁴⁵

Niels Kadritzke nannte den Plan X »ein Alptraum-Szenario für Tsipras«: »Man stelle sich vor: Eine linke Regierung muss den Notstand ausrufen lassen, muss eine Belagerung der Banken durch das Volk verhindern, muss mit Hilfe der Armee für ›Ruhe und Ordnung‹ sorgen, muss einen Lohnstopp verfügen, um die Inflation zu begrenzen, und hat dennoch keine Chance, die Zirkulation einer Parallelwährung und damit die sukzessive Abwertung der Neuen Drachme zu verhindern. Kurzum: ein Alptraum, der noch viel bedrückender ist als die Zumutung, eine tiefgreifende soziale und ökonomische Krise unter dem Diktat der

²⁴⁵ Alle Zitate aus ebd., S. 1ff.

Gläubiger zu verwalten.«²⁴⁶ Dass Tsipras angesichts dieses Horrorszenarios und einer Chance von »fünfzig zu fünfzig« dies zu vermeiden suchte, und sich gegen den Varoufakis-Plan entschieden hat, ist mehr als nachvollziehbar.

Eine Niederlage, kein »Verrat«

Anders als viele Kritiker*innen meinten, war Tsipras Zustimmung zu dem Diktat der Eurogruppe kein »Verrat«, sondern eine Niederlage, ein Scheitern nach hartem Kampf. Stathis Kouvelakis, ein führendes Mitglied der Linken Plattform, erklärte nach der Vereinbarung vom 20. Januar 2015, diese sei »kein ›Verrat‹. Es geht nicht um das bekannte Szenario ›sie haben sich verkauft‹. Wir haben gesehen, dass es eine echte Konfrontation gab. Wir haben das Ausmaß des Drucks gesehen, die Erpressung durch die Europäische Zentralbank. Wir haben gesehen, dass sie die Syriza-Regierung in die Knie zwingen wollen. Und das müssen sie tun, weil sie eine reale Bedrohung darstellt, nicht irgendeine Illusion eines reformistischen Typs. Die Realität ist also, dass die Vertreter der griechischen Regierung das Beste getan haben, was sie konnten. Aber sie taten es innerhalb des falschen Rahmens und mit der falschen Strategie, und in diesem Sinne hätte das Ergebnis nicht anders sein können [...] Die Leute, die denken, dass ›die Reformisten scheitern werden‹ und dass irgendwie in den Flügeln die revolutionäre Vorhut steht, die darauf wartet, irgendwie die Macht zu übernehmen und die Massen zum Sieg zu führen, sind meiner Meinung nach völlig außerhalb der Realität.«²⁴⁷

Diese Aussage trifft auch auf die Situation nach der Erpressung vom 17. Juli zu. Tsipras machte deutlich, dass er sich die »Einigung« unter der Drohung der ökonomischen Strangulation nicht zu eigen machte: »Ich habe einen Vertrag unterschrieben, an den ich nicht glaube. Aber ich werde Verantwortung übernehmen und ihn umsetzen.«²⁴⁸ Dies machte die verzweifelte und zugleich paradoxe Lage deutlich, in der sich die Syriza-Regierung befand. Wäre es nicht richtig gewesen, angesichts

²⁴⁶ Niels Kadritzke, Grexit und linke Geisterfahrer, a.a.O.

²⁴⁷ Stathis Kouvelakis, zitiert nach Leo Panitch/Sam Gindin, *The Socialist Challenge Today*. Syriza, Sanders, Corbyn, London 2018. Allerdings beurteilte Kouvelakis die Entscheidung vom Juli.

²⁴⁸ Zitiert nach: Der Tagesspiegel, 15.7.2015, www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-drama-tsipras-und-schaeuble-die-hauptdarsteller/12062688.html.

dieser Lage als Regierung zurückzutreten und aus der Opposition heraus gegen das Diktat zu mobilisieren? Aber angesichts des Ergebnisses der Wahlen vom September, aus denen Syriza wieder als mit Abstand stärkste Partei hervorging, wäre eine solche Entscheidung kaum vermittelbar gewesen.

Syriza sah sich in der Verantwortung, die kleinen verbliebenen Spielräume innerhalb des dritten Memorandums zu nutzen und die Härten des oktroyierten Austeritätskurses mit einem »Parallelprogramm« abzufedern. So konnten die 630.000 ärmsten Haushalte Lebensmittelkarten beantragen, mit denen sie verbilligte Lebensmittel erhielten. 2,5 Mio. nichtversicherte Menschen bekamen Zugang zum Gesundheitssystem, für 200.000 von Energiearmut betroffene Haushalte wurde das Stromnetz wieder freigeschaltet und den ärmsten Haushalten ein kostenfreies Stromkontingent zur Verfügung gestellt. Für bedürftige Familien wurden u.a. Wohngeldzuschüsse eingeführt.

Aber auch das »Parallelprogramm« zur Abmilderung der größten Härten stand unter dem Zustimmungsvorbehalt der Gläubiger. Zwar eröffnete das dritte Memorandum die Möglichkeit, bei einem über die Kürzungsvorgaben hinausgehenden Haushaltsüberschuss »die Nutzung des vorhandenen haushaltspolitischen Spielraums in Erwägung (zu) ziehen, um die soziale Sicherung (insbesondere das Programm für ein garantiertes Mindesteinkommen) zu stärken und/oder die Steuerlast zu senken« – aber nur im Einvernehmen mit den Gläubigern. So traf die Entscheidung der griechischen Regierung, zum Jahresende 2016 eine Sonderzahlung in Höhe von insgesamt etwa 617 Mio. Euro an rund 1,6 Mio. gering verdienende Rentner*innen auszuschütten auf heftigen Widerstand der Eurogruppe. Rentner*innen, die weniger als 850 Euro im Monat erhielten, sollten eine 13. Rente bekommen, finanziert sollte diese aus dem erwirtschafteten Haushaltsüberschuss. Die Gläubiger kündigten an, beschlossene Erleichterungen bei der Schuldentilgung aufzuschieben, um mögliche Auswirkungen des Weihnachtsgelds auf die griechischen Sparziele zu analysieren.

Angesichts des weiter anhaltenden Drucks fiel eine Reihe von Maßnahmen des »Parallelprogramms« hinter die Ankündigungen zurück oder mussten nach einem Veto der »Institutionen« zurückgenommen werden. Mit dem Abschluss des dritten Memorandums gewann die Regierung zwar etwas mehr Handlungsfreiheit: Zins und Tilgungszahlungen für 100 Mrd. Euro aus dem zweiten Memorandum wurden bis 2033 ausgesetzt und die Laufzeit um zehn Jahre verlängert. Die unmittelbare und detaillierte Kontrolle der griechischen Haushaltspolitik endete, al-

lerdings musste sich Griechenland – anders als die »Programmländer« Portugal, Spanien und Italien – einer verschärften Nachkontrolle unterziehen.

Die Maßnahmen des Parallelprogramms reichten auch nur, um die schlimmsten humanitären Folgen der Austerität abzumildern. Aber die Krise mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 25% hatte nicht nur die Ärmsten getroffen, sondern traf die Bevölkerung bis tief hinein in die Mittelschicht. Die Erfolgsmeldungen der Regierung über den Rückgang der Arbeitslosigkeit kontrastierten mit der Lebensrealität – denn die neuen Arbeitsplätze waren zu mehr als 50% prekäre Teilzeit- oder Gelegenheitsjobs, meist sogar ohne Sozialversicherung.²⁴⁹

Vor diesem Hintergrund brach Syriza auch bei den Europawahlen im Mai 2019 auf 23,76% ein und verlor ein Drittel ihrer Wähler*innenschaft. Die konservative Nea Dimokratia wurde stärkste Partei. Bei den Wahlen zum griechischen Parlament im Juli konnte sich Syriza gegenüber den Europawahlen und entgegen den Erwartungen ihrer führenden Mitglieder auf 31,53% verbessern und wurde zweitstärkste Partei hinter der Nea Dimokratia. Diese erreichte dank einer Regelung des griechischen Wahlrechts, mit der die stärkste Partei einen Bonus von 50 Sitzen erhält, die absolute Mehrheit im Parlament. Die Regierungszeit von Syriza war damit beendet.

Bereits nach dem schlechten Abschneiden bei den Europawahlen sah die Regierung Syriza die Ursache für die Wahlniederlage vor allem in der geringen Zeit nach dem Ende des Memorandums, in der die ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage keine durchschlagende Wirkung entfalten konnte. So hatte die Regierung Tsipras den Mindestlohn angehoben, die Einschränkungen der Tarifautonomie aufgehoben und kurz vor den Wahlen am 1. Juni 2019 die Mehrwertsteuer für viele Grundnahrungsmittel und die Gastronomie von 24% auf 13% und für Strom von 13% auf 6% abgesenkt.²⁵⁰ Auch die Ankündigung, im Mai eine einmalige 13. Monatsrente auszuzahlen, wirkte eher als opportunistisches Wahlgeschenk. All diese Maßnahmen konnten das Blatt vor dem Hintergrund der Gesamtbilanz der Regierung nicht wirklich wenden. Die Regierung habe eine ihr »fremde« Politik des Sparens umsetzen müssen und sei dafür verantwortlich gemacht worden, erklärte

²⁴⁹ Vgl. Niels Kadritzke, *Verwählt – kein Ausweg unter dieser Nummer*, *Le Monde diplomatique*, 4.6.2019; monde-diplomatique.de/shop_content.php?colID=100142.

²⁵⁰ Vgl. ebd.

Syriza-Generalsekretär Skourletis: »Wenn du Kassensturz machst, interessiert dich kaum, ob du von den 100 Euro, die dir fehlen, 70 unter einer ND- oder Pasok-Regierung verloren hast, und nur 30 unter Syriza. Entscheidend ist, dass dir das Geld fehlt, weil die Realität so übel ist.«²⁵¹

Syriza war die erste linke Partei jenseits der Sozialdemokratie, die in Europa die Regierungsmacht eroberte. Umso wichtiger ist es, die Ursachen des Scheiterns zu analysieren und Konsequenzen für die Zukunft linker Politik daraus zu ziehen. Zu hinterfragen sind da zum einen die Grundannahmen der Strategie von Syriza. Diese beruhte auf der Hoffnung, dass die europäischen Institutionen mit der Wahl Syrizas und dem Votum für einen Ausweg aus der Austerität und der humanitären Katastrophe zumindest zu einem gewissen Grad Rechnung tragen würden. Diese Hoffnung hatte sich als naiv erwiesen. »Außerdem gab es eine gewisse Naivität, die damit zu tun hat, wie SYRIZIA im Land, aber auch im internationalen Umfeld agierte: Es bestand die Vorstellung, dass unsere Meinung Gehör finden und die ›Institutionen‹ der Troika kompromissbereit sein würden, wenn wir nur auf Europa zugehen und unser Anliegen mit Klarheit vortragen würden. Die ›Institutionen‹, die durch und durch nach neoliberaler Logik funktionieren, vertraten ihre Interessen jedoch äußerst hart und unnachgiebig. Diese ungeheure Naivität beeinflusste die Verhandlungen entscheidend.«²⁵²

Und auch die Annahme, dass Griechenland einen möglichen Grexit bei einem Scheitern der Verhandlungen als Droh- und Druckmittel einsetzen könne, hat sich als illusorisch erwiesen. Die Eurozone hatte mittlerweile ausreichend Schutzmaßnahmen ergriffen, um die Risiken eines griechischen Austritts beherrschbar zu machen, sodass am Ende Schäuble und nicht die griechische Regierung einen Grexit als Drohmittel einsetzen konnte: »Syriza hatte sich einer harten Verhandlungsführung verschrieben, die sich jedoch als kraftlos erwies.«²⁵³

Sowohl Varoufakis als auch Tsakalotos schienen die Hoffnung zu haben, die Gläubiger mit ökonomisch rationalen Argumenten überzeugen zu können, während es stattdessen um eine harte Machtauseinandersetzung ging. So berichtete das ehemalige ZK-Mitglied Stathis Kouvelakis: Als Tsakalotos »nach seinem bisher größten Aha-Moment seit der

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Michalis Spourdalakis, »Lasst uns den Faden wieder aufnehmen«, Dezember 2015; www.zeitschrift-luxemburg.de/michalis-spourdalakis.

²⁵³ Yannis Albanis, Neubeginn in der Sackgasse, September 2015; www.zeitschrift-luxemburg.de/neubeginn-in-der-sackgasse/.

Regierungsübernahme gefragt wurde, antwortete er damit, dass er sich als Akademiker, dessen Job es sei, Volkswirtschaft an der Universität zu lehren, natürlich gewissenhaft auf die Verhandlungen in Brüssel vorbereitet hätte. Er hätte ein ganzes Arsenal an Argumenten vorbereitet und erwartete ebenso fundierte Gegenargumente. Was er aber stattdessen erlebt habe, war, Leuten gegenüberzustehen, die ohne Unterlass Regeln, Abläufe und so weiter herunterleierten. Tsakalotos sagte, er sei enttäuscht gewesen vom niedrigen Niveau der Diskussion. Im Interview mit dem »New Statesman« berichtet Varoufakis sehr ähnlich von seinen Erfahrungen, obwohl sein Stil eindeutig konfrontativer ist als der von Tsakalotos. Daran zeigt sich, dass diese Leute eine Konfrontation mit der EU erwartet hatten, die ähnlich einer wissenschaftlichen Konferenz ablaufen würde, bei der man eine ordentliche Präsentation liefert und erwartet, eine ordentliche Gegenpräsentation zu hören. Ich denke das ist symptomatisch dafür, wie es in der heutigen Linken aussieht. Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen, aber im Bereich der Realpolitik völlig überfordert sind. (..) Sie dachten, dass zwischen »Partnern« doch ein Kompromiss möglich sein müsste, und dass man ja gemeinsame Grundwerte hätte, wie etwa den Respekt vor demokratischen Mandaten oder die Chance einer vernünftigen Diskussion auf Basis ökonomischer Argumente.«²⁵⁴

Ähnlich formulierte es auch Michalis Spourdalakis: »Man ging davon aus, dass die sogenannten »harten und ehrlichen Verhandlungen« ausreichen würden, um die Institutionen zu überzeugen, als ob das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen eine Frage rationaler, gut dokumentierter und wissenschaftlich gut recherchierter Argumente und nicht nackter Machtinteressen wäre. Darüber hinaus erwies sich die Vorstellung, dass eine radikale Regierung allein, auch wenn die Aussicht auf weitere derartige Regierungen in Europas Peripherie auftauchte, die EU verändern oder die strukturelle reproduktive Verpflichtung der aggressivsten kapitalistischen Interessen ignorieren könnte, als eine weitere Naivität.«²⁵⁵

Syriza war sich zwar bewusst, dass Griechenland als kleines Land von geringer wirtschaftlicher Bedeutung Verbündete in der EU brauchte,

²⁵⁴ Stathis Kouvelakis, Griechenland: der Kampf geht weiter, in: marx21, 21.7.2015; marx21.de/griechenland-der-kampf-geht-weiter/.

²⁵⁵ Michalis Spourdalakis, Becoming Syriza again, Jacobin, 31.1.2016; www.jacobinmag.com/2016/01/syriza-memorandum-troika-left-platform-tsip-ras-austerity-government/.

und dass es nicht als isoliertes Land aus dem neoliberalen europäischen Korsett ausbrechen konnte. So hatte sich Syriza eng mit der spanischen Podemos verbündet, gleichzeitig suchte Tsipras Unterstützung bei den Regierungen anderer Südländer wie Italien, Spanien und Frankreich zu gewinnen. Nach anfänglichen Sympathiebekundungen reihten diese sich jedoch in die harte Front der Eurogruppe gegen die griechischen Forderungen ein. Ein Erfolg Griechenlands hätte ihrer eigenen Politik der Austerität die Legitimation entzogen. Die Hoffnung, »eine europäische Massenbewegung ins Leben zu rufen, die die Austeritätspolitik nachhaltig hinterfragen würde und internationale Bündnisse zu schließen, um das negative Klima der griechischen Isolation zu verändern und natürlich die ›griechische Frage‹ innerhalb der Eurozone vollständig beizulegen«,²⁵⁶ hatte sich nicht erfüllt. Aber ohne eine massive Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa stand Griechenland auf verlorenem Posten.

Fehlstellen: Orientierung auf soziale Bewegungen und Transformation des Staates

2013 hatte der spätere Finanzminister Tsakalotos erklärt, dass sich die Linke in ihrer Orientierung »nicht einfach auf ›Keynes plus mehr staatliche Intervention‹ verlassen« dürfe, stattdessen müsse sie »auf den Erfahrungen jener sozialen Bewegungen aufbauen, die sich vor und nach der Krise dem Neoliberalismus widersetzt hatten, und gleichzeitig deutlich machen, dass ihre Strategie nicht auf einer Rückkehr zu einer interventionistischeren, aber ebenso etatistischen und autoritären Vergangenheit beruht«. ²⁵⁷ Es gehe um viel mehr, als »um die Frage eines angemessenen Wechselkurssystems für eine linke Alternative«, formulierte er. Er wies darauf hin, dass der Staat zwar ein »unverzichtbares Instrument« bei einer wirtschaftlichen Neuorientierung sei, die Gefahr liege aber darin, »vom Staat zu erwarten, dass er der Ort aller Aktivitäten zur gesellschaftlichen Transformation ist, während gleichzeitig die Notwendigkeit der Transformation des Staates selbst durch neue Formen verbesserter sozialer Kontrolle unterschätzt wird. Ebenso

²⁵⁶ Giorgos Chondros, a.a.O., S. 142.

²⁵⁷ Christos Laskos/Euclid Tsakalotos, *Crucible of Resistance: Greece, the Eurozone and the World Economic Crisis*, London 2013, S. 164 (eigene Übersetzung).

gefährlich ist es, die Frage der Steigerung des produktiven Potenzials der Volkswirtschaft über das Bemühen um die Transformation der sozialen Produktionsverhältnisse zu stellen.«²⁵⁸

Er kritisierte eine Politik des rechten Flügels von Syriza, die sich vor allem »auf die Ausarbeitung eines geeigneten Programms konzentrierte, um die Regierungsmacht zu gewinnen«. Die Konsequenz einer solchen Orientierung sei, »dass weniger Wert auf die Unterstützung sozialer Bewegungen gelegt wurde, die letztendlich dazu beitragen könnten, die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben, und dass man es versäumte, von diesen Bewegungen zu lernen. Kurz gesagt, linke Strategien müssen auf den Erfahrungen der Arbeiter-, der feministischen, der antirassistischen und anderer Bewegungen aufbauen, wie denen, die gegen die Kommerzialisierung sozialer und öffentlicher Güter kämpfen.«²⁵⁹

So hatte Syriza insbesondere in den Jahren 2010 bis 2012 eine Politik verfolgt, die den Anspruch verfolgt, »die Gesellschaft politisch ins Zentrum zu rücken« und »auf die sozialen Bewegungen zuzugehen und von ihnen zu lernen, und zwar ohne sich dabei paternalistisch als Avantgarde oder als Stellvertreterpartei aufzuführen. Sie hat sogar versprochen, ein Regierungsprogramm zu entwerfen, das weniger technokratische Hierarchien, dafür mehr Erfahrungen aus den sozialen Bewegungen berücksichtigen würde.«²⁶⁰

Mit dem großen Wahlerfolg im Jahr 2012 begann die Partei jedoch ihre politische Praxis auch unter dem zunehmenden Druck einer gesellschaftlichen Stimmung für eine Regierungsübernahme durch Syriza zu verändern. Sie orientierte zunehmend auf die Eroberung der Regierungsmacht: »Dabei hat Syriza großes Gewicht auf das parlamentarische Spiel gelegt, und die gesellschaftlichen Praxen verkamen zur Pflichtübung. Sie hörte auf, Initiativen in der Gesellschaft anzustoßen, und war nicht mehr so einfallsreich wie in den Jahren 2010 oder 2011.«²⁶¹

Das Syriza-Mitglied Costas Douzinas sprach von drei zeitlichen Phasen, die die linke Regierung nach den Wahlen vom September 2015 hätte durchlaufen müssen. In der ersten Phase sei Syriza unter dem

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Michalis Spourdalakis, Lasst uns den Faden wieder aufnehmen, in: Luxemburg, Dezember 2015; www.zeitschrift-luxemburg.de/lasst-uns-den-faden-wieder-aufnehmen/.

²⁶¹ Ebd.

Diktat der Gläubiger gezwungen, »das umzusetzen, wogegen sie gekämpft hat«. Gleichzeitig müsse sie sich den Raum für die Umsetzung des Parallelprogramms – die »zweite Phase« – erkämpfen. Dabei müsse es nicht nur darum gehen, »die Auswirkungen des Memorandums« abzumildern, sondern »in engem Kontakt mit der Partei und den sozialen Bewegungen« eine Politik mit deutlicher linker Ausrichtung zu entwickeln. Dies solle zur »dritten Phase« überleiten, »der Zeit der radikalen linken Vision«, die »nur durch die kontinuierliche und gleichzeitige Umsetzung und Unterminierung der Memorandumspolitik« erreicht werden könne.²⁶²

Skepsis bezüglich der Erfolgsaussichten einer solchen Strategie ist durchaus angebracht. Eigenständigkeit der Partei und der enge Kontakt und die Beziehung zu den sozialen Bewegungen wären aber unverzichtbare Voraussetzung gewesen. Der kanadische Sozialist Leo Panitch, der die Entwicklung von Syriza eng und mit solidarischer Kritik begleitet hatte, stellte fest, dass »die Syriza-Regierung den wichtigsten demokratischen, geschweige denn revolutionären Test, die Verwaltung mit den Kräften des Volkes zu verbinden, nicht für die Befriedigung der Grundbedürfnisse, sondern auch für die Planung und Umsetzung der Umstrukturierung des wirtschaftlichen Lebens, nicht bestanden hat«.²⁶³

So berichtet Panitch über die Frustration der Sozialministerin, dass Syriza zwar einen Teil ihrer Abgeordnetenbezüge an die Solidaritätsnetzwerke abführten, aber gleichzeitig darauf bestanden, dass nur sie allein den Kontakt zu den Aktivist*innen vor Ort herstellen sollten. Zwar hätte der Bildungsminister regelmäßig Schulen besucht und ihnen Unterstützung zugesagt, wenn sie die Schulen für soziale Zwecke nutzen wollten. »Das Bildungsministerium selbst engagierte sich jedoch nicht aktiv für die Förderung der Nutzung von Schulen als Knotenpunkte in den Gemeinden. Es stellte weder Räume für Aktivisten zur Verfügung, die Lebensmittel und Gesundheitsdienste organisieren, noch die entsprechende technische Ausbildung, noch andere spezielle Programme, die Studenten darauf vorbereiten, Zeit für die communities aufzubringen, zur Erwachsenenbildung beizutragen und an Gemeindeprojekten zu arbeiten. [...] Die Aktivisten aus den Netzwerken der Ernährungssolidarität waren zu Recht enttäuscht, dass sie vom Landwirtschaftsminis-

²⁶² Alles zitiert nach Sam Gindin/Leo Panitch, *The Socialist Challenge Today*, London 2018, Kindle-Version, Chapter 4, Syriza and the problem of state transformation.

²⁶³ Ebd.

ter nicht die Informationen bekommen konnten, die sie über die Orte bestimmter Anbaukulturen verlangten, damit sie sich an ein breiteres Spektrum von Bauern wenden konnten.«

Aber auch die Partei und Aktivist*innen sahen es nicht als ihre Aufgabe an, »Vorschläge zu entwickeln und einzubringen, wie das Landwirtschaftsministerium unter der Syriza-Regierung geändert werden könnte, um dies zu tun; oder ehrgeiziger, um brachliegendes Land zu identifizieren, das an gemeinschaftliche Lebensmittelgenossenschaften übergeben werden sollte [...]; oder noch ehrgeiziger, wie das Verteidigungsministerium verändert werden könnte, damit Militärlastwagen [...] genutzt werden könnten, um die Verteilung von Lebensmitteln durch die Solidaritätsnetzwerke zu erleichtern.«²⁶⁴

Die Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und der Regierung wurde so mehr und mehr als »Unterstützung durch Proteste oder Kundgebungen verstanden. Die Regierung war der aktive Faktor, der Entscheidungen und politische Weichenstellungen vornahm, während die Bewegungen lediglich ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen konnten.«²⁶⁵ Viele in den Bewegungen aktive Parteimitglieder und Aktivist*innen aus den Bewegungen wurden in den Staatsapparat integriert, während gleichzeitig die »Politikproduktion« auf den Staatsapparat beschränkt blieb. Dies beeinträchtigte »die die operativen Fähigkeiten der Bewegungen und legten sie gleichzeitig auf Eis, anstatt eine produktive Beteiligung zu fördern.«²⁶⁶

Zudem verlor mit dem Regierungseintritt die Partei an Bedeutung. Die Parlamentsfraktion tendierte immer mehr dazu, die Parteiorgane zu ersetzen. So wurde die Entscheidung vom 15. Juli zur Annahme des Diktats der Gläubiger zuerst in der Fraktion und nicht im Zentralkomitee diskutiert. Entscheidungen wurden mehr und mehr von Regierungsvertretern unabhängig von der Partei getroffen. Angesichts einer organisatorisch und politisch noch relativ ungefestigten Partei führte dies zu einer zunehmenden Dominanz der Regierung und der Parteispitze und schwächte die Beziehungen zu den gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen: »Im besten Fall gab es eine schwache und sporadische Beteiligung von Parteisektoren und Bewegungen durch verwor-

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Andreas Karitzis, *The European Left in Times of Crisis: Lessons from Greece*, Amsterdam 2017, S. 49 (eigene Übersetzung).

²⁶⁶ Ebd.

rene Beratungsprozesse.«²⁶⁷ Das Regierungspersonal war gezwungen, Energie und Zeit darauf zu verwenden, bürokratische Hemmnisse und Widerstände eines bürokratischen und in klientelistischen Verhaltensweisen gefangenen Verwaltungsapparat zu überwinden.

Karitzis weist in seiner Bilanz der Syriza-Regierungszeit darauf hin, dass die Überlastung des Regierungspersonals häufig zu einer »allmählichen Anlehnung an die dominante Strategie« des hergebrachten Regierungshandelns führt, »da es nicht in der Lage ist, eine konkurrierende Strategie zu entwickeln und umzusetzen«.²⁶⁸ Traditionelle bürgerliche Parteien – so Karitzis – treten einen großen Teil der Planung und Entwicklung von Regierungsmaßnahmen und Aktionsplänen an außerstaatliche Einheiten wie Beratungsfirmen, Thinktanks und Institute ab. Die staatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparate haben dann die Aufgabe, diese zu implementieren.

Linke an der Regierung müssten auch auf ihre Weise die Politikentwicklung aus den staatlichen Apparaten herausverlagern. So fordert er die »Entstehung von Bewegungseinheiten, die in der Lage sind, Aktionspläne zu entwickeln, deren Logik über das bloße Ausdrücken von Unterstützung oder das Ausüben von Druck hinausgeht, hin zu einer kreativeren Richtung, die eine umsetzbare Politik hervorbringt; – die Umgestaltung staatlicher Prozesse und Abläufe und neue institutionelle »Räume«, die auf die Entwicklung einer effektiveren Rollenverteilung und funktionalen Koordination ausgerichtet sind; – die Entwicklung eines Netzwerks offener, demokratischer, partizipatorischer und dezentralisierter Entscheidungsfindungssysteme und -prozesse sowie der entsprechenden Mechanismen für die Koordination, den Informationstransfer und die Verknüpfung in effektive Planungs- und Umsetzungscluster«.²⁶⁹

²⁶⁷ Vgl. Yannis Katsourides, *Radical Left Parties in Government*, a.a.O., S. 160-161 und Michalis Spourdalakis, *Becoming Syriza again*, a.a.O.

²⁶⁸ Andreas Karitzis, a.a.O., S. 53.

²⁶⁹ Ebd.

Portugal: Linke Alternative oder »Austerität light«?

*»Eben deshalb können aber die Sozialisten, auch ohne an der Regierung teilzunehmen, die maßgebende Politik in hohem Maße beeinflussen.«
(Rosa Luxemburg)*

*»Politik ist Streit«
(Francisco Louca)*

Nach den portugiesischen Parlamentswahlen im Jahr 2015 stand die Sozialistische Partei (PS) vor der Frage, der Rechten zur Regierungsmacht zu verhelfen oder mit den beiden Linksparteien Bloco de Esquerda (BE) und dem von den der Kommunistischen Partei dominierten Wahlbündnis Coligacao Democrática Unitária (CDU) eine Absprache über die Regierungsbildung zu treffen. Zwar wurde die rechte Partei Portugal á frente (PdF) mit 38,86% der Stimmen stärkste Partei, die Sozialisten mit 32,31%, der Bloco mit 10,19% und die CDU mit 8,25% kamen aber zusammen auf eine absolute Mehrheit im Parlament.

Auch Portugal hatte in den Jahren 2011 bis 2014 eine harte Austeritätspolitik erlebt und unter den Vorgaben der Troika gelitten. Der rechte neoliberale Premier Pedro Passos Coelho hatte damals gar erklärt, sein Ziel sei, Portugal »ärmer zu machen«, und dass es notwendig sei, mit den Austeritätsmaßnahmen über das Troika-Programm hinauszugehen.²⁷⁰ Die Auswirkungen dieser Politik waren – wie auch in den anderen südeuropäischen Krisenländern – verheerend: 600.000 Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, die Arbeitslosenrate stieg auf 18%, die Löhne sanken um ca. 20%, Renten wurden gekürzt, während gleichzeitig Steuern erhöht wurden. 27% der Portugies*innen lebten unter der Armutsgrenze. Zahlreiche junge Menschen hatten das Land angesichts fehlender Perspektiven verlassen.

Der PS stand das warnende Beispiel der griechischen PASOK vor Augen, die wegen ihrer Unterstützung der Austeritätspolitik in der Bedeutungslosigkeit versunken war. Die portugiesische Rechte mit der PdF weiter an der Regierung zu belassen und damit eine Fortsetzung der

²⁷⁰ Vgl. Francisco Louca, The Portuguese solution and how to use it, 15. August 2019, International Viewpoint – online socialist magazine; internationalviewpoint.org/spip.php?article 6181.

bisherigen brutalen Austerität zu ermöglichen, hätte die Gefahr der »Pasokifizierung« mit sich gebracht. Die Sozialisten entschieden sich deshalb für einen anderen Weg. Wenige Tage, nachdem eine rechte Minderheitsregierung unter Passos Coelho vereidigt war, wurde sie mit den Stimmen von PS, Bloco und Kommunisten gestürzt, und schließlich eine sozialistische Minderheitsregierung etabliert.

Im Wahlkampf hatte die Vorstandssprecherin des Bloco, Catarina Martins, in einer Fernsehdebatte den Generalsekretär der PS herausgefordert, als sie drei zentrale Themen für eine Übereinkunft zwischen den beiden Parteien formulierte: Schluss mit dem Einfrieren der Renten, keine Reduktion der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und eine Abschaffung von Gesetzen, die Entlassungen erleichtern. Diese drei Forderungen standen im Widerspruch zum Wahlprogramm der PS. Der Vorstoß von Martins war allerdings eher wahltaktisch gemeint und nicht Ausdruck einer strategischen Planung des Bloco. Im Gegenteil – noch 2014 hatte der Parteitag des Bloco jegliches Bündnis mit der PS abgelehnt. Martins Vorschlag beruhte auf der Annahme, dass er nicht Realität wird, weil die Sozialisten wahrscheinlich stärkste Partei würden, und sie zudem nicht bereit sei, mit der Linken zu verhandeln.²⁷¹

Es sollte aber anders kommen: Die PS wurde nicht stärkste Partei und der Bloco erhielt das bis dahin beste Wahlergebnis seiner Geschichte. Bereits am Wahltag kam es zu informellen Treffen zwischen den beiden Parteien und zu Gesprächen über diese drei Forderungen und andere Ziele, wie z.B. die Erhöhung des Mindestlohns.²⁷² Dabei standen »alle Parteien unter großem Druck ihrer Wähler. Die hätten weitere vier Jahre einer Regierung der Rechten und der Troika aus EU, EZB und IWF nicht verstanden. Die Führung der Sozialisten hat begriffen, dass eine Tolerierung der Rechten für sie sehr teuer geworden wäre und deshalb zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Pakt mit der Linken sondiert«, berichtete der frühere Vorsitzende des Bloco, Francisco Louca.²⁷³

In Gesprächen zwischen den Sozialisten, dem Bloco und der kommunistischen Partei resp. der CDU wurden jeweils separate, aber in

²⁷¹ Carlos Carujo/Catarina Principe, Verlockungen der sanften Austerität; www.zeitschrift-luxemburg.de/verlockungen-der-sanften-austeritaet/.

²⁷² Vgl. Francisco Louca, ebd.

²⁷³ Francisco Louca, Der Linksblock unterstützt die portugiesische Minderheitsregierung: Wenn es gegen Privatisierung und Prekarität geht, in: www.labournet.de/internationales/portugal/politik-portugal/der-linksblock-unterstuetzt-die-portugiesische-minderheitsregierung-wenn-es-gegen-privatisierung-und-prekariaet-geht/.

die gleiche Richtung gehende Vereinbarungen mit der PS verhandelt. Die Abkommen beinhalteten kein umfassendes Regierungsprogramm, wie es bei einer Koalitionsvereinbarung üblich ist. Man vereinbarte lediglich einige Maßnahmen, auf die man sich verständigen konnte: die Rücknahme von Privatisierungen des öffentlichen Nahverkehrs in Lissabon und Porto, die Rücknahme von Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, eine Erhöhung des Mindestlohns um 20%, Steuererleichterungen für Lohnabhängige, die Wiederherstellung des Rechts auf Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und einen Stopp der Entlassung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst.²⁷⁴

Minderheitsregierung als »Klapperkiste«

Die beiden Linksparteien traten nicht in die Regierung ein und behielten jenseits der vereinbarten Maßnahmen ihre Handlungsfreiheit und Freiheit der Kritik – die Möglichkeit wechselnder Mehrheiten eingeschlossen. Weder hatte die PS einen Eintritt der Linken in die Regierung verlangt, noch hatten die beiden Linksparteien dies gefordert. Der Bloco wäre auf einen Regierungseintritt auch gar nicht vorbereitet gewesen. Aber das zentrale Argument, nicht in die Regierung einzutreten, war, dass »die Linke und die PDS keine gemeinsame Ebene der programmatischen Verständigung und der gemeinsamen Arbeit hatten, die eine Zusammenarbeit in der Regierung möglich gemacht hätte. Wenn dies geschehen wäre, wäre die Regierung innerhalb weniger Wochen beendet gewesen: Sie kam im November 2015 ins Amt und gleich im Dezember verkaufte sie unter dem Druck der Europäischen Kommission eine kleine Bank, BANIF, an Santander und gab drei Milliarden Euro für diese Operation aus, was die Linke nicht akzeptierte. Hätte es zu diesem Zeitpunkt Minister der linken Parteien gegeben, wären sie aus der Regierung ausgetreten und die Vereinbarung hätte nicht einen Monat gehalten.«²⁷⁵

Die Minderheitsregierung, mit dem Spitznamen »Klapperkiste« versehen, war anfänglich in der Öffentlichkeit mit dem Nimbus der Unsicherheit und Instabilität verbunden. Tatsächlich aber wäre gerade

²⁷⁴ Hilary Wainwright, »Innerhalb der EU und gegen sie«. Bilanz der portugiesischen Anti-Austeritätsregierung – und was sie für Großbritannien bedeutet, in: www.zeitschrift-luxemburg.de/innerhalb-der-eu-und-gegen-sie/.

²⁷⁵ Francisco Louca, The Portuguese solution, a.a.O.

eine enge Verbindung in Form einer Koalition extrem instabil gewesen, während die lockere Form der Kooperation mit einer Minderheitsregierung den Raum für die Artikulation und Austragung politischer Differenz einschließlich wechselnder Mehrheiten eröffnete und sich damit als stabiler erwies.

Die Bildung der neuen portugiesischen Regierung wurde von der Europäischen Kommission zunächst mit großer Skepsis betrachtet. Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament forderte die Europäische Kommission auf, Sanktionen gegen Portugal wegen Verstoßes gegen das Austeritätsprogramm zu verhängen. Die Europaministerin der sozialistischen Regierung berichtete über die Gespräche mit der EU: »Die Position der Europäischen Kommission war ganz klar zu ideologisch. Sie glaubten auf eine ideologische Weise, dass Austerität der beste Weg sei, um der Krise zu begegnen. Am Ende war es allerdings nicht der Inhalt unserer Politiken, der für sie maßgeblich war, es waren die Vereinbarungen mit der Kommunistischen Partei und dem linken Flügel. Sie dachten an Syriza und versuchten, Portugal als das neue Griechenland zu behandeln.«²⁷⁶ Die EU konnte sich jedoch kein zweites Griechenland leisten: »Sie war in Griechenland bereits zu weit gegangen.«²⁷⁷

Zudem konnte die portugiesische Regierung darauf verweisen, dass die Linksparteien nicht Bestandteil der Regierung waren, und dass die PS weiter die wesentlichen Verpflichtungen gegenüber der EU und den Kreditgebern erfüllen werde. »Das war nur teilweise wahr, insofern die PS versichern konnte, dass sie die makroökonomischen Ziele einer Reduktion des Defizits erreichen konnte, aber einige der wichtigsten Maßnahmen, die die EU noch immer zu erreichen versuchte, wurden durch das Abkommen mit der Linken verhindert, wie die neuen Gesetze zur Erleichterung von Entlassungen und die Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.«²⁷⁸

Am Ende sah die EU von Sanktionen gegen Portugal ab, die Kommission sah sich zu einer flexibleren Haltung veranlasst. Ihre Haltung gegenüber Griechenland hatte sie Reputation gekostet, und die portugiesische Regierung konnte versichern, dass sie anders als Syriza eine frontale Konfrontation vermeiden wollte. Der sozialistischen Minderheitsregierung kamen dabei einige günstige Umstände zu Hilfe: Die lo-

²⁷⁶ Margarida Marques, zitiert nach: Hilary Wainwright, a.a.O.

²⁷⁷ Francisco Louca, *Der Linksblock unterstützt...*, a.a.O.

²⁷⁸ Francisco Louca, *The Portuguese solution...*, a.a.O.

ckere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank mit dem Aufkauf von Staatsanleihen ließ die Zinsen sinken und schaffte damit Erleichterung bei der Refinanzierung der Staatsschulden. Hinzuzu kam ein niedriger Ölpreis und die wirtschaftliche Erholung im Euroraum, die zu einer steigenden Nachfrage und zu einer Wiederbelebung des für Portugal so wichtigen Tourismus führte.

Gleichzeitig führte die Abkehr von Kürzungsmaßnahmen der Vorgängerregierung, die Erhöhung des Mindestlohns u.a. zu einer Belebung der Binnennachfrage. Die portugiesische Handelsbilanz war erstmals seit vielen Jahren wieder positiv. 2017 lag die Wachstumsrate der Wirtschaft mit 2,7% über dem Durchschnitt der Eurozone, das Haushaltsdefizit sank von über 11% auf 2,1% in 2016. 2019 wurde ein ausgeglichener Haushalt erreicht. Portugals Haushalt verzeichnete Primärüberschüsse und die Verschuldung konnte reduziert werden. Damit einhergehend sank die Arbeitslosigkeit von ca. 18% auf um die 6%, auch wenn der Anteil der prekär Beschäftigten noch immer sehr hoch war.

Damit konnten die unterschiedlichsten Ziele erreicht werden: Die Haushaltskonsolidierung konnte vorangebracht werden, Lohnabhängige und Rentner*innen wurden spürbar entlastet, die Zinslast aus der Staatsverschuldung reduziert und wirtschaftliches Wachstum generiert werden. Ein Wermutstropfen bleibt jedoch in dieser Erfolgsbilanz: Die Erreichung der Budgetziele und eines Primärüberschusses war nur durch eine Reduktion der öffentlichen Investitionen möglich – sie wurden um 30% reduziert und liegen auf dem niedrigsten Stand seit 70 Jahren.²⁷⁹ Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und kann nur wenige Jahre durchgehalten werden, will man nicht den völligen Verfall der öffentlichen Infrastruktur in Kauf nehmen.

Die mit der Abkehr von der harten Austeritätspolitik der Vorgängerregierung verbundenen wirtschaftlichen Impulse und die Entspannung der Haushaltssituation ermöglichten es der Linken, bei den jährlichen Haushaltsdebatten neue Maßnahmen zu verlangen, die über das bislang schriftlich Vereinbarte hinausgingen. So setzten sie als wichtige Maßnahme gegen die wachsende Energiearmut im Lande eine Senkung der Strompreise für die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung durch, jährliche Rentenerhöhungen wurden beschlossen und Zwangsräumungen bei ausstehenden Hypothekenzahlungen wurden

²⁷⁹ Michael R. Krätke, Portugal: Anti-neoliberal zum Erfolg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/19, S. 27.

ausgesetzt. Für zehntausend ehemals prekär Beschäftigte im öffentlichen Sektor konnte eine feste Beschäftigungsgarantie erreicht werden.

Erfolge und Konflikte

Die Zusammenarbeit zwischen den Linksparteien und der PS war selbstverständlich bei allen Erfolgen auch mit einer Reihe von Konflikten verbunden. Francisco Louca berichtete exemplarisch, wie der Bloco einen Konflikt gründlich vorbereitete und zugleich Lösungen entwickelte, um Erfolge zu erzielen: »Ein früherer Koordinator des Bloco, Joao Semedo, schrieb mit einem Gründer der Sozialistischen Partei, ihrem Ehrenvorsitzenden, António Arnaut, ein Gesetz zur Reorganisation der Struktur und Politik des Gesundheitswesens. Sie veröffentlichten ihren Vorschlag in einem Buch, das eine bemerkenswerte Wirkung hatte und die Debatte im Lande bestimmte. Dieses Werk der Zusammenarbeit prägte die portugiesische Politik. Die Regierung unterstützte zunächst den Vorschlag – der Premierminister und mehrere Regierungsmitglieder nahmen an der Präsentation teil. Der Ministerpräsident entschied sich dann aber, eine Alternative zu präsentieren und beauftragte damit einen ehemaligen Minister, der den rechten Flügel der PS vertrat. Dann gab sie diesen Vorschlag auf und suchte eine Einigung mit der Linken. Dann suchte sie unter dem Druck von Finanzgruppen mit Interessen in diesem Bereich eine Einigung mit der wichtigsten rechten Partei. Schließlich, nachdem alle diese Manöver gescheitert waren, akzeptierte sie in letzter Minute eine Einigung mit den linken Parteien. Das Ergebnis ist ein fortschrittliches Gesetz und das Vorhandensein einer starken Debatte über die Erfahrungen mit dem privaten Management von öffentlichen Krankenhäusern [...]. Für den Bloco ist dieser Prozess ein interessantes politisches Ereignis ohne Präzedenzfall in der portugiesischen Politik. Erstens wurde ein gemeinsamer Vorschlag von historischen Führern der PS und des Bloco präsentiert. Und zweitens hat der Bloco eine intensive Debatte geführt, auf die die Regierung reagieren musste; [...] er hat es geschafft, dem Druck der Großfinanz zu widerstehen; und er hat angesichts des Scheiterns der Regierung die Grundlagen einer Vereinbarung vorangetrieben, die im Parlament eine Mehrheit fand.«²⁸⁰

²⁸⁰ Francisco Louca, *The Portuguese solution...*, a.a.O.

Aber es kam nicht nur zu Auseinandersetzungen und Konflikten mit der PS – auch zwischen Bloco und der PCP kam es zu Kontroversen. In sozialen, fiskalischen und wirtschaftlichen Fragen hatten sie weitgehende Übereinstimmungen – die PCP aber lehnte z.B. die Vorstöße des Bloco zur Geschlechterparität und zur Legalisierung des assistierten Suizids ab. Auf der anderen Seite differenzierte auch die PS zwischen den beiden Linksparteien. Da die PCP eine relative stabile Basis (u.a. unter den Landarbeitern im Alentejo) hat und die Basis der PS relativ »immun« gegen die PCP ist, agierten die Sozialisten gegenüber den Kommunisten relativ freundlich, während sie den Bloco häufiger angriffen, da dieser eher die Möglichkeit des Dialogs und des Einbruchs in die PS-Wähler*innenschaft hat.²⁸¹ Dies war jedoch eher vorteilhaft für den Bloco, da damit auch die Differenz zur PS deutlicher markiert wurde.

Das zeigte sich auch bei den Wahlen im Jahr 2019. Die PS wurde erstmals seit 2009 wieder stärkste Partei mit 36,35%. Nach den sozialen Verbesserungen und Erleichterungen der vorangegangenen vier Jahre hatte sie deutlich an Ansehen gewonnen. Die rechte PDS verlor mehr als 10% und erreichte nur noch 27,77%. Der Bloco konnte sein Ergebnis trotz leichter Verluste mit 9,52% weitgehend halten, während die CDU nur noch 6,34% erzielte. Die Sozialisten verfehlten damit zwar ihr Wahlziel einer absoluten Mehrheit – allerdings nur um vier Parlamentssitze. Catarina Martins erklärte ihre Bereitschaft, wieder mit der PS über eine Vereinbarung zu verhandeln, die geschwächte PCP erklärte ebenfalls ihre Bereitschaft zu einer Kooperation mit den Sozialisten, aber diesmal ohne feste Vereinbarung. Man wolle die Unterstützung von Einzelfall zu Einzelfall entscheiden. Die PS wiederum entschied sich gegen Vereinbarungen nach dem Muster der vorangegangenen Legislaturperiode. Dies war ihr auch möglich, denn arithmetisch gab es jetzt mehrere Möglichkeiten der Mehrheitsbildung, u.a. weil es mehreren Kleinstparteien gelungen war, im Parlament vertreten zu sein.

Die sozialistische Minderheitsregierung von 2015 bis 2019 hatte, gestützt von den Linksparteien, das Korsett der vorangegangenen harten Austeritätspolitik verlassen und eine ganze Reihe sozial- und arbeitsmarktpolitischer Verbesserungen auf den Weg gebracht. Aber ein grundlegender Politikwechsel, strukturelle Veränderungen blieben aus. Der Abbau der Arbeitslosigkeit war – wie auch in den anderen EU-Ländern – mit einem Anwachsen prekärer Beschäftigung verbunden. Das Erreichen der Haushaltsziele (und der Spielraum für sozialpoliti-

²⁸¹ Ebd.

sche Maßnahmen) wurde mit einer gravierenden Reduzierung der öffentlichen Investitionen erkaufte. Öffentliche Dienstleistungen wie das Gesundheitssystem und das Erziehungswesen waren nach wie vor extrem unterfinanziert. Auch wenn insbesondere in das Gesundheitssystem zusätzliche Mittel flossen, blieben diese weit hinter dem Bedarf zurück. Insbesondere die Situation im Gesundheitssystem machte der Bloco zu einem zentralen Thema in der Wahlkampagne.

Hilary Wainwright zitierte Bruno Maio, Mediziner und Bloco-Mitglied, der einen »Verfall der Infrastruktur und der Dienste selbst« im Gesundheitssektor konstatiert und beklagt, »(wir) verlieren Ärztinnen und Ärzte an den privaten Sektor; Notaufnahmen sind überfüllt, es gibt zunehmende Wartezeiten und immer längere Wartelisten für Operationen. Es nimmt unerträgliche Ausmaße an.« Und er fordert: »Wir werden die unzureichenden Investitionen ins Gesundheitswesen einfach angehen müssen.«²⁸²

Gesundheitspolitik als Kern der Auseinandersetzungen

Mit der Corona-Pandemie verschärfte sich diese kritische Situation des Gesundheitssystems weiter. Der Bloco stellte deshalb auch die Situation des Gesundheitswesens in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um den Haushalt für das Jahr 2021. So definierte Catarina Martins die Prioritäten der Partei für den Etat in vier Punkten: die Stärkung des Nationalen Gesundheitsdienstes, die Sicherung von Beschäftigung und von Arbeitsrechten in der Krise, soziale Sicherheit, die niemanden zurückschleift, und dass keine staatlichen Zuschüsse in kriselnde Banken fließen, sondern diese Probleme im Bankensektor gelöst werden müssen.

Im Vorfeld der Haushaltsabstimmung hatte Francisco Louca der PS noch einen Vorschlag zur Überwindung der Differenzen zwischen dem Bloco und der Regierung unterbreitet: Die PS solle die vorgesehene Zahlung an eine von Lone Star geführte Bad Bank aus dem Haushalt herauslösen, und eine Überprüfung durch den Rechnungshof abwarten. Falls der Rechnungshof die rechtliche Zulässigkeit der Zahlung bestätige, könne die Regierung dafür einen Nachtragshaushalt zur Abstimmung stellen. Damit gäbe es »keinen Grund, den Haushalt 2021 in dieser Frage abzulehnen«. Falls es zu einem Nachtragshaushalt für die Bad Bank komme, würde die Linke dann dagegen stimmen »und es läge in

²⁸² Hilary Wainwright, a.a.O.

der Verantwortung der Regierung, eine Mehrheit zu finden, wenn im Mai Zahltag ist«.

Auch in Fragen des Arbeitsrechts müsse eine Einigung über den Schutz von Tarifverträgen und den Verzicht auf eine Verlängerung der Probezeit möglich sein. Das wichtigste Thema sei jedoch der Nationale Gesundheitsdienst. Die Regierung selbst habe vor der Pandemie festgestellt, dass 8.400 Fachkräfte fehlen. Die Regierung habe die Verpflichtung zu entsprechenden Neueinstellungen nicht erfüllt, mit der Folge, dass Ende 2020 weniger Ärzte im Nationalen Gesundheitsdienst arbeiten als zuvor: »Die Lösung liegt im PS-Programm: attraktive Karrieren mit hervorragenden Arbeitsbedingungen. Nur dann wird es mehr Ärzte geben. Das wäre eine gute Vereinbarung für die PS [...]. Es wird seltsam erscheinen, dass sie ihr Programm, das eine strukturelle Antwort auf eine strukturelle Schwierigkeit ist, nicht anwendet.«²⁸³

Die Regierung blieb jedoch bei ihrem Kurs und der Bloco entschied daher, den Haushalt abzulehnen. Die Regierung hatte die ursprünglich geplante Erhöhung des Mindestlohns um 140 Euro zurückgenommen und sich jeder weiteren Reform der Arbeitsgesetzgebung verweigert. Die Maßnahmen im Gesundheitswesen blieben weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Auch blieb es bei der Finanzierung von Verlusten der Bad Bank mit öffentlichen Geldern. Mariana Mortágua, Abgeordnete des Bloco, erklärte, die Differenzen zum Haushalt 2021 seien keine Differenzen »im Detail«, sondern in der Substanz: »Dies ist ein besonderer Haushalt, denn er hat die Verpflichtung und die Verantwortung, eine Antwort auf eine der schwersten Krisen, die wir erleben, zu geben. Eine soziale, eine ökonomische und auch eine Krise der öffentlichen Gesundheit, mit großen Auswirkungen auf das Leben der Menschen.« Die Differenzen mit der Regierung seien grundsätzlicher Art über die Strategie, mit der auf die Krise geantwortet werden muss.²⁸⁴

In der abschließenden Haushaltsdebatte argumentierte Catarina Martins: »Vor einem Jahr lehnte die Regierung eine legislative Vereinbarung mit dem Bloco ab und versuchte zu regieren, als hätte sie eine absolute Mehrheit. Seitdem hat sie einige Vereinbarungen getroffen, die sie nicht besonders eingehalten hat. Sie hat weder die Einstellun-

²⁸³ Francisco Louca, Quatro sugestões para algum bom senso; www.esquerda.net/opiniao/quatro-sugestoes-para-algum-bom-senso/71128 (eigene Übersetzung).

²⁸⁴ 2021 Portuguese State Budget: Bloco de Esquerda will vote against the document, 11.11.2020; internationalviewpoint.org/spip.php?article6902.

gen im Gesundheitsbereich noch die Unterstützung für informelle Pflegekräfte und informelle Arbeiter umgesetzt.« Und sie argumentierte weiter, dass es möglich gewesen wäre, für den Haushalt über Vieles eine Einigung zu finden, »aber die Gesundheit durfte nicht fehlen. In dem die Regierung die Gesundheit im Stich lässt, lässt sie das Land im Stich. [...] Ein Deal für die Gesundheit – aber ein echter Deal, nicht eine weitere Ankündigung – hätte diesen Haushalt retten können.« Und sie stellte die PS einmal mehr vor die Alternative, entweder sie suche die Zusammenarbeit mit der Rechten, »oder sie geht einen Vertrag für soziale Politik ein, um eine Mehrheit zu bilden, die Portugal schützt. Portugal muss die Sicherheit seiner Sozialpolitik und des Gesundheitswesens, eine strenge Besteuerung und den Respekt vor der Arbeit, die alles ermöglicht, garantieren. Das ist es, was wir erreichen wollen.«²⁸⁵

²⁸⁵ Catarina Martins, Debate foi entre a resposta de mínimos do governo e a exigência da esquerda, Intervenção da Catarina Martins no final do debate parlamentar sobre o Orçamento de Estado para 2021, 26.11.2020; www.esquerda.net/artigo/debate-foi-entre-resposta-de-minimos-do-governo-e-exigencia-da-esquerda/71470.

Tolerieren und Koalieren: Erfahrungen der PDS und der LINKEN

*»Die PDS hat, stets ausgehend vom bestehenden Kräfteverhältnis zu prüfen und zu entscheiden, in welcher Rolle sie kurz-, aber auch langfristig im Sinne ihres Programms größeren Einfluss auf die Politik nehmen kann [...] Koalition um jeden Preis führt ebenso in die Irre wie Opposition um der Opposition willen.«
(9. Parteitag der PDS 2004)*

*»Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften gehen wir dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördert.«
(DIE LINKE, Erfurter Programm)*

DIE LINKE und ihre Vorläuferpartei PDS haben mittlerweile reichlich Erfahrung mit einer Regierungsbeteiligung oder der Stützung einer Minderheitsregierung gesammelt. So tolerierte die PDS in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 1998 eine rot-grüne Minderheitsregierung und von 1998 bis 2002 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Und die nordrhein-westfälische LINKE stützte von 2010 bis 2012 ein rot-grünes Kabinett. 1998 bis 2006 regierte die PDS Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalitionsregierung mit der SPD, in Berlin regierte eine rot-rote Koalition von 2002 bis 2011, in Brandenburg von 2009 bis 2019. In Thüringen gelang es seit 2012 erstmals, mit Bodo Ramelow einen linken Ministerpräsidenten zu stellen und eine rot-rot-grüne Koalition zu bilden. Seit 2016 regiert auch DIE LINKE in Berlin gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen und 2019 kam es in Bremen zur ersten Regierungsbeteiligung der LINKEN in einem westdeutschen Bundesland – auch hier in einer Koalition mit SPD und Grünen.

All diese Regierungsexperimente sind mit Erfolgen wie Niederlagen, Irrtümern, aber auch politischen Lernprozessen verbunden gewesen und sind es noch immer. Sie bilden einen reichhaltigen Schatz von Erfahrungen – sowohl über Risiken als auch Chancen von Regierungsbeteiligungen. Leider wurden und werden diese Erfahrungen in der innerparteilichen Diskussion der LINKEN viel zu wenig genutzt und verarbeitet, um für künftige Zeiten besser gerüstet zu sein und begangene Fehler und Irrtümer zu vermeiden. Allzu oft zieht man sich auf eine Art »ideologischen Purismus« zurück, dem es vor allem um die Reinheit der eigenen Gesinnung geht, weniger um die Frage, wie man unter den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen anders oder besser regieren könnte, um Kräfteverhältnisse weiter nach links zu verschieben und den Handlungsspielraum für emanzipatorische Kräfte erweitern könnte.

An dieser Stelle soll nicht der Versuch unternommen werden, alle Regierungsbeteiligungen, Tolerierungen etc. der PDS/DIE LINKE zu analysieren, sondern exemplarisch vier »Typen« des Agierens in der Regierungsfrage zu diskutieren: die Tolerierung bzw. Stützung von Minderheitsregierungen am Beispiel Sachsen-Anhalt und NRW, am Beispiel der Berliner rot-roten Regierung eine Regierungsbeteiligung zu den Hochzeiten des Neoliberalismus und der Austerität, ein »Regieren in Bewegung« in Berlin seit 2016 gemeinsam mit SPD und Grünen und schließlich die Thüringer Erfahrung eines »Bollwerk gegen rechts« und eines »Regierens ohne Hegemonie.«

Das »Magdeburger Modell«: Tolerierung oder »Koalition ohne Minister«?

*»Es ist ein Schritt nach vorn, wenn der Unterschied von Tolerieren und Regieren mit wechselnden Mehrheiten begriffen wird. Wer eine Regierung toleriert, geht bereits ein grundsätzliches, wenn auch herabgestuftes Bündnis mit ihr ein. In dem Fall übernimmt man tatsächlich ›Verantwortung für die politische Grundrichtung‹ derer, die man toleriert.«
(Michael Jäger)*

Bei den Landtagswahlen 1994 erlitt die bis dahin regierende Koalition aus CDU und FDP eine herbe Niederlage: Die CDU verlor 4,6%, blieb aber mit 34,4% stärkste Partei. Die FDP verpasste mit 3,8% den Einzug in den Landtag. SPD und PDS gewannen 8 bzw. 7,9% dazu, die Grünen erreichten 5,1%. Die alte Regierung war abgewählt, eine neue Regierungsmehrheit musste gefunden werden. Eine Koalition von SPD und PDS war im Jahr 1994 – nur wenige Jahre nach dem Ende der DDR und der SED – noch undenkbar gewesen, so blieben als Möglichkeit nur eine Große Koalition von CDU und SPD oder eine rot-grüne Minderheitsregierung – die allerdings auf die Stimmen der PDS angewiesen wäre.

Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte der damalige Landesvorsitzende der PDS, Roland Claus, eine mögliche Tolerierung in die Debatte gebracht, um die CDU aus der Regierung zu drängen – ein Vorstoß, der öffentlich entweder auf Ablehnung stieß oder als bloßes Wahlkampfmanöver abgetan wurde.²⁸⁶ Der sozialdemokratische Spitzenkandidat Reinhard Höppner hatte dieses Ansinnen im Wahlkampf noch strikt abgelehnt. Angesichts des Wahlergebnisses und der Diskreditierung der CDU, die durch die vergangene Regierungspraxis, wachsende Arbeitslosigkeit und Affären diskreditiert war, wuchs in der SPD der Druck, sich gegen eine Koalition mit der Union auszusprechen und eine rot-grüne Minderheitsregierung zu wagen. Eine Schlüsselstellung beim Zustandekommen dieser Konstellation spielten Bündnis 90/Die Grünen und deren Fraktionsvorsitzender Hans-Joachim Tschische.

²⁸⁶ Vgl. Matthias Gärtner, PDS toleriert Rot-Grün. Sachsen-Anhalt: Ein Rückblick auf acht Jahre (1995 bis 2002), in: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.), Mit Links regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, Hamburg 2015, S. 134.

Dass die »SED-Nachfolgepartei« PDS wenige Jahre nach der Wende entscheidenden Einfluss auf die Regierungsbildung erhielt, war alles andere als eine Selbstverständlichkeit, sondern galt als Tabubruch: »Vor allem Unionspolitiker überschlugen sich in hysterischen Kommentaren. Als modellhaft für ein ›Volksfrontbündnis‹ bezeichnete CSU-Generalsekretär Erwin Huber die aufgehobene Ausgrenzung; Bundeskanzler Kohl sah den ›Konsens aller Demokraten‹ aufgekündigt und wetterte gegen die ›rotlackierten Faschisten‹. [...] Äußerst kritisch wurde Höppners Wagnis auch in der SPD-Bundeszentrale beäugt. Die Niederlage von Kohls damaligem Herausforderer Rudolf Scharping wurde auch dem Magdeburger Tabubruch angekreidet.«²⁸⁷

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten 1994 enthielt sich die PDS-Fraktion mehrheitlich der Stimme und ermöglichte so im dritten Wahlgang die Wahl von Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten und markierte so ihre Distanz zur Regierung. Auch die Regierungsparteien sprachen in der Anfangsphase von einem Regieren mit wechselnden Mehrheiten und suchten somit deutlich zu machen, dass die Regierung nicht auf eine ausschließliche Mehrheitsbildung mit der PDS angewiesen sei. Die CDU zog sich jedoch weitgehend auf eine Obstruktionspolitik und Verweigerungshaltung zurück und trug damit »dazu bei, dass die Zusammenarbeit zwischen Koalition und PDS mit der Zeit insgesamt recht reibungslos funktionierte.«²⁸⁸ Die PDS wiederum sah »wechselnde Mehrheiten« nicht als anzustrebendes Ziel und blockierte Überlegungen, in den Ausschüssen über ein verändertes Zählverfahren eine relative Mehrheit herzustellen. Sie tat dies »wissend, dass sie sich damit in den Ausschüssen bei kaum einer Abstimmung enthalten konnte.«²⁸⁹ Auf SPD und Grüne sollte so Druck zu einer Verständigung mit der PDS ausgeübt werden, um die Kompromissbereitschaft der Regierungskoalition zu erzwingen, um eine aktive Rolle in der rot-rot-grünen Mehrheitskonstellation spielen zu können. Damit entstand aber nicht nur ein Einigungszwang der Koalitionsfraktionen mit der PDS. Der Druck zum

²⁸⁷ Hendrik Lasch, Das Magdeburger Modell wird wohl im nächsten Monat auslaufen. Acht Jahre Tolerierung wandelten Zusammenarbeit von SPD und PDS vom Sünden- zum Normalfall, in: Neues Deutschland, 26.3.2002.

²⁸⁸ Stefan Schieren, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: »Magdeburger Modell« mit einigen Mängeln, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Februar 1999, Vol. 30, No. 1, S. 57.

²⁸⁹ Rosemarie Hein, Reformpolitik unter den Bedingungen der Regierungstolerierung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Hein_Rosemarie/Hein_Reformpolitik.pdf.

Kompromiss wirkte auch auf die PDS, sich bereits in den Ausschüssen mit Sozialdemokraten und Grünen auf eine gemeinsame Position zu verständigen und als gemeinsame Politik zu vertreten. Die PDS drängte auf eine immer engere Kooperation und »forderte immer häufiger die exklusive konsensorientierte Verhandlung aller parlamentarischen Fragen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS als »Preis« für ihre Tolerierungsbereitschaft.«²⁹⁰

Ab 1995 bildete sich zunehmend ein Entscheidungsmechanismus heraus, in dem die beiden parlamentarischen Geschäftsführer, Bullerjahn für die SPD und Gallert für die PDS, die zentrale Rolle bei der Kompromissfindung spielten. Die zwischen ihnen gefundene Einigung wurde anschließend in ihren jeweiligen Fraktionen zur Beschlussfassung vorgelegt: »Die von ihnen formulierten Kompromisse prägten nachfolgende politische Entscheidungen der Fraktionen und des Landtags. Insofern verhandelten die parlamentarischen Geschäftsführer die politischen Grundlagen legislativer Entscheidungen vor – und zwar unter Ausschluss anderer Fraktionen und außerhalb der für diese Entscheidungen »zuständigen« parlamentarischen Gremien. So entstand innerhalb des Parlaments, aber außerhalb des »normalen« parlamentarischen Geschäftsbetriebs, ein exklusives Verhandlungssystem. [...] Das Parlament war lediglich die politische Arena, in der sich das Tolerierungsmanagement abspielte.«²⁹¹

Bei der Landtagswahl 1998 verpassten die Grünen den Einzug in den Landtag. Die CDU erlitt mit minus 12,4% dramatische Stimmenverluste, die rechtsradikale DVU zog mit 12,9% ins Parlament ein, die SPD legte mit 35,9% leicht zu und die PDS konnte ihr Ergebnis mit 19,6% nahezu halten und hatte absolut sogar einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die SPD-Bundesspitze mit Gerhard Schröder übte massiven Druck zur Bildung einer Großen Koalition aus. Dies stieß jedoch auf massiven Widerstand in großen Teilen der Landes-SPD, sodass es zu einer Neuauflage des Tolerierungsmodells kam – diesmal mit einer von der PDS gestützten sozialdemokratischen Alleinregierung.

Anders als in der Legislaturperiode zuvor gab es naturgemäß keinen Koalitionsvertrag, sondern nur eine relativ allgemein gehaltene Regierungserklärung. Die Konflikte zwischen der durch die Wahlen gestärkte

²⁹⁰ Sven Thomas, Zur Handlungsfähigkeit von Minderheitsregierungen am Beispiel des »Magdeburger Modells«, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2003, Vol. 34, No. 4, S. 800.

²⁹¹ Ebd., S. 800ff.

SPD und der PDS nahmen zu. Zu einer großen Auseinandersetzung kam es bei der Neufassung des Kindertagesstättengesetzes mit einer Reduzierung der Haushaltsmittel und einer Verschlechterung des Betreuungsschlüssels, Personalabbau und höheren Elternbeiträgen. Im Parlamentsausschuss hatte die PDS noch gemeinsam mit der CDU gegen die SPD und das neue Kindertagesstättengesetz gestimmt. Das Gesetzesvorhaben war von öffentlichen Protesten von Eltern und Gewerkschaften begleitet, eine Volksinitiative sammelte an die 300.000 Unterschriften gegen das Vorhaben.

Seitens der Regierung wurde argumentiert, auch nach den Kürzungen habe Sachsen-Anhalt das »pädagogisch anspruchsvollste und familienfreundlichste Kinderbetreuungsgesetz in Deutschland«. ²⁹² Dies änderte jedoch nichts daran, dass mit dem Gesetz eine reale Verschlechterung einherging. Im Rahmen von Verhandlungen über den Haushalt stimmte die PDS dem Gesetz letztlich zu: »Sie sah sich angesichts drohender Kürzungen im Bereich des geförderten Arbeitsmarktes, bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen und in der sozio-kulturellen Infrastruktur des Landes am Ende der finanziellen Fahnenstange«, erläuterte die damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Birke Bull, das schließliche Einlenken der PDS. ²⁹³ Bei einer Ablehnung »wäre der Haushalt geplatzt und das Magdeburger Modell gestorben«, argumentierte die damalige Fraktionsvorsitzende Petra Sitte, »dies wäre auf eine große Koalition von SPD und CDU, die unkritisch zu DVU Positionen steht, hinausgelaufen«. ²⁹⁴ Als »dreifachen Rittberger« kritisierte damals der ÖTV-Vorsitzende, Manfred Bartsch, die Wendung der Partei.

Als Konsequenz aus dieser Krise des Tolerierungsbündnisses wurde die Zusammenarbeit vertieft und institutionalisiert. Gemeinsame Arbeitskreise (»Projektgruppen«) zwischen den Fraktionen von SPD und PDS wurden eingerichtet. Dort wurden parlamentarische Entscheidun-

²⁹² Sozialministerin Gerlinde Kuppe (SPD), zitiert nach: Neues Deutschland 23.1.1999; www.neues-deutschland.de/artikel/747872.mehr-macht-weniger-geld-sozialisten-in-heikler-lage.html.

²⁹³ Birke Bull, PDS gegen PDS. Streit um Kinderbetreuung spaltet die demokratischen Sozialisten, in: Neues Deutschland, 13.4.1999; www.neues-deutschland.de/artikel/759150.pds-gegen-pds.html?sstr=pds|gegen|pds.

²⁹⁴ Zitiert nach: Neues Deutschland, Mehr Macht, weniger Geld – Sozialisten in heikler Lage, 23.1.1999; www.neues-deutschland.de/artikel/747872.mehr-macht-weniger-geld-sozialisten-in-heikler-lage.html?sstr=mehr|macht|weniger|geld|sozialisten|heikler.

gen vordiskutiert und eine gemeinsame Positionierung erarbeitet. Die Landesregierung war an diesen Gesprächen nicht beteiligt, aber über die Ergebnisse informiert und auch im Vorfeld »konsultiert«. ²⁹⁵

Als weitere Stufe der Zusammenarbeit wurde die sogenannte »5+5-Runde« etabliert. An diesen Gesprächen nahmen sowohl die Fraktions- und Parteispitzen der beiden Parteien wie auch der Ministerpräsident und der Chef der Staatskanzlei teil: »Die Fachminister wurden ebenso wie die meisten Fachpolitiker der Fraktionen nur in nachgeordneten Arbeitsgruppen eingebunden, ohne selbst an den Abschlussverhandlungen beteiligt zu sein. Mit den 5+5-Gesprächen wurde in Sachsen-Anhalt zwischen der SPD und der PDS ein Verhandlungsgremium installiert, das exklusiv nur eine Beteiligung von Spitzenvertretern der Fraktionen, der Parteien und der Landesregierung zuließ.« ²⁹⁶

Ursprünglich war vorgesehen, in diesem Format nur die zentralen, besonders wichtigen Gesetzesvorhaben zu behandeln. Faktisch wurden jedoch fast alle Gesetzesvorhaben dort verhandelt: »Damit fand ein erheblicher Teil der politischen Entscheidungsprozesse in Sachsen-Anhalt bereits im Vorfeld und außerhalb von Parlamentsbefassung und Kabinettsitzungen statt. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative beziehungsweise zwischen Staat und Parteien wurde durch die 5+5 Gespräche faktisch »überbrückt.« Es kam zu einer »direkten Vernetzung von Entscheidungsprozessen der Landesregierung mit denen der beteiligten Fraktionen und der Spitzen der beteiligten Parteien.« ²⁹⁷

Vertrat das Magdeburger Modell anfänglich noch die Idee der wechselnden Mehrheiten (zumindest aufseiten der SPD), kam es zu einer engeren Abstimmung und Verbindung sowohl zwischen den Koalitionsfraktionen als auch zwischen den Fraktionen und der Regierung. So wurde auch verabredet – so der damalige parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion, Wulf Gallert – »wichtige Dinge nicht mehr gegeneinander zu beschließen.« ²⁹⁸ Ein derartiger Ausschluss wechselnder Mehrheiten kommt einem Koalitionszwang gleich, wie es typisch für wirkliche Koalitionen ist. So stellte auch Gallert fest: »Die Gespräche der Fraktionsspitze in den 5+5 Runden stellen das Vorstadium einer

²⁹⁵ Sven Thomas, a.a.O., S. 803.

²⁹⁶ Ebd., S. 805.

²⁹⁷ Ebd., S. 806.

²⁹⁸ Interview mit Wulf Gallert, Polizeigesetz Magdeburger Modell, in: Neues Deutschland, 25.2.2000; www.neues-deutschland.de/artikel/848252.polizeigesetz-magdeburger-modell.html?sstr=polizeigesetz|magdeburger|modell.

Koalition dar.«²⁹⁹ So kommt auch Sven Thomas bezüglich des Magdeburger Modells zu dem Schluss: Mit den 5+5 Gesprächen könne angesichts der »Vernetzung legislativer, exekutiver und parteipolitischer Entscheidungsprozesse« nicht mehr von einem »parlamentarischen« Tolerierungsmanagement gesprochen werden.³⁰⁰ Aus der Perspektive der PDS betrachtet, handelte es sich eher um eine »Koalition ohne Minister«, d.h. ohne direkten Zugriff auf die Exekutive.

Lediglich einmal kam es zu wechselnden Mehrheiten, als der SPD-Innenminister den Entwurf eines repressiven Polizeigesetzes mit Schleierfahndung, Videoüberwachung und Platzverweisen vorlegte, und dies nach längerer Auseinandersetzung mit der Mehrheit von SPD und CDU gegen die PDS beschlossen wurde. Diese Ausnahme bestätigte jedoch eher die Regel, denn um das Bündnis nicht zu gefährden (der dem rechten Flügel der SPD angehörende Innenminister hatte bei Ablehnung des Polizeigesetzes mit Rücktritt gedroht), »wurde verabredet, dass in diesem konkreten Fall die Landesregierung auf Stimmensuche bei der CDU gehen könne«.³⁰¹

Diese »Koalition ohne Minister« ermöglichte der PDS einerseits eine stärkere Einflussnahme auf Gesetze und Entscheidungsvorlagen, da sich die SPD mit ihrem Tolerierungspartner einigen musste. Andererseits aber bot dieses System der Entscheidungsfindung der SPD die Möglichkeit, die PDS an die Regierungspolitik zu binden und in ihren Möglichkeiten des parlamentarischen (und außerparlamentarischen) Agierens zu beschränken, da sie ebenfalls durch den Ausschluss wechselnder Mehrheiten unter Einigungszwang mit der SPD stand.

Zugespitzt formuliert, vereinte das Magdeburger Modell die Nachteile einer Koalition (Zwang zur Einigung mit dem Koalitionspartner und Verteidigung der gefundenen Kompromisse als gemeinsame Politik) mit den Nachteilen einer Tolerierung (kein Einfluss auf das unmittelbare Regierungs- und Verwaltungshandeln). So beklagte Rosemarie Hein, man habe zwar Einfluss auf die Haushaltsgesetzgebung, »aber danach sei der Einfluss meistens erschöpft. Denn die wahre Macht werde durch die ministerielle Bürokratie ausgeübt. Dort wird entschieden, wer wieviel Geld bekommt. Wir beschließen zwar großartige Summen, aber im nächsten Jahr erklären uns die Beamten, dass die Mittel gar nicht abgeflossen sind und der neue Haushaltsansatz deshalb geringer ausfal-

²⁹⁹ Ebd.

³⁰⁰ Vgl. Sven Thomas, a.a.O., S. 806.

³⁰¹ Matthias Gärtner, a.a.O., S. 137.

le.«³⁰² An anderer Stelle führte sie aus: »Nicht wenige Reformen scheitern oder werden zumindest beeinträchtigt durch die mangelhafte oder zögerliche exekutive Umsetzung. [...] Ohne den direkten Zugriff wenigstens auf einen Teil der Ministerien ist [...] eine eigenständige alternative Politikgestaltung mit komplexem Anspruch nicht möglich.«³⁰³

Die inhaltliche Bilanz des Magdeburger Modells ist zwiespältig – die PDS konnte eine Reihe von Verbesserungen erreichen: ein relativ hohes Niveau der Kommunalfinanzierung, Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Einrichtung von Demokratiezentren im Kampf gegen rechts, kommunales Wahlrecht ab 16, Reduzierung des Personals des Verfassungsschutzes. Auf der Negativseite stehen die Kürzungen mit dem Kinderbetreuungsgesetz und in der Endphase weitere Kürzungen auch im sozialen Bereich. Unterm Strich gingen diese Maßnahmen nicht über sozialdemokratische Politik hinaus. Da die PDS aber nicht mit wechselnden Mehrheiten »die SPD als SPD regieren« (Jürgen Trittin) ließ, sondern in einer de facto-Koalition ohne Minister die sozialdemokratische Politik als gemeinsame Politik kommunizierte, wurde sie dafür auch in Mithaftung genommen.

Das Magdeburger Modell hatte trotz seiner Schwächen eine große Bedeutung, weil erstmals nach der Wende das Tabu, wonach eine Zusammenarbeit mit der PDS bei der Regierungsbildung ausgeschlossen ist, gefallen ist. Damit wurde die Chance für Regierungsmehrheiten jenseits einer großen Koalition in Ostdeutschland (und darüber hinaus) eröffnet. Die Besonderheiten des Magdeburger Modells – sein hybrider Charakter – war vor allem der spezifischen politischen Situation der unmittelbaren Nachwendeperiode geschuldet, ein Modell für die Stützung künftiger Minderheitsregierungen ist es nicht.

³⁰² Rosermarie Hein zitiert aus: Neues Deutschland, Früchte des Tolerierens, 30.3.1998; www.neues-deutschland.de/artikel/706079.m-ij-ujjii-i-uuifruuchte-des-tolerierens.html.

³⁰³ Rosermarie Hein, Reformpolitik unter Bedingungen der Regierungstolerierung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Hein_Rosemarie/Hein_Reformpolitik.pdf.

Nordrhein-Westfalen: Rot-grüne Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten

*»Minderheitenregierungen, die inhaltlich gut arbeiten, sind allemal besser als Regierungen, die zwar eine rechnerische Mehrheit haben, aber nichts miteinander anzufangen wissen.«
(Sigmar Gabriel)*

*»Halten die Kommunisten unter Abwägung all dieser Umstände es für zweckmäßig, einer sozialistischen Regierung das Weiterarbeiten zu ermöglichen, so werden sie ihr den Etat nach Bekämpfung aller dem Proletariat schädlichen Einzelpositionen schließlich bewilligen.«
(Zentrale der KPD 1922)*

Bei den nordrhein-westfälischen Landtagwahlen 2010 brach die CDU dramatisch ein und verlor 10,3%. Zwar wurde sie mit 34,6% knapp stärkste Partei vor der SPD, die 34,5% der Stimmen bekam. Die Grünen erzielten mit 12,1% der Stimmen ihr bis dahin bestes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen. Die FDP bekam 6,7% der Stimmen und DIE LINKE zog mit 5,6% erstmals in den Landtag ein. SPD und Grüne verpassten mit 90 Sitzen im Landtag knapp die absolute Mehrheit von 91 Sitzen. Die Regierungsbildung sollte sich unter diesen Bedingungen schwierig gestalten.

Eine Große Koalition kam nicht zustande, da sowohl CDU als auch SPD beanspruchten, den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin zu stellen. Während die CDU auf ihren Vorsprung von 0,1 Prozentpunkten gegenüber der SPD verwies, argumentierte diese damit, dass die Union mit ihrem historisch schlechtesten Ergebnis in NRW abgewählt worden sei. Damit blieb nur noch eine Mehrheitsbildung mit einem Dreierbündnis entweder aus SPD und Grünen mit der FDP oder der LINKEN.

Die sozialdemokratische Spitzenkandidatin, Hannelore Kraft, hatte jedoch schon vor der Wahl eine Zusammenarbeit mit der LINKEN abgeschlossen. Sie favorisierte daher ein Bündnis mit der FDP. Aber auch dies kam nicht zustande – nach sieben Sondierungsrunden scheiterte der Versuch eines Ampelbündnisses »vor allem an persönlichen wie inhaltlichen Diskrepanzen zwischen FDP und Grünen«, und weil SPD und Grüne im Wahlkampf versprochen hatten, viele Maßnahmen der vor-

angegangenen CDU/FDP-Regierung rückgängig zu machen.³⁰⁴ Das Angebot der LINKEN, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu ermöglichen, wurde zunächst ignoriert.

Die Sozialdemokraten verfolgten stattdessen zunächst die Strategie, die noch geschäftsführend im Amt befindliche CDU/FDP-Regierung aus der Opposition heraus unter Druck zu setzen. Die Grünen forderten jedoch zunehmend, die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung ins Auge zu fassen. Auch seitens der Bundesspitze der SPD wurden Stimmen für eine solche Lösung lauter, denn mit einer Abwahl der CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf würden Union und FDP ihre Mehrheit im Bundesrat verlieren. Als der FDP-Landesvorsitzende Pinkwart dann noch erklärte, die Zusammenarbeit mit der Union sei mit dem Ende der letzten Legislaturperiode beendet, vollzog Hannelore Kraft endgültig die Wende zur Bildung einer Minderheitsregierung.

DIE LINKE erklärte daraufhin, dass sie »die Abwahl von Rüttgers nicht blockieren« werde. DIE LINKE werde den von SPD und Grünen in NRW ausgehandelten Koalitionsvertrag »genau prüfen« und: »Gute Projekte wird unsere Fraktion sicher nicht blockieren. Aber Sozialabbau und Privatisierungen gibt es mit unseren Stimmen nicht.«³⁰⁵ DIE LINKE ermöglichte die Wahl von Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin, indem sie sich der Stimme enthielt. Da nach der nordrhein-westfälischen Landesverfassung im zweiten Wahlgang nur eine relative Mehrheit notwendig ist, reichten die 90 Stimmen der rot-grünen Koalition, der Weg zur Bildung einer Minderheitsregierung war damit frei.

Die neu gebildete rot-grüne Regierung erklärte, sie sei eine »Koalition der Einladungen«, mit anderen Worten: Sie verstand sich selbst als eine echte Minderheitsregierung, die sich in den jeweiligen Sachfragen jeweils unterschiedliche Mehrheiten und Unterstützung aus der Opposition suchte. Tatsächlich kam es während der zwei Jahre der Minderheitsregierung zu den unterschiedlichsten Abstimmungskonstellationen. Bei wichtigen politischen Entscheidungen sicherte DIE LINKE bei 20 Abstimmungen der rot-grünen Regierung eine parlamentarische Mehrheit – davon bei vieren durch Enthaltung.³⁰⁶ In vier Fällen einigte sich

³⁰⁴ Daniel Morfeld, *Regieren im Vielparteiensystem. Das Minderheitskabinett Kraft 2010-2012 in Nordrhein-Westfalen*, Stuttgart 2015, Kap. 4.2.1.

³⁰⁵ Klaus Ernst (damals Parteivorsitzender der LINKEN) zitiert nach: *Linke garantiert Abwahl Rüttgers*, *Süddeutsche Zeitung*, 9.7.2010.

³⁰⁶ Betrachtet werden hier lediglich politisch wichtige Richtungsentscheidungen. Nicht umstrittene Gesetze und Beschlüsse wie z.B. zu einem nordrhein-westfälischen Seilbahngesetz werden hier nicht betrachtet. Vgl. auch

die Koalition mit der CDU – darunter dem »Schulfrieden« mit der Schulreform und der Schulverfassungsreform. SPD, Grüne und FDP stimmten ein einziges Mal zusammen – beim »Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung.« FDP und LINKE unterstützten die Minderheitsregierung gemeinsam bei der Verabschiedung von fünf Gesetzen – dabei ging es u.a. um die Regelung zur Abwahl von Bürgermeistern, die Erleichterung von Volksbegehren, die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und die Abschaffung der Videoüberwachung in der Psychiatrie.

DIE LINKE konnte in gemeinsamen Abstimmungen mit SPD und Grünen unter anderem die Abschaffung von Studiengebühren durchsetzen, eine Finanzspritze für die Kommunen und eine Anpassung des übergemeindlichen Finanzausgleichs, eine Ausweitung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst durch eine Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes, ein Tariftreue- und Vergabegesetz, eine Verbesserung der Kinderbildung und die oben schon genannten gemeinsam mit der FDP beschlossene Ausweitung demokratischer Freiheitsrechte. In einer Allparteienkoalition konnte eine Lohnerhöhung für Justizwachen, Regelungen zur Ausbildung von Altenpflegern und ein Integrationsgesetz verabschiedet werden.³⁰⁷

Die Mehrheit der Gesetze wurde damit zwar mit Unterstützung der LINKEN (durch Zustimmung oder Enthaltung) beschlossen – es kam aber immer wieder zu Mehrheiten der rot-grünen Koalition mit den anderen Oppositionsparteien CDU und FDP.

DIE LINKE stützte damit die rot-grüne Minderheitsregierung, soweit ihre Gesetze Verbesserungen in sozialer Hinsicht und eine Erweiterung demokratischer Rechte mit sich brachten, und konnte dabei gleichzeitig kritisieren, wenn ihnen die Maßnahmen nicht weit genug gingen. Suchte die Regierung Mehrheiten auf der rechten Seite, hatte DIE LINKE die Möglichkeit ihre grundsätzliche Opposition gegen derartige politisch falsche Entscheidungen deutlich zu machen. Damit unterschied sich die Minderheitsregierung in NRW deutlich von der Tolerierung im Rahmen des Magdeburger Modells und seinem Ausschluss wechselnder Mehrheiten und dem permanenten Einigungszwang zwischen der LINKEN und erst der rot-grünen Regierung und dann der SPD-Alleinregierung.

Steffen Ganghof/Christian Stecker/Sebastian Eppner/Katja Heeß, Flexible und inklusive Mehrheiten? Eine Analyse der Gesetzgebung der Minderheitsregierung in NRW, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2021, Vol 43, No. 4, S. 895.

³⁰⁷ Siehe dazu ausführlich ebd., S. 855f.

Wechselnde Mehrheiten sind in einzelnen Sachentscheidungen möglich. Hier kann von Fall zu Fall entschieden werden. Dies stößt jedoch bei der Verabschiedung des Haushalts an seine Grenzen, denn der Haushalt ist die finanzielle Untersetzung der Regierungsvorhaben. Scheitert eine Regierung bei der Verabschiedung des Haushalts, weil sie im Parlament keine Mehrheit findet, ist sie in der Regel am Ende, und Neuwahlen oder ein Regierungswechsel sind die Folge. Die Verabschiedung des Haushalts ist deshalb der Lackmestest für jede Regierung.

Im Dezember 2010 stand mit der Entscheidung zum Nachtragshaushalt der neuen Regierung eine erste Nagelprobe an. Der Haushaltsentwurf sah eine Erhöhung der Neuverschuldung gegenüber dem alten, noch von der CDU-FDP-Koalition verabschiedeten Etat von 6,6 Mrd. Euro auf 8,4 Mrd. Euro vor. Dem »Risikofonds« für die in Schieflage geratene landeseigene Bank WestLB wurden weitere 1,3 Mrd. Euro zugeführt, um Vorsorge für von der Bank ausgehende mögliche Haushaltsrisiken zu treffen. 300 Mio. Euro wurden zur Entlastung der Kommunalfinanzen eingesetzt, zusätzliche Mittel sah der Haushaltsplan für Bildung und Kitas vor.

DIE LINKE kritisierte insbesondere die Höhe der Risikovorsorge für die WestLB, die besser für soziale Aufgaben und eine finanzielle Besserstellung der Kommunen eingesetzt werden sollte. Auch die Abschaffung der Studiengebühren solle sofort erfolgen und nicht erst 2011, und 200 zusätzliche Steuerprüfer sollen eingestellt werden.³⁰⁸ Der Haushalt sei deshalb »in der gegenwärtigen Form nicht zustimmungsfähig«, er verletze aber nicht die von der Partei beschlossenen »roten Haltelinien«, wonach man keinen Privatisierungen und Sozialabbau zustimme.³⁰⁹ DIE LINKE entschied sich deshalb, den Landeshaushalt nicht zu blockieren, sondern durch Stimmenthaltung die Verabschiedung mit der rot-grünen Koalitionsmehrheit zu ermöglichen.³¹⁰

Der Neuverschuldung überstieg jedoch mit der erhöhten Neuverschuldung die verfassungsmäßig zulässige Kreditobergrenze, wonach die Kreditaufnahme die Höhe der Investitionen nicht überschreiten

³⁰⁸ NRW-Linkspartei debattiert über Nachtragshaushalt, 5.12. 2010; rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-linkspartei-debattiert-ueber-nachtragshaushalt_aid-12461291.

³⁰⁹ Ebd.

³¹⁰ Allerdings kam es bei der Endabstimmung über den Etat zu einer Panne – durch ein Missverständnis im Abstimmungsverfahren stimmten mehrere Abgeordnete der LINKEN dem Haushalt zu. Die Partei macht dann nochmals klar, dass dies ein Versehen war und ihre politische Position die Enthaltung war.

durfte. Finanzminister Norbert-Walter Borjans begründete das Überschreiten dieser Grenze mit der verfassungsrechtlichen Ausnahmeregelung bei einer »Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts«. Dies war angesichts der noch immer spürbaren Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 eine durchaus nachvollziehbare Argumentation. CDU und FDP zogen jedoch mit einer Klage gegen den rot-grünen »Marsch in den Verschuldungsstaat« vor das Verfassungsgericht, das schließlich der Klage stattgab und den Nachtragshaushalt für verfassungswidrig erklärte. Damit hatte sich der finanzpolitische Spielraum für die Landesregierung deutlich verengt, insbesondere, da die CDU-Fraktion für den Haushalt 2011 mit einer erneuten Klage drohte.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sah zunächst eine Neuverschuldung in Höhe von 7,1 Mrd. Euro vor. Angesichts des Verfassungsgerichtsurteils und der erneuten Klagedrohung der Union wurde die Kreditaufnahme auf 4,9 Mrd. Euro begrenzt. Die Reduzierung der Kreditaufnahme war vor allem durch bisher nicht erwartete Mehreinnahmen möglich, trotzdem überstieg die Neuverschuldung noch immer das Niveau der Investitionen um ca. 900 Mio. Euro.³¹¹ Damit war klar – auf eine Zustimmung von CDU und FDP zu diesem »Schuldenhaushalt« war nicht zu rechnen. Damit war DIE LINKE das Zünglein an der Waage.

Sie kritisierte, dass die Mehreinnahmen zur Absenkung der Neuverschuldung verwendet werden sollten. Sie fehlten »in den Kommunen, in den Universitäten und den Schulen, sie fehlen für eine kostenfreie Kinderbetreuung, für ein Sozialticket, für die Flüchtlingsberatung, für die Arbeitsmarktpolitik, für Kinder und Jugendliche und nicht zuletzt für eine deutliche Erhöhung der daniederliegenden Investitionen«, kritisierte der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Zimmermann.³¹²

DIE LINKE stand damit vor der Frage, ob sie trotz ihrer Kritik den Haushalt der Minderheitsregierung für 2011 passieren oder scheitern lässt – und damit das Ende der rot-grünen Regierung und Neuwahlen in Kauf nimmt. Der Landesvorstand der LINKEN hatte sich für eine Ablehnung des Haushalts ausgesprochen. Auf einem Landesparteitag wenige Tage vor der Beschlussfassung über den Etat im Landtag sollte ein Landesparteitag ein endgültiges Votum für das Abstimmungsverhalten der Linksfraktion abgeben. Dieser sprach sich entgegen der Empfehlung

³¹¹ Daniel Morfeld, a.a.O., Kap. 6.3.2.

³¹² Zitiert nach ebd.

des Landesvorstands mit einer Mehrheit von 70% dafür aus, den Haushalt nicht scheitern zu lassen und folgte damit der Position der Fraktion.

Die »roten Linien« der LINKEN seien nicht überschritten und bei aller Kritik würde der Haushalt noch wichtige Projekte finanzieren – so beinhaltete der Haushalt die Finanzierung eines wichtigen Erfolges der LINKEN, die Abschaffung der Studiengebühren. Zudem war zu befürchten, »dass es nach Neuwahlen mit einer etwaigen reinen rot-grünen Landesregierung noch schlimmer werden würde«. ³¹³ Die Landtagsfraktion der LINKEN enthielt sich schließlich und der Haushalt konnte so mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen werden. Die CDU reichte erneut eine Verfassungsklage ein, verzichtete aber diesmal auf eine Eilentscheidung des Gerichts. So kam es erst im März 2013 zum Urteil des Verfassungsgerichts über das Haushaltsgesetz 2011, das erneut für verfassungswidrig erklärt wurde. Auswirkungen auf den Etat 2011 konnte dies damit nicht mehr haben.

2011 hatte die Landesregierung noch die Überschreitung der Kreditobergrenze mit einer »Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« zu begründen versucht. 2012 war diese Argumentation angesichts eines inflationsbereinigten Wachstums von 2,6% im Jahr 2011 kaum noch aufrechtzuerhalten. Vor dem Hintergrund der immerwährenden Drohung mit dem Verfassungsgericht entschied sich die Regierung, einen Haushalt vorzulegen, in dem die Neuverschuldung innerhalb der durch das Investitionsniveau gesetzten verfassungsmäßigen Grenze blieb.

DIE LINKE ihrerseits stellte Anforderungen an den Haushalt und wollte mit der rot-grünen Koalition über vier Themen verhandeln: »Ein bezahlbares Nahverkehrs-Sozialticket für 15 Euro, mehr Geld für Kitas, Kommunen und sozialen Wohnungsbau.« ³¹⁴ SPD und Grüne aber waren nicht bereit, substantielle Zugeständnisse zu machen: »Sie wollten zwar beispielsweise über ein Sozialticket sprechen, aber eben nicht über eines für 15 Euro.« ³¹⁵

³¹³ So der Landesvorsitzende Hubertus Zdebel über die Beweggründe der Delegierten, den Haushalt 2011 nicht scheitern zu lassen, in: »Bitte keinen Champagner«, Neues Deutschland, 18.5.2011; www.neues-deutschland.de/artikel/197902.bitte-keinen-champagner.html.

³¹⁴ Wolfgang Zimmermann, »Wir wollen glaubwürdig bleiben«, Neues Deutschland, 16.3.2012; www.neues-deutschland.de/artikel/221488.wir-wollen-glaubwuerdig-bleiben.html.

³¹⁵ Ebd.

Angesichts der verfassungsrechtlichen Restriktionen schien die Regierung auch nicht mit der Hilfe der LINKEN z.B. durch Enthaltung zu rechnen, sondern setzte darauf, dass die FDP diesmal den Haushalt stützt. Diese forderte jedoch weitere Kürzungsmaßnahmen im Haushalt und erklärte, der Haushaltsentwurf der Regierung sei ohne Veränderung nicht annehmbar.³¹⁶ Deshalb wollte die FDP bei der zweiten Lesung noch gegen die Einzelpläne des Etats stimmen, um bis zur dritten Lesung mit der rot-grünen Koalition über weitere Einsparungen zu verhandeln und sich so als die Partei präsentieren, die die »unseriöse Schuldenpolitik« von Rot-Grün beendet und eine »seriöse« Haushaltspolitik durchgesetzt hat.³¹⁷

Einige Tage vor der zweiten Lesung des Haushalts kündigten FDP und DIE LINKE an, in der zweiten Lesung den Haushalt abzulehnen, beide signalisierten jedoch Gesprächsbereitschaft in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung. Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen: Kurz vor der zweiten Lesung informierte der Landtagspräsident die Fraktionen über einen Vermerk der Landtagsverwaltung, wonach mit der Ablehnung eines Einzelplans in der zweiten Lesung der gesamte Haushalt als abgelehnt gelte und es somit nicht mehr zu einer dritten Lesung komme. Dies war eine sehr fragliche Rechtsauffassung. Der Vermerk wurde von einem Referatsleiter mit sozialdemokratischem Parteibuch angefertigt. Bemerkenswert ist, dass aus der gleichen Feder ein völlig gegensätzlicher Vermerk vom 15. August 2011 stammt, in dem es hieß: »Auch eine Ablehnung des Haushalts in der 2. Lesung, macht eine dritte Lesung nicht entbehrlich.« So kommt Andre Vielstädte zu der Auffassung, dass »durch den zeitlich begrenzten Handlungsspielraum von rund 24 Stunden nach Zustellung des Vermerks bis zur Haushaltsabstimmung, [...] der Anschein erweckt (wird), dass durch ein politisch unterstütztes Verwaltungshandeln die Neuwahl des Parlaments einseitig gefördert wurde. Die vorliegende juristische Argumentation des Verwaltungsvermerks vom 15. August 2011 hätte ansonsten eine intensivere Auseinandersetzung auslösen müssen. Es gab demzufolge augenscheinlich ein Interesse, den erstbesten Anlass herzunehmen, um

³¹⁶ So Daniel Morfeld, a.a.O., Kap. 7.2.2.

³¹⁷ Pascal Beucker, Rot-grüne Minderheitsregierung in NRW: Aus Versehen am Ende, in: taz 14.3.2012; taz.de/Rot-gruene-Minderheitsregierung-in-NRW/!5098416/.

zu Neuwahlen gelangen zu können, ohne die politische Verantwortung dafür öffentlich zu übernehmen.«³¹⁸

Mit der aus der Regierung gestützten Rechtsauffassung der Parlamentsverwaltung blieb jetzt FDP und LINKEN keine Möglichkeit der Verhandlung und möglichen Nachbesserung im Zeitraum zwischen der zweiten und dritten Lesung des Haushalts. Da beide Parteien im Vorfeld angekündigt hatten, dem Haushalt in der zweiten Lesung nicht zuzustimmen, blieben sie aus Gründen der Glaubwürdigkeit in der Plenarsitzung des Parlaments bei ihrer Ablehnung. Mit 91 zu 90 Stimmen wurde der Einzelplan des Innenministeriums abgelehnt und in der Folge das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angesetzt.

Die Verlierer dieser Neuwahl waren die CDU und DIE LINKE. Die Union stürzte um 8,2% ab, DIE LINKE verlor gegenüber ihrem Wahlergebnis aus dem Jahr 2010 von 5,6% 3,1% und erreichte damit nur noch 2,5% der Wähler*innenstimmen. SPD und Grüne erreichten zusammen die absolute Mehrheit und konnten jetzt allein regieren.

DIE LINKE hatte sich verkalkuliert. Noch 2011 hatte der Landesvorsitzende Hubertus Zdebel in einem Interview für den Fall von Neuwahlen sich zuversichtlich gezeigt: »Ich persönlich glaube, wir würden nicht aus dem Landtag fliegen. Wir haben aus meiner Sicht in NRW ein Stammwählerpotential von vier Prozent, das ist durchaus ausbaufähig.«³¹⁹ Auch der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Zimmermann zeigte sich vor den Neuwahlen optimistisch: »Wir werden nach den Neuwahlen wieder im Landtag vertreten sein, da bin ich sehr sicher.«³²⁰ Die Wähler*innen sahen das aber anders. Diese entschieden sich pragmatisch mehrheitlich für die Fortsetzung der rot-grünen Regierung. Da das Modell einer Minderheitsregierung mit der Ablehnung des Haushaltes scheiterte und ihnen eine Neuauflage dieser Konstellation nach dieser Erfahrung sehr unsicher erschien, sorgten sie jetzt mit ihrer Wahlentscheidung für klare Verhältnisse. Leidtragende war DIE LINKE, die nach zwei Jahren im wichtigsten deutschen Bundesland aus dem Landtag flog.

Hätte es eine Alternative gegeben? Eigentlich war DIE LINKE in einer komfortablen Situation. Da die Minderheitsregierung nicht auf Ja-Stimmen der LINKEN angewiesen war, um den Haushalt durchzubrin-

³¹⁸ Andre Vielstädte, Der Kraftakt: Die Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. Funktionsbedingungen von Minderheitsregierungen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland auf Landesebene. Eine empirische Analyse, o.O. 2013, Kap.4.5.

³¹⁹ Hubertus Zdebel, »Bitte keinen Champagner«, a.a.O.

³²⁰ Wolfgang Zimmermann, a.a.O.

gen, hätte sie mit einer Stimmenthaltung dokumentieren und aktiv kommunizieren können, dass dies *nicht* ein gemeinsamer Haushalt von SPD, Grünen und LINKEN war, und dass DIE LINKE grundsätzliche Kritik an diesem Haushalt hatte. Gleichzeitig hätte sie deutlich machen können, dass sie aber nicht bereit war, die rot-grüne Koalition zu Fall zu bringen und ihr die Flucht in Neuwahlen und eine ungünstige Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu ermöglichen.

DIE LINKE stand damit in einer ähnlichen Situation wie einst die KPD im sächsischen Landtag, als es um die Zustimmung zur von der KPD abgelehnten Grundsteuererhöhung ging. Erinnert sei an dieser Stelle an die »Leitsätze über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten der KPD« aus dem Jahr 1922. Dort wurde die »formelle Endabstimmung über den Etat einer sozialistischen Regierung zu einer politisch-taktischen Frage« erklärt. Die Haltung zum Etat einer von links gestützten Minderheitsregierung hänge »von der jeweiligen politischen Konstellation im Reich und den Hauptländern sowie von der Einschätzung der außerparlamentarischen Situation« ab: »Halten die Kommunisten unter Abwägung all dieser Umstände es für zweckmäßig, einer sozialistischen Regierung das Weiterarbeiten zu ermöglichen, so werden sie ihr den Etat nach Bekämpfung aller dem Proletariat schädlichen Einzelpositionen schließlich bewilligen.« Einer sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierung die Unterstützung zu entziehen – so die »Leitsätze« weiter – sei dann politisch sinnvoll, »wenn begründete Aussicht besteht, dass unter dem unmittelbaren Druck einer Massenbewegung oder durch Neuwahlen an ihre Stelle eine radikalere Arbeiterregierung treten wird, die stärker unter kommunistischen Einfluss steht.«³²¹

Eine »begründete Aussicht«, dass es in NRW nach Neuwahlen zu einer Linksverschiebung kommen würde, bestand nicht. DIE LINKE hatte die Ablehnung des Haushalts mit der Folge von Neuwahlen weniger als taktische, sondern vor allem als prinzipielle Frage behandelt. Es sei um »Glaubwürdigkeit« der LINKEN gegangen. »Alle Parteien zeichnen sich dadurch aus, dass sie Wahlprogramme schreiben, die nach der Wahl weitestgehend Makulatur sind«, erklärte Wolfgang Zimmermann nach dem Scheitern des Haushalts. »Für eine solche Politik steht DIE LINKE nicht zu Verfügung. Wir halten, was wir versprechen. Wenn das mit SPD und Grünen nicht möglich ist, müssen wir klar sagen: Wir

³²¹ »Leitsätze der Zentrale der KPD vom 19. Mai 1922 über die Taktik der Kommunisten in den Landesparlamenten, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, Berlin 1966, S. 73.

tragen eine solche Politik nicht mit. Wir wollen schließlich glaubwürdig bleiben [...]«³²²

Die Politik der Stützung einer sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch-grünen Minderheitsregierung bei wechselnden Mehrheiten beruht aber gerade auf der Überlegung, dass es *keine* in der Gesamtheit gemeinsame Politik der LINKEN und der Minderheitsregierung gibt. Übereinstimmungen gibt es lediglich punktuell in Einzelfragen, denen von Fall zu Fall zu Mehrheiten verholfen werden kann. Dies unterscheidet die Stützung einer Minderheitsregierung gerade von einer Koalition, die sich – trotz aller möglichen koalitionsinternen Konflikte und Kompromisse – im Koalitionsvertrag auf eine gemeinsames Gesamtkonzept von Politik verständigt. Wechselnde Mehrheiten sind bei Abstimmungen über Einzelfragen und Gesetze denkbar und möglich, aber nicht bei der Schlussabstimmung über den Haushalt. Der Haushalt ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm und mit der Zustimmung und Ablehnung des Haushaltes steht und fällt eine Regierung. In der parlamentarischen Beratung in den Ausschüssen ist es möglich, einzelne Teile des Haushaltes abzulehnen und auch möglicherweise Verbesserungen in Einzelfragen zu erreichen. Am Ende aber muss es zum Schwur kommen: Wird der Haushalt beschlossen oder wird er abgelehnt und die rot-grüne Regierung gestürzt?

Hier kann es keine allgemeingültige Antwort geben, sie kann keine puristische, rein »gesinnungsethische« sein. Denn wann immer klar ist, dass man auf keinen Fall einen rot-grünen Haushalt passieren lassen kann, dann braucht man keinen Gedanken an Duldungen von Minderheitsregierungen zu verschwenden. Die Frage, ob man eine rot-grüne Minderheitsregierung weiter stützt oder durch eine Ablehnung des Haushaltes stürzt, ist deshalb eine taktische Frage, die jeweils anhand der konkreten Situation entschieden werden muss.

Ein wesentliches Kriterium muss sein: Wird eine solche Regierung von der Masse der Wählerschaft von Rot-Grün und der LINKEN nach wie vor als eine Verbesserung gegenüber alternativen Regierungskonstellationen angesehen? Oder gibt es eine wachsende Opposition und Bewegung gegen die Regierung, deren Anliegen DIE LINKE teilt und auf die sich DIE LINKE bei dann folgenden Neuwahlen stützen kann? Mit der Stützung einer rot-grünen Minderheitsregierung kann sowohl an die Erwartungen und Hoffnungen von großen Teilen der rot-grünen Wählerschaft angeknüpft werden, dass »ihre« Parteien eine soziale, ökologi-

³²² Wolfgang Zimmermann, a.a.O.

sche und bürgernahe Politik betreiben. Gleichzeitig kann und muss sie SPD und Grüne immer wieder mit diesen Erwartungen und Wünschen ihrer Wählerschaft konfrontieren, die sich zumindest in Teilen mit den Zielen der LINKEN decken.

Hätte DIE LINKE den Haushalt in NRW passieren lassen, wäre sie nicht als Hindernis oder »Problem« für die Existenz der rot-grünen Regierung, den Kampf für eine sozialere und ökologischere Politik erschienen, sondern als ihr Garant und entschiedenster und konsequentester Vertreter eines wirklichen Politikwechsels. So stellte Michael Jäger fest: »Diese Haltung scheint ihr (der LINKEN, H.W.) aber schwer zu fallen. Dabei kommt ein Parlamentarismus wechselnder Mehrheiten gerade ihr zugute. Sie kann auf Einzelnes Einfluss nehmen und erweist dadurch ihre Politikfähigkeit; zugleich sehen die Wähler, sie ist für die Regierungspolitik im Ganzen keineswegs verantwortlich. Und wenn die Linke beim Haushalt weder ja noch nein sagt, begreifen die Wähler*innen, dass eine Basis für den nützlichen Parlamentarismus wechselnder Mehrheit geschaffen werden soll. Gegen »knallharte« Forderungen und den Versuch, sie durchzusetzen, ist sicher nichts zu sagen. Die Wähler wollen aber auch wissen, welchen Sinn die Anwesenheit einer Partei im Parlament überhaupt hat.«³²³

Mit der Ablehnung des Haushalts und dem damit verbundenen Scheitern der Regierung wurde DIE LINKE aber gerade für den Teil der Wähler*innen, die wollten, dass SPD und Grüne regierten und gleichzeitig wollten, dass DIE LINKE parlamentarisch und außerparlamentarisch Druck auf die Regierung ausübt, zum Risikofaktor. Statt einer Stärkung der LINKEN und einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links, kostete die Ablehnung des Haushalts der LINKEN die parlamentarische Existenz.

³²³ Michael Jäger, Flucht nach vorn, Freitag 1.10.2011; www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/flucht-nach-vorn.

Berlin 2002-2011: Regieren in einer bankrotten Stadt

*»Regieren ist in der Regel ein systematisches Enttäuschen von Erwartungen, die man in der Opposition geschaffen hat und deretwegen man in die Regierung kam.«
(Joachim Raschke)*

Als die PDS 2002 in eine gemeinsame Regierung mit der SPD eintrat, war Berlin eine bankrotte Stadt. Die 1990 wiedervereinigten Teilstädte Ost- und Westberlin waren von der DDR bzw. der Bundesrepublik hoch subventioniert worden – Westberlin als »Schaufenster des Westens« und Ostberlin als Hauptstadt der DDR. Mit der Vereinigung endete diese Subventionierung abrupt. Währungsunion und Treuhandpolitik führten zu massenhaften Betriebsschließungen, auch im Westteil der Stadt brach die ehemals hoch subventionierte und strukturschwache Industriestruktur zusammen. Im Sommer 1991 waren von ehemals 190.000 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nur noch 100.000 beschäftigt. Ein Jahr später – 1992 – waren es weniger als 60.000. Der Wegfall der Berlinsubventionen, die Deindustrialisierung in Ost und West und der damit verbundene Verlust von Steuereinnahmen führten zu einem dramatischen Einbruch der Landeseinnahmen. Dem stand ein ausgesprochen großer öffentlicher Sektor gegenüber. Denn mit der Vereinigung fusionierten zwei damals üppig ausgestattete Stadtverwaltungen, durch die Teilung verfügte Berlin über viele öffentliche Einrichtungen in doppelter oder gar mehrfacher Ausfertigung wie z.B. Opern, Universitäten, Museen und vieles andere mehr. So hatte beispielsweise das im Vergleich zu Berlin reiche Hamburg im Jahr 2001 Ausgaben pro Kopf in Höhe von 4.770 Euro, Berlin aber 5.540 Euro. Im Jahr 2000 arbeiteten in Hamburg bezogen auf 1.000 Einwohner*innen 40,2 Personen im öffentlichen Dienst, in Berlin aber 60,4. Die Verschuldung der Stadt stieg galoppierend an, von 1991 bis 2001 erhöhte sie sich von 9,3 Milliarden Euro auf 39,8 Milliarden um mehr als das Vierfache. Die Zinslasten stiegen von 2,9% der Ausgaben auf 10,6% im Jahr 2002. Berlin war faktisch bankrott. Die Verschuldung öffentlicher Haushalte ist so lange kein Problem, wie im Haushalt ein Primärüberschuss³²⁴ erzielt wird, mit

³²⁴ Der Primärüberschuss berechnet sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen ohne Vermögensveräußerungen und Nettokreditaufnahme und den Ausgaben abzüglich der Zinsausgaben.

dem die laufenden Zinsausgaben bedient werden können. Statt eines Primärüberschusses wies der Berliner Haushalt aber seit Jahren ein Primärdefizit auf – im Jahr 2001 in der Höhe von satten zwei Milliarden Euro. Berlin musste also, um die Zinsen auf die bisherige Verschuldung begleichen zu können, diese wiederum mit neuen Krediten finanzieren und befand sich damit in einer Spirale der Verschuldung: Immer neue Kredite, um die Zinsen bezahlen zu können, bedeuteten weiter wachsende Zinsverpflichtungen usw. Es lag auf der Hand, dass dieses finanzpolitische Kartenhaus irgendwann zusammenbrechen musste.

Finanzielle und politische Überlastung der rot-roten Regierung nach 2001

Angesichts des absehbaren Scheiterns der Politik der damals regierenden CDU/SPD-Koalition begann die PDS eine Diskussion über mögliche Regierungsalternativen – die nach Lage der Dinge nur aus einer Zusammenarbeit von SPD und PDS und möglicherweise den Grünen basieren konnte.

Selbstkritisch stellte die damalige Fraktionsspitze in einem Diskussionspapier fest, es sei »zwar gelungen, in weiten Teilen die Meinungsführerschaft in der Opposition zu gewinnen und [...] aus der Opposition heraus politische Themen zu besetzen«. Dies habe jedoch nicht einfach an der eigenen konzeptionellen Stärke gelegen, sondern auch an der Schwäche der Grünen. Es sei der PDS zwar gelungen, immer wieder Reformvorschläge zu entwickeln, aber: »Ein tatsächlich alternatives Gesamtkonzept einer Reformpolitik für die ganze Stadt haben wir allerdings bislang auch nicht formuliert.«

Doch ohne ein solches Reformkonzept drohe die Gefahr, »dass eine mögliche rot-rote Regierung – mit oder ohne Grüne – die gesellschaftlichen Hoffnungen auf Veränderung enttäuscht«. Eine solche Regierung wäre angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Stadt »nicht nur mit schlechten Rahmenbedingungen konfrontiert. Nach dann 15 Jahren einer Großen Koalition wären die Erwartungen an eine neue Regierung außergewöhnlich hoch. [...] Zu Recht wird ein erkennbarer Politikwechsel gefordert werden.« Die politische Kunst – hieß es weiter – würde darin bestehen, »trotz extrem schlechter, objektiver wirtschaftlicher und finanzieller Rahmenbedingungen Projekte gesellschaftlicher Veränderung zu entwickeln und nicht nur – wie die bisherige Koalition – die Misere zu verwalten. Wir müssen jetzt – und nicht

erst 2004 – beginnen, daran zu arbeiten.«³²⁵ Die Hoffnung, bis zum Ende der Legislaturperiode Zeit für die Diskussion und Erarbeitung eines solch umfassenden Alternativkonzepts zu haben und in »Zukunftsforen [...] in Kooperation mit Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Interessengruppen und Verbänden einen öffentlichen Diskussions- und Arbeitsprozess« zu organisieren, sollte sich zerschlagen. Das Ende der Großen Koalition kam schneller als erwartet.

2001 kam es zum Berliner Bankenskandal. Die landeseigene Berliner Bankgesellschaft sollte nach dem Willen der damaligen Großen Koalition zu einem großen Player auf dem Finanzmarkt werden. Angesichts der Schwäche der Berliner Wirtschaft konnte ein Wachstum der Bank aber nur spekulativ generiert werden. So hatte sich die Bankgesellschaft mit umfassenden öffentlichen Garantien versehen, massiv ins spekulative Geschäft mit Immobilienfonds gestürzt und zudem die Anleger praktisch vollständig von Risiken freigestellt. Im Endeffekt wurden die Risiken damit auf das Land Berlin verlagert. 2001 wurden diese Risiken schlagend und das Schneeballsystem mit der Neuauflage immer neuer Immobilienfonds kollabierte. Die Risiken landeten wegen der öffentlichen Garantien der Bankgesellschaft im Landeshaushalt. Das brachte das Fass zum Überlaufen und führte letztlich zum Sturz der Großen Koalition. Die von der PDS erwarteten drei bis vier Jahre Zeit für die Vorbereitung auf einen möglichen Regierungswechsel waren auf wenige Wochen Vorbereitungszeit geschrumpft. Trotzdem musste gehandelt werden.

DIE PDS hatte zusammen mit den Grünen und der damals nicht im Parlament vertretenen FDP angesichts des Bankenskandals einen Volksentscheid für die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen initiiert. Diese Initiative traf auf breite Unterstützung in der Bevölkerung, und unter dem Druck des drohenden Volksentscheids kündigte die SPD der CDU die Koalition auf. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) und die CDU-Senatoren wurden abgewählt, für die Übergangszeit bis zu Neuwahlen kam es zu einem von der PDS gestützten rot-grünen Senat. Bei den Wahlen im Oktober 2001 erhielt die PDS mit Gregor Gysi als Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters mit 22,6% der Stimmen ein sensationelles Ergebnis, die SPD gewann massiv hinzu und erreichte 29,7%. Damit gab es im Parlament eine rot-rote Mehrheit. Auf Druck des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder

³²⁵ Carola Freundl/Harald Wolf, Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004, 22.1.2001.

und der SPD-Spitze entschied sich die Berliner SPD zu Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit den Grünen und der FDP. Diese scheiterten nach wenigen Wochen und der Weg für eine Koalition aus SPD und PDS war frei.

Die mit dem Sturz der Großen Koalition und der PDS-Wahlkampagne mit Gregor Gysi als Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters geweckten Hoffnungen waren riesig. Es sollte eine neue Politik Einzug halten, die alles nicht nur ganz anders, sondern auch viel besser macht: »Der Gysi-Wahlkampf begann als Bürgermeister-Wahlkampf – und somit schon mit einem unrealistischen Ziel. Und der Gysi-Wahlkampf war ein Wahlkampf der Euphorie und der Versprechungen«, resümierte der langjährige Leiter des Grundsatzbereichs beim PDS-Parteivorstand Thomas Falkner.³²⁶

Dazu kam die Berliner Besonderheit als Stadt, in der West- und Ostmilieus aufeinandertrafen. Die alte politische Klasse Westberlins, die die Banken- und Finanzkrise zu verantworten hatte, war es auch, die in den Jahren nach der Vereinigung eine Politik der Ausgrenzung und Geringschätzung der Ostmilieus betrieben hatte. Mit dem Zusammenbruch der Großen Koalition und der nahezu vollständigen Delegitimierung der CDU durch die Verwicklung ihrer führenden Vertreter im Bankenskandal war eine Stimmung entstanden, »als könnte nun die elf Jahre gefesselte Ost-Partei allen zeigen, wie man es im Handstreich besser macht«.³²⁷

Dass der Handlungsspielraum angesichts der völlig desolaten finanziellen und wirtschaftlichen Situation keine zusätzlichen Ausgaben erlaubte und es eher darum ging, Lasten gerecht zu verteilen, spielte im Wahlkampf und angesichts dieser Stimmung – trotz Warnung aus der Fraktion – keine Rolle. Eine Ausweitung der Ausgaben hätte angesichts des permanenten Haushaltsdefizits und der stetig steigenden Zinslasten zum finanziellen Kollaps geführt und perspektivisch die finanziellen Handlungsmöglichkeiten noch mehr eingeschränkt. Die Möglichkeiten eines Bundeslandes, die Einnahmen über eine eigene Steuerpolitik zu erhöhen, sind extrem begrenzt.

Relevante Einnahmepositionen sind nur die Gewerbe- und die Grundsteuern. Die Grundsteuer wird durch die Umlage von den Mieter*in-

³²⁶ Thomas Falkner, Zu den Wahlergebnissen vom 17. September 2006, 18.9.2006, in: Linkspartei.PDS Berlin, Beiträge zur Wahlauswertung, Berlin 2006.

³²⁷ Thomas Falkner, Fragen an einem bitteren Tag, Klartext 3/2006.

nen bezahlt und eine Gewerbesteuererhöhung wäre angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage und der aggressiven Steuerkonkurrenz der Kommunen im unmittelbaren Brandenburger Umland eher kontraproduktiv gewesen. Auch ein »Herauswachsen« aus der Verschuldung war angesichts der durch den Strukturbruch der Wiedervereinigung verursachten schrumpfenden Wirtschaft und der neoliberalen Politik im Bund und der anderen Bundesländer auf Jahre hinaus keine realistische Perspektive.

SPD und PDS vereinbarten deshalb im Koalitionsvertrag mit der rot-grünen Bundesregierung Verhandlungen über einen »Berlin-Pakt« aufzunehmen. Ziel war es, dass sich der Bund an den Sonderbelastungen Berlins durch die Hauptstadtfunction angemessen beteiligt. Er sollte einen Ausgleich für »teilungsbedingte« Altlasten leisten – wie z.B. an den Kosten der hochsubventionierten Wohnungsbauförderung in Westberlin, überproportional hohen Versorgungslasten u.ä.

Aber die Verhandlungen mit der Bundesregierung verliefen weitgehend ergebnislos. Stattdessen gab es von der Bundespolitik Gegenwind: Die rot-grüne Steuerreform führte zu jährlich 1,2 Milliarden Euro Mindereinnahmen und verschärfte die ohnehin schon prekäre Lage dramatisch.

In seiner Ablehnung von Bundeshilfen für Berlin hatte Bundesfinanzminister Eichel in einem Schreiben vom April 2003 erklärt, er sehe keine Grundlage für Hilfen zur Entschuldung des Landeshaushalts: »Das im Vergleich zu anderen Ländern höhere Haushaltsdefizit geht nicht auf eine Überschuldung, sondern auf zu hohe konsumtive Ausgaben des Landes zurück. Ursache hierfür sind landespolitische Entscheidungen. [...] Daher trifft das Land Berlin die bundesstaatliche Verpflichtung zu einem restriktiven Konsolidierungskurs, der geeignet ist, das Eintreten einer Haushaltsnotlage zu vermeiden. [...] Die Notwendigkeit, im Falle haushaltswirtschaftlicher Fehlentwicklungen einen restriktiven Konsolidierungskurs einzuschlagen, besteht im Übrigen nicht nur im Hinblick auf die Vermeidung einer Haushaltsnotlage, sondern ergibt sich auch aus der Verpflichtung, die europäischen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin umzusetzen. Aus diesem Grund hat der Finanzplanungsrat [...] das Land Berlin [...] aufgefordert, die Ausgaben des Landes auf ein finanzierbares Niveau abzusenken. Dabei kommt der Umsetzung einschneidender Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der konsumtiven Ausgaben entscheidende Bedeutung zu.« Außerdem sei »eine Orientierung am Ausgabenniveau Hamburgs in einzelnen Aufgabenbereichen angesichts der kritischen Haushaltslage Berlins allerdings ein zu großzügiger

Maßstab«. ³²⁸ Für den Fall einer Ablehnung von Bundeshilfen seitens der Bundesregierung sah die Koalitionsvereinbarung vor, diese über eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzufordern. Aber Voraussetzung für einen Erfolg vor dem Verfassungsgericht war, dass »vorliegende Ausstattungsvorsprünge gegenüber anderen Bundesländern zu nächst abgebaut werden«. ³²⁹ Damit befand sich die rot-rote Regierung in einer ähnlich schwierigen Situation wie Jahre später Syriza in Griechenland. Konfrontiert mit einem in einer Spirale der Verschuldung gefangenen bankrotten Gemeinwesen, einer Bundesregierung, die jede relevante Unterstützung verweigerte, und einem den politischen Handlungsspielraum begrenzenden rechtlichen Rahmen war sie zur Haushaltskonsolidierung und damit zur Austerität gezwungen. Gleichzeitig musste sie versuchen, die soziale Balance zu wahren – diese Aufgabe glich der Quadratur des Kreises.

Damit musste die PDS in Widerspruch zu den (auch von ihr im Wahlkampf selbst geschürten) Erwartungen von Teilen ihrer Wähler*innen-schaft geraten. Die rot-rote Koalition baute Personal im – gegenüber vergleichbaren Bundesländern deutlich größeren – öffentlichen Dienst ab. Anders als in anderen ostdeutschen Bundesländern, die die Kündigungsregelung aus dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag nutzten, schloss die Regierung betriebsbedingte Kündigungen aus. Stattdessen schlug sie eine Verkürzung der Arbeitszeit in Ost und West auf 37 Stunden vor, im Gegenzug sollten die Beschäftigten befristet auf jährliche Gehaltshöhen und sozial gestaffelt auf das 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld verzichten.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes lehnten dies ab. Nach längeren Auseinandersetzungen kam es mit ver.di zu einem Tarifabschluss, mit dem die Arbeitszeit einheitlich auf 37 Stunden verkürzt, die Tarifierhöhung aus der vor Kurzem abgeschlossenen Tarifrunde übernommen und das Einkommen gestaffelt um 8 bis 12% reduziert wurde. Gleichzeitig wurden Neueinstellungen von Lehrer*innen und Erzieher*innen vereinbart. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärte zur Begründung für diesen Tarifabschluss: »Ich kenne kein Bundesland, das in einer vergleichbaren Haushaltsnotlage ist wie Berlin.« ³³⁰ ver.di

³²⁸ Schreiben des Bundesfinanzministers Hans Eichel an den Senator für Finanzen des Landes Berlin vom 1.4.2003, zitiert nach: Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg 2016, S. 135.

³²⁹ Koalitionsvereinbarung SPD-PDS 2002-2006, Berlin 2002, S. 6.

³³⁰ Frank Bsirske in: Die Welt, 2.7.2004, hier zitiert nach: Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin, a.a.O., S. 127.

hatte in der Folge des Tarifabschlusses viele Austritte zu verzeichnen und große Teile der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes reagierten mit Enttäuschung und Unverständnis auf die Regierungspolitik. Westberlin hatte als hochsubventioniertes »Schaufenster des Westens« auch bei vielen sozialen Leistungen ein deutlich höheres Niveau als die anderen Bundesländer. So hatte Berlin einen Versorgungsgrad bei den Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren von 45%, Hamburg von 17% und Bremen lediglich 7%. Bei den Kitaplätzen betrug er in Berlin 92%. Auch die Betreuungsstunden lagen in Berlin deutlich höher. SPD und PDS waren sich einig, dass dieser »Ausstattungsversprung« nicht abgebaut wird, die SPD drängte aber auf eine lineare Erhöhung der Elternbeiträge. Nach langer Auseinandersetzung konnte die PDS durchsetzen, dass für die unteren Einkommensgruppen, die ca. 40% aller Eltern umfassten, die Beiträge konstant blieben. Der Preis dafür war jedoch, dass bei den mittleren und höheren Einkommen deutlich höhere Beiträge gefordert wurden. Die Betroffenen quittierten dies mit Protest.

Ein anderes Beispiel für einen »Ausstattungsversprung« betraf das Blindengeld und das Landespflegegeld. Blinde, hochgradig Sehbehinderte, Gehörlose und andere Menschen mit Behinderungen erhalten als Nachteilsausgleich Leistungen aus den Länderhaushalten. Auch hier nahm Berlin eine Spitzenstellung ein – sowohl was die Ausweitung der Berechtigtengruppen als auch die Höhe der Zahlungen anging. Die Sozialdemokraten forderten eine Kürzung auf das Niveau des Landes Brandenburg, was eine Kürzung um 50% bedeutet hätte. Die PDS-Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner widersetzte sich dem und erreichte eine relativ moderate Absenkung. Damit hatte Berlin, wenn man die Gesamtheit der Leistungen nach dem Landespflegegesetz betrachtet, ein Leistungsniveau, das über dem Standard aller anderen Bundesländer lag. Im Nachhinein stellte Knake-Werner selbstkritisch fest: »Am Ende sehen vor allem die Betroffenen nicht, was abgewendet wurde, sondern was sie einbüßen mussten.«³³¹ Die Aussage, »Schlimmeres verhindert« zu haben, ist daher meist keine Argumentation, mit der man gewinnen kann.

³³¹ Heidi Knake-Werner, *In roten Schuhen. Meine politischen Wege*, Sulzbach 2011, S. 149.

Überfällige Sanierung der öffentlichen Unternehmen

Vor der SPD/PDS-Koalition stand nicht nur die Aufgabe, den Haushalt zu sanieren, auch die öffentlichen Unternehmen waren ein Sanierungsfall. Die Vorgängerregierung hatte in den zehn Jahren seit 1991 umfangreiche Privatisierungen vorgenommen. Die beiden kommunalen Energieversorgungsunternehmen GASAG und Bewag wurden veräußert, die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert und die privaten Investoren erhielten eine Renditegarantie. Auch die Wohnungsbaugesellschaft GEHAG wurde verkauft, die anderen kommunalen Wohnungsgesellschaften wurden gezwungen, sich gegenseitig aufzukaufen und den Kaufpreis an das Land Berlin abzuführen. Damit wurde den Gesellschaften in großem Umfang Eigenkapital und die Möglichkeiten, in die soziale Wohnraumversorgung zu investieren, entzogen. In der Folge privatisierten die kommunalen Wohnungsunternehmen Wohnungsbestände, um diese In-sich-Käufe zu refinanzieren. Auch die Messegesellschaft stand zum Verkauf, die landeseigenen Krankenhausgesellschaft wurde bei ihrer Gründung ungenügend mit Eigenkapital ausgestattet und war ein Sanierungsfall. Und die Europäische Kommission hatte angesichts einer milliardenschweren Rettungsbeihilfe für die Landesbank (deren Teil auch die Sparkasse war) deren Veräußerung verlangt.

Im Gegensatz zur Vorgängerregierung entschied sich die SPD/PDS-Koalition zu einer Abkehr vom Privatisierungskurs und für eine Neuaufstellung und Sanierung der öffentlichen Unternehmen. Statt einer Privatisierung der Landesbank und damit der Sparkasse gelang es, diese durch Verkauf an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) im öffentlich-rechtlichen Sektor zu halten. Die Reorganisation des öffentlichen Unternehmenssektors war eine Herkulesaufgabe – bekam aber nur wenig öffentliche Aufmerksamkeit. So groß die Veränderungen und Sanierungsleistungen in den Unternehmen auch waren – für die Wahrnehmung der Öffentlichkeit war dies vor allem die Aufrechterhaltung des »Status quo« und wurde nicht als für die Masse der Berliner*innen erlebbare Verbesserung angesehen.

Umso mehr fiel eine gravierende Fehlentscheidung ins Gewicht: Die Opposition aus CDU, Grünen und FDP hatte vor dem Landesverfassungsgericht gegen den Landeshaushalt geklagt, da die Nettokreditaufnahme um 4,3 Milliarden Euro höher war als die Investitionen und damit die verfassungsmäßige Höchstgrenze der Kreditaufnahme überschritten war. Ende Oktober 2003 erklärte das Gericht den Haushalt für verfassungswidrig und damit für nichtig. Es verlangte den Nachweis,

dass »alle möglichen Einnahmequellen und Ausgabeneinschränkungen ausgeschöpft wurden«. Mit diesem Urteil war die Regierung zu einer Verschärfung des Konsolidierungskurses gezwungen und entschied, um – wie im Urteil gefordert – »alle möglichen Einnahmequellen« auszuschöpfen, entgegen den in den Koalitionsparteien vorherrschenden Grundüberzeugungen ein Kaufangebot privater Investmentgesellschaften für die kommunale Wohnungsgesellschaft GSW anzunehmen.³³²

Ein weiteres schwieriges Konfliktfeld war der Umgang mit der durch die CDU/SPD-Regierung vollzogenen Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Die PDS hatte den Einstieg privater Investoren in die BWB bekämpft und vor dem Verfassungsgericht versucht, die Privatisierung zu Fall zu bringen – allerdings ohne durchschlagenden Erfolg. Das Gericht verlangte lediglich Korrekturen am Gesetz zur Teilprivatisierung, bestätigte aber die grundsätzliche Zulässigkeit der Konstruktion, mit der sich private Investoren an einer Anstalt öffentlichen Rechts beteiligen konnten. Damit war die Teilprivatisierung rechtskräftig und auch die neue Regierung zur Vertragserfüllung verpflichtet. Infolge der Privatisierung stiegen die Wasserpreise massiv und der öffentliche Unmut stieg – unter anderem auch, weil den privaten Investoren in den Verträgen eine Art Renditegarantie zugesichert war. Es bildete sich eine Initiative für einen Volksentscheid zur Offenlegung der (vertraulich geschlossenen) Verträge mit den Privaten. Dies war bei den Initiator*innen mit der Hoffnung verbunden, dann einen Weg zur Rückabwicklung der Teilprivatisierung zu finden.

Sowohl die Offenlegung der Verträge als auch das Ziel einer Rekommunalisierung der Wasserbetriebe wurden von der PDS/DIE LINKE geteilt. Aber Parteiführung und Regierungsmitglieder waren der Auffassung, dass der konkrete Gesetzentwurf des Volksentscheids verfassungsrechtlich nicht zulässig war, und lehnten es deshalb ab, den Volksentscheid zu unterstützen. Sie setzten diese Position auch in der Partei durch. Stattdessen beschlossen SPD und LINKE im Parlament ein Gesetz, auf dessen Grundlage eine Offenlegung der Verträge dann rechtssicher möglich war. Angesichts des Inhalts der Verträge zugunsten der privaten Investoren wuchs die öffentliche Empörung, und die Volksentscheidsinitiative bekam eine zusätzliche Dynamik und war erfolgreich. Mit der juristisch begründeten Kritik am Gesetzentwurf der Volksentscheidsin-

³³² In den Folgejahren wurde von Vertreter*innen beider Koalitionsparteien erklärt, dass sie die damalige Entscheidung trotz des durch das Verfassungsurteil ausgeübten Zwangs für eine fatalen Fehlentscheidung halten.

itiative stellte sie sich damit gegen eine Mobilisierung, deren Grundlagen – Rekommunalisierung der Wasserbetriebe – sie von jeher geteilt hatte. Der damalige Landesvorsitzende der LINKEN Klaus Lederer kritisierte diese Haltung nach den Wahlen 2011: »Unsere Haltung und Positionierung geriet zum kommunikativen und strategischen Desaster, bei dem am Ende trotz aller Beteuerungen niemand mehr bereit war, uns abzunehmen, dass wir ›eigentlich‹ das gleiche Ziel verfolgten wie die Initiator*innen des Entscheids. Wir haben als handelnde Akteur*innen unterschätzt, dass es bei all dem ›stimmungsmäßig‹ um viel mehr ging als um die Frage der Offenlegung von Verträgen, die wir mit Hilfe des Drucks der Initiatorinnen längst rechtssicher durchgesetzt hatten.«³³³

Koalitionskonflikt um die Hartz-Gesetze

Für Landesregierungen gelten auch ungeliebte Bundesgesetze. So war die PDS auch gezwungen, die von ihr abgelehnten, 2004 in Kraft getretenen Hartz-Gesetze umzusetzen. Für die Koalition war dies in doppelter Hinsicht eine schwierige Situation – denn die SPD befürwortete die von der rot-grünen Bundesregierung in Szene gesetzte Deregulierung des Arbeitsmarkts. Die PDS/DIE LINKE versuchte trotz der Verpflichtung zur Umsetzung der Bundesgesetze eigene Akzente zu setzen. So versuchte die linke Senatorin über eine Landesregelung zur Erstattung der Wohnkosten für Hartz-IV-Beziehende Zwangsumzüge zu verhindern. Die Bundesregierung verklagte deshalb – erfolgreich – das Land Berlin und eine restriktivere Regelung musste wieder erlassen werden. Bis zum Ende der rot-roten Koalition waren die Bemühungen zur Verhinderung von Zwangsumzügen Gegenstand permanenter Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten. Als Alternative zu Ein-Euro-Jobs setzte DIE LINKE in der Koalitionsvereinbarung die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) zu tariflichen bzw. Mindestlohnbedingungen durch. Aber auch hier wirkten bundesrechtliche Rahmenbedingungen einschränkend: Die Beschäftigung konnte nur auf maximal drei Jahre befristet erfolgen und durch die Begrenzung der Landesmittel konnten nur wenige tausend Menschen in diesem Sektor beschäftigt werden. Der ÖBS konnte damit keine wirkliche Breitenwirkung als Alternative zu Ein-Euro-Jobs entfalten. Um der wachsenden

³³³ Klaus Lederer, Gedanken zum Berliner Wahlergebnis 2011, 27.10.2011, hier zitiert nach: Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin, a.a.O., S. 324.

prekären Beschäftigung entgegenzuarbeiten, setzte DIE LINKE ein Vergabegesetz mit umfassender Tariftreue durch – die jedoch kurz nach Inkrafttreten durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs («Rüffert-Urteil») wieder ausgesetzt werden musste. Die umfassende Tarifbindung wurde dann durch das bundesweit erste Vergabegesetz mit einer Mindestlohnregelung ersetzt. Die Wirtschaftsförderung wurde an soziale Kriterien gebunden, um Lohndumping und Leiharbeit entgegenzuwirken. Auf Initiative der linken Arbeitssenatorin wurde gerichtlich den gelben Gewerkschaften mit ihren Lohndumpingmodellen die Tariffähigkeit entzogen.

Angesichts einer Bundespolitik, die massiv auf den Ausbau eines Niedriglohnsektors und Deregulierung des Arbeitsmarkts setze, konnten diese Maßnahmen zwar einzelne Akzente gegen den bundesweiten Trend setzen, die landespolitischen Handlungsmöglichkeiten reichten jedoch naturgemäß nicht, diesen wirklich umzukehren. Die Politikbereiche, die am ehesten den Politik- und Kapitalverwertungsprozess berühren, sind der Landespolitik am wenigsten zugänglich. Die wesentlichen politischen Weichenstellungen werden auf Bundes- und europäischer Ebene vorgenommen.

Auch die Hoffnung, über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Erleichterung zu bekommen, erwies sich als illusionär. Im Oktober 2006 entschied Karlsruhe die Ablehnung der Klage und erklärte, es seien »noch nicht ausgeschöpfte Einsparpotentiale in erheblichem Umfang zu vermuten«. Und weiter: »Eine besondere Bedeutung können Privatisierungserlöse oder Vermögensaktivierungen erlangen. Bevor bundesstaatliche Solidarität in Anspruch genommen wird, müssen neben der Nutzung aller Möglichkeiten der Ausgabenreduzierung, bestehende Optionen zur Erzielung sonstiger erheblicher Einnahmen vollständig umgesetzt werden. [...] Hierbei ist auch der landeseigene Wohnungsbestand in den Blick zu nehmen.«³³⁴ Dieses Urteil war durch und durch vom neoliberalen Geist geprägt. SPD und PDS waren sich danach einig, diese Empfehlungen zu einer Verschärfung des Konsolidierungskurses nicht zu folgen.

³³⁴ Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2006, 2 BvF 3/03, hier zitiert nach: Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin, a.a.O., S. 154.

Linke Reform-Erfolge

Trotz der schwierigen finanziellen und bundespolitischen Rahmenbedingungen gelang es der LINKEN eine Reihe wichtiger Reformen durch- und umzusetzen. So beschloss die Koalition eine wichtige Schulreform und die Stärkung integrativer Schulformen. Die Hauptschule als »Restschule« wurde abgeschafft. Stattdessen wurden Sekundarschulen geschaffen, die einen Bildungsgang bis zum Abitur ermöglichten. Zudem gelang es der LINKEN, als ihr zentrales Projekt Gemeinschaftsschulen mit gemeinsamem Lernen von der ersten Klasse bis zur Hochschulreife einzuführen.

In der Integrations- und Flüchtlingspolitik konnten wichtige Verbesserungen durchgesetzt werden, in der Innenpolitik konnte die LINKE die Kennzeichnungspflicht der Polizei durchsetzen und die Schleierfahndung abschaffen. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Innensenator wurde in der Polizei das Leitbild der Deeskalation verankert. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen rechts wurden gefördert.

In der Verfassung wurden die bislang unterentwickelten Möglichkeiten der direkten Demokratie erheblich ausgeweitet – ein Instrument, das in Berlin mittlerweile in großem Umfang genutzt wird und zu breiten Mobilisierungen führte wie beim späteren Volksentscheid für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung, der Verkehrsinitiativen für ein Fahrradgesetz und schließlich der Initiative für einen Volksentscheid für die Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne. Damit wurden zentrale politische Entscheidungen aus dem »geschützten Raum« der Parlamente und Verwaltung in den Raum breiter zivilgesellschaftlicher Debatte und Mobilisierung verlagert.

Rot-rote Schlussfolgerungen nach 2006

Betrachtet man die Wahlergebnisse, war die Regierungsbeteiligung der PDS/DIE LINKE in Berlin alles andere als ein Erfolg. Bei den Abgeordnetenhauswahlen 2006 erlebte die PDS einen dramatischen Einbruch. Während die SPD sogar leicht zulegen konnte, verlor die PDS 9,2% gegenüber ihrem Ergebnis von 2001. Die Enttäuschung der einstmals geschürten hohen Erwartungen und die Kürzungen im Rahmen der Konsolidierungspolitik forderten ihren Tribut. In einer Auswertung des Wahlergebnisses resümierte der Landesvorstand die Folgen der Ausrichtung der haushaltspolitischen Entscheidungen an den Kriterien für

eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht: »So bedeutsam diese Aufgabe sich für die Akteure in Politik, Medien und Verbänden auch darstellte, so blieb das Ziel in den Augen [...] der meisten Menschen in der Stadt dennoch ein abstraktes, technokratisches. Spür- und erfahrbar waren dagegen die Auswirkungen, die sich in den vergangenen Jahren aus dieser Politik ergaben.«³³⁵ Der PDS fehlte in der ersten Legislaturperiode von 2002 bis 2006 – auch aufgrund der ungenügenden Vorbereitung auf eine Regierungsbeteiligung – »eine leitende Idee über die Bewältigung der Haushaltskrise und die Sanierungsarbeit hinaus, die der Politik der Koalition und der PDS in der Koalition zugrunde liegt und die eine tragfähige Perspektive für die Stadt und ihre Bürger*innen bietet. Nur wer glaubwürdig vermitteln kann, wohin die Entwicklung geht, wird Zustimmung für die ›Mühen der Ebenen‹ finden können.«³³⁶ Der 2001 selbstformulierte Anspruch, »drei, vier zentrale Reformvorhaben (zu formulieren) [...], für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existiert, sondern um die herum sich gesellschaftliche Mehrheiten und Akzeptanz organisieren lassen«, wurde nicht eingelöst.³³⁷

DIE LINKE zog daraus die Konsequenz, im Jahr 2006 drei zentrale Projekte für die nächste Legislaturperiode zu formulieren: den Einstieg in die Gemeinschaftsschule, den Aufbau des Öffentlichen Beschäftigungssektors und die Ablehnung von Privatisierungen. Die Partei begann sich wieder von ihrer Wahlniederlage zu erholen, in den Umfragen erreichte DIE LINKE wieder zwischen 16 und 18%, bei den Bundestagswahlen 2009 erreichte der Berliner Landesverband 20,2% und lag damit sogar knapp vor der SPD. Die Berliner Zeitung kommentierte damals: »Die Linkspartei hat wieder zugelegt und im Nachhinein könnte man die Integration der PDS/Linkspartei ins Parteiensystem wie das Ergebnis zweier strategischer Fünfjahrespläne lesen. Erster Fünfjahresplan ab 2001: Ausbau der Macht-Infrastruktur in Berlin sowie Ausbau der Realitätstüchtigkeit. Zweiter Fünfjahresplan ab 2006: Gezielte und schöpferische Umsetzung sozialistischer Programmatik, Ausprägung eigener Handschrift und Emanzipation von der SPD. Vorzeigbare Projekte: Öffentlicher Beschäftigungssektor, Gemeinschaftsschule, Anschieben

³³⁵ Landesvorstand Berlin, Thesen zum Wahlergebnis, 5.12. 2006, zitiert nach: Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin, a.a.O., S. 320.

³³⁶ Rolf Reissig/Michael Brie, Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin, rls-Standpunkte 11/2005, S. 4.

³³⁷ Carola Freundl, Harald, Wolf, Vor der Kür kommt die Pflicht, a.a.O.

von ›Debatten über Rekommunalisierung‹. [...] Vorläufiges Fazit: Rotrot schwächt die Sozialdemokraten und stärkt die Linkspartei.«³³⁸

Diese Entwicklung aktivierte bei den Sozialdemokraten einen Mechanismus der Parteienkonkurrenz: Sie begannen systematisch politische Erfolge der LINKEN zu verhindern. So wurde u.a. eine anstehende Anpassung der Wohnkostenzuschüsse an Hartz-IV, um Zwangsumzüge zu verhindern, blockiert, eine Erhöhung des Vergabemindestlohns abgelehnt, der ÖBS öffentlich unter Beschuss genommen, Preissenkungen bei den Wasserbetrieben wurden verhindert und eine soziale Neuausrichtung der Wohnungspolitik verweigert.

Die Wahlen 2011 und die Folgen

Damit wurden die Grundlagen einer erfolgreichen Koalition infrage gestellt, wo jede Koalitionspartei die Möglichkeit haben muss, sich in den für sie wesentlichen Themenfeldern zu profilieren und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. DIE LINKE ging damit mit einer zerstrittenen Koalition in die Wahlen 2011, von der Koalition und auch von der LINKEN gingen keine wahrnehmbaren Impulse mehr aus. Zudem hatte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und der Niedrigzinspolitik verschärft. Zunehmende Immobilienspekulation mit dem billigen Geld und wachsender Zuzug nach Berlin hatten zu rasch steigenden Mieten geführt. Die Sozialdemokraten redeten die Realität verleugnend noch immer von einem entspannten Wohnungsmarkt, DIE LINKE sah zwar das Problem, konnte sich aber in der Koalition nicht durchsetzen und hatte auch nur ungenügende Antworten auf die Wohnungskrise. Die Koalition hatte sich verbraucht. Der Grünen-Hype nach der Atomkatastrophe von Fukushima und eine krisenhafte Entwicklung in der Bundespartei taten ihr Übriges. Von noch 15 bis 17% in den Umfragen im Februar 2011 verschlechterten die Werte sich kontinuierlich, am Ende sackte die LINKE bei den Wahlen 2011 nochmal um 1,7% gegenüber dem Ergebnis von 2006 auf 11,7% ab.

In den folgenden fünf Jahren der Opposition arbeitete DIE LINKE Berlin die Erfahrungen aus der Regierungszeit auf und bemühte sich darum, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Neben einer inhaltlichen Neuaufstellung (insbesondere einer konzeptionellen Weiterent-

³³⁸ Rotrot und Rot-Rot, Berliner Zeitung, 31.12.2009.

wicklung der Wohnungs- und Mietenpolitik) ging es vor allem um eine Neubestimmung des Verhältnisses von Partei, Bewegungen und Regierung. In einer Regierungsbeteiligung besteht die Gefahr, dass die Parteiorganisation ihre eigenständige Rolle gegenüber Fraktion und Regierung verliert und zu einem Anhängsel der Regierungspolitik wird. In Koalitionen müssen kontinuierlich Kompromisse zwischen den Koalitionsparteien ausgehandelt werden. Unter dem Gesichtspunkt eines technokratisch reibungslosen Koalitionsmanagements und Regierungshandelns erscheint ein von der Partei und außerparlamentarischen Initiativen gefordertes »Mehr« über den gefundenen (und erreichbaren) Kompromiss als störend oder gar als kontraproduktiv.

Führt dies dazu, dass die Partei faktisch in die Koalitions- und Regierungsdiziplin eingebunden und ihre Rolle auf das in der Koalition Vereinbarte »zurechtgestutzt« wird, zerstört dies die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum. So bilanzierte die Partei, dass »traditionelle Bündnispartner im außerparlamentarischen Raum, insbesondere im politisierten linken Spektrum, »weggebrochen« sind.³³⁹ Über weite Strecken »duldeten« die Partei das Regierungshandeln, war aber häufig nicht mehr handelnder Akteur, sondern oft nur passiver Zuschauer. DIE LINKE stellte sich damit der Aufgabe, anders als in den bisherigen Regierungsbeteiligungen die parlamentarische und Regierungsarbeit produktiver mit außerparlamentarischen Bewegungen zu verbinden und zu einer abgestimmten und klugen Arbeitsteilung zwischen der Partei und dem in Fraktion und Regierung agierenden Personal zu kommen.

³³⁹ Linkspartei.PDS Berlin, Beiträge zur Wahlauswertung, a.a.O.

»Regieren in Bewegung?« Rot-Rot-Grün in Berlin

*»Wenn die staatliche Apparatur gegenüber den mit der Autonomisierung und Politisierung der zivilen Gesellschaft sich verschiebenden Kräfteverhältnissen geöffnet werden soll, dann setzt dies ihre radikale Demokratisierung im Sinne einer engen Verbindung von etatistisch-repräsentativen und direkt demokratischen Politikformen voraus.«
(Joachim Hirsch)*

Bei den Abgeordnetenhauswahlen 2016 legte DIE LINKE wieder zu und erreichte 15,6%. Für die SPD stimmten 21,6% und für die Grünen 15,2%. Damit war der Weg für eine rot-rot-grüne Koalition frei.

Im Vergleich zu den rot-roten Legislaturperioden hatten sich die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Als Ergebnis der rot-roten Konsolidierungspolitik, des drastisch gesunkenen Zinsniveaus nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und einer in Berlin und im Bund wachsenden Wirtschaft mit steigenden Steuereinnahmen hatte sich die Haushaltslage gegenüber den Vorgängerjahren deutlich entspannt. Damit gab es auch wieder finanzielle Handlungsspielräume und die Möglichkeit verstärkter öffentlicher Investitionen sowie einer Stärkung des öffentlichen Dienstes durch umfangreiche Neueinstellungen. An dieser Stelle soll es nicht um eine detaillierte Darstellung der umfangreichen Reformen der rot-rot-grünen Regierung gehen, sondern um die grundlegende Änderung im Verhältnis der LINKEN in der Regierung zu gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen.³⁴⁰

Arbeitsfelder: Rekommunalisierung der Stromversorgung, Verkehrswende

Bereits in der Endphase der rot-roten Koalition hatte DIE LINKE die Debatte um eine Rekommunalisierung der Energieversorgung begonnen. Die gesetzlich vorgeschriebene Neuausschreibung der Konzessionen für

³⁴⁰ Für eine umfangreiche Bilanz siehe: »Wir holen die Stadt zurück«. Bilanz der linken Beteiligung an der rot-rot-grünen Regierung in Berlin 2017-2021, www.linksfraktion.berlin/fileadmin/linksfraktion/download/Publikationen/2021_06_Linksfraktion_Bilanz.pdf.

das Strom- und Gasnetz stand an und damit eine Möglichkeit, diese zentralen Infrastrukturen der Energieversorgung wieder in die öffentliche Hand zu überführen. Eine Initiative für einen Volksentscheid begann sich zu formieren und forderte die Rekommunalisierung des Stromnetzes und den Aufbau eines eigenen, ökologisch und sozial orientierten städtischen Energieversorgungsunternehmens.

DIE LINKE war von Anfang an Teil dieser Initiative und unterstützte sie parlamentarisch und außerparlamentarisch. Der Volksentscheid und seine Forderungen führten zu einer breiten Mobilisierung. Im Volksentscheid stimmten 83% für eine Rekommunalisierung, das Quorum von 25% aller Stimmberechtigten wurde mit 24,1% jedoch knapp verfehlt. Dennoch hatte die Dynamik des Volksentscheids spürbaren Druck auf die regierende SPD-CDU-Koalition ausgeübt – mittlerweile hatten auch die Sozialdemokraten begonnen, die Initiative zu unterstützen. Trotz des knappen Scheiterns des Volksentscheids sah sich die Regierung angesichts der großen Unterstützung gezwungen, ein Gesetz zur Errichtung eines kommunalen Energieunternehmens (»Berliner Stadtwerk«) zu beschließen, sich mit einem landeseigenen Unternehmen an der Konzessionsvergabe zu beteiligen und so das Ziel der Rekommunalisierung zu verfolgen. Allerdings sorgte die CDU dafür, dass die Handlungsmöglichkeiten des »Stadtwerks« eng begrenzt wurden. Die Energieaktivist*innen mit der Unterstützung von der LINKEN, von SPD und Grünen machten jedoch weiter Druck, das Stadtwerk von den von der CDU auferlegten Beschränkungen zu befreien, und die Rekommunalisierung der Energieversorgung fand Eingang in die Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot-Grün. Nach einer jahrelangen juristischen Auseinandersetzung mit dem Energiekonzern Vattenfall gelang es schließlich im Jahr 2021, das Stromnetz wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen.

Zu Beginn des Wahljahres 2016 trat eine Initiative für einen Volksentscheid für ein Fahrradgesetz auf den Plan. Sie mobilisierte für eine Verkehrswende und eine sichere und ausreichende Infrastruktur für den wachsenden Radverkehr. Auch diese Initiative traf auf eine breite Unterstützung und entfachte eine lebhaft öffentliche Diskussion über einen Umbau der bislang autofixierten Verkehrsinfrastruktur und die Nutzung des öffentlichen (Straßen-)raums zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln und Nutzergruppen. Politisch wurde die Initiative vor allem von der LINKEN und den Grünen unterstützt. Die wesentlichen Forderungen der Volksentscheidsinitiative fanden Eingang in die Koalitionsvereinbarung von SPD, LINKEN und Grünen – erweitert um das Ziel eines umfassenden integrierten »Mobilitätsgesetzes«, in das

auch Regelungen zum öffentlichen Personennahverkehr, den Fußgängerverkehr und den Wirtschaftsverkehr aufgenommen wurden. Die Erarbeitung des Gesetzes erfolgte in einem ungewöhnlichen partizipativen Verfahren, an dem die Verkehrsinitiativen, Verbände, die Koalitionsfraktionen und die Verwaltung beteiligt waren.

In einem intensiven Diskussions- und Arbeitsprozess wurden die Eckpunkte und wesentlichen Inhalte des Gesetzes gemeinsam erarbeitet, die dann von der Verwaltung in die notwendige juristische Form gegossen wurden. Auch im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen hatte sich ein breites Bündnis der künftigen Koalitionsparteien, von Fahrgastverbänden, Umweltorganisationen, Verkehrsinitiativen gebildet, die einen Ausbau des Straßenbahnsystems forderten – insbesondere im Westteil der Stadt, wo 1967 der Straßenbahnverkehr eingestellt worden war. Die Initiative entwickelte einen konkreten, zeitlich gestuften Plan für den Bau und Ausbau bestimmter Strecken, der später Bestandteil des Koalitionsvertrags wurde. Sowohl im Falle des Mobilitätsgesetzes als auch beim Ausbau des Straßenbahnnetzes wurden wichtige Grundsatzentscheidungen der Koalition außerparlamentarisch vorbereitet und dann im Dialog mit Regierung und Verwaltung konkretisiert. Es zeigte sich aber auch, dass politische Beschlüsse das eine sind, die verwaltungsmäßige Umsetzung das andere. In vielen Bereichen blieb die Realisierung hinter den politisch verkündeten Zielen zurück. Gründe waren und sind ungenügende Planungskapazitäten in der Verwaltung, Widerstände von Teilen der Bevölkerung vor Ort oder bezirklichen Verwaltungen. Vor diesem Hintergrund haben sich u.a. bezirkliche Netzwerke gegründet, die weiter Druck für die konkrete Realisierung entfalten.

Der Kampf um den »Mietendeckel«

Schon im Jahr 2015 hatten die explodierenden Mietpreise zu einer breiten Mobilisierung von Mieterinitiativen für einen Volksentscheid für eine sozialere Mietenpolitik geführt. DIE LINKE hatte sich nach dem Ende der rot-roten Koalition und dem damaligen Scheitern in der Mietenpolitik intensiv um eine Kooperation mit der Mieter*innenbewegung und die Wiedergewinnung verlorengegangenen Vertrauens bemüht und unterstützte die Volksentscheidsinitiative aktiv. Die SPD-CDU-Koalition übernahm – vor allem auf Druck der SPD – wichtige Anliegen der Mieter*innenbewegung. So wurde u.a. die Miete im privaten und öffentlichen sozialen Wohnungsbau auf höchstens 30% des

Nettoeinkommens gekappt, das Eigenkapital der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften erhöht und Sozialwohnungen gezielt angekauft, demokratische Mieterräte wurden für alle landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eingeführt.

Die rot-rot-grüne Koalition ergriff darüberhinaus gehende Maßnahmen: Das kommunale Vorkaufsrecht wurde umfassend ausgeübt und damit mehr als 10.000 Wohnungen der Spekulation entzogen. 35 neue Milieuschutzgebiete wurden ausgewiesen, ein Flächenankaufprogramm für die soziale und ökologische Stadtentwicklung aufgelegt. Die kommunalen Wohnungsunternehmen wurden verpflichtet, bei Neubauprojekten mindestens die Hälfte der Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden für höchstens 6,70 Euro pro Quadratmeter an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) zu vermieten. Vermietungsquoten für »besondere Bedarfsgruppen« wie z.B. Wohnungslose oder Geflüchtete wurden festgelegt. Dies waren und sind alles sinnvolle Maßnahmen und wichtige Verbesserungen im Einzelfall – den generellen »Mietenwahnsinn« konnten und können sie jedoch nicht stoppen.

Angesichts der weiter anhaltenden Spekulationswelle und Mietpreisexplosion kam es zu einer erneuten Initiative für einen Volksentscheid – jetzt mit der Forderung nach einer Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne wie der »Deutsche Wohnen«. Sie berief sich auf Artikel 15 des Grundgesetzes, wonach »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden (können)«. DIE LINKE unterstützte die Volksentscheidsinitiative von Anfang an aktiv, während die SPD sich mit einem Beschluss des Landesparteitags mehrheitlich gegen eine Vergesellschaftung aussprach und die Grünen sich als Partei nicht eindeutig festlegen wollten.

Wie sehr sich das gesellschaftliche Klima in der Wohnungsfrage geändert hat, zeigen mehrere Umfragen, in denen sich eine Mehrheit der Berliner*innen für eine Vergesellschaftung ausspricht. Galten Enteignung und Vergesellschaftung bislang als politisches Tabu, erscheinen sie jetzt – zumindest potenziell – als mehrheitsfähig. Mit ihrer aktiven Unterstützung der Vergesellschaftungsinitiative geht DIE LINKE als Regierungspartei deutlich über den Rahmen der Regierungspolitik hinaus. Anders als in der ersten Phase der rot-roten Regierung agiert sie als Partei unabhängig von der Regierung und versucht gesellschaftliche Mehrheiten mit außerparlamentarischen Akteuren jenseits der parlamentarischen Koalitionsmehrheiten zu gewinnen. Gleichzeitig nutzte

sie ihre Präsenz in der Regierung im Interesse der Initiative, als sie die Absicht der Sozialdemokraten im Senat blockierte, die Zulässigkeit des Volksentscheids durch das Landesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Hätten die Sozialdemokraten diese Absicht umsetzen können, hätte dies eine erhebliche zeitliche Verzögerung bedeutet und verhindert, dass der Volksentscheid zeitgleich mit der Bundestagswahl im September 2021 stattfinden kann.

Parallel zur öffentlichen Diskussion um die Vergesellschaftungsinitiative kam die Idee eines »Mietendeckels« auf. Mietrecht ist Bundesrecht und die Bundesländer hätten keine Möglichkeit, Miethöhen zu regulieren – das war die allgemeine Auffassung. Mit der Föderalismusreform aber, mit der die alleinige Kompetenz für das »Wohnungswesen« den Ländern übertragen wurde, gebe es die Möglichkeit, auf Länderebene öffentlich-rechtlich Mietpreise zu begrenzen. So der Beitrag eines Juristen aus der Verwaltung, den er in einer juristischen Fachzeitschrift veröffentlichte. Die folgende juristische und politische Debatte war durchaus kontrovers, aber viele Jurist*innen schlossen sich der Auffassung an, dass es eine derartige Länderkompetenz gebe. Die Idee des »Mietendeckels« war geboren. Ursprünglich verstanden die Sozialdemokraten den Mietendeckel als Mittel, um den Volksentscheid zur Vergesellschaftung auszubremsen und für überflüssig zu erklären. DIE LINKE griff die Idee auf, sie ging über die sozialdemokratische Vorstellung eines reinen Mietensstopps hinaus und verlangte auch eine Regelung zur Absenkung hoher Mieten. In intensiven Diskussionen mit Jurist*innen, Mieterverein und Mieterinitiativen und mit den Koalitionsfraktionen wurden dann die zentralen Inhalte des Mietendeckels erarbeitet. Der Mietendeckel war ein massiver Eingriff in die Verwertungsinteressen der Vermieter und führte zu deutlichen Mietsenkungen – teilweise um mehrere hundert Euro im Monat. Kein Wunder, dass er auf den massiven Widerstand und Gegenpropaganda der Immobilienlobby und der Oppositionsfraktionen traf. FDP- und CDU-Abgeordnete reichten eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht ein, das schließlich die – juristisch nicht unumstrittene – Auffassung vertrat, dass Berlin als Bundesland keine Kompetenz zum Erlass eines Gesetzes zur Deckelung der Mietpreise habe. Aus Protest gegen das Urteil demonstrierten am selben Abend spontan 15.000 Menschen gegen den Richterspruch.

Das Scheitern des Mietendeckels vor dem Verfassungsgericht war zwar eine Niederlage – sie führte jedoch dazu, dass sich die Debatte auf die Bundesebene verlagerte. Berlin hatte gezeigt, dass eine andere Mietenpolitik möglich ist, dass man nicht machtlos gegen Spekulation

und permanent steigende Mieten ist, wenn der politische Wille da ist und die Bereitschaft existiert, sich in den Konflikt mit Kapitalverwertungsinteressen zu begeben. Die Voraussetzung dafür war jedoch eine gesellschaftliche Stimmung, ein Kräfteverhältnis, das die Durchsetzung einer solchen Politik möglich machte. Ohne die jahrelange Aktivität und Mobilisierung der Mieter*innenbewegung, ohne eine gesellschaftliche Stimmung gegen den »Mietenwahnsinn«, die weite Teile der Gesellschaft erfasst hatte, wäre die politische Entscheidung für den Mietendeckel nicht möglich gewesen. Nur so war man in der Lage, der Gegenkampagne der Immobilienlobby standzuhalten und innerhalb der Koalition die politischen Mehrheiten für eine Absenkung der Mieten zu erreichen und Widerstände der Verwaltung zu überwinden. Durch den Druck der sozialen Bewegungen konnte DIE LINKE »die Durchsetzungsfähigkeit entwickeln, die die Verhandlungsführerinnen im entscheidenden Moment brauchen. Denn sie müssen in den Grenzen des politisch ›Machbaren‹ verhandeln – die es wiederum von außerhalb des Koalitionsausschusses, im gesellschaftlichen Konflikt zu verschieben gilt.«³⁴¹

Tief greifendere politische Veränderungen können nicht einfach über den Staat dekretiert werden, der Boden dafür muss in der Gesellschaft bereitet werden. Dass der Mietendeckel am Ende durch den Staatsapparat – das Bundesverfassungsgericht – gestoppt wurde, der am meisten von gesellschaftlichem Druck abgeschirmt ist, bestätigt diese Regel. Wie diskussionswürdig – und nicht frei von politischen Beweggründen – das Verfassungsgerichtsurteil ist, zeigt sich an der gewundenen Begründung des Urteils. Zwar räumte das Gericht ein, dass die Zuständigkeit für das Wohnungswesen mit der Föderalismusreform in die Kompetenz der Länder gegeben worden sei. Damit sei aber keine Zuständigkeit für die Regulierung der Mieten bislang preisungebundener Wohnungen verbunden. Denn diese habe es zwar früher gegeben, zum Zeitpunkt der Übertragung der Kompetenz an die Länder hätte es das Recht zur Mietpreisregulierung aber nicht mehr gegeben. Eine Begründung und Belege für diese Aussage lieferten die Richter nicht.³⁴²

³⁴¹ Hanno Bruchmann/Jonathan Diesselhorst/Katharina Mayer/Niklas Schenker/Moritz Warnke, Für eine rebellische Stadtpolitik! Konflikt um den Berliner Mietendeckel, Oktober 2019; www.zeitschrift-luxemburg.de/fuer-eine-rebellische-stadtpolitik/.

³⁴² Vgl. auch Andrej Holm, Mietendeckel: Was hat das Bundesverfassungsgericht entschieden? www.rosalux.de/news/id/44118/mietendeckel-was-hat-das-bundesverfassungsgericht-entschieden?cHash=6f04ba2f345ba3197b87e-a26809bee9d.

Das Scheitern des Mietendeckels vor Gericht führte jedoch dazu, dass die laufende Mobilisierung für den Volksentscheid zur Vergesellschaftung der Bestände der großen Immobilienkonzerne an Dynamik gewonnen hat. Wird im September 2021 der Volksentscheid erfolgreich sein, wird dies eine neue, in der Bundesrepublik bisher nicht gekannte politisch-juristische Auseinandersetzung eröffnen.

Resümee

Andrej Holm zitiert Peter Marcuses Unterscheidung zwischen technokratischen, radikalen und transformativen Ansätzen der Stadtpolitik. Demnach zielt die technokratische Orientierung auf eine Verbesserung im Rahmen der bestehenden Verwaltungsroutinen. Radikale Stadtpolitik nutzt Instrumente der Umverteilung und versucht, »Strukturen sozialer Ungleichheit aufzubrechen, jedoch ohne das institutionelle Gefüge der Gesellschaft selbst in Frage zu stellen«. Transformative Stadtpolitik zielt darauf, »die grundlegenden, die systemischen Ursachen von Ungerechtigkeit und Ungleichheit aufzuheben und das System der kapitalistischen Urbanisierung zu überwinden«. ³⁴³ War die rot-rote Regierung von 2002 bis 2011 überwiegend von einer technokratischen Rationalität gekennzeichnet – Überwindung der Haushaltskrise und eines subventionsgetriebenen klientelistischen Systems –, weist die rot-rot-grüne Regierung seit 2016 vor allem die Merkmale einer radikalen Stadtpolitik auf.

Das Verhältnis zwischen Bewegung, Partei, Fraktion und Regierung ist durch ein produktives Spannungsverhältnis, nicht ein Gegeneinander gekennzeichnet. Der gesellschaftliche Druck von Initiativen und Bewegungen ist kein Störfaktor des Regierungshandelns, sondern erweitert die Handlungsspielräume für linke Politik in der Regierung. Ansätze einer Transformation des Verwaltungshandelns, gemeinsamer Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse mit gesellschaftlichen Initiativen, neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung wurden zwar in einzelnen Fällen (wie z.B. beim Volksentscheid »Fahrrad«) praktiziert, blieben aber Einzelfälle. Demokratisierung der Entscheidungsfindung und damit verbunden Transformation der Staatsapparate wird eine Herausforderung künftiger Regierungsbeteiligungen sein.

³⁴³ Andrej Holm, Linkes Regieren ist mehr als eine Linke in Regierungsverantwortung, März 2021; www.zeitschrift-luxemburg.de/linkes-regieren-ist-mehr-als-eine-linke-in-regierungsverantwortung/.

Thüringen: »Bollwerk gegen rechts« oder »Regieren ohne Hegemonie«

*»In Thüringen definiert die Linkspartei,
was die Mitte ist. Ramelow ist der Adressat
für politische Stabilität auch für bürgerliche Wähler.«
(Klaus Dörre)*

*»Die Überlegung über ein Zusammengehen oder
Koalieren mit Teilen des politischen Establishments
setzt deren Läuterung und prinzipielle Neujustierung
voraus. Das ist erst zu erwarten, wenn das
Altparteienkartell unter der steigenden
Krisenlast zerbrochen ist.«
(Björn Höcke)*

Mit der Wahl Bodo Ramelows im Dezember 2014 übernahm DIE LINKE erstmals das Amt eines Ministerpräsidenten. Anders als in bisherigen Koalitionen mit linker Beteiligung war DIE LINKE jetzt nicht kleinerer Koalitionspartner (»Juniorpartner«) der SPD, sondern stand an der Spitze einer Landesregierung zusammen mit SPD und Grünen. Das war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Bereits bei den Wahlen 2009 hatten LINKE und SPD eine rechnerische Mehrheit erreicht. Die CDU verlor die absolute Mehrheit, ihre Ablösung wäre möglich gewesen. In Gesprächen zwischen LINKEN, SPD und Grünen wurden zwar große inhaltliche Übereinstimmungen für eine künftige Landespolitik festgestellt, trotzdem scheiterten die Gespräche. Denn die SPD – die bei den Wahlen schwächer als DIE LINKE abgeschnitten hatte – machte zur Bedingung, dass sie als zweitstärkste Kraft im Bündnis den Ministerpräsidenten stellt und nicht DIE LINKE. Diese durch das Wahlergebnis nicht gerechtfertigte Forderung war für DIE LINKE nicht akzeptabel, war es doch gleichbedeutend mit einer Unterwerfung unter die Sozialdemokratie. Das Dreierbündnis kam so nicht zustande und die SPD trat in eine Koalition mit der CDU ein.

2009-2014: Auf dem Weg in eine linke Reformregierung

DIE LINKE hielt in den Folgejahren an ihrem Ziel »einer Reformregierung links von der CDU« fest. Bereits vor den Landtagswahlen 2009 war es zu einer Mobilisierung für eine rot-rot-grüne Regierung gekom-

men: »Zahlreiche Gewerkschafter*innen, Aktivist*innen aus antiras-sistischen und antifaschistischen Gruppen und Verbänden diskutierten und engagierten sich für dieses Modell.«³⁴⁴ Diese außerparlamentari-sche Kooperation wurde auch nach dem Eintritt der SPD in die Koali-tion mit der Union fortgesetzt – so z.B. in Bündnissen gegen rechts, in einem Volksbegehren für eine bessere Kita-Betreuung u.ä. »Seit Jah-ren gibt es in Thüringen so etwas wie einen rot-rot-grünen Alltag«, be-richtete Susanne Hennig-Wellsow. »Die politischen Gemeinsamkeiten von r2g stehen nicht nur auf dem Papier. Hier ist seit Jahren zu besich-tigen, dass die Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene, bei au-ßerparlamentarischen Aktionen und auch in vielen Fällen im Landtag funktioniert. Hier passierte bereits vor dem Regierungsantritt, worü-ber andere nur reden: der erfolgreiche Netzzrückkauf durch die Kom-munen, die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Ilmkreis oder kommunale r2g-Bündnisse. Auch das gemeinsam mit BürgerInnen, Ge-werkschaften und Verbänden erstrittene Volksbegehren ›Mehr Demo-kratie‹ oder die wiederholten Mobilisierungen gegen Nazi-Aufmärsche waren Ergebnis eingeübter Zusammenarbeit.«³⁴⁵

Bei den Oberbürgermeister- und Landratswahlen im Jahr 2012 kam es bei Stichwahlen zu Vereinbarungen gegenseitiger Unterstützung zwi-schen SPD und LINKEN. Derartige Vereinbarungen hatten sich schon bei den Kommunalwahlen 2006 bewährt.³⁴⁶ Die seit vielen Jahren ge-pflegte intensive Kommunikation und die gemeinsamen Aktivitäten mit Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen zahlten sich aus. Die Wahlerfolge der Thüringer LINKEN sind Ausdruck einer kontinuierli-chen außerparlamentarischen Arbeit, kommunalpolitischer Veranker-ung und parlamentarischer Initiativen. Es gelang, mit Bodo Ramelow über viele Jahre einen populären und medial präsenten Spitzenkandi-daten aufzubauen.

³⁴⁴ Volker Hinck, Mission Possible? Chancen und Grenzen des Rot-Rot-Grü-nen Regierungsprojekts in Thüringen, in: Luxemburg, Januar 2017; www.zeit-schrift-luxemburg.de/volker-hinck/.

³⁴⁵ Susanne Hennig-Wellsow, Mit LINKS regieren! In: Dieselbe (Hrsg.), Mit LINKS regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, Hamburg 2015, S. 27.

³⁴⁶ Siehe auch: Dieter Hausold/Knut Korschewsky, Der Thüringer Weg, in: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.), Mit LINKS regieren?, a.a.O., S. 82.

2014-2019: Rot-Rot-Grün unter dem ersten LINKEN Ministerpräsidenten

Dies war die Grundlage, auf der DIE LINKE 2014 nicht nur ihren Wahlerfolg von 2009 wiederholen, sondern auch noch mit 28,2% ihr Wahlergebnis verbessern konnte. Die Sozialdemokraten kamen auf nur 12,4% – ein Führungsanspruch war damit nicht mehr zu erheben. LINKE, SPD und Grüne verfügten jetzt über eine knappe Mehrheit von einer Stimme im Landtag. Diesmal erteilte die SPD der CDU eine Absage, als 70% ihrer Mitglieder für eine Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der LINKEN stimmten. Mit der Zustimmung zur Wahl eines Ministerpräsidenten der LINKEN war ein weiteres sozialdemokratisches Tabu gegenüber der LINKEN gefallen und ein wichtiger Schritt der »Normalisierung« des Verhältnisses zwischen beiden Parteien erreicht. Auch die Grünen sprachen sich klar für ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis aus.

Gleichzeitig machte die Rechte mobil. Die Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung wurden mit einer massiven Kampagne von rechts begleitet, bis hin zu Angriffen auf Büros der LINKEN und ihre Politiker. Sogar der damalige Bundespräsident Joachim Gauck griff ein und stellte infrage, ob DIE LINKE einen Ministerpräsidenten stellen dürfe. Mit einer starken Opposition von rechts aus CDU und der mit 10,6% erstmals im Landtag vertretenen rechtsextremen AfD war klar, dass die Gegenkräfte gegen die rot-rot-grüne Politik nicht ohne gesellschaftlichen Rückhalt waren.

In den Sondierungs- und Koalitionsgesprächen machten die Vertreter*innen der LINKEN deutlich, dass sie eine »Koalition auf Augenhöhe« anstreben. Das heißt, dass sie nicht beabsichtigten, das sozialdemokratische »Koch-Kellner«-Spiel und »Basta-Politik« zu betreiben, wo der bzw. die kleineren Koalitionspartner sich dem Führungsanspruch des Regierungschefs mehr oder weniger bedingungslos unterordnen sollen. Es galt, »sowohl die Identitätskrise der Nicht-mehr-Volkspartei SPD politisch zu berücksichtigen als auch die Ängste der Grünen vor einer Dominanz der LINKEN« einzuhegen.³⁴⁷

Konkret bedeutete das u.a., dass die SPD mit einer Staatssekretärin und darüber hinaus SPD und Grüne mit jeweils einem Stabsmitarbeiter in der Staatskanzlei, dem »Maschinenraum« der Regierung, vertreten waren. Auch in der Verteilung der Ressortzuständigkeiten galt es, die Interessen der Koalitionspartner zu berücksichtigen: So erhielt

³⁴⁷ Volker Hinck, a.a.O.

die SPD das Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Finanzen, die Themenfelder, die wichtig sind, um in der »bürgerlichen Mitte gewinnen zu können: »wirtschaftliche Kompetenz, innere Sicherheit und finanzielle Stabilität«. ³⁴⁸ Den Ministerpräsidenten zu stellen, heißt eben nicht, »durchregieren« zu können. Kompromisse und Einbeziehung von politischen Interessen der Koalitionspartner sind ebenso notwendig wie Berücksichtigung der Interessenlage, Befürchtungen und Stimmungen in den unterschiedlichen Teilen und sozialen Gruppen in der Bevölkerung.

Damit sind naturgemäß Reibungen und Konflikte in der Koalition verbunden. So verfügte die Landesregierung im Dezember 2014 symbolträchtig einen Winterabschiebestopp. Mit der Zunahme der Zahl der Geflüchteten im Jahr 2015 wurde eine Fortsetzung dieser Politik jedoch vom sozialdemokratischen Innenminister und dem Landesvorsitzenden der SPD infrage gestellt. Am Ende einigte sich das Kabinett darauf, dass statt eines pauschalen Abschiebestopps jeder Einzelfall daraufhin geprüft wird, ob abgelehnte Asylbewerber in den Wintermonaten abgeschoben werden können. ³⁴⁹ Damit wurden die Entscheidungen faktisch auf die Landkreise verlagert. Auch die Debatte in der Koalition um das Bildungsfreistellungsgesetz zeigte, wie unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte den Handlungsspielraum der Regierung begrenzten. Anders als in den meisten anderen Bundesländern gab es in Thüringen wie in Sachsen und Bayern keine landesgesetzliche Regelung über den Bildungsurlaub. Während die Gewerkschaften Druck für ein Bildungsfreistellungsgesetz machten, machten Wirtschaftsvertreter und die Industrie- und Handelskammern, sekundiert von CDU und AfD, gegen das Gesetz mobil und sahen eine untragbare Kostenbelastung für die Unternehmen: »Rot-Rot-Grün ist wirtschaftspolitisch Gift-Gift«, klagte deshalb der Erfurter IHK-Präsident. ³⁵⁰ Am Ende stand ein Gesetz, mit dem nach den Worten des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Wolfgang Tiefensee »die Balance zwischen den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gefunden« wurde. Während der DGB einen Rechtsanspruch für alle Beschäftigten gefordert hatte, sah das Gesetz

³⁴⁸ Benjamin-Immanuel Hoff, Rot-Rot-Grün: Erfolgreiches Experiment im Parteienlabor, in: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.), a.a.O., S. 53.

³⁴⁹ »Thüringen lockert Abschiebestopp im Winter«, 22.10.2015; www.nd-aktuell.de/artikel/988735.thueringen-lockert-abschiebestopp-im-winter.html?sstr=thüringen|winterabschiebestopp.

³⁵⁰ Zitiert nach Tagesspiegel, Die Revolution ist ausgeblieben, 13.3.2015; www.tagesspiegel.de/politik/100-tage-rot-rot-gruen-in-thueringen-die-revolution-ist-ausgeblieben/11502750.html.

einen Anspruch auf Bildungsurlaub erst in Unternehmen mit mehr als fünf Arbeitnehmer*innen vor. Zwar begrüßte der DGB, dass es endlich eine gesetzliche Regelung gab, kritisierte aber gleichzeitig, dass das Gesetz lediglich für 22% der Thüringer Unternehmen gilt und damit »nach den Wünschen der Arbeitgeber geschrieben« sei.³⁵¹

Beide Vorgänge – die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik und den Winterabschiebestopp wie die Debatte um das Bildungsfreistellungsgesetz – machten ein Problem im Verhältnis zwischen Regierungspolitik und außerparlamentarischen Akteuren deutlich. So stellte der Leiter des Thüringer Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung Volker Hinck fest: »Während Bewegungen, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften die Kräfte, die gegen eine solidarische Wende in Thüringen stehen, unterschätzen, scheint es, als überschätzten sie die Bedeutung eines Regierungswechsels. Statt jedoch daran mitzuwirken, den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Druck aufzubauen, zogen sich viele außerparlamentarischen Akteure eher zurück, in der irrigen Annahme, substanzielle Veränderungen würden nun aus der Regierung vollzogen. Für DIE LINKE besteht die Gefahr, zum Opfer ihrer eigenen Repräsentativfunktion zu werden. Während sie versucht, Positionen des solidarischen Lagers zu vertreten, zog sich dieses zurück. Gerade aber der nachlassende Druck von links machte SPD und B90/Die Grünen anfällig für Druck von rechts und die Profilierung für Interessen des vermeintlich eigenen Klientels.«³⁵²

Erfolge und Hindernisse der Regierungskoalition

Bei allen Schwierigkeiten und Widerständen ist es der Koalition jedoch gelungen, eine ganze Reihe von Reformen und Verbesserungen durchzusetzen. Dazu gehören u.a. eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen; der kommunale Finanzausgleich wurde von 1,8 Milliarden auf 2,1 Milliarden Euro aufgestockt. Tausend neue Erzieher*innen und 3.900 neue Lehrer*innen wurden eingestellt. Öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose wurden geschaffen. Die öffentlichen Investitio-

³⁵¹ DGB – Über 70.000 nicht von Bildungsfreistellung ausgrenzen, Pressemitteilung vom 25.5. 2015; hessen-thueringen.dgb.de/presse/+++co+++318a70c8-0380-11e5-8427-52540023ef1a.

³⁵² Volker Hinck, a.a.O.

nen wurden erhöht – allerdings konnten die zur Verfügung stehenden Mittel wegen fehlender Planungs- und Baukapazitäten nicht vollständig abgerufen werden. So wurden von 400 Millionen Euro für Schul-sanierungen zur Verfügung stehenden Mitteln nur 220 Millionen verbaut. Die erneuerbaren Energien wurden ausgebaut, sie machen die Hälfte des in Thüringen erzeugten Stroms aus.

In der Innenpolitik schränkte die Koalition als Konsequenz aus dem Skandal um den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und der Verstrickung des Verfassungsschutzes den Einsatz von V-Leuten erheblich ein. Diese dürfen nur noch bei Terrorgefahr und mit Zustimmung des Ministerpräsidenten eingesetzt werden. Für NSU-Opfer wurde ein Entschädigungsfonds aufgelegt. An die Spitze des Verfassungsschutzes wurde mit Stephan Kramer der ehemalige Generalsekretär des Zentralrats der Juden berufen, der früher auch schon einmal die Auflösung des Verfassungsschutzes gefordert hatte.³⁵³ Dennoch bleibt ein Geheimdienst ein Fremdkörper in einer Demokratie. Deshalb wurde parallel zur Reform des Verfassungsschutzes das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft aufgebaut, das sich wissenschaftlich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzt.

Trotzdem begrenzten gesellschaftliche Widerstände auch den Handlungsspielraum in anderen Politikbereichen. In der Koalitionsvereinbarung war ursprünglich eine von den Vorgängerregierungen lange verschleppte umfassende Funktional- und Gebietsreform auf der Kreis- wie der Gemeindeebene als wichtiges Projekt vorgesehen. Wie bei derartigen Vorhaben zu erwarten – ungefähr zur gleichen Zeit scheiterte auch in Brandenburg eine Gebietsreform – kam es zu massivem Widerstand aus Kreisen und Kommunen. Ein Volksentscheid wurde initiiert, die Oppositionsparteien machten mobil und in der Koalition nahmen die Konflikte über das Projekt zu. Schließlich musste dieses Vorhaben abgesagt werden, Fusionen von Kreisen und Gemeinden sollten jetzt nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit erfolgen.

Die früheren CDU-geführten Regierungen hatten in der Vergangenheit den Thüringer Wirtschaftsstandort immer als Niedriglohnland profiliert und mit diesem »Standortvorteil« beworben. Selbst zuzeiten der CDU-SPD-Regierung hatte das damals sozialdemokratisch geführte Wirtschaftsministerium es abgelehnt, eine Mindestlohnregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gesetzlich zu verankern und damit dem Beispiel anderer Bundesländer wie z.B. Berlin, Bremen und Rhein-

³⁵³ Siehe »Projekt Verfassungsschutz light«, in: taz 23.10.2019.

land-Pfalz zu folgen. Auch in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot-Grün fand sich nur eine verklausulierte Formulierung, in der eine Mindestlohnregelung gar nicht erwähnt wurde: »Das Vergabegesetz soll hinsichtlich seiner praktischen Bedeutung für die Thüringer Unternehmen sowie die Zweckmäßigkeit bei der Zielerreichung evaluiert werden. Auf dieser Grundlage sollen gegebenenfalls Änderungen vorgenommen werden, mit denen die Intentionen des Gesetzes besser erreicht werden – ohne die Unternehmen stärker zu belasten.«³⁵⁴

Erst 2018/2019 kam es dann zur Debatte zwischen den Ressorts und den Koalitionsfraktionen über eine Novelle des Vergabegesetzes. Die Thüringer Industrie- und Handelskammern protestierten pflichtgemäß, eine vom gesetzlichen Mindestlohn abweichende Lohnuntergrenze sei ein nicht zu vertretender bürokratischer Aufwand und eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft. Wirtschaftsminister Tiefensee legte schließlich einen Gesetzentwurf vor, der einen Mindestlohn von 10,04 Euro bei der Ausführung eines öffentlichen Auftrags orientiert am Mindestlohn für Gebäudereiniger vorsah. DIE LINKE und die Grünen hatten jedoch einen Vergabemindestlohn von zwölf Euro gefordert.

Nach längerer Diskussion einigte man sich in der Koalition auf einen Mindestlohn von 11,42 Euro – orientiert an der untersten Einkommensgruppe im Tarifvertrag der Länder (TdL) für den öffentlichen Dienst, wie auch vom DGB gefordert. Zudem schreibt das Vergabegesetz eine Verpflichtung vor, wonach das für die »jeweilige Branche in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen« ist.³⁵⁵ Dies war ein wichtiger, wenn auch später Schritt, um über die öffentliche Auftragsvergabe ein deutliches Zeichen der Abkehr von der bisherigen Billiglohnstrategie zu setzen, auch wenn über die Vergabepolitik allein eine Trendumkehr nicht zu erreichen sein wird. Noch immer beträgt das Lohngefälle in Thüringen gegenüber dem westdeutschen Niveau ca. 16%.

Nach dem Ende der ersten Legislaturperiode der rot-rot-grünen Koalition fanden 34% der Befragten, dass sich die Lebensumstände im

³⁵⁴ Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags. Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch; docs.dpaq.de/8226-koa_gesamt_17_final_mit_logos.pdf.

³⁵⁵ §10, Abs. 4 ThürVgG, www.umwelt-online.de/regelwerk/cgi-bin/suchausgabe.cgi?pfad=/allgemei/wirtschaft/laender/th/vergg20.htm&such=Gleiches.

Land verbessert hätten, 51% sahen keine Veränderung und nur 13% sahen eine Verschlechterung.³⁵⁶ Tatsächlich nimmt Thüringen im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern eine relativ günstige Position ein. Die Arbeitslosigkeit war massiv gesunken. Mit der Automobil- und ihrer Zulieferindustrie sowie der Optoelektronik hatten sich wichtige Wachstumscluster entwickelt und der Beschäftigungsaufbau in den sozialen und öffentlichen Dienstleistungen hatte zum Abbau der Arbeitslosigkeit geführt.³⁵⁷

Rot-Rot-Grün hatte also im Großen und Ganzen ganz »gut regiert« und die Erwartungen der eigenen Wählerschaft nicht enttäuscht. Aber dies änderte nichts an dem noch immer weitverbreiteten Niedriglohn und den infrastrukturellen Defiziten im ländlichen Raum und strukturschwachen Gebieten sowie dem Frust und den Abstiegsängsten außerhalb der eigenen Wählerschaft.

2019/20: Linke Minderheitsregierung und rechter Tabubruch

Bei den Wahlen 2019 erreichte DIE LINKE bei einer von 52,7% auf 64,9% gestiegenen Wahlbeteiligung 31% und gewann damit nochmals 2,8% dazu. Die SPD verlor 4,2% und erhielt nur noch 8,2%, die Grünen schafften mit 5,2% noch knapp den Wiedereinzug in den Landtag. Die CDU brach mit 11,7% Verlust ein und erreichte nur noch 21,8%. Die AfD konnte ihr Ergebnis mit 23,4% mehr als verdoppeln, während die FDP gerade noch fünf Prozent erreichte.

Damit hatte die Koalition trotz der Zugewinne der LINKEN im Parlament keine Mehrheit mehr, vier Stimmen fehlten zu einer eigenen Mehrheit. Das gute Wahlergebnis der LINKEN kann nicht allein einer erfolgreichen Regierungspolitik zugeschrieben werden. Ein wichtiger Faktor war ein Phänomen, das auch bei anderen ostdeutschen Landtagswahlen wie z.B. in Sachsen oder Sachsen-Anhalt zu beobachten war: Wähler*innen stimmten aus taktischen Gründen für die stärkste Regierungspartei, um zu verhindern, dass die AfD stärkste Partei wird. Profitierte in Sachsen und Sachsen-Anhalt die Union von diesem Effekt, war

³⁵⁶ Joachim Bischoff/Gerd Siebecke, Großartiger Wahlsieg der LINKEN, 28.10.2019; www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/grossartiger-wahlsieg-der-linken/.

³⁵⁷ Vgl. Klaus Dörre, Bonapartismus von links – die Bedeutung der Thüringenwahl für progressive Politik, in: spw 6/2019, S. 13.

in Thüringen DIE LINKE Nutznießerin. »In Thüringen haben neben Anhänger*innen von Grünen und FDP selbst Teile des liberal-konservativen Bürgertums taktisch gewählt und ihre Interessen an einen Ministerpräsidenten delegiert, [...] der Mitglied der Linkspartei ist.«³⁵⁸ Dass dieser Effekt der LINKEN zugutekam, lag auch daran, dass mit Bodo Ramelow »ein pragmatischer Ministerpräsident [...] mit außergewöhnlicher Landeskenntnis, einem fabelhaften Gespür für Details und einer authentischen Jedermanns-Sprache für die nötige Popularität« sorgte.³⁵⁹ Der linke Wahlsieg bedeutete also nicht, dass linke oder rot-rot-grüne Positionen hegemonial waren – im Gegenteil, der rechte Block ging gestärkt – insbesondere die rechtsextreme AfD mit ihrem faschistischen Flügel – aus den Wahlen hervor.

DIE LINKE, SPD und Grüne verständigten sich auf einen neuen Koalitionsvertrag und versuchten eine Minderheitsregierung zu bilden. Zwar hatten die rechten Parteien eine rechnerische parlamentarische Mehrheit, dass indes CDU, FDP und AfD gemeinsam einem Gegenkandidaten ins Amt verhelfen würden, wurde von niemanden erwartet. Es kam aber anders: Am 5. Februar 2020 wurde der FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Tabubruch, einen Ministerpräsidenten mit den Stimmen der in Teilen faschistischen AfD zu wählen, führte zu heftigen Gegenreaktionen.

Bundesweit kam es zu Demonstrationen, in Erfurt demonstrierten 18.000 gegen diese neue verheerende Allianz. In den Bundesparteien von CDU und FDP kam es zu Turbulenzen, FDP-Chef Christian Lindner – der zunächst die Wahl Kemmerichs begrüßt hatte – kam unter Druck und drängte schließlich Kemmerich zum Rücktritt. Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer bekam mit ihrer Forderung nach sofortigen Neuwahlen eine schroffe Abfuhr aus der Thüringer Landtagsfraktion und gab in der Folge ihren Parteivorsitz auf. Über die Frage, ob die CDU eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit einem linken Ministerpräsidenten ermöglichen bzw. tolerieren sollte, kam es zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, sowohl in der Thüringer CDU als auch in der Bundespartei.

Die Thüringer Union fürchtete nichts so sehr wie Neuwahlen. Umfragen nach dem rechten »Putsch« hatte eine Zustimmung für DIE LINKE von bis zu 40% ergeben, die CDU kam nur noch auf 13%. Es gelang

³⁵⁸ Klaus Dörre, a.a.O., S. 12.

³⁵⁹ Ebd., S. 14.

schließlich nach intensiven Gesprächen, mit Vertreter*innen der CDU-Landtagsfraktion einen »Stabilitätspakt« zu vereinbaren und damit den Weg für die Wiederwahl Ramelows und die Bildung einer Minderheitsregierung zu ermöglichen. Vereinbart wurden Neuwahlen im Jahr 2021 und u.a. ein umfangreiches Investitionsprogramm für die Kommunen und die Förderung ländlicher Räume.

So notwendig es war, durch die Vereinbarung mit der Union mit der rot-rot-grünen Regierung ein Bollwerk gegen die AfD zu errichten, so ist klar, dass dies die Möglichkeiten für linke Reformpolitik weiter einschränkt. Und es ist auch richtig, dass nach den Erfahrungen mit und um die Wahl Kemmerichs auf CDU und FDP kein Verlass im Kampf gegen rechts ist: »Es müssen also die eigenen handlungsfähigen Kräfte sein, die eine Brandmauer gegen rechts und für eine progressive Entwicklung der Gesellschaft ermöglichen.«³⁶⁰ Die Wahl des FDP-Politikers Kemmerich gemeinsam mit den Stimmen von CDU und AfD hatte die Gefahr eines schwarz-blauen Rechtsbündnisses gezeigt. Und die Wahl des Verschwörungsideologen Hans-Georg Maaßen als Thüringer CDU-Bundestagskandidat macht deutlich, dass es in der Thüringer Union Sympathien für eine solche Allianz gibt.

Für einen erfolgreichen Kampf gegen rechts genügt es jedoch nicht, nur die Schaltstellen der Regierung zu besetzen und die Rechten fernzuhalten. Es bleibt das von Klaus Dörre diagnostizierte Problem: »r2g steht vielleicht für hohe Regierungskunst, aber keinesfalls für eine erfolgreiche Ausübung linker Hegemonie.« Denn Hegemonie entsteht nur, »wenn organisierte Kräfte Definitionsmacht über die Zukunftsprobleme einer Gesellschaft erlangen und darauf basierend ihre politischen Ideen mehrheitsfähig machen«.³⁶¹

Er kritisiert an der bisherigen Regierungspolitik, dass »punktuelle Verbesserungen in einzelnen Politikfeldern« genügen mussten, »um der Koalition die gesellschaftliche Basis zu sichern«. Diese »Politik der kleinsten Schritte« hätte zwar den Konkurrenten in der politischen Mitte Themen und Angriffsflächen weggenommen. Damit sei aber eine »Stillstellung politischer Gegensätze« verbunden gewesen: »Im Windschatten der großen Vereinnahmung, die den Streit um politische Rich-

³⁶⁰ Paul Wellso, Es ist Zeit, über politische Macht zu sprechen. Die Regierungsbildung in Thüringen und ihre Bedeutung für die linke Strategiedebatte, 6.3.2020; www.rosalux.de/news/id/41725/es-ist-zeit-ueber-politische-macht-zu-sprechen.

³⁶¹ Klaus Dörre, a.a.O., S. 13.

tungen nicht mehr kennen will, gedeiht – das ist eben der Preis – eine radikale Rechte.«³⁶²

Naomi Klein stellte in ihrem Buch »Gegen Trump« fest, dass eine Politik der kleinschrittigen Verbesserungen ein Erstarken des Rechts-populismus nicht verhindern kann: »Es gibt viele Gründe, warum es komplett misslingen dürfte, mit einem solchen Programm Erfolge der Rechtsradikalen zu verhindern, und der wichtigste ist: Es hat bei weitem nicht genug zu bieten. Weder geht es auf die echten und legitimen Ängste ein, die den Wunsch nach Sündenböcken befeuern, noch vermittelt es den Menschen, die am stärksten von der zunehmenden Bedrohung durch die Rechten betroffen sind, genügend Hoffnung auf eine bessere Zukunft.«³⁶³

Bleibende Herausforderungen für Rot-Rot-Grün

Das ist die eigentliche Herausforderung für die rot-rot-grüne Koalition. Sollte es nach Neuwahlen gelingen, wieder eine Regierungsmehrheit zu erlangen, müssen Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme und Gegenentwürfe offensiv vertreten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber gesucht werden. Die radikale Rechte ist nur zu besiegen, »wenn man ihr den Problemstoff entzieht, mit dessen Hilfe sie gegenwärtig wächst und gedeiht«.³⁶⁴ Drei Viertel der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern sind der Meinung, dass die Politik die Probleme in den ländlichen Regionen vernachlässigt. Die Benachteiligung Ostdeutschlands ist nach wie vor tief im Bewusstsein verankert. Zudem steht in der Industrie ein erheblicher Strukturwandel durch die Elektromobilität an, der besonders die Thüringer Automobil- und Zulieferindustrie betreffen wird. Nicht minder groß sind die mit der zunehmenden Digitalisierung verbundenen Umwälzungen. Dies alles befördert Verunsicherung und Abstiegsängste. »Hegemoniefähigkeit hieße, über Lösungen zu diskutieren, die es erlaubten, strukturelle Verwerfungen im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltig-

³⁶² Ebd., S. 15.

³⁶³ Naomi Klein, *Gegen Trump: Wie es dazu kam und was wir jetzt tun müssen*, Frankfurt a.M. 2017, S. 351.

³⁶⁴ Klaus Dörre, a.a.O., S. 15f.

keit anzugehen. Davon ist r2g in Thüringen noch sehr weit entfernt«, stellt Klaus Dörre fest.³⁶⁵

Maßnahmen des sozial-ökologischen Umbaus mit sozialen Garantien zu verbinden, für die vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen – auch im öffentlichen Bereich und in aufgewerteten sozialen Berufen –, wären ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung. Nicht minder wichtig ist ein umfassendes Investitionsprogramm für die Wiederherstellung und Stärkung öffentlicher Infrastrukturen und der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Nicht alle Probleme werden sich mit dem einer Landesregierung zur Verfügung stehenden Instrumentarium lösen lassen. Auch sind die genannten sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht auf Thüringen reduziert, sondern betreffen die Bundesrepublik insgesamt und Ostdeutschland besonders. Die politische Auseinandersetzung darüber, auch mit der Bundespolitik, böte die Chance, auch diejenigen, die sich von »der Politik« und »denen da oben« verlassen und nicht gehört fühlen, wieder zu gewinnen und deutlich zu machen, dass die politische Rechte keine Lösung für die Bewältigung der Transformationsprozesse anzubieten hat. Gelingt dies nicht – so befürchtet Dörre –, würde »spätestens mit dem Abtreten jener Persönlichkeit, auf deren Ausstrahlung die erfolgreiche Machttechnik basiert, [...] die Koalition einer rechten Hegemonie weichen. Allerdings würde die Gesellschaft dann wohl noch stärker von jenem Geist beherrscht, den als faschistisch zu bezeichnen selbst für Thüringer Richter kein Tabu mehr ist.«³⁶⁶

³⁶⁵ Klaus Dörre, a.a.O., S. 14.

³⁶⁶ Ebd., S. 16.

Probleme linker Regierungsbeteiligung

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

*»Im Staat geht's wie in der Welt:
Wer nicht schwimmen kann, der ersauft.«
Franz Grillparzer*

*»Man muss den bürgerlichen Apparat beherrschen
und kennen, wenn man ihn ausnützen soll. Das sind
anscheinend kleine, nebensächliche Geschichten, die
aber für uns von großer Bedeutung waren.«
Heinrich Brandler*

»Der Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann«, formulierte die ehemalige linke Grüne Verena Krieger,³⁶⁷ um deutlich zu machen, dass der bürgerliche Staat keine neutrale Institution ist, die für beliebige Zwecke eingesetzt werden kann. Der »orthodoxe Marxismus der II. Internationale« betrachtete den Staat als bloßes Instrument der herrschenden Klasse, das aber nach Erringung der Regierungsmacht durch die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterklasse genutzt, sodass die Produktionsmittel verstaatlicht und so die sozialistische Gesellschaft errichtet werden kann. Die leninistische Position der Kommunistischen Internationale dagegen knüpfte an die Feststellung von Marx und Engels in der Vorrede zum Kommunistischen Manifest aus dem Jahre 1872 an, wonach »die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann«.³⁶⁸ Sie zog daraus die Konsequenz, dass der bürgerliche Staat »zerschlagen« und nach der Machtübernahme in einem revolutionären Aufstand durch eine Räte­demokratie ersetzt werden muss.

Beide Strategien haben nicht zum Erfolg, sondern im weiteren Fortgang zur Aufgabe der ehemals fortschrittlichen oder emanzipatorischen Ziele geführt. Von der Kollaboration der deutschen Mehrheitssozialdemokratie mit dem Generalstab am Ausgang des Ersten Weltkriegs 1918/19, der Wende der sozialistischen Regierung in Frankreich zur Austerität in den 1980er Jahren bis hin zum größten Angriff auf den bundesdeutschen Sozialstaat der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis

³⁶⁷ Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen? Hamburg 1991, S. 147.

³⁶⁸ Karl Marx/Friedrich Engels, Vorwort (zum Manifest der Kommunistischen Partei, deutsche Ausgabe 1872), in: MEW, Bd. 18, S. 96.

2005 reicht die Reihe der Unterordnung unter die Staatsräson bzw. die Forderungen »der Märkte«. Aber auch die zunächst siegreichen Revolutionen endeten zumeist in einer bürokratischen Erstarrung der neu geschaffenen staatlichen Apparate und dem Ausbau eines repressiven Regimes. Mit Marx' kategorischem Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«,³⁶⁹ hatte dies bei aller guten ursprünglichen Absicht nichts zu tun.

Alex Demirović formuliert in seinem Aufsatz »Reform, Revolution, Transformation« drei Gründe, die für eine Überwindung des Dualismus von Reform und Revolution sprechen:

- Erstens sei es nicht sinnvoll, mit Veränderungen bis zum Zeitpunkt eines Machtwechsels zu warten.
- Es sei zweitens sinnvoll, »schon jetzt mit Verbesserungen zu beginnen, weil von ihnen aus betrachtet auch die Begrenztheit der gegenwärtigen Gesellschaft ersichtlich wird. Es wird zweierlei erkennbar: zum einen, dass Verbesserungen immer wieder an die Grenzen der Macht der vorherrschenden Interessen stoßen und nicht im intendierten Sinne durchgeführt werden können, solange diese Machtverhältnisse nicht grundsätzlich geändert werden.«
- Und es sei drittens notwendig, »die Zukunft zu antizipieren durch die Praktiken, die heute schon stattfinden«.³⁷⁰ Mit einer Politik der radikalen Transformation, einer radikalen Realpolitik solle der Dualismus von Reform und Revolution überwunden werden.

Damit aber muss die Frage nach dem Verhältnis Partei und gesellschaftlicher Bewegung, von Regierung und Staat neu gestellt werden. Der Staat – stellt Nicos Poulantzas fest – ist kein passives, neutrales Werkzeug, »das von einer einzigen Klasse oder Fraktion total manipuliert wird«, sondern die »materielle und spezifische Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und Klassenfraktionen«.³⁷¹ Oder wie Joachim Hirsch formulierte: Der Staat ist »institutionalisierter Kris-

³⁶⁹ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, S. 385.

³⁷⁰ Alex Demirović, Reform, Revolution, Transformation, in: Michael Brie/Mario Candeias (Hrsg.), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus, Beiträge zur ersten Transformationskonferenz am 13./14.10.2011, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Transformationkonferenz_1.pdf, S. 40f.

³⁷¹ Nicos Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002, S. 160.

tallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer als auch repressiver Beziehungen zwischen allen Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Kämpfe und Konflikte«. ³⁷²

Er ist damit nicht einfach Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, aber auch nicht Raum eines herrschaftsfreien Diskurses unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte, sondern der Staat einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Erst im Kampf zwischen den unterschiedlichen Kapitalfraktionen, gesellschaftlichen Interessengruppen und den verschiedenen staatlichen Apparaten und Institutionen bildet sich ein gemeinsames politisches Klasseninteresse heraus. Über den Staat wird aber nicht nur ein »Kompromissgleichgewicht« (Gramsci) zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen hergestellt, sondern über die unterschiedlichen staatlichen Institutionen wie Sozialstaat, Polizei und Justiz, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien findet eine Massenintegration statt, die sowohl ideologischer als auch repressiver Natur ist.

Historische Wendepunkte auf dem Weg zu einer radikalen Reformpolitik

Aber die kapitalistische Gesellschaft nimmt im Laufe ihrer Entwicklung unterschiedliche Erscheinungsformen an. So unterscheiden sich der aufstrebende »Manchesterkapitalismus«, der Kapitalismus der »fordistischen Produktionsweise« mit seiner wohlfahrtsstaatlichen Absicherung und der neoliberale Kapitalismus durch jeweils unterschiedliche Akkumulations- und Regulationsregimes. Kapitalistische Entwicklung verläuft krisenhaft, die wirtschaftlichen, sozialen, institutionellen und politischen Strukturen sind deshalb nur zeitweise stabil. Hat sich eine Regulationsweise erschöpft und gerät sie in die Krise, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den Klassen und den verschiedenen Klassenfraktionen, den unterschiedlichen Institutionen und Staatsapparaten. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzungen und Kämpfe um den »New Deal« in den USA in den 1930er Jahren und die Durchsetzung des Neoliberalismus in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Herausbildung einer neuen Akkumulationsweise »ist das Ergebnis sozialer Handlungen und Kämpfe und damit nicht vorherbestimmt«. ³⁷³

³⁷² Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg 1990, S. 44.

³⁷³ Joachim Hirsch, *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg 2002, S. 57.

Gegenwärtig stehen wir wieder an einem solchen Wendepunkt – das neoliberale Modell hat sich erschöpft, die Klimakrise erfordert einschneidende Veränderungen in der Energieerzeugung, den Transport- und Verkehrssystemen, der Technologie und damit der Produktions- und Lebensweise. Es gilt also, in diese Kämpfe und Auseinandersetzungen im Übergang zu einer neuen Regulationsweise einzugreifen und die Kräfteverhältnisse zugunsten einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklung zu verschieben. Damit ist man noch nicht über den Kapitalismus hinaus, aber die Aufgabe ist, »bereits im Verlauf innersystemischer Transformation antikapitalistische und potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen zu entwickeln und zu stärken«. ³⁷⁴

Die Privatisierung des Gesundheitswesens rückgängig zu machen, soziale Garantien durch eine solidarische Reorganisierung der sozialen Sicherungssysteme, Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, Rekommunalisierung von Energieversorgung, Dekarbonisierung des Verkehrssystems und Konversion der Automobilindustrie, Vergesellschaftung von Grund und Boden, Stärkung von Genossenschaften – all dies würde den Kapitalismus noch nicht abschaffen, trüge aber den Keim einer anderen, solidarischen Vergesellschaftungsweise in sich. Eine solche radikale Reformpolitik müsste mit einer Transformation des Staates einhergehen.

»Diese Transformation wird keine etatistische Transformation des Staatsapparats sein können«, schreibt Poulantzas, sie könne »sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen – sicherlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter der Volksmassen, aber auch durch die Entfaltung ihrer eigenen Initiative innerhalb des Staates. [...] Die Transformation muss von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden.« ³⁷⁵

Tief greifende gesellschaftliche Veränderungen aber werden auf heftigen gesellschaftlichen Widerstand stoßen. Der Erfolg einer radikalen Reformpolitik hängt vom gesellschaftlichen Druck, von außerparlamentarischen Mobilisierungen und der Organisation von Alternativen ab. Das Beispiel Berlin zeigt: Es wäre nie zum Beschluss eines Mieten-

³⁷⁴ Dieter Klein, Doppelte Transformation, Mai 2017; www.zeitschrift-luxemburg.de/abc-der-sozialistischen-transformation-doppelte-transformation/.

³⁷⁵ Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 290.

deckels und der breiten gesellschaftlichen Diskussion über eine Ver-gesellschaftung von Immobilienbeständen gekommen, hätte es nicht eine lang anhaltende und massive Mobilisierung der Mieter*innenbe-wegung gegeben. Derartige Kämpfe und Bewegungen müssen aber zu einer »Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Terrain des Staa-tes selbst führen. Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb des Staates, auch wenn sie sich außerhalb des physischen Raums des Staates situieren. Sie sind jedenfalls immer in sein strategisches Feld eingebunden.« Die Alternative liege »nicht im Gegensatz von einem bloß ›inneren‹ und einem ›äußeren‹ Kampf. In einem demokratischen Weg zum Sozialismus müssen sich beide Wege verbinden«, formuliert Poulantzas.³⁷⁶ Linke Parteien (nicht nur) in der Regierung bewegen sich damit im Spannungsfeld zwischen der Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen und der notwendigen Au-tonomie gesellschaftsverändernder Bewegungen auf der anderen Seite.

Parteien und Koalitionen

Parteien spielen in parlamentarischen Demokratien eine entscheidende Rolle: »Das Parteiensystem verkörpert den Teil des regulativen Systems, in dem antagonistisch-plurale Interessen und Handlungen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander ver-bunden werden, dass ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaft-liche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln sowohl er-möglicht als auch legitimiert wird.« Die besondere Rolle der Parteien und des Parteiensystems ergibt sich aus ihren vielfältigen Verbindun-gen und Verflechtungen mit Verbänden und Interessengruppen, Unter-nehmen, Kirchen, Medien und anderen. Als parlamentarische Parteien tendieren sie dazu, politische Konflikte und unterschiedliche Orientie-rungen auf das »Machbare« zu reduzieren, und sind rechtlichen und parlamentarischen Spielregeln unterworfen, die den Fortbestand der gesellschaftlichen Ordnung gewährleisten. Gesellschaftliche Interessen werden so nach der Logik des Staates geordnet, »die Zwänge weltmarkt-bestimmter kapitalistischer Reproduktion in das institutionelle Regu-lationsgeflecht bis in seine kleinsten Verästelungen und die einzelnen Individuen hinein vermittelt. Dies geschieht freilich um den Preis per-

³⁷⁶ Ebd., S. 288.

manenter Konflikte innerhalb und zwischen den Parteien, zwischen Partei- und Staatsapparaten, zwischen Parteien und Interessenorganisationen und gegebenenfalls auch zwischen Partei und ›Volk‹.«³⁷⁷

Schon mit der Bildung einer Partei, die sich am parlamentarischen System beteiligt, begibt man sich in diese institutionellen Zwänge, parlamentarischen Rituale und Spielregeln. Sie reichen von der parlamentarischen Geschäftsordnung über die Notwendigkeit der Einhaltung von (bürgerlichem) Recht und Gesetz bis zu durch die Verfassung gezogenen Grenzen des politischen Handelns. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende Druck, der von Medien und veröffentlichter Meinung ausgeht, diese Spielregeln anzuerkennen. Parteien – auch linke Parteien – sind »ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates, aus dem wir gerade herausfinden wollen«, aber: »Parteien links oder rechts liegen zu lassen, wäre keine Lösung, gerade weil sie zur Staatsmacht wesentlich gehören. Wenn man die Staatsmacht nicht von innen angreifen könnte, das heißt auch auf der Parteebene, könnte man sie gar nicht angreifen.«³⁷⁸ Dieser Widerspruch potenziert sich mit dem Eintritt in eine Koalitions-Regierung. »Die ›stumme Gewalt‹ der herrschenden politischen Formen und Institutionen« erhält hier eine neue Qualität.

Zwar ist auch die parlamentarische Oppositionspartei institutionellen und rechtlichen Zwängen ausgesetzt, sie hat aber eine (relative) Freiheit in der Artikulation der heterogenen Interessen von ihr repräsentierter gesellschaftlicher Gruppen und deren politischen Positionen. Als Bestandteil einer Regierung erhalten die institutionellen Zwänge eine neue Qualität. Eine regierende Partei ist durch die Entwicklung eines Regierungsprogramms und durch ihre Regierungspolitik unmittelbar daran beteiligt, die oftmals gegensätzlichen Interessen so zu filtern und zu formieren, dass ein die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln gesichert und legitimiert wird. So wies der frühere Kopf des linken Labour-Flügels Tony Benn 1979 auf der Konferenz der Labour-Partei exemplarisch auf das Problem hin, dass man »das Wirtschaftssystem am Laufen halten muss, um unsere Leute zu schützen, die darin gefangen sind, während wir das System ändern«.

³⁷⁷ Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?*, a.a.O., S. 68.

³⁷⁸ Michael Jäger, *Utopie und Realpolitik*; archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/aufschrei.pdf, o.S. (ursprünglich erschienen in: Marcus Havel/Gregor Kritidis [Hrsg.], *Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Hannover 2006).

Das Dilemma radikaler Parteien in der Regierung besteht auch darin, dass der bürgerliche Staat Steuerstaat ist, das heißt, seine materiellen Ressourcen hängen vom Gang der kapitalistischen Wirtschaft ab. Wird der Verwertungsprozess gestört, schwinden auch die Handlungsspielräume staatlicher Politik. Daraus resultiert der Druck, staatliche Politik und die dort vertretenen Interessen so zu formen, dass sie einen weitgehend ungestörten Fortgang der kapitalistischen Verwertung sichern.

Eine Regierungskoalition ist die denkbar engste Form der Zusammenarbeit zweier Parteien, die unterschiedliche Interessen, gesellschaftliche Gruppen und Ziele vertreten. Angesichts divergierender Interessenlagen lässt sich ein gemeinsames Regierungsprogramm nur über Kompromissbildungen in Koalitionsverhandlungen und im Koalitionsvertrag formulieren. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung bedeutet damit Übernahme von Gesamtverantwortung für die Regierungspolitik – auch für Entscheidungen, die man im Rahmen der Kompromissbildung »schlucken« musste, aber eigentlich für ungenügend oder gar falsch hält.

Das unterscheidet eine Koalitionsregierung von der Unterstützung einer Minderheitsregierung. Anders als in einer Koalitionsregierung könnte eine linke, sozialistische Partei hier ihre Unabhängigkeit von der Regierung und die Freiheit der Kritik bewahren. Ohne Verpflichtung auf eine Koalitionsdisziplin könnte sie politisch von Fall zu Fall entscheiden, welchen Gesetzen und Anträgen der Regierungspartei(en) sie ihre Unterstützung gibt und welchen nicht. Während im Falle einer Minderheitsregierung wechselnde parlamentarische Mehrheiten möglich sind, sind sie im Falle einer Koalition explizit ausgeschlossen. Jede Koalitionsvereinbarung enthält »Regeln der Zusammenarbeit«, die ein getrenntes Abstimmungsverhalten der Koalitionsparteien ausschließen und einen permanenten Einigungszwang institutionalisieren. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung zwischen der Berliner SPD und PDS aus dem Jahr 2006: »Die Koalitionspartner stimmen darüber überein, dass im Abgeordnetenhaus nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt wird. [...] Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Entscheidungen in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind, nicht gegen den Willen eines Partners getroffen werden. Parlamentarische Initiativen bedürfen der Absprache beider Fraktionen über Inhalte und Vorgehen.«

Die Formulierung eines Regierungsprogramms ist aber mehr als die einfache Kompromissfindung mit dem Koalitionspartner. Auch wenn die eigentlichen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfin-

den, findet die Kompromissbildung nicht nur zwischen den Parteien statt. Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Interessengruppen – Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Hochschulen, Kirchen, die Agentur für Arbeit, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen und viele andere – versucht Einfluss auf die Formulierung künftiger Regierungspolitik zu nehmen. Auch die Medien sind aktive Mitspieler. Die verhandelnden Parteien versuchen die Öffentlichkeit zu nutzen, um bestimmte Positionen zu platzieren und ihre Verhandlungsmacht zu stärken, so wie die unterschiedlichen Medien selbst versuchen – je nach ihrer politischen Tendenz – Einfluss auf die Verhandlungen auszuüben und öffentliche Meinung zu »machen«.

Mit am Tisch sitzt außerdem der staatliche Verwaltungsapparat, die Ministerialbürokratie, deren »Expertenwissen« abgefragt wird, zum Beispiel in Fragen der Finanzierbarkeit bestimmter Vorhaben, der rechtlichen Machbarkeit und der Umsetzungsmöglichkeiten. Dieses Expertenwissen ist aber nicht neutral, sondern politisch geformt – beispielsweise durch eine lange Tradition der Bürokratie oder durch spezifische Interessen, die von einzelnen Staatsapparaten und Institutionen vertreten werden. Diese sind ein wesentlicher Machtfaktor im Verhandlungspoker zwischen den Parteien – insbesondere, wenn nur eine der verhandelnden Parteien bisher an der Regierung beteiligt war und deshalb weitgehend exklusiven Zugriff auf die Ministerialbürokratie hat. Damit entsteht ein Ungleichgewicht der Waffen zwischen den Verhandlungspartnern, politische Forderungen können aus »fachlicher Sicht« als nicht realisierbar dargestellt oder umgebogen und kleingearbeitet werden.

Koalitionsverhandlungen sind also ein wesentlicher Mechanismus des Parteiensystems. Unterschiedliche gesellschaftliche Interessen werden in ihrem Verlauf zu einem Regierungsprogramm als einem Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verdichtet und so ein die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln ermöglicht.

DIE LINKE als Minderheit in Regierungen

In Mitte-Links-Regierungen (Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün) repräsentiert DIE LINKE in der Regel mit der Gesamtheit ihrer politischen Positionen eine gesellschaftliche Minderheit, auch wenn einzelne ihrer Forderungen gesellschaftlich mehrheitsfähig sein können. Damit dürfte klar sein,

dass die Kompromissbildung in Koalitionsverhandlungen nur punktuell zugunsten linker Positionen ausfallen kann – in der Regel da, wo es breite, über das enge linke Spektrum hinausgehende gesellschaftliche Unterstützung und Mobilisierung gibt. Ob man das Wagnis des Eintritts in eine Koalitionsregierung eingeht, hängt deshalb davon ab, ob es einen ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt für wesentliche Ziele und Forderungen gibt, die einen grundlegenden Politikwechsel ermöglichen, oder wie es im »Erfurter Programm« der LINKEN heißt: »Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll, wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten.«³⁷⁹ Eine arithmetische Mehrheit alleine ist nicht ausreichend, entscheidend ist eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse, des Ausmaßes der gesellschaftlichen Unterstützung und der Bereitschaft zum Konflikt.

Aber selbst da, wo es gesellschaftliche Mehrheiten in Einzelfragen gibt, heißt dies nicht, dass sie sich in einer Unterstützung der LINKEN niederschlagen müssen. So kann die Zustimmung zu einzelnen linken Positionen durch parteipolitische Bindungen zum Beispiel an die SPD oder bestimmte Grundüberzeugungen überlagert werden. So kann es z.B. eine breite gesellschaftliche Unterstützung für linke Forderungen wie die Überwindung des Hartz-Systems und prekärer Arbeitsverhältnisse geben, gleichzeitig kann es aber eine gesellschaftliche Mehrheit geben, die in der NATO einen Garanten für internationale Stabilität und Sicherheit sieht. In einer solchen Situation steht eine linke Partei vor der Entscheidung, ob sie fortschrittlichen Zielen in einer Regierung zur Geltung verhilft. Oder ob sie eine ihrer gesellschaftlich gegenwärtig nicht mehrheitsfähigen grundsätzlichen Positionen zur Bedingung eines Regierungseintritts macht und damit die Regierungsbildung verunmöglicht. Die Wähler*innen erwarten aber mehr als die Formulierung von Prinzipien und Bekenntnissen, sie erwarten reale Veränderungen. Sie wollen eine Partei, die einerseits ihren Grundüberzeugungen treu bleibt, andererseits konkrete Verbesserungen und Reformschritte voranbringt.

Diese Frage kann nicht abstrakt, sondern immer nur anhand der konkreten Situation beantwortet werden. Dabei muss stets gelten: Einen Kompromiss in Koalitionsverhandlungen einzugehen, darf nicht bedeuten, die eigene Position als Partei aufzugeben, sondern weiter unab-

³⁷⁹ Programm der Partei DIE LINKE, S. 75.

hängig von der Regierung als Partei dafür zu kämpfen, diese Positionen mehrheitsfähig zu machen.

Der permanente Einigungszwang mit dem Koalitionspartner resultiert aber nicht nur aus dem Koalitionsvertrag. Auch von der linken Wählerschaft geht Druck zur Einigung aus. Denn diese – alle Umfragen zeigen es – will mit großer Mehrheit eine Regierungsbeteiligung der LINKEN und erhofft sich gleichzeitig die Durchsetzung wesentlicher linker Positionen in der Koalition. Dieser Widerspruch findet sich nicht nur bei Wählerinnen und Wählern der LINKEN, sondern auch bei Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen. Er wird aber in der Regel nicht durch die Forderung nach Koalitionsbruch aufgelöst, weil man das »größere Übel« einer konservativen und/oder liberalen Regierungsbeteiligung nicht in Kauf nehmen will. So fordern Gewerkschaftsfunktionär*innen mit sozialdemokratischem Parteibuch DIE LINKE gern auf, Druck auf die SPD auszuüben, um dieses oder jenes »endlich durchzusetzen« und einen Kampf zu führen, den sie in der eigenen Partei längst verloren oder nie geführt haben. Die Konsequenz aus dieser Einsicht ist aber meist nicht der Bruch mit der SPD – im Zweifelsfall obsiegt die Parteiloyalität.

Mit einem Koalitionsbruch zu drohen, kann also nur dann sinnvoll sein, wenn der Gegenstand des Konflikts für die eigene Wählerschaft und nach Möglichkeit darüber hinaus von so großer Bedeutung ist, dass er den Bruch der Koalition auch in deren Augen rechtfertigt. Nur so besteht die Chance, dass das Ende der Koalition nicht in einer Stärkung von SPD und Grünen und/oder des konservativen Blocks zulasten der LINKEN resultiert und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nicht nach rechts verschoben wird. Eine Ausnahme bilden allerdings Grundsatzfragen wie beispielsweise der Eintritt in einen Krieg. In einem solchen Fall müsste eine Koalition beendet werden, auch für den Fall, dass Teile der eigenen Wählerschaft diesen Schritt nicht unterstützen.

Das Argument, dass der Einigungs- und Kompromisszwang ja nicht per se den Sozialdemokraten nutzen müsse, sondern auch von der LINKEN für ihre Interessen genutzt werden könne, hört sich im ersten Moment plausibel an. Allerdings verkennt es einen wesentlichen Punkt: Solange linke, sozialistische Positionen gesellschaftlich minoritär sind, wird der Kompromisszwang in der Regel eher zugunsten des gesellschaftlichen Mainstreams wirken. Die Vorstellung, eine linke Partei könne unter diesen Bedingungen einen sozialdemokratischen oder grünen Koalitionspartner zu linker Politik zwingen, ist naiv. Was nicht durch Mobilisierung, durch den Versuch, Kräfteverhältnisse zu ver-

schieben und eine gesellschaftliche Mehrheit für linke Positionen zu gewinnen, gelungen ist, lässt sich nicht durch Gerangel am Kabinetts-tisch oder eine besonders raffinierte Verhandlungsstrategie wettma-chen. Denn: »Das Zählen der Stimmen ist die abschließende Zeremo-nie eines langen Prozesses.«³⁸⁰

Der Einigungszwang in Mitte-Links-Koalitionen und die Notwendig-keit, in der Regierungspolitik unterschiedliche Interessen zu integrieren, führt unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zu Widersprüchen und Konflikten zwischen der »Partei im Staatsapparat« (den Regierungsmit-gliedern und der Fraktion) und der »Partei außerhalb des Staatsappara-tes« (der Parteibasis und der Wählerschaft). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn gesellschaftliche Initiativen ihre Interessen nur unzurei-chend oder gar nicht repräsentiert sehen. Parteibasis und Wählerschaft verlangen »mehr linke Politik« und das in und mit der Regierung. Die Vorstellung, diesem Dilemma durch eine Politik der permanenten Koa-litionskonflikte zu entgehen, ist illusorisch. Eine linke Partei kann damit zwar die eigene Position im Gegensatz zur SPD deutlich machen, das Ergebnis wird aber zwangsläufig in einem mal besseren, mal schlech-teren Kompromiss bestehen, oder – im schlimmsten Fall – in einer völ-ligen Niederlage der LINKEN. Eine Partei, die regelmäßig eine Koaliti-onskrise ausruft, diese aber nicht zu ihren Gunsten entscheiden kann, gilt nicht nur in der eigenen Wählerschaft als durchsetzungsschwach und erfolglos. Die »Koch-oder-Kellner«-Frage ist damit für die Öffent-lichkeit entschieden.

Es greift aber noch ein anderer Mechanismus der Parteienkonkur-renz: Die demonstrative öffentliche Inszenierung eines Konflikts kann es sogar erschweren, die eigenen Positionen durchzusetzen, es sei denn, es gibt eine breite gesellschaftliche Unterstützung der jeweiligen For-derungen. Der Koalitionspartner wird in einer zugespitzten Situation al-les dafür tun, dass der Ausgang des Konflikts nicht als Sieg der anderen Seite wahrgenommen wird. Gelingt es der LINKEN im Einzelfall doch, eine z.B. von den Sozialdemokraten geforderte politische Entscheidung zu verhindern, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dem bald ein »Re-vanchefoul« folgt und Forderungen der LINKEN blockiert werden, um intern wie in der Öffentlichkeit wieder klarzumachen, wer die Richtli-nien der Regierungspolitik bestimmt und den Hut aufhat. Es gibt also ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen Eigenprofilierung und

³⁸⁰ Antonio Gramsci, zitiert nach Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alter-native*, a.a.O., S. 175.

Durchsetzungsfähigkeit in einer Koalition – zu viel Eigenprofilierung auf Kosten des Koalitionspartners kann die eigene Durchsetzungsfähigkeit schwächen, zu wenig Eigenprofilierung macht den Eigenanteil an gefundenen Kompromissen kaum mehr erkennbar. Gegen eine Koalition als permanentes »Konfliktbündnis« spricht auch, dass eine Regierung, die von einer Koalitionskrise in die andere taumelt, in den Augen der öffentlichen Meinung als nicht regierungsfähig erscheint. Als Regierungspartei immer nur zu blockieren, wird bald zum Scheitern einer Regierungszusammenarbeit führen. Auch deshalb besteht immer der Einigungs- und Kompromisszwang. Entscheidend ist auch hier: Koalitionskonflikte können erfolgreich bestanden werden, wenn es ausreichenden gesellschaftlichen Druck und Mobilisierung gibt – nur dann hat eine linke Partei ausreichende Verhandlungsmacht gegenüber ihren Koalitionspartnern.

Erfolgswege und Hindernisse für linkes Regieren

Als funktionierende und erfolgreiche Koalition wird nur eine Konstellation wahrgenommen, in der beide Partner den Koalitionskompromiss als (gemeinsamen) Erfolg kommunizieren können. Koalition bedeutet eben auch, dass ein politisches Gesamtkonzept gemeinsam vertreten wird, wie es unter anderem im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Es geht also häufig auch darum, Koalitionskompromisse gegenüber der eigenen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft als gut zu kommunizieren (auch wenn man sich mehr hätte vorstellen können). Daraus resultiert die Gefahr einer legitimatorischen Überhöhung von eigentlich ungenügenden oder schlechten Kompromissen zu politischen Erfolgen. Die Möglichkeit, mit dem Koalitionspartner gefundene Einigungen als unzureichend darzustellen, sind aber begrenzt, denn es wirkt wenig glaubwürdig, wenn das Regierungspersonal permanent die eigene Regierung kritisiert.

Diese Logik von Regierungsbeteiligungen führt auch dazu, dass das am Regierungshandeln unmittelbar beteiligte Personal immer wieder in die Versuchung kommt, die Parteiorganisation und die mit ihnen kooperierenden außerparlamentarischen Gruppen auf den (mit der Sozialdemokratie und/oder den Grünen) gefunden Kompromiss einzuschwören und sie auf das »tagespolitisch Machbare« zu reduzieren. Dieser Widerspruch zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats« wird noch dadurch akzentuiert, dass

Koalitionskompromisse von einer kleinen Personengruppe ausgehandelt werden – sei es unmittelbar im Kabinett, im Koalitionsausschuss oder zwischen den Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer*innen. Die Partei kann zwar in der einen oder anderen Frage Verhandlungsaufträge formulieren – im eigentlichen Verhandlungsprozess bleibt sie aber außen vor. In Verhandlungen müssen beide Verhandlungspartner davon ausgehen können, dass der jeweils andere in der Lage ist, ein in schwierigen Gesprächen gefundenes Ergebnis auch in den eigenen Reihen durchzusetzen – mit anderen Worten: dass der verhandelte Kompromiss Bestand hat. Unter dem Gesichtspunkt eines effektiven Koalitionsmanagements und Regierungshandelns erscheint folglich das von Partei und außerparlamentarischen Initiativen geforderte »Mehr« über den gefundenen (und erreichbaren) Kompromiss hinaus als störend oder gar kontraproduktiv. Diese Gefahr ist mit der Logik der Regierungsbeteiligung unvermeidlich verbunden und zieht die Gefahr nach sich, dass die Parteiorganisation in Passivität und eine mürrische Duldung der Regierungsarbeit verfällt. Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum wird geschwächt. Sich dieser Gefahr bewusst zu sein und ihr zu widerstehen, ist entscheidend für eine linke Partei in der Regierung. Dass gesellschaftliche Bewegungen einen Überschuss über das aktuelle Regierungshandeln produzieren, muss von den Akteuren in Regierung und Fraktion eben nicht als störende Uneinsichtigkeit gegenüber den jeweils real existierenden Handlungsspielräumen der Regierung verstanden und zurückgewiesen werden, sondern im Gegenteil als Möglichkeit aufgefasst werden, Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Konsens weiter nach links zu verschieben.

In der Regel kommen Linke mit wenigen Vertrauten – persönlichen Referent*innen, Büroleiter*innen, Staatssekretär*innen, Pressesprecher*innen – an die Spitze einer Verwaltung mit mehreren hundert oder gar tausend Mitarbeiter*innen, von denen nur wenige Mitglieder oder Wähler*innen der LINKEN sind. Anknüpfend am Selbstverständnis der Verwaltung als politisch neutral gilt es im intensiven Dialog deutlich zu machen, dass man gemeinsam an der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele arbeiten will und dabei auf die fachliche Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter*innen angewiesen ist. Bei aller bürokratischen Routine besitzen die Verwaltungsmitarbeiter*innen einen großen Schatz an Erfahrungs- und Fachwissen. Dies gilt es, für die angestrebte Neuorientierung zu nutzen. Zugleich gilt es, die Rolle der Verwaltung im politischen Prozess neu zu definieren, zu

»transformieren«. Denn auch eine Verwaltung, die die neue politische Spitze unterstützt, stellt »weder die Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Staatsapparat – die hierarchische Bürokratisierung – infrage, noch grundsätzlich die im Staat verkörperte Spaltung in »Leitende« und »Geleitete«.³⁸¹ Es ist notwendig, sich aus der Verwaltung in die Zivilgesellschaft heraus zu begeben, dies aber zusammen mit der Verwaltung zu tun. Formen der Partizipation, der gemeinsamen Erarbeitung von Reformprojekten und ihrer Umsetzung müssen gemeinsam mit außerstaatlichen Akteuren und Bewegungen erarbeitet werden. Selbstverständlich gibt es auch Widerstände aus (Teilen) der Verwaltung sowohl gegenüber solchen Verfahren als auch gegenüber konkreten, die bisherige Praxis verlassenden oder gar konterkarierenden politischen Vorhaben. »Selbstverständlich«, schreibt Poulantzas, »muss man auch hier die Widerstände des Personals betonen, von jenem Personal ganz zu schweigen, das seiner Rolle als Wachhund des Blocks an der Macht treu bleibt.«³⁸²

Das Beispiel des Berliner Mietendeckels zeigt aber, dass auch aus den Reihen der Administration überraschende Vorstöße für progressive Politik kommen können, denn die Idee des Mietendeckels und die entsprechenden rechtlichen Überlegungen kamen von einem Verwaltungsjuristen. Dieses Beispiel illustriert, dass »die Widersprüche zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen [...] sich als Distanzierung dieser Teile des staatlichen Personals von den eigentlichen bourgeoisen Spitzen aus(wirken) und [...] sich in Spaltungen, Rissen und Brüchen im Inneren des Personals und der Staatsapparate manifestieren«.³⁸³

Ein wesentliches Element einer linken Strategie in der Regierung müssen deshalb auch Maßnahmen zur Demokratisierung der Staatsapparate sein – wie die Stärkung plebiszitärer Formen, die Weiterentwicklung der Konzeption der Bürgerhaushalte, »Open Data« statt des überkommenen Prinzips der Amtsverschwiegenheit, neue Partizipationsformen z.B. durch Etablierung von gesellschaftlichen Beiräten und ihre Ausstattung mit Kompetenzen, um Blockaden der Ministerialapparate zumindest partiell durchbrechen zu können. Oder wie Andrej Holm es formulierte: Es muss »einen formalisierten Prozess der gemeinsamen Diskussionen« geben, »bei denen Initiativen als gleichbe-

³⁸¹ Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 188.

³⁸² Ebd., S. 189.

³⁸³ Ebd., S. 187

rechtigte Partnerinnen angesehen werden und nicht in einer Bittstellerfunktion verharren«. ³⁸⁴

Bewusstsein über die Widersprüche linken Regierens schaffen

Dem Widerspruch, als Partei und erst recht als Regierungspartei Teil des bürgerlichen Staates zu sein und gleichzeitig über die bürgerliche Gesellschaft hinaus gelangen zu wollen, entkommt man nicht. Die Formulierung sogenannter roter Haltelinien – sei es Sozialabbau oder Kriegseinsätze – greift zu kurz, geht am eigentlichen Problem vorbei. So wichtig rote Haltelinien auch sein mögen – zu benennen, was nicht sein darf, ist noch keine Strategie in Regierungsfragen. Es ist notwendig, jeweils konkret die zentralen Themen eines grundlegenden Politikwechsel zu identifizieren, für sie zu mobilisieren und gesellschaftliche Mehrheiten dafür zu gewinnen. Reicht es nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Politik und kommt es nur zu einigen punktuellen Verbesserungen, bietet die Stützung einer Minderheitsregierung eine Option. Sie ermöglicht eine Politik wechselnder Mehrheiten und unterwirft DIE LINKE nicht der Disziplin und dem unbedingten Einigungszwang einer Koalitionsregierung. DIE LINKE behalte ihre Freiheit der Kritik und die Möglichkeit, zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen Druck auf die Regierung auszuüben und so die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Aber die Bildung einer Minderheitsregierung hängt nicht allein vom Willen der LINKEN ab, sondern auch von der Bereitschaft möglicher Partner, sich in eine solche Konstellation zu begeben. So kann es passieren, dass DIE LINKE rasch wieder vor der Koalitionsfrage steht, der sie nicht einfach ausweichen kann. Sie wird derartige Herausforderungen nur dann bestehen können, wenn sie im Vorfeld konkrete Reformvorhaben formuliert, die über den Rahmen sozialdemokratischer Politik hinausgehen und auf eine andere gesellschaftliche Logik verweisen. Nur im gemeinsamen Kampf mit außerparlamentarischen Initiativen für gesellschaftliche Mehrheiten wird ein Regierungseintritt von Erfolg gekrönt sein.

³⁸⁴ Andrej Holm, Linkes Regieren ist mehr als eine Linke in der Regierungsverantwortung, März 2021; www.zeitschrift-luxemburg.de/linkes-regieren-ist-mehr-als-eine-linke-in-regierungsverantwortung/.

Aber auch die Ablehnung eines Regierungseintritts bedarf einer gesellschaftlichen Unterstützung und eines gesellschaftlichen Lagers, das eine solche Entscheidung trägt. Unverzichtbar im Falle einer Regierungsbeteiligung bleibt die Entwicklung einer bewussten und klug kalkulierten Arbeitsteilung zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats«. Die Fähigkeit der Partei, gesellschaftliche Mobilisierungen voranzutreiben, die über den aktuellen Regierungskompromiss hinausgehen, muss erhalten bleiben, ohne in offenen Widerspruch zur »Partei im Staatsapparat« zu geraten. Eine solche Arbeitsteilung verlangt ein hohes Bewusstsein über die damit verbundenen Widersprüche und Probleme sowie die Fähigkeit, die jeweils unterschiedlichen Rollen der Partei innerhalb und außerhalb des Staatsapparats zu verstehen und wechselseitig zu akzeptieren. Bei allen Schwierigkeiten, es bleibt dabei: Die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kann nicht durch noch so kluge Verhandlungstaktik und Entscheidungen am Kabinetttisch ersetzt werden.

VSA: Linke können regieren



Harald Wolf
Rot-Rot in Berlin
2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
328 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-671-8
Sein Buch versteht Harald Wolf als Beitrag
zu einer rationalen Diskussion über linke
Regierungsbeteiligungen, die Risiken und
Nebenwirkungen ebenso zur Kenntnis
nimmt wie die Chancen.



Paul Wellso (Hrsg.)
Es ist eben nicht egal, wer regiert
Bilanz und politische Perspektiven
von Rot-Rot-Grün in Thüringen
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
200 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-96488-119-9
»Es ist eben nicht egal, wer regiert« – was
wie eine Binsenweisheit klingt, war wohl
selten so zutreffend wie in Thüringen in
den Jahren 2014 bis 2021. Aber haben
gerade die linken Kräfte selbst sie ver-
standen? Und was ist aus dem »Thüringer
Weg« für politische Fortschritte zu lernen,
die nur durch Regierungshandeln bewirkt
werden?

VSA:

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Regieren mit Alternativen



Mario Candeias/Stephan Krull (Hrsg.)
Spurwechsel
Studien zu Mobilitätsindustrien,
Beschäftigungspotenzialen und
alternativer Produktion
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
400 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-96488-123-6
Es braucht dringend Schritte in Richtung
einer Mobilitätswende, eines sozial-öko-
logischen industriellen Umbaus der Mobil-
tätsindustrien und gerechte Übergänge für
die Betroffenen.



Dieter Klein
**Regulation in einer
solidarischen Gesellschaft**
Wie eine sozial-ökologische Transformation
funktionieren könnte
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-96488-117-5
Im Mittelpunkt von Dieter Kleins Über-
legungen stehen drei Hauptkomponenten
künftiger Regulation: gesellschaftliche
Planung und Lenkung, ein eingehogter
Marktmechanismus und das Handeln
zivilgesellschaftlicher Akteure. Wie könnte
die Regulationsweise in einer künftigen
demokratisch-sozialistischen Gesellschaft
funktionieren – einer Gesellschaft, die es
noch gar nicht gibt?

VSA:

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de